Markus Gärtner

Das Ende der Herrlichkeit

Warum der viel gescholtene »deutsche Michel« bereits die Heugabeln wetzt



1. Auflage Oktober 2018

Lektorat: Michael Neuhaus
Covergestaltung: Kopp Verlag
Satz und Layout: Laura Hönes
ISBN E-Book 978-3-86445-636-7
eBook-Produktion: GGP Media GmbH, Pößneck

Gerne senden wir Ihnen unser Verlagsverzeichnis
Kopp Verlag
Bertha-Benz-Straße 10
D-72108 Rottenburg
E-Mail: info@kopp-verlag.de
Tel.: (07472) 98 06-0
Fax: (07472) 98 06-11
Unser Buchprogramm finden Sie auch im Internet unter:
www.kopp-verlag.de

Vorwort

»Für den Italiener ist Häßlichkeit [sic] abstoßend, für den Franzosen Mangel an Geist. Die Angst der Deutschen ist, nicht gut zu sein.«

André Glucksmann

Dieses Buch offenbart Ihnen, dass Sie mit Ihrem Eindruck nicht alleine sind: Unser Land wird ganz bewusst und mit Vollgas an die Wand gefahren, während uns die Medien das beste Deutschland aller Zeiten vorgaukeln. Eine ideologisch verbissene und moralisch verwahrloste politische Elite ist dabei, den Nationalstaat aufzulösen, so schnell wie möglich einen europäischen Zentralstaat zu errichten und eine neue, bildungsschwache Gesellschaft entwurzelter Menschen zu erschaffen, in der es keine gemeinsamen Werte und Traditionen mehr gibt. Auf diesem Kreuzzug in eine bunte Republik werden das Parlament kaltgestellt, die Innere Sicherheit geopfert, die Sozialsysteme zerstört, die Säulen unserer Demokratie eingerissen und die Bänder zertrennt, die unsere Gesellschaft zusammenhalten. Beschleunigte Migration übernimmt in diesem perfiden Plan die Aufgabe, unsere kulturelle Identität zu zersetzen, damit der Nationalstaat leichter aufgelöst werden kann und die Kraft zur politischen Willensbildung schwindet. Das Drehbuch für die multikulturelle Gesellschaft wird bis hin zur Vergabe kommunaler Bauplätze durchgezogen.[1]

Die traditionellen Medien, früher einmal Wachhund ihres Publikums gegenüber dem Staat, entlarven sich bei diesem Coup gegen den Souverän als willige Helfer. Mit einer ausgeklügelten Sprachbereinigung, einer drastischen Verengung des Meinungskorridors sowie einer politischen Hexenjagd gegen alle, die aus der vorgegebenen Spur ausscheren, werden Kritiker mundtot gemacht und das Volk umerzogen. Dem linken Gesellschaftsexperiment darf nichts im Wege stehen. Doch zunehmende staatliche Bevormundung, die Verachtung der politischen Kaste für die

Wähler sowie die unkontrollierte Einwanderung und eskalierende soziale Spannungen provozieren immer mehr Unmut und Protest.

Es gärt und brodelt im ganzen Land. Kaum eine Party, ein Gespräch mit Nachbarn oder ein Training im Sportverein, ohne dass darüber gesprochen wird, wie satt man das Erziehungsfernsehen, dieselben alten Gesichter in Berlin, die Gewaltspirale und die Unfähigkeit korrupter Politiker hat. Allerorten regt sich Widerstand. Ständig bilden sich neue Bürgerinitiativen und Proteste, weil immer mehr Menschen die Hutschnur reißt. 6 Millionen wählen die AfD, zu einem großen Teil aus Protest. Mehr als 4 Millionen verweigern oder verzögern Zwangsbeiträge für das GEZ-Fernsehen. Manche von ihnen gehen dafür sogar ins Gefängnis. Über 900 Bürgerinitiativen kämpfen zwischen Flensburg und Garmisch-Partenkirchen gegen die flächendeckende Aufstellung von Windrädern im Rahmen der völlig vermurksten Energiewende. Ungezählte Schrebergärtner protestieren im ganzen Land dagegen, dass der allgegenwärtige »Flächenfraß« ihre kleinen Paradiese für das nächste Gewerbegebiet verschluckt. In der laufenden Verkehrswende kommen Millionen getäuschte Diesel-Fahrer hinzu. In den Handelskammern begehren »IHK-Rebellen« gegen Zwangsbeiträge und exzessive Präsidentengehälter auf. Auch das Fußball-Volk rebelliert, und zwar gegen die irrwitzige Kommerzialisierung unseres beliebtesten Sports, der bei der WM 2018 in Russland seine größte Demütigung erlebte und sich dabei als Spiegelbild einer erneuerungsunfähigen Republik erwies. Durch Hamburg, Berlin, Cottbus, Rathenow, Mainz und Kandel ziehen Merkel-Gegner und Frauenmärsche. In Stuttgart, Frankfurt, Berlin, Jena und anderen Städten rebellieren Bürger gegen Mietpreise, die am Anschlag sind. Eltern gehen im Kampf gegen die Frühsexualisierung ihrer Kinder in den Schulen auf die Straße. Proteste formieren sich »gegen Parteienwillkür und Amtsmissbrauch« (Greiz), »gegen das NetzDG« (Köln), gegen Islamisierung (Rostock), bei »Mütter gegen Gewalt« (Duisburg), beim »Frauenmarsch Niedersachsen« (Delmenhorst), für mehr Kita-Plätze (Berlin) und »Beweg was Deutschland« in Mainz. Die Terminhinweise für eine wachsende Zahl von Protesten füllen ganze Seiten im Internet. Und es brodelt bis in die Parteien hinein. Die Basis der SPD begehrt gegen ihre Funktionäre auf. In der CDU gab es bisher keine größere Revolte der Basis. Dafür rebellierte die CSU im Sommer massiv gegen Merkels Migrationspolitik. In den sozialen Medien lassen aufgebrachte Bürger derweil so viel Dampf ab, dass die

Justizministerin ein »Pluralismus-Gebot« fordert und bestimmte Inhalte vorschreiben will.[2]

Kurz, es riecht nach Rebellion. Diesen alarmierenden Befund halten nur die für übertrieben, die sich ausschließlich bei den Mainstream-Medien informieren. Dort wird zwar über Proteste der Opposition in Armenien, über Demonstrationen gegen die Bahnreform in Frankreich oder einen Rentner-Aufruhr in Russland berichtet, aber nach Artikeln über die bei uns allerorten aufflackernden Proteste muss man in überregionalen Blättern mühsam suchen. Dabei regt sich sehr viel Widerstand. Und kommende Massenproteste oder Unruhen werden nicht von finsteren »Verschwörungstheoretikern« vorhergesagt, sondern von ausgewachsenen Managern, Unternehmern, Gesellschaftsforschern und Geheimdienstlern. Der ehemalige CIA-Direktor Michael Hayden erwartet Bürgerkriege in Europa. Die Vereinten Nationen warnten schon 2013 vor einer solchen Entwicklung. Der Ex-Präsident des BND, August Hanning, befürchtet »große gesellschaftliche Verwerfungen«. Der Historiker Michael Stürmer findet, dass man »aus der dahintreibenden ›MS Deutschland‹ bereits das Donnern der Stromschnellen voraus« hören kann. Die Unternehmensberatung Bain & Company aus Boston, die als eine der weltweit führenden Strategieberater gilt, sagt in ihrer Studie »Labor 2030« (»Die Arbeit im Jahr 2030 – Die Kollision von Demographie, Automatisierung und Ungleichheit«) »eine Zeit wirtschaftlichen Aufruhrs in den frühen 20er-Jahren« vorher. Sie erwartet eine Periode, »in der Extreme noch extremer werden«, die Mittelschicht sich so weit auflöst, dass bis zu 80 Prozent der Menschen der Unterschicht angehören werden, und eine »weit verbreitete Unsicherheit normale Familien heimsuchen wird«.[3] Der ehemalige Siemens-Aufsichtsratschef Gerhard Cromme vergleicht Europa sogar mit der Titanic. Bis aus Japan kommen alarmierende Prognosen: »Eine Ära der Wut und Angst gefährdet den Westen«, beobachtet die Zeitung *Japan Times* [4] bei ihrem Blick ins ferne Amerika und Europa. Offenbar kann man aus neun Flugstunden Entfernung den heraufziehenden Orkan bei uns erkennen. Angela Merkel hat mit einer Serie gewaltiger Fehler die Deutschen ins Zentrum dieses Orkans gezerrt. Das vorliegende Buch zeigt das Zerstörungswerk eines parteiübergreifenden linken Lagers, das unser Land immer stärker spaltet und sich nicht nur am gesellschaftlichen Koordinatensystem vergreift, sondern auch an der kulturellen DNA. Es beschreibt die Vorbeben eines flächendeckenden

Aufbegehrens der Deutschen gegen die systematische Zerstörung ihres Landes. Dabei zeigt sich, dass der viel gescholtene deutsche »Michel« auch auf die Barrikaden geht, wenn es ihm zu bunt wird.

Das Thema »Revolution« macht sich dank rasanter technischer Umbrüche, geostrategischer Umwälzungen, wachsender sozialer Spaltung und der Verachtung des Wahlvolks durch die Eliten zunehmend in den Köpfen breit. Es beschäftigt sogar Kuratoren wie in Karlsruhe, wo das Badische Landesmuseum 2018 die Ausstellung »Revolution für Anfänger*innen« zeigte. Die Besucher konnten testen, »wie rebellisch und kampflustig«[5] sie sind. Anstatt Vitrinen und Stellwände, bauten die Organisatoren Trümmerberge aus eigens zerschlagenen Podesten und Sockeln früherer Ausstellungen auf. In der Ankündigung auf der Webseite hieß es unter anderem: »›Revolution‹ hat Konjunktur, ob im Werbeslogan, im Namen für Bands, Fernsehserien oder Achterbahnen.«[6]

Auch die Bundeswehr stellt sich auf mögliche Unruhen und Proteste, genauer gesagt auf deren Eindämmung, ein. Die Magdeburger Volksstimme berichtete am 1. August 2018 über die bevorstehende Großübung »Schneller Adler«. Deren Skript beinhaltete ethnische Konflikte in »Aquilanien« (repräsentiert durch Sachsen-Anhalt, Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg) inklusive einer Eskalation der Lage, die Evakuierungen und das Vorgehen gegen Demonstranten erfordert. Gesucht wurden für die militärische Übung 260 Freiwillige, deren Einsatz als Darsteller die Magdeburger Volksstimme in dem Bericht so beschrieb: »Die Akteure agieren dann als Demonstranten, als Bürger von Aquilanien oder als Angehörige einer Ethnie, die mit Befürwortung oder Ablehnung auf den Einsatz der deutschen Soldaten reagieren und demonstrieren. Hier sollen vor allem jüngere Leute und besonders Männer zum Einsatz kommen.«[7]

1 | Fake News vom Feinsten

Das angeblich beste Deutschland aller Zeiten

»Propaganda ist die Kunst, andere von etwas zu überzeugen, was man selbst nicht glaubt.«

Abba Eban

Wir schreiben den 12. März 2018. Die Partner der neuen Großen Koalition (GroKo) in Berlin haben gerade ihren Vertrag unterzeichnet. Die Medien verbreiten Aufbruchstimmung. Ein Ruck soll durch das Land gehen. Im Kabinett sind sogar neue Gesichter zu sehen. Angela Merkel wird fleißig zitiert. Sie hat gesagt, sie wolle jetzt ganz schnell mit dem Regieren beginnen. Davor war sie 6 Monate lang abgetaucht. Für das Wahlvolk, von dem sie bei der Bundestagswahl heftig abgestraft wurde, war sie praktisch unsichtbar. Sie nahm sich ausgiebig Zeit, um eine Mehrheit für ihre vierte Kanzlerschaft zu suchen. Inzwischen ist sie längst am Werk, die jüngste GroKo. Aber von Aufbruch ist in diesen Tagen im März 2018, als die ersten Zeilen für dieses Buch geschrieben werden, nichts zu spüren. Die politische Kaste in Berlin ist bei der Lösung unserer größten Probleme weiter heillos überfordert. Niemand erwartet wirklich einen Neuanfang. Wieso auch? Der Regierung gehören mit Angela Merkel und Horst Seehofer zwei Auslaufmodelle an. Die implodierende SPD, der zweite große Verlierer der Bundestagswahl 2017 neben der Union, besetzt mit dem Außen- und Finanzministerium zwei der wichtigsten Schaltstellen der Regierung. Der neue Außenminister Heiko Maas, laut der *Welt* »ein geborener Europäer«[8], hat als Justizminister der Vorgängerregierung die Meinungsfreiheit mit Füßen getreten. Olaf Scholz, der Finanzminister und Vizekanzler, führte als »Erster Bürgermeister« die Hansestadt Hamburg mit 31 Milliarden Euro an die Spitze der deutschen Schuldentabelle.[9] Ursula von der Leyen darf als Verteidigungsministerin weitermachen, obwohl die Bundeswehr unter ihrer Führung so von Skandalen um Ausrüstung, Waffen und Munition geplagt wird, dass sie als »Trümmertruppe« gilt und der Wehrbeauftragte ihr bescheinigt, sie sei

»derzeit nicht einsetzbar«[10]. Ein Offenbarungseid als Empfehlung zum Weitermachen? Was sagt das über die Führungsqualitäten einer Regierung aus? Und die ehemalige Bürgermeisterin des Problembezirks Neukölln, der als Musterbeispiel misslungener Integration gilt, ist jetzt die Familienministerin in diesem zukunftsweisenden GroKo-Kabinett. Ganz klar: Ein Neuanfang sieht anders aus. Kein Wunder, dass vor der Wahl in Italien am 4. März 2018 vor »deutschen Verhältnissen« gewarnt wurde.

Zu Recht, wie wir seit dem erbittert geführten Asylstreit zwischen Angela Merkel und Horst Seehofer im Sommer 2018 wissen. Merkel, deren Fundament schon länger wackelt, steht trotz des Kompromisses, der am 2. Juli des Jahres zwischen CDU und CSU erzielt wurde, mit dem Rücken zur Wand. Mehrere Staaten der EU sperren sich gegen Rückführungsabkommen. Weil sie keine Verbündeten mehr hat, sind Merkels Tage gezählt. Und die GroKo hat in ihrer ganzen Zerrissenheit kaum Aussicht, die laufende Legislaturperiode zu überstehen. Eine Wende in der Asylpolitik, wie sie die Mainstream-Medien an die Wand malen, hat nicht stattgefunden. Merkel steht vor einem großen Scherbenhaufen: Die EU ist dank ihrer Politik heillos zerstritten, das eigene Land tief gespalten, die Union zwischen CDU und CSU beinahe geplatzt. Merkel repräsentiert eine deutsche Radikalität: Marx hat die Welt gespalten, Luther die Kirche – Merkel hat große Keile in das eigene Land, in die EU und in die Union mit der CSU getrieben.

Die Mehrheit der Deutschen will Merkel nicht mehr sehen. Auch in der Auslandspresse hat man die Kanzlerin satt. Die *New York Times*, die am 12. November 2016 Merkel noch als »letzte Verteidigerin des freien Westens« gefeiert hatte, betrachtet sie nun als »Zerstörerin der EU«, die »gehen muss«. Selbst der deutsche Medien-Mainstream beginnt sich von der Kanzlerin zu lösen und schwenkt um. »Das Fass ist übergelaufen«, schreibt Berthold Kohler in der FAZ. »Merkel traut in der EU keiner mehr über den Weg«, kommentiert Malte Pieper im ARD-Studio Brüssel. Wieder einmal erwachen die öffentlich-rechtlichen TV-Sender und die großen Zeitungen viel zu spät.

Doch das Ende von Angela Merkel wird nicht das Ende der Ära Merkel bedeuten. Ihre Migrationspolitik wird von weiten Teilen des linken politischen Spektrums in Deutschland getragen. Und ob sich die CDU ohne Merkel noch einmal auf ihr konservatives Erbe besinnt, ist völlig offen. Ihr innerer Zirkel hat Merkels Politik vehement verteidigt und die Reihen der CDU hinter ihr geschlossen. Eine unheilige Allianz zwischen

dem linken Parteienkartell in Deutschland, neoliberalen Globalisierern und dem konservativen Islam arbeitet weiterhin fieberhaft daran, die Migration nach Europa aufrechtzuerhalten, wie ich in Kapitel 2 zeigen werde. Auch die CSU bleibt im Lager von Merkel. Sie kann es nicht verlassen, weil die AfD das Vakuum, das Merkels Politik im konservativen Teil des Wählerspektrums hinterlassen hat, längst besetzen konnte. Der Aufstand gegen Merkel, der im Sommer 2018 begann, ist jedoch nur einer von vielen, die wir derzeit in Deutschland beobachten können. Die Migrationspolitik, die schweren politischen Fehler der vergangenen Jahre, die wachsende soziale Spaltung und die Arroganz der politischen Kaste treiben immer mehr Bürger auf die Straße. Nicht nur der Blick zurück in den März 2018, als Merkels vierte Amtszeit begann, zeigt das.

Während die neue Regierung im März 2018 antrat, veranstalteten Clanmitglieder in Berlin mit ihren Maseratis tödliche Straßenrennen, kassierten Hartz IV und versuchten, in die örtliche Polizeiakademie einzusickern. Mit Pirmasens zog eine weitere Stadt die Reißleine und forderte eine Zuzugssperre für anerkannte Flüchtlinge und subsidiär Geschützte. Wegen der steigenden Zahl von Gewalttaten stellte eine Grundschule in Schöneberg Wachmänner ein. Syrische Flüchtlinge machten tagelang Schlagzeilen mit ihren Zweitfrauen. Hinzu kamen Messerattacken in einer nicht enden wollenden Gewaltspirale. Darunter die von drei jungen Syrern gegen ein Ehepaar in einem Cottbuser Einkaufscenter und der Messermord eines 41-jährigen Syrers in Mühlacker an seiner Frau.

Viele Schlagzeilen machte im März 2018 auch der Streit um die Essener Tafel. Er demonstrierte die Verwahrlosung der politischen Elite und deren Entfernung von den Realitäten der Menschen in unserem Land. Helfer der Tafel, die seit Jahren nichts anderes im Sinn haben, als Obst, Gemüse, Konserven und Suppen an bedürftige Menschen auszuteilen, wurden als Nazis beschimpft. Sie hatten es gewagt, wieder mehr deutsche Antragsteller zu berücksichtigen. Es war der führende Repräsentant der Kurdischen Gemeinschaft in Deutschland, Ali Ertan Toprak, der im März 2018 im Rahmen dieses Tafelstreits dem Parteienkartell in Berlin die Leviten las.[11] Er machte die politische Kaste für grassierende Armut und Verteilungskämpfe verantwortlich, bescheinigte Deutschland ein »enormes Armutsproblem«, einen »unfassbaren Niedriglohnsektor«, eine »unzureichende Grundsicherung« und keine »stimmige Zuwanderungspolitik«. Kaum ein Zitat brachte in diesen Tagen in solcher

Dichte und Klarheit auf den Punkt, wie verheerend die ersten 12 Jahre der Kanzlerschaft Merkel für das Land waren und wie ihre Migrationspolitik in deutschen Städten zu Spaltung, Verunsicherung, Wut, Verdrängung, Verlust, Ungerechtigkeit und Abstiegsangst geführt hat. In regionalen Zeitungen war von »vergessenen Stadtteilen« zu lesen, weil sich regelrechte Hartz-IV-Ghettos bilden, »mit Arbeitslosigkeit, hohem Ausländeranteil, Kinderarmut«.[12] Es spricht Bände, dass selbst die FAZ im April 2018 einen Artikel über Armut in Deutschland so einleitete: »Es muss bloß das Auto oder die Waschmaschine kaputtgehen, und etwa jeder dritte Deutsche stößt an seine finanziellen Grenzen. Materielle Not zieht sich nach offiziellen Zahlen weit durch die Gesellschaft.«[13] Vor allem der Streit über die Essener Tafel – eine von mehr als 930 im Land – machte deutlich, dass wir am Anfang einer langen Reihe schwerer Verteilungs- und Verdrängungskonflikte stehen. Sie können das Land in einen Bürgerkrieg führen.

Und was berichteten die Massenmedien zum Auftakt der GroKo über das Land, in dem wir laut CDU »gut und gerne leben«? Sie berichteten über die negativen Folgen der Migration, die steigende Kriminalität und die wachsende Gewaltspirale zurückhaltend und lückenhaft, meist ohne Details über die Herkunft von Tätern. Sie füllten Zeitungsseiten und Nachrichtensendungen lieber mit Jubelmeldungen über die beste deutsche Wirtschaft, die es je gab. Das Motto ist: Wenn es der Wirtschaft blendend geht, kann der Rest nicht so schlimm sein. Doch das ist reine Propaganda und PR zur Stabilisierung des von der herrschenden politischen Kaste selbst destabilisierten Staates. Mit den vielen Jubelmeldungen über die galoppierende Konjunktur ist es außerdem leichter, Kritiker der Migrationspolitik als undankbare »Wutbürger« oder »Modernisierungsverlierer« abzustempeln.

Die mediale Begeisterung über die brummende Wirtschaft hat zum Auftakt der laufenden Legislaturperiode im Frühjahr 2018 ihren Höhepunkt erreicht, obwohl überall im Land schon gut zu sehen ist, wie soziale Spannungen und die Wut der Bürger über die gegen sie gerichtete Politik immer massiver um sich greifen. Doch in den Medien haben Superlative Hochkonjunktur. Wir leben zu Beginn von Merkels vierter Amtszeit in einem Märchenland. Joachim Gauck hatte schon in einer Rede zum Ende seiner Amtszeit als Bundespräsident im Januar 2017 »das beste, das demokratischste Deutschland, das wir jemals hatten«[14], bejubelt. Es war derselbe Bundespräsident, der im ARD-Interview ein halbes Jahr

zuvor die Bevölkerung als »das Problem« bezeichnet hatte.[15] Nicht nur Fahrkartenschaffner, Kassiererinnen und Pflegekräfte fanden diese Behauptung von Gauck extrem weltfremd, sofern sie im täglichen Überlebenskampf überhaupt die Zeit hatten, Nachrichten zu hören oder zu lesen. Nach der Steilvorlage von Gauck konnte sich auch Peter Altmaier nicht zurückhalten: »Deutschland steht so gut da wie noch nie in seiner Geschichte«, gab der mitteilsame Hauptfeldwebel des Kanzleramtes, der inzwischen am Kabinettstisch sitzt, in einem Interview mit *Bild am Sonntag* zu Protokoll.[16] Die stets nach offiziellen Zitaten heischenden Mainstream-Medien der Republik taten, was ihnen Zunftzwang und Selbstverständnis auferlegten. Sie gaben die frohe Botschaft ungekürzt und an prominenten Stellen wieder.

Sie hallte lange nach. Am 19. November 2017 sprach Claus Kleber im *heute journal* unter Anspielung auf die Wirtschaft in Deutschland von »traumhaften Zeiten«[17]. Er bewies damit, wie weit sich die etablierten Medien in diesem Land von ihrem Auftrag entfernt haben und wie konsequent sie die schwierige Realität von Millionen Deutschen ausblenden. Mit dem Hinweis »Deutschland boomt« erinnerte Sandra Maischberger während des TV-Duells den damaligen Kanzlerkandidaten Martin Schulz trotzig an ein Wirtschaftswachstum, »das sich gewaschen hat«. Schulz hatte es gewagt, von einem tiefen Riss in der Gesellschaft zu sprechen. Auf *Spiegel Online* befand Florian Gathmann am 4. März 2018 nach dem Votum der SPD-Mitglieder für eine erneute GroKo: »Die Deutschen müssen fürs Erste also keine Angst vor der Zukunft haben.«[18] Diese Behauptung war ein Schlag ins Gesicht von Millionen Menschen, die gegen wachsende Altersarmut kämpfen, trotz harter Arbeit Tafeln aufsuchen müssen oder als Alleinerziehende jeden Tag mit der Angst aufwachen, dass ihr Geld nicht bis zum Endes des Monats reicht. Ganz zu schweigen von den 7 Millionen Menschen, die von Hartz IV oder Arbeitslosengeld leben,[19] den 2,8 Millionen befristet Beschäftigten,[20] den 2,7 Millionen, die weniger als den Mindestlohn bekommen,[21] oder den bald über 1 Million Wohnungslosen. Wer will es angesichts derart krasser journalistischer Fehldiagnosen dem Publikum verdenken, dass es in Scharen den Qualitätsmedien davonläuft und die Abonnenten den Aufstand proben? Wer braucht solche Zeitungen, Magazine und TV-Anstalten noch?

Die führende Wirtschaftszeitung in Deutschland darf natürlich nicht fehlen, wenn Jubelzahlen aus der Wirtschaft gefeiert werden. »Die Zeichen

stehen auf noch mehr Schwung«, attestierte die FAZ der Konjunktur am 14. Dezember 2017. Sie beklatschte ifo-Präsident Clemens Fuest, der ganz entzückt darüber war, dass die »deutsche Wirtschaft brummt«.[22] Schon im Herbst 2015 sah die B. Z. in Berlin den damaligen Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel »im Glück!«, weil dieser die Konjunktur auf einem »soliden Wachstumspfad« wähnte.[23] Die Zeitung zeichnete das Bild eines Landes »auf dem Weg in die Hochkonjunktur« und zitierte Jürgen Matthes vom Institut der Deutschen Wirtschaft. Dieser machte die Lohnzurückhaltung im letzten Jahrzehnt für den gefeierten Arbeitsplatz-Boom verantwortlich und erklärte: »Es ist offenbar hinreichend rentabel, Menschen einzustellen. Anders als vor 10 bis 15 Jahren, als man eher Maschinen als Menschen eingestellt hat.« Das waren Worte aus der Mao-Bibel der Neoliberalen.

Die medialen Einpeitscher legten auf dem Weg Richtung Bundestagswahl und Kalenderjahr 2018 immer noch einen Scheit drauf. »Nirgendwo sonst in der Eurozone werden derzeit so viele neue Jobs geschaffen, viele Firmen würden gerne noch mehr Leute einstellen«, berichtete im Dezember 2017 *Spiegel Online* und zitierte die Unternehmensberatung EY. Sie sagte für 2018 der Bundesrepublik 400 000 neue Stellen vorher und identifizierte das Land neben der Slowakei und Malta als einziges in der Eurozone, das zu diesem Zeitpunkt eine niedrigere Erwerbslosenquote als vor der Finanzkrise aufwies.

Im Qualitätsjournalismus wollte jeder den anderen überbieten, mit immer neuen Jubelmeldungen und Rekordzahlen: Haushaltsüberschüsse, Exportrekorde, Vollbeschäftigung – es gab kein Halten mehr. »Das eine oder andere Land zieht gerade wahrscheinlich in Erwägung, mit uns zu tauschen«, frohlockte Thomas Fricke in seiner Weihnachtskolumne im *Spiegel* 2017. (Nur 6 Monate später machte der *Spiegel* seine Ausgabe 27/2018 mit der Botschaft auf: »Fußball, Politik, Wirtschaft – Es war einmal ein starkes Land«). Fricke watschte in seiner Kolumne mit dem Schwung der frohen Konjunkturbotschaft jene Leser ab, die gerne gewusst hätten, warum nicht mehr über die bedrückenden Schattenseiten dieser wirtschaftlichen Offenbarung geschrieben wird: »Und was machen die Deutschen?«, ätzte er, sie wählen »statt Frau Ich-mach-das-schon-Merkel übellaunig alle möglichen Grüppchen«. Das war eine deutliche Anspielung auf 6 Millionen AfD-Wähler, die trotz all der überragenden Export-, Produktions- und Konsumerfolge »kein glückliches Volk« sein wollen.[24] Tage danach meldeten die Zeitungen und Rundfunkanstalten den »besten

Konsumindex seit 2001«, eine »Rekordzahl an offenen Stellen« und »einen leergefegten Arbeitsmarkt«. Für die Bauwirtschaft, lasen wir, »läuft es so gut wie zuletzt vor zwei Jahrzehnten«. Sand, Kies und Schotter wurden knapp, »Europaletten« waren kaum noch aufzutreiben. Und *Spiegel Online* verkündete, der deutschen Wirtschaft gehe es so gut, »dass sie akut keine grundlegenden Reformen nötig hat«. Fake News vom Feinsten wurden hier geboten.

In der ARD bezeichnete ein Volkswirt der VP-Bank in Liechtenstein das boomende Deutschland als »Wellness-Oase«. Die Experten lieferten zu den Jubelzahlen willig und gleichlautend die passenden Zitate. »Wenn man auf die Lebenszufriedenheit schaut, ist die heute höher, als wir sie je gemessen haben«, erzählte Anfang 2018 Gert Wagner der FAZ.[25] Der Volkswirt befragt seit 30 Jahren Menschen in Deutschland, wie es ihnen geht. Und weil das Geschäft der 100 umsatzstärksten Firmen 2017 so richtig brummte, registrierten 76 von ihnen steigende Gewinne. Eilig rief die FAZ das »Dividenden-Schlaraffenland« aus. Sie rechnete vor, dass die Gewinnausschüttungen der Unternehmen in nur 2 Jahren um 25 Prozent in die Höhe geschossen waren. Dieser Anstieg war ein Mehrfaches der Zuwächse bei den Reallöhnen vieler Beschäftigter in den unteren und mittleren Lohngruppen. Trotz dieses eklatanten Widerspruchs zwischen dem Märchenland und seinen bitteren Realitäten gab sich die Deutsche Post in ihrem jährlichen »Glücksatlas« Ende 2017 hochzufrieden mit dem, was sie zuvor in den blühenden deutschen Landen abgefragt hatte. Das Fazit: Deutschland sei »weiter glücklich«. Die CDU brachte auf ihrer Webseite wenige Tage zuvor das 463 Seiten lange Gutachten des Sachverständigenrates, der die Wachstumsprognose für 2018 gerade deutlich auf 2,2 Prozent angehoben hatte, in vier Buchstaben auf den Punkt: »B O O M!«

Dieses Glücksgemälde, das ziemlich genau bis zum Beginn der vierten Amtszeit von Angela Merkel gezeichnet wurde, erinnerte mich an die schier grenzenlose Euphorie in den Monaten vor dem Zusammenbruch des Neuen Marktes 2001. Es erinnerte mich auch an die Zeit vor Ausbruch der Finanzkrise 2008. Jedes Mal hieß es, diesmal sei alles anders und die Konjunktur sei stabil. Doch inzwischen wurde es selbst einigen der medialen Cheerleader zu viel. »Jetzt wird Deutschland übermütig«, warnte im Januar 2018 die *Neue Zürcher Zeitung* (NZZ). »Am Horizont ziehen Probleme auf«, mahnte fast zeitgleich die *Welt*. Was sich hinter dem sagenhaften »BOOM« der vergangenen Jahre verbarg und ein wirkliches

Warnzeichen sein muss, wurde in unseren Qualitätsmedien jedoch selten hinreichend geschildert. Man will die schönen Wachstumszahlen als politischen Erfolg verkaufen.

Doch das waren sie nicht, es waren vor allem günstige Umstände am Werk. Die Sonderfaktoren, die der deutschen Wirtschaft über ein Jahrzehnt lang kräftigen Rückenwind verliehen, sind kein Geheimnis. Nach dem Boom in China, der hierzulande Autos, Maschinen, Chemie und Elektronik eine außerordentliche Exportkonjunktur bescherte, waren es die »Früchte« der Agenda 2010, die Arbeit verbilligte und Millionen von Menschen in prekäre Arbeitsverhältnisse trieb, in denen sie an der Entwicklung dieses Landes nicht mehr teilhaben. Angela Merkel hat den massenhaften Abstieg der ungewiss und entwürdigend Beschäftigten mit ihrer Migrationspolitik noch einmal drastisch verschärft, wie sich am Beispiel der Tafeln auf bedrückende Weise zeigt. Dank Merkels Politik prallen nun schwach gebildete Geringverdiener und Arme, die schon länger hier leben, mit Kriegsflüchtlingen und wirtschaftlich motivierten Migranten aufeinander. Die Tafeln waren nur der Anfang. Mittlerweile gibt es viele Konfliktherde, vor allem am Wohnungsmarkt, am Arbeitsmarkt und in den Schulen. Die Anfänge sind gut sichtbar. Die Anfänge, wohlgemerkt.

Zu den günstigen Umständen für die Konjunktur zählt auch der Kollaps der Ölpreise von 140 auf 30 Dollar je Barrel Öl, der nach der Finanzkrise enormen Rückenwind für das deutsche »Wunder« erzeugte. Hinzu kam der schwache Euro, der von 2008 bis 2017 gegenüber dem US-Dollar mehr als 30 Prozent an Wert verlor und die Exporte nach außerhalb des Euroraums stark verbilligte. Schließlich auch das billige Geld der Notenbanken. Laut Berechnungen der Bundesbank[26] haben die Niedrigzinsen Bund, Ländern, Gemeinden und Sozialversicherungen von 2008 bis 2016 gegenüber der Durchschnittsverzinsung von 2007 eine Gesamtersparnis von 240 Milliarden Euro gebracht. Die Zinsersparnis betrug allein 2016 satte 47 Milliarden Euro. Das war fast so viel wie die beiden Etats Verteidigung und Bildung im Bundeshaushalt 2016.[27]

Ab 2015 sorgte auch die Migrationswelle für zusätzlichen Anschub. Die Asylindustrie aus Betreuern, Sozialarbeitern, Psychologen, Ärzten, Übersetzern, Handwerkern und Anwälten sowie kirchlichen Organisationen wie der Caritas und der Diakonie beschäftigt addiert ein Mehrfaches der Menschen, die in der Autoindustrie tätig sind. Auch Mitglieder der politischen Kaste haben[28] an dem Asylboom gut mitverdient.[29] Und einen Zuwachs beim Staatskonsum wie nach Beginn

der Massenmigration ab dem Herbst 2015 hatte es zuletzt in den frühen 90er-Jahren nach der Wiedervereinigung gegeben.

Doch was das billige Geld, den schwachen Euro und das Öl angeht, sehen wir seit 2017 eine Schubumkehr: Die Ölpreise haben sich seit ihrem Tiefpunkt mehr als verdoppelt. Der Euro wird wieder stärker und die Zinsen befinden sich auf dem Weg nach oben. Aus dem beträchtlichen Rückenwind wird eisiger Gegenwind. Das Ergebnis: Die Konjunktur überschritt ihren Höhepunkt im Frühjahr 2018, zu der Zeit, als Angela Merkel zum vierten Mal Kanzlerin wurde und die Medien uns das beste Deutschland aller Zeiten in prallen Farben schilderten. Einen Monat nachdem Merkel ihren Amtseid abgelegt hatte, brachte der *Spiegel* plötzlich die Schlagzeile »Forscher sehen stark gestiegene Rezessionsgefahr«. Es war ein typischer Fall von spät aufgewacht. Schon Anfang 2018 hatten die schweren Kurseinbrüche an den Börsen ein erstes Vorbeben verursacht und die nächste Finanzkrise angekündigt. Die Kurskapriolen waren aber nur eines von vielen Zeichen, die signalisierten, dass der oft gepriesene Exportweltmeister schweren Zeiten entgegensieht. Das Märchen vom besten Deutschland aller Zeiten war schon lange vorher entlarvt worden.

Bittere Realitäten und drohende politische Katastrophen

»Immer aber ist wirkliche oder vermeinte Ungleichheit die Veranlassung zu bürgerlichen Unruhen und Revolutionen gewesen.«

Aristoteles

Die »Wirtschaftslokomotive Deutschland hat nicht nur eine, sondern viele Schrauben locker«, stellte Matthias Matussek schon im September 2017 auf der *Achse des Guten* fest.[30] Ungeschönte Einschätzungen wie diese findet man weniger in den etablierten Medien, dafür umso häufiger auf

alternativen Online-Seiten wie der *Achse des Guten, Tichys Einblick* oder den *NachDenkSeiten.* Zum Beispiel diese: »Es stimmt nicht, dass es allen Menschen in Deutschland gut geht. Einem großen Teil geht es nicht gut.«[31] Das klingt banal und fast abstrakt, ist aber bittere Realität für Millionen von Deutschen. Allein durch die vielen sozialen Missstände braut sich inzwischen ein enormes Protestpotenzial zusammen, von den politischen Verwerfungen, um die es im nächsten Kapitel gehen wird, ganz zu schweigen. Nachfolgend eine kleine Liste, die das verdeutlicht. Sie entlarvt die vielen Jubelmeldungen über das beste Deutschland aller Zeiten als das, was sie sind: Propaganda und PR.

Schulden, Armut, Hartz IV

- Jeder Zehnte in Deutschland ist überschuldet, 6,9 Millionen Menschen können mit Einkünften nicht die laufenden Ausgaben decken (Schuldenatlas 2017, Creditreform).[32]
- 41 Prozent der Hartz-IV-Empfänger waren Mitte 2017 bereits 4 Jahre oder länger auf die Hilfe angewiesen (Bundesagentur für Arbeit).[33]
- Deutsche Arbeitslose sind im EU-Vergleich am stärksten von Armut betroffen – EU-weit 48,7 Prozent, hierzulande 70,8 Prozent (Eurostat).[34]
- Stromversorger haben im Jahr 2016 rund 330 000 armen Haushalten den Strom abgestellt, bei 6,6 Millionen Sperr-Androhungen (Bundesnetzagentur).
- Das Armutsrisiko von Alleinerziehenden ist in den vergangenen Jahren deutlich gestiegen, jeder dritte lebt von Hartz IV.
- »Vor Gericht werden arme Menschen behandelt wie im Mittelalter.«[35] Zu Geldstrafen verurteilte Deutsche, die nicht zahlen können, werden zu »Ersatzfreiheitsstrafen« verdonnert. Die Betroffenen belegen inzwischen jeden zehnten regulären Haftplatz.

Einkommen und Rente

- Reale Bruttolöhne der unteren 40 Prozent sind zum Teil deutlich niedriger als 1995, ein Großteil der Bevölkerung hat weniger Kaufkraft als vor 20 Jahren (internes Faktenblatt Bundeswirtschaftsministerium).[36]
- Ende 2016 lag beinahe jede zweite Altersrente (48 Prozent) auf Armutsniveau; 8,6 Millionen Rentner bekamen weniger als 800 Euro monatlich (Antwort des Bundesarbeitsministers zur Anfrage der Linken).[37]

- »Polizisten können sich Dienst in Großstädten kaum leisten« (Deutsche Polizeigewerkschaft), hohe Mieten verdrängen sie aus den Ballungsräumen – Wer hält dann die öffentliche Sicherheit aufrecht?[38]
- Die Nettorente von Durchschnittsverdienern liegt 20 Prozent unter dem Schnitt der EU (OECD) – und dürfte weiter sinken.[39]
- Mehr als 20 Prozent der Erwerbstätigen verdienen weniger als 9,60 Euro pro Stunde; Deutschland hat nach Litauen den größten Niedriglohnsektor in Europa (DGB).[40]
- Fast jeder vierte Tafelbesucher ist Rentner – 2007 lag der Anteil noch bei 12 Prozent –; ohne Kurswechsel in der Grundsicherung für das Alter droht ein Seniorenaufstand.

Soziale Ungleichheit und Wohnen

- Die Ungleichheit der Einkommen in Deutschland befindet sich auf Jahrhundertniveau – die reichsten 10 Prozent verfügen laut »*Welt*-Ungleichheitsreport 2018« (Thomas Piketty) über 40 Prozent des Einkommens, so wie zuletzt 1913.
- 10 Prozent der Deutschen besitzen 60 Prozent des Vermögens (OECD)[41] – 45 Deutsche besitzen so viel wie die ärmere Hälfte der Bevölkerung (DIW).[42]
- Die Zahl der Wohnungslosen ist in Deutschland binnen 10 Jahren um 65 Prozent gestiegen (Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe).
- Von 2002 bis 2013 ist der Bestand an Sozialwohnungen von 2,5 Millionen auf 1,5 Millionen zurückgegangen. Neubauten decken nur die Hälfte des Bedarfs am Wohnungsmarkt. Zwischen 2011 und 2015 wurden bundesweit 540 000 Wohnungen zu wenig gebaut (Prognos und Pestel-Institut).

Prekäre Beschäftigung und Arbeitslosigkeit

- Mehr als jeder fünfte Arbeitnehmer in Deutschland steht nicht in einem traditionellen Arbeitsverhältnis, fast jeder zweite Neueingestellte bekommt nur eine befristete Stelle (Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung).
- 3,2 Millionen Menschen gehen mehreren Jobs nach; diese Wahrheit über das deutsche »Jobwunder« brachte im Oktober 2017 eine Antwort der Bundesagentur für Arbeit auf eine Anfrage der Linksfraktion im Bundestag ans Licht.
- »Vier von fünf neuen Jobs sind Teilzeit oder befristet und meist niedrig entlohnt.«[43] – Das ist eine »Reservearmee«, die künftig mit einem Heer

schlecht qualifizierter Migranten um die letzten Brosamen am prekären Arbeitsmarkt kämpfen wird.

Die Liste macht deutlich, was uns schon bald droht. Es ist das, wovor der französische Ökonom Thomas Piketty bei der Vorlage des Ungleichheitsberichts 2018 warnte. Er sieht grassierende Ungerechtigkeit als möglichen »Auslöser für politische, wirtschaftliche und soziale Katastrophen«[44]. Auch für den Historiker Michael Stürmer sind »Krisenzeiten angesagt«[45].

Bürger begehren auf

Eine neue Ära von Protesten

»In den vergangenen Jahren wurde die Welt durch Proteste erschüttert.« Dieser Kernsatz einer Studie vom Herbst 2013 hat mich wie kein anderer beim Schreiben dieses Buches bestätigt. Seit 2006 haben weltweit – und zunehmend in reicheren Ländern mit immer mehr Menschen aus der Mittelschicht – die Proteste zugenommen: gegen Sparpolitik, gegen die politischen Eliten, gegen Machtmissbrauch und Korruption sowie gegen politische Kasten, die ihre Wählerschaft links liegen lassen und deren Interessen ignorieren oder mit Füßen treten. Das Papier der Initiative für politischen Dialog bei der Columbia-Universität in Chicago und der Friedrich-Ebert-Stiftung trägt den Titel »Die Proteste der Welt 2006–2013«. Es wertet für diese 8 Jahre rund um den Globus 843 Proteste in 84 Ländern aus, in denen 90 Prozent der Weltbevölkerung leben. Das Aufbegehren reicht von den Zeltstädten der Occupy-Bewegung über Aufstände in Tunesien und Ägypten im Rahmen des Arabischen Frühlings bis hin zu den Protesten im Gezi-Park in Istanbul und brennenden französischen Vorstädten im Jahr 2006.

Die Autoren berichten eine »stetige Zunahme der Gesamtzahl in jedem Jahr seit 2006«. Zwar sind seit dem Erscheinungsjahr der Studie 5 Jahre vergangen. Aber in dieser Zeit hat weltweit und in Deutschland die Migration riesige Ausmaße angenommen, hat sich die soziale Ungleichheit verschärft, sind Wohnungsnot, Wohnsitzlosigkeit, die Nachfrage an den Tafeln und die Angst vor Armut im Alter eskaliert. Und die Erschütterungen, Widersprüche und Schuldenprobleme in der EU haben sich weiter zugespitzt. Der »am meisten ernüchternde Befund« der ganzen Studie, schreiben die Autoren, sei nicht einmal die Forderung nach wirtschaftlicher Gerechtigkeit (jeder vierte Protest), sondern der Protest gegen das, was den Abbau der Ungerechtigkeiten verhindert: »Ein Mangel an wirklicher Demokratie, der eine Folge der wachsenden Erkenntnis der Menschen ist, dass die Politik ihnen keinen Vorrang einräumt – selbst wenn sie so tut –, sowie Enttäuschung über das »Weiter so« und mangelndes Vertrauen in die politischen Akteure.« (Übers. durch den Verf.). Die Krise der Repräsentation, so heißt es, sei in jedem politischen System zu beobachten.

Die Studie legt eine Entwicklung offen, die wir auch in Deutschland sehen: »Ein Profil der Demonstranten enthüllt, dass nicht nur traditionelle Protestler wie Aktivisten oder Gewerkschaften auf die Straße gehen; im Gegenteil, die Mittelschicht, junge Menschen, ältere Menschen und andere Gruppen protestieren in den meisten Ländern, weil sie Vertrauen verloren haben und desillusioniert sind über das existierende politische und wirtschaftliche System.« Ziel der Proteste ist demnach meist die nationale Regierung. Diese solle Verantwortung für eine Politik zeigen, die allen Bürgern nutzt und nicht nur »einigen wenigen«. Laut der Studie werden die Proteste immer größer, 37 der erfassten 843 zählten 1 Million oder mehr Demonstranten. Doch 63 Prozent der ausgewerteten Proteste haben ihr Ziel bis zum Erscheinen der Studie nicht erreicht. Und das kann nur eines heißen: Der Druck im Kessel steigt weiter an, denn die sozialen, geostrategischen und mit der Migration zusammenhängenden Probleme haben im laufenden Jahrzehnt weltweit zugenommen.

Europa habe im untersuchten Zeitraum seine eigene »Explosion an Protesten« erlebt, mit Bewegungen von Hunderttausenden in Spanien, Griechenland, Portugal und Italien, meist gegen die Sparpolitik, die auf entleerte Staatskassen in der Folge der Finanzkrise und der europäischen Schuldenkrise zurückgeht, berichtet die Studie. Stets geht es um ein zentrales Thema, schreiben die Autoren: »Was diese vielen verschiedenen Proteste gemeinsam haben, egal wo sie stattfinden oder aus welchem Teil des politischen Spektrums die Akteure kommen, ist das Scheitern wirtschaftlicher und sozialer Entwicklung und die Forderung nach mehr direkter Demokratie.«

Aus der Studie geht eine Art zyklische Bewegung hervor: Erst die finanziellen und wirtschaftlichen Auswüchse des vergangenen Jahrzehnts, die zur Finanzkrise und zur Großen Rezession führten, dann zur Rettung der Banken auf Kosten der Steuerzahler, was die Staatsverschuldung in die Höhe trieb, Sparpolitik auslöste sowie Arbeitsplatzverluste und eine kriechende Konjunktur zur Folge hatte. In jeder Phase zahlten die Bürger und Steuerzahler die Zeche und die Proteste nahmen zu: wegen steigender Preise, höherer Mieten und Abgaben, wachsender Zinsverluste und reduziertem Zugang zu öffentlichen Dienstleistungen. Die Proteste in der Folge der Finanzkrise, darunter Occupy Wall Street und soziale Aufstände im Süden Europas, belegen einen zentralen Befund der Studie: die große Mehrheit der Proteste spielt sich inzwischen in Ländern mit höheren Einkommen ab, wo die Unzufriedenheit über Finanzkrise, Schuldenkrise und, nach Erscheinen der Studie, auch die Massenmigration bei vielen Bürgern wächst.

Eine besondere Warnung an Deutschland enthält die Studie auch: Die Proteste gegen mangelnde politische Teilnahme der Bürger und die schwindende Repräsentation häufen sich auffallend. Sie haben in den vergangenen Jahren in mehr als der Hälfte der reichen Länder stattgefunden. Als unerwartetes Resultat bezeichnet die Studie zudem den Befund, dass die Intensität der Forderungen nach wirklicher Demokratie zunimmt und immer mehr Demonstrationen beeinflusst. – Das politische Berlin kann sich warm anziehen, wenn es bei uns nicht umgehend eine 180-Grad-Wende in Richtung Bürger und Steuerzahler gibt.

Da klingt das Versprechen von Angela Merkel, kurz bevor sie am 14. März 2018 vom Bundestag zum vierten Mal zur Bundeskanzlerin gewählt wurde, in den Ohren der Opfer ihrer Politik wie blanker Hohn. Merkel fordert nach 12 Jahren an der Spitze der Bundesregierung, der Wohlstand müsse »bei allen ankommen«.[46] Sie bescheinigt sich damit selbst, wie miserabel sie bisher regiert hat. Laut dem Sozialbericht ihrer Regierung vom Sommer 2017 werden die Ausgaben des Sozialstaates schon 2021 die Schallmauer von 1 Billion Euro durchschlagen. Und das ist alles andere als eine Überraschung. In keiner anderen Kanzlerschaft der Bundesrepublik sind mehr Erwerbstätige und Rentner verarmt.

Von der Kranken- und Altenpflege über fehlende Sozialwohnungen bis hin zu Obdachlosigkeit: Die Baustellen werden immer größer, der Finanzbedarf explodiert – und tragfähige Lösungen sind nicht in Sicht. »Wo bleibt der Aufstand?«, wird in der *Zeit* mit Blick auf den Alltag vieler Kranken- und Altenpfleger gefragt.[47] Dieselbe bange Frage in der *Süddeutschen Zeitung*: »Warum gibt es keinen Aufstand?«[48] Beim *Spiegel* sieht man die überlasteten Pfleger längst aufbegehren und schildert, wie Schwestern während ihrer Pausen in der Klinik »Abwehrpläne« gegen den Kollaps schmieden.[49] Auch in den Altenheimen herrscht Land unter. Und in puncto Wohnungsnot und Obdachlosigkeit lesen wir Berichte wie den über ein Kölner Paar, das seit Monaten im Wald lebt, weil die Stadt nicht in der Lage ist, eine geeignete Wohnung zu stellen.[50] Oder ein Paar in Bonn, das in eine Flüchtlingsunterkunft zog, weil es keine Sozialwohnung finden konnte. Millionen von Mieter hat die Politik durch unterlassenen Sozialwohnungsbau im Stich gelassen. Weil sie sich billig verschulden konnte, ließ sie es auch zu, dass die Europäische Zentralbank durch Minizinsen die Immobilienpreise nach oben trieb und dafür sorgte, dass sich heute Normalverdiener kaum noch eine Wohnung in einer größeren Stadt leisten können. Doch für »Schutzsuchende«, die auf ihrem Weg nach Deutschland bereits zwei oder drei sichere EU-Staaten durchquert hatten, werden großzügig und schnell neue Wohnungen und Häuser gebaut.

Für die Obdachlosigkeit gibt es in Deutschland dagegen nicht einmal eine Statistik. Was nicht gemessen wird, kann kein großes Problem sein. Trotz all der ökonomischen Jubelmeldungen über das wirtschaftlich prosperierende Land erreicht die Altersarmut jedoch den höchsten Wert seit dem Zweiten Weltkrieg, reihen sich in die langen Schlangen der Tafeln vor allem Senioren neu ein. Ab 2030 soll fast jeder zweite Arbeitnehmer, der in Rente geht, »unter das Grundsicherungsniveau fallen«[51]. Hans-

Werner Sinn, damals noch Leiter des ifo-Instituts, wies 2016 darauf hin, dass in 20 Jahren fast alle Babyboomer die Rente erreicht haben werden. Es wird dann 7,5 Millionen mehr Rentner geben und 8,5 Millionen weniger Erwerbsfähige. Das ist nur eine von vielen Zeitbomben in unserem Land. Wie der milliardenschwere Stresstest einmal finanziert werden soll, weiß noch niemand. Aber eines wissen alle jetzt schon: Zahlen müssen diejenigen, die Arbeit haben. Die Menschen in der Mitte der Einkommensskala, die ganz überwiegend auch in der Mitte des politischen Spektrums beheimatet ist, müssen dann noch deutlich mehr schultern als jetzt schon. Die gefährliche Erosion in der sozialen und politischen Mitte der Gesellschaft wird sich daher weiter verschärfen. Der Historiker Andreas Rödder, ein CDU-Mann, sieht in Deutschland eine »regelrechte Erosion der politischen Mitte«.[52]

Der prozentuale Anteil der Mittelschicht an der Bevölkerung ist seit 1997 von 55 Prozent auf etwas unter 48 Prozent gefallen. Die Berechnungen weichen wegen der unterschiedlichen Definitionen für mittlere Einkommen etwas voneinander ab. Doch insgesamt sind der Mittelschicht etwa 6 Millionen Menschen verloren gegangen. Ich will nicht behaupten, dass es hier eine große Schnittmenge gibt, aber wenn 6 Millionen Menschen die AfD wählen, ist das laut den Mainstream-Medien das drängendste Problem im Land, auch wenn ein großer Teil von ihnen vorher CDU, CSU, SPD oder Grüne gewählt hat. Aber wenn der Mittelschicht 6 Millionen Mitglieder abhandenkommen, geschieht das fast geräuschlos, es gibt nicht allzu viele Klagen darüber. Man nimmt es einfach zur Kenntnis. Und das ist mehr als bedauerlich. Es ist für unseren Staat ein Desaster, das soziale Spannungen verschärft, die Spaltung vorantreibt und am Ende die Demokratie gefährdet. Denn diese Menschen sind die Leistungsträger. Vor allem ihnen ist es zu verdanken, dass die Steuereinnahmen sprudeln und unsere Gesellschaft trotz der chaotischen Migrationspolitik noch nicht aus den Fugen geraten ist. Doch viele, die noch zur Mittelschicht gehören, klammern sich bereits an die verbliebenen Statussymbole wie Auslandsreisen, das Auto und die Eigentumswohnung. Sie haben Angst, dass der wachsende Strudel sie in die Abstiegsgesellschaft hinabreißen könnte. Auch hier lauert Protestpotenzial, das sich jederzeit entladen kann. Man sieht es zum Beispiel an der wachsenden Zahl von Mieterprotesten in deutschen Städten.

Bürger begehren auf

Die Rebellion der Mieter

Millionen Bürger können sich die explodierenden Mieten und die großen Städte nicht mehr leisten. Polizisten, Krankenschwestern, Erzieher: Oft müssen sie 30 Prozent und mehr vom Einkommen für die Wohnung aufwenden. Sie pendeln stundenlag aus dem günstigeren Umland in die Ballungsräume, ziehen in kleine Wohnungen um oder landen auf der Straße. Denn auch die Zahl der Zwangsräumungen nimmt in einigen Teilen Deutschlands zu. Und immer öfter können Bürger ein Stellenangebot nicht annehmen, weil die örtlichen Mieten unerschwinglich geworden sind.

Dagegen regt sich im ganzen Land Protest. In größeren Städten demonstrieren seit 2015 immer öfter Menschen gegen steigende Mieten, Luxussanierungen, Mietervertreibung und das Renditegebaren großer Wohnungsgesellschaften. Die Zinspolitik der Notenbanken hat immenses Kapital in den Immobilienmarkt gespült. Es jagt Renditen, die es anderswo nicht mehr gibt. Hinzu kommt die Migration, die den Kampf um günstigen Wohnraum drastisch verschärft. Und drittens können immer mehr Menschen trotz einer Vollzeitbeschäftigung kaum noch den nötigen Wohnraum bezahlen. Fast die Hälfte aller Mieter in Berlin fürchtet, sich die Mieten bald nicht mehr leisten zu können. »Es brennt. Und was die Mieten betrifft, muss man konstatieren: Es brennt sogar gewaltig«, findet die linke *taz.* »Blanke Existenzangst« beobachtet die *Wolfsburger Allgemeine* in einem Artikel über eine Mieterdemonstration im Stadtteil Vorsfelde.

In Berlin – wo 80 Prozent aller Wohnungen Mietwohnungen sind – gingen im April 2018 rund 13 000 Bürger für bezahlbare Mieten auf die Straße. Dem breiten Aktionsbündnis gehörten 240 Initiativen an. Künstler, Gewerkschaften, Rentner, Familien mit Kindern und Studenten marschierten vom Potsdamer Platz bis nach Kreuzberg. Sie riefen »Keine Profite mit der Miete« und trugen Plakate mit Aufschriften wie »Spieglein, Spieglein an der Wand – wer ist der Nächste am Straßenrand?« Bei vorangegangenen Demonstrationen im September 2016 und im April 2017 waren jeweils nur ein paar Hundert Teilnehmer auf der Straße.

Im Heidgarten in Wolfsburg protestierten im April 2018 Dutzende von Mietern gegen die »Aufstockung« ihrer Gebäude. In Frankfurt gingen im Februar 2017 rund 800 Menschen unter dem Motto »Stadt für alle« auf die Straße. Im August 2017 kam es in Frankfurt-Nordend zu einer weiteren Demonstration gegen »Mietervertreibung«. In Göttingen protestierten im April 2018 etwa 350 Studenten mit mehreren Mieterinitiativen für eine sozialere Woh-nungspolitik. Bei einer Demonstration gegen Luxussanierungen in Wolfsburg im April 2018 beschrieben die *Wolfsburger Nachrichten* die Stimmung als »auf dem Siedepunkt«.

In Stuttgart wurden im April 2018 nach einer Mieterkundgebung mit 150 Teilnehmern leerstehende Wohnungen besetzt. Am bundesweiten Aktionstag »Mietenwahnsinn stoppen« protestierten Bürger auch in Hamburg-Altona gegen überzogene Mieten. An der »Ersten Thüringer Mietparade« im April 2018 gingen 500 Menschen »gegen den Ausverkauf der Städte« auf die Straße. In Jena

mobilisierte die Initiative »Recht auf Stadt« im Frühjahr 2018 mehr Menschen als die 37. regionale Immobilienmesse. Und in Bayern machen die Freien Wähler jetzt gegen Wohnungsnot mobil.

Es stören sich auch nicht allzu viele daran, dass der Spitzensatz von 42 Prozent heute schon bei Steuerzahlern greift, die nur das 1,3-Fache des Durchschnittslohns verdienen. Es gab Zeiten, da griff der Spitzensteuersatz erst beim 15-Fachen des Durchschnittslohns. Ganz klar: Es schwindet nicht nur die Zahl der Wasserträger für das größte Kultur- und Sozialexperiment in der Geschichte dieses Landes, die verbliebenen Exemplare dieser Melkkuh-Spezies werden auch vom unersättlichen Staat immer brutaler ausgenommen. An der Schmerzgrenze angekommen, werden sich viele soziale Absteiger an verschiedenen Orten mit Unmut und Protest bemerkbar machen. Gründe dafür gibt es viele, wie wir im Kapitel über die allerorten aufflackernden Proteste sehen werden.

Die politische Kaste in Berlin hat es bis heute nicht verstanden, oder ignoriert es einfach, welche Sprengkraft hier lauert: Zum ersten Mal seit dem Zweiten Weltkrieg nimmt die Zahl der Deutschen, die von der Entwicklung des Landes profitieren, nicht mehr zu, sondern ab. Seit 1999 ist das verfügbare reale Einkommen der 40 Prozent Erwerbstätigen mit dem geringsten Verdienst laut dem Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung zurückgegangen.[53] Von diesem Umkehrschub liest man in Jubelstudien wie dem Glücksatlas wenig bis nichts. Doch wie gefährlich es für den Zusammenhalt einer Gesellschaft ist, wenn es nicht gelingt, eine wachsende oder wenigstens stabile Zahl von Menschen mitzunehmen, haben selbst die Kommunisten in China verstanden. Zwischen der Führungsriege der KP in Peking und den 1,3 Milliarden Chinesen gibt es einen stillen und ungeschriebenen Vertrag: Die KP will als Monopolpartei in Ruhe regieren, dafür dürfen die Chinesen bei deutlich größeren wirtschaftlichen Freiheiten, die ihnen die Reformen beschert haben, ungestört Karriere machen und sich beruflich ungehindert verwirklichen. In Peking weiß man, dass sich Unruhen trotz sozialer Spannungen am besten vermeiden lassen, wenn eine wachsende Zahl von Menschen in der Gesellschaft sich als Teilhaber der Entwicklung sieht. In Berlin ist diese simple Erkenntnis, die es in der Sozialen Marktwirtschaft einmal gab, abhandengekommen. Der ehemalige Herausgeber des *Handelsblatts*, Gabor Steingart, vermutet dahinter zu Recht etwas Schlimmeres als pure Vergesslichkeit. Im Dezember 2017 schrieb er: »Die

Mehrzahl der Deutschen soll nicht mitgenommen, sondern abgefunden und ruhiggestellt werden.«[54]

Zurück zur Rente. Sie reicht immer weniger Menschen zum Leben. Hier sprechen wir jedoch von der bald größten Bevölkerungsgruppe. Die muss sich künftig kollektiv mit schlecht bezahlter Teilzeitarbeit bis ins hohe Alter durchbeißen, bei Enkeln, die selbst nicht viel verdienen, schnorren gehen, Zeitungen austragen oder Pfandflaschen sammeln. Wer viel in Lokal- und Regionalzeitungen liest, bekommt derzeit ohnehin den schlimmen Eindruck, dass Flaschensammeln bereits zum Volkssport der Senioren wird.[55] »Das Volk mit der größten Wirtschaft in Europa fürchtet Massenarmut im Alter – wo doch die deutsche Wirtschaft von einem Erfolg zum nächsten eilt. Nur eben ohne die Deutschen«, schrieb Ende 2013 Roland Tichy. Da war er noch Chefredakteur der *Wirtschaftswoche* und noch nicht eine führende Stimme der Gegenöffentlichkeit im Internet.

Es geht jedoch nicht nur um die Rentner. Das angebliche Wirtschaftswunder kommt in weiten Teilen der Bevölkerung nicht an. Aus dem Schlaraffenland der Mainstream-Medien ist für Millionen Deutsche längst ein Albtraum geworden. Das offenbarte auch ein »publizistischer Stich ins Wespennest«, von dem Anfang 2018 der Journalist und Blogger Jens Berger auf den *NachDenkSeiten* berichtete.[56] Berger hatte Tage zuvor in einem Aufsatz unter dem Titel »Uns geht es doch gut« aus ganz subjektiver Sicht das »deutsche Wohlfühl-Mantra« durchleuchtet und kam zu dem Schluss, dass es ihm und seiner Familie – wie vielen in seiner Generation – in den 80er-Jahren »deutlich besser« gegangen war als heute.

Nach der Publikation seines Beitrags erhielt Berger von den Lesern eine »Lawine« an Zuschriften. Die meisten stimmten dem studierten Volkswirt zu. Damit habe sich für ihn klar erwiesen, dass das »Glaubensbekenntnis des Merkelismus« von der besten aller Zeiten schroff an der Realität der Menschen vorbeigeht. Und zwar »weitestgehend unabhängig von deren sozialer Schicht«. Berger hatte in seinem Aufsatz beschrieben, dass der Vater in den 80er-Jahren als Handwerker genügend Geld für ein Haus, das Auto und den Sommerurlaub verdiente. Für Kultur, Sport und Bildung sei in dem Arbeiterhaushalt ebenso selbstverständlich Geld verfügbar gewesen wie für eine Sprachreise nach England und das spätere Studium. Seine Mutter habe den Großteil seiner Kindheit zu Hause verbracht, einen zweiten Job habe man in der Familie nicht gebraucht. Und an Altersarmut habe damals auch niemand gedacht. Heute dagegen sei eine Familie, »in der nur der Vater als Handwerker arbeitet, schon fast ein Fall für den

Hartz-IV-Aufstocker«. Und selbst bei zwei Vollzeiteinkommen könne es für ein eigenes Haus, den Sommerurlaub und die universitäre Ausbildung der Kinder »schon sehr knapp werden«. In ihren Zuschriften bestätigten die Leser der *NachDenkSeiten* Bergers Beobachtungen über die Verhältnisse, wie wir sie heute vorfinden: schlechte Berufsaussichten nach dem Studium, prekäre Arbeitsverhältnisse, eine neoliberale Leistungsgesellschaft, Angst vor Altersarmut sowie unbezahlte Praktika und soziale Unsicherheit.

Berger äußert in seinem Fazit eine These, mit der er nach meiner Einschätzung genau richtig liegt: Der Wandel seit den 80er-Jahren ist »nicht vom Himmel gefallen«, er war »politisch gewollt«. Welche Motive Berger im Detail dahinter vermutet, weiß ich nicht. Aber für mich ist die Sache klar. Ich werde mich damit im nächsten Kapitel ausführlich beschäftigen. Hier nur vorab so viel: Bei der Öffnung der Grenzen sind skrupellose neoliberale Hardcore-Kapitalisten, der radikale Islam und die politische Kaste im Westen zu globalen Komplizen geworden. Dank offener Grenzen vollenden sie gemeinsam, was sie jeweils auf ihre Weise als eine alternativlose Globalisierung verstehen. Erst konnten sich Waren frei über alle Grenzen hinweg bewegen. Dann folgte das Kapital. Jetzt sollen sich auch Menschen überall auf der Welt frei bewegen können. Die politische Kaste kann bei uns auf diese Weise eine bunte Gesellschaft schmieden. Der politische Islam treibt mit dem Export von strenggläubigen Moslems, Imamen und Salafisten das Kalifat voran. Global aufgestellte Firmen schließlich können jetzt überall billig fertigen, sogar ohne die Produktion nach Bangladesch oder in Länder Afrikas zu verlegen. Mit China und Indien werden die beiden letzten großen Billig-Bastionen auf der Welt seit Jahren erschlossen. Jetzt geht es weiter nach dem Motto: Wenn sich kein neues China mehr finden lässt, dann holen wir die billigen Arbeitskräfte eben hierher.

Blickt man 50 Jahre zurück, war diese Entwicklung absehbar. Nachdem sich die Kinderzahl in westlichen Ländern in den 60er- und 70er-Jahren praktisch halbiert hatte, wurde das Wachstumsmantra zunächst mit steigender Produktivität verteidigt. Dann mit einer stärkeren Beteiligung der Frauen im Arbeitsleben. Als dieser zusätzliche Schub in den 90er-Jahren verbraucht war, mussten neue Impulse her: Zuerst kamen die beschleunigte Globalisierung und die beginnende Automatisierung, dann die Migration. Der nächste Schub, der auf die Migration folgen wird, ist bereits absehbar und wird aus dem Seniorensegment der Alterspyramide

kommen. Die Menschen werden deutlich länger arbeiten und erst nach 70 in Rente gehen können. Verzweifelte Rentner sind das nächste Revier, in dem unterhalb des Mindestlohns zur Förderung der Renditen nach Kräften geräubert wird. Die ersten Firmen wittern schon das kommende Mega-Geschäft. Das Start-up-Unternehmen »Seismic« im Silicon Valley hat einen »Super-Anzug« entwickelt, der von Senioren unter der Kleidung getragen werden kann und mit elektronisch gesteuerten Zusatzmuskeln aus älteren Menschen wieder »produktive Wesen« machen soll.[57]

Mit der geschilderten Verstrickung ihrer Interessen werden drei der stärksten und gefährlichsten Strömungen der Welt – linke Weltverbesserer, der konservative und radikale Islam sowie das große Geld – zu Komplizen. Das funktioniert ohne Verabredung, Verschwörung oder Vertrag. Aber die Rädchen greifen durch die Öffnung der Grenzen wunderbar ineinander. Die Beteiligten wissen das. Mehr noch: Sie nutzen die Vorzüge dieser unerklärten Koalition geschickt und skrupellos zu ihrem eigenen Vorteil aus. Hier haben wir die eigentliche GroKo, die diesen Namen auch verdient!

Der Druck im Kessel ist enorm gestiegen

Wenn zwischen dem angeblich besten Deutschland aller Zeiten und dessen bitteren Wahrheiten solche Welten klaffen, dann ist es kein Wunder, wenn sich überall im Land Bitterkeit und Wut entladen – und Proteste bis in die hintersten Winkel der Republik zunehmen. Am 17. März 2018 habe ich eine Protestkundgebung von 200 aufgebrachten Bürgern in meinem Wohnort Rottenburg am Neckar beobachtet. Auf dem Metzelplatz mitten in der Fußgängerzone der historischen Altstadt, unweit des Rathauses und direkt vor der Lokalzeitung *Schwäbisches Tagblatt,* machten die Bürger ihrem Ärger über das geplante Gewerbegebiet »Galgenfeld« Luft. Es soll vom Stadtrat gegen den erklärten Widerstand vieler An- und Einwohner durchgepaukt werden. Aus dem Mund fast aller Bürger, die an diesem Tag vor das Mikrofon traten, um ihren Protest zu bekunden, kamen

Beschwerden, die man derzeit im ganzen Land vernimmt: »Wir werden nicht gehört« … »es dominieren Partikularinteressen« … »unsere Argumente finden keinen Zugang« … »die wollen uns spalten« … »die Politik wiegelt ab« … »selbst die SPD hilft uns nicht mehr, von der CDU ganz zu schweigen« …

Doch wo stehen wir mit diesen Protesten? Vielleicht hilft ein kurzer Blick zurück in die USA des Jahres 1991. Arthur Schlesinger, einer der führenden Historiker des ausgehenden 20. Jahrhunderts, brachte damals ein neues Buch heraus. Es handelte von einem auseinanderbrechenden Land *(The Disuniting of America)*. Schlesinger schrieb das Buch, als die Sowjetunion zerfiel, Jugoslawien implodierte, Separatisten von Quebec über Osttimor bis ins Baskenland ihre Unabhängigkeit betrieben und die aufkommende Multikulti-Politik von den Klassenzimmern bis in die Medien für Unruhe sorgte. Das Amerika, das Schlesinger in dem Buch beschrieb, war noch nicht vom Auseinanderbrechen bedroht, auch wenn es der alarmierende Buchtitel schon damals nahelegte. Aber 2½ Jahrzehnte später ist das Land genau dort angekommen: Die politische Elite in Washington legt sich in bitteren Grabenkämpfen selbst lahm und riskiert alle paar Monate eine Staatspleite, Schulmassaker folgen in Serie aufeinander, Globalisierer und der Militärapparat haben beide politischen Parteien fest im Griff, Kontroversen über Einwanderung, polizeiliche Übergriffe, Verarmung, grassierende Wohnungslosigkeit, abgehobene Politik und manipulative Berichterstattung spalten das Volk. Viele Städte versinken in Armut, Gewalt und Drogen. Die US-Wähler entschieden sich 2016 aus Protest für Donald Trump, um die linke Hillary Clinton und ihre kriegstreibende Geldelite zu verhindern. Inzwischen hat diese Geldelite zusammen mit dem unersättlichen Militärapparat auch das Weiße Haus von Donald Trump unter ihre Kontrolle gebracht. Währenddessen verwandeln Genderwahn, Tugendterror und grassierende Intoleranz die Colleges in ideologische Kampfzonen. Im ganzen Land werden Statuen von ihren Sockeln gerissen, angeblich um auf die Gräuel von Kriegsveteranen und Sklavenhaltern aufmerksam zu machen. In Wahrheit aber wird Geschichte zensiert, damit sich die an ihr vergreifenden Aktivisten in ein besseres Licht rücken können. Krasse soziale Unterschiede haben für Millionen Bürger den »Amerikanischen Traum« zerstört. Der US-Politologe und Buchautor John Feffer, der im Oktober 2017 in einem Essay diese »vierte große Erschütterung«[58] seines Landes unter die Lupe nahm, beschreibt die aktuelle Polarisierung der US-Politik

und Gesellschaft so: »Ein Land, das seit mehr als 150 Jahren keinen Bürgerkrieg mehr hatte und das separatistische Bewegungen von Texas bis Vermont eigentlich eher belächelt als besorgt zur Kenntnis nimmt, sieht sich nun einer so ernsten Spaltung und einem so großen Arsenal an Waffen gegenüber, dass die Möglichkeit eines Auseinanderbrechens Teil der Diskussion im Mainstream geworden ist. Tatsächlich kamen nach der Präsidentenwahl von 2016 Vorhersagen über einen zweiten Bürgerkrieg – bis hin zu einem richtigen, blutigen, hemmungslosen Krieg – unter Journalisten, Historikern und Politikexperten schwer in Mode.«

Das ist wohl auch der Grund, warum 2017 ein »böser Roman« (FAZ) des in Kairo geborenen und in Doha aufgewachsenen Journalisten Omar El Akkad über einen Krieg auf amerikanischem Boden mit Selbstmordattentaten, chemischen Waffen und tödlichen Drohnenangriffen die Bestsellerlisten stürmte. Geschildert werden in der düsteren Zukunftsvision die USA, die als Weltpolizei abgedankt haben und in der Auseinandersetzung zwischen einem »blauen« Norden und einem »roten« Süden zerrieben werden.

Wo sich Deutschland auf der Zeitachse zwischen dem Erscheinen von Schlesingers Buch und dem Zukunftsroman von El Akkad befindet, lässt sich nicht präzise bestimmen. Aber sicher ist: Angela Merkel hat mit ihrer Migrationspolitik die Gesellschaft nachhaltig gespalten und einen starken Brandbeschleuniger an das Land gelegt, ein Land, in dem die Finanzkrise von 2008 mit der anschließenden Großen Rezession bereits tiefe Spuren hinterlassen hat, zudem einen enormen Vertrauensverlust gegenüber der Finanzwirtschaft, der politischen Kaste und Institutionen wie Polizei, Behörden, Medien und Kirchen. Zusätzlich machen sich von der Krise der EU bis hin zum Brexit der Briten und zu den Unabhängigkeitsbestrebungen in Katalonien enorme regionale Fliehkräfte bemerkbar – so wie 1991. Dass heute jedoch deutlich größere Gefahren als damals lauern, machen die Spannungen rund um Nordkorea, die Kriege im Nahen Osten sowie die zunehmende Konfrontation des Westens mit Russland und China deutlich. Hinzu kommt der Handelskonflikt, den Donald Trump Anfang 2018 auslöste. Dieser wird von den hiesigen Medien dem US-Präsidenten angelastet, doch in den Augen aufmerksamer Beobachter zeigt der Streit auch, wie in der EU die Bürger als Steuerzahler und Konsumenten hinters Licht geführt und ausgenommen werden.

Die EU ist es, die sich mit enormen Zöllen zum Schutz von Lobbygruppen in der Agrarwirtschaft und der Industrie abschottet, zum

Nachteil ihrer Verbraucher. Während die EU Importautos aus den USA mit 10 Prozent besteuert, werden Pkw aus der EU zu dieser Zeit in den USA lediglich mit 2,5 Prozent belastet. Die Agrarpreise in der EU liegen dank strammer Zölle im Schnitt etwa 20 Prozent über den Preisen am Weltmarkt und in den USA. Diesen ganzen Betrug an Verbrauchern zum Vorteil der heimischen Bauern und Autohersteller deckte der ehemalige Präsident des ifo-Instituts, Hans-Werner Sinn, am 15. März 2018 in der Sendung *Markus Lanz* auf.[59] »Den Vorwurf, den er [Trump] den Europäern macht, dass sie selbst sich durch Schutzzölle abschotten, der ist sogar richtig«, sagte Sinn, der hinzufügte: »Das wird hier in der Presse total falsch dargestellt.« Die verfügbaren WTO-Tabellen geben Sinn eindeutig recht. Die EU lässt lediglich 26 Prozent ihrer Importe außerhalb des Agrarbereichs zollfrei ins Land, die USA mit 48 Prozent deutlich mehr. Die Frage ist nur: Warum macht die EU das? Ganz einfach, weil die Zölle ein wichtiger Teil des EU-Budgets sind und dringend gebraucht werden. Und warum klären uns die Qualitätsmedien darüber nicht ausreichend auf? Weil dann der Lack vom großen Friedens- und Modernisierungsprojekt EU abfallen könnte.

Hier in Deutschland geht es vor allem darum, dass die politische Kaste nur noch an ihrem Machterhalt interessiert ist und immer stärker gegen den erklärten Willen der eigenen Bürger regiert. Zwei Drittel der deutschen Wähler lehnten laut einer INSA-Umfrage schon im Mai 2016 eine weitere Amtszeit von Angela Merkel ab.[60] Im März 2018, als Merkel für ihre vierte Amtszeit vereidigt wurde, wollte nur jeder Dritte, dass sie weitermacht.[61] Während der GroKo-Vertrag die Vertiefung der EU zur Priorität der neuen Legislaturperiode erklärt, sind die Deutschen mehrheitlich gegen diese Vertiefung. Sie wünschen sich stattdessen zu 64 Prozent mehr Befugnisse für die einzelnen Nationalstaaten.[62] Während der Familiennachzug von Flüchtlingen im Wahlvolk mehrheitlich als »Risiko« gesehen wird, war er ein zentrales Thema sowohl in den geplatzten Jamaika-Sondierungen als auch in den Gesprächen, die zur jetzigen GroKo führten.[63] Eine Mehrheit der Deutschen hielt auch die Entscheidung des Bundestages für ein drittes Griechenland-Hilfspaket für falsch. Und lediglich 14 Prozent der Deutschen wollen Diesel-Fahrverbote in den Städten. Doch die haben wir bereits. Was immer die Deutschen bewegt, Berlin handelt zuverlässig gegen ihren Willen. Die Liste der Entscheidungen, die gegen den Mehrheitswillen der Wähler getroffen werden, wird immer länger. Kein Wunder, dass die »repräsentative Demokratie« in einer schweren Krise steckt. Da klang es wie reiner Hohn,

als Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier nach den gescheiterten Jamaika-Sondierungen im November 2017 darauf bestand, »alle in den Bundestag gewählten Parteien sind dem Gemeinwohl verpflichtet, sie dienen unserem Land«. Man weiß nicht, ob man beim Vernehmen dieser Worte lachen oder sich angewidert abwenden soll. Wer die Politik beobachtet und derlei Beschwörungen hört, fühlt sich unweigerlich verschaukelt. Es gab keine Regierung nach dem Krieg, die mehr demokratische Rechte mit Füßen trat, aktiver gegen Wahlvolk und Grundgesetz agierte und mit ihrer Politik mehr arbeitende Menschen und Rentner in die Armut trieb oder ihnen Angst davor machte, als diejenigen von Angela Merkel.

Bürger begehren auf

Die Rebellion der Rentner

Sie haben viel Zeit für Protest. Sie haben das Land mit harter Arbeit aufgebaut. Sie sind bald die mit Abstand größte demografische Gruppe der Gesellschaft. Und sie stellen den größten Teil der Neuzugänge bei den Tafeln. Sie zahlen immer mehr Abgaben auf ihre geringen Einkünfte, die jetzt auch noch von der zurückkehrenden Inflation abgenagt werden. Und alle paar Wochen lesen sie in den Zeitungen, dass sie bald bis 70 oder gar 73 (Institut der Deutschen Wirtschaft) arbeiten müssen. Die Rentner sind die Zeitbombe in unserem Land, das wegen wachsender sozialer Ungleichheit, kultureller Spaltung und ungedeckter Schecks auf die Zukunft ohnehin großen Protesten entgegensieht. Auch mit Blick auf diese Entwicklung führen uns die Mainstream-Medien völlig in die Irre. Die *Huffington Post* bezeichnete Ende 2016 die Rente als »eines der größten Langweiler-Themen der Gegenwart«. Weit gefehlt. Das genaue Gegenteil ist der Fall. Und zwar schon sehr bald. Denn die Rentner werden es sein, die in den kommenden Jahren mobilmachen und mit Protesten die Politik vor sich hertreiben.

In den EU-Nachbarländern Frankreich und Spanien gehen sie bereits massenhaft auf die Straße. Denn in Frankreich will Präsident Macron im Rahmen seiner Steuerreform den Rentnern höhere Abgaben aufbrummen. Und in Spanien rebelliert die »graue Flut«, wie die Medien den hunderttausendfachen Protest gerne nennen, gegen nahezu eingefrorene Renten. Spanien hat die Rentenkassen in Zeiten der Eurokrise geplündert. In Deutschland wird das klaffende Loch bisher mit hohen Überweisungen des Staates aus dem Bundeshaushalt von über 90 Milliarden Euro pro Jahr zugedeckt.

Bei uns haben die Proteste der Senioren erst begonnen. Trotzdem treibt die absehbare Rebellion bereits Politik und Medien um. So titelte die FAZ im April 2018: »Rentner rebellieren gegen Regierung.« Und das stimmt. Millionen ältere Deutsche zahlen auf ihre Betriebs- und Zusatzrenten volle Kassenbeiträge, also den

Arbeitnehmer- und Arbeitgeberanteil zugleich. Obwohl die Rentner aus diesem Grund seit Jahren in wachsendem Maße demonstrieren, vor Gericht klagen und wütende Briefe an Abgeordnete schreiben, tut sich bisher kaum etwas. Der Grund: Die Kosten für eine Lösung werden auf bis zu 6 Milliarden Euro veranschlagt. Doch weil die Bundesregierung aus Angst vor einer Konfrontation in den vergangenen Jahren die Renten angehoben hat, steigt die Zahl der Rentner, die über den Freibetrag kommen und Steuern zahlen müssen. Sie hat sich seit 2005 auf jetzt 4,5 Millionen fast verdoppelt. Allein in Sachsen stieg die Zahl der an Rentner verschickten Steuerbescheide von 2014 bis 2017 um fast ein Fünftel. Viele Rentner sehen in der Besteuerung eine Rentenkürzung. Es geht aber nicht nur um Steuern und um Arbeit bis ins hohe Alter. Denn wie im ersten Kapitel beschrieben, nimmt gleichzeitig die Zahl der Rentner, die eine Aufstockung brauchen, drastisch zu. Hätten die Medien die Realität unserer Rentner objektiv und der Dringlichkeit angemessen ausgeleuchtet, wäre schon vor Jahren klar geworden, dass viel von dem Protest, der sich bei Stuttgart 21, bei Pegida oder beim starken Zuspruch für die AfD entlud, von älteren Menschen kam. Sie suchen verzweifelt nach Plattformen, auf denen sie ihren Unmut zum Ausdruck bringen können. Die wachsende »Wut« in Deutschland wird ausschließlich nach dem politischen Rechts-Links-Schema, oder mit Blick auf soziale Chancen und Einkommen analysiert. Sie kommt aber zu einem beträchtlichen Teil nicht »von rechts«, sondern aus dem Alter.

Und wie steht es mit der Verantwortung für diese verheerende Bilanz? Die hat auch nach der Bundestagswahl von 2017 niemand in Berlin freiwillig übernommen. Angela Merkel sah nach der Wahl nicht, was sie hätte anders machen können. Im Gegenteil: Die beiden größten Verlierer der Wahl, Union und SPD, formten die neue Regierung. Statt eines Neuanfangs kam das »letzte Aufgebot«, wie es jemand auf Twitter treffend beschrieb. Dass die Deutschen mit ihrer politischen Elite die Geduld verlieren, fürchten immer mehr kritische Beobachter und auch Insider der deutschen Politik. Nils Heisterhagen, der Grundsatzreferent der SPD-Landtagsfraktion in Rheinland-Pfalz – und Autor des Buches *Die liberale Illusion* –, wagte in einem Beitrag für die *Welt* im April 2018 über die Anbiederung der SPD an das neoliberale Projekt folgende Prognose: »Wenn die politische Elite […] weiter in ihrer Alles-ist-gut-Philosophie verharrt, dann wird sie bald viel größere Probleme ernten. Denn während sie untätig ist, wächst die Realität, wächst die Unzufriedenheit weiter Teile der Bevölkerung ihr über den Kopf.«[64] Diesen Zustand haben wir angesichts der vielen Proteste, die sich überall im Land beobachten lassen, erreicht.

Die noch schweigende, aber teils schon aufbegehrende Mehrheit hierzulande hat längst die Schnauze voll davon, belogen und beleidigt zu werden, von Hofberichterstattern erklärt zu bekommen, wie sie zu denken

und zu sprechen hat, und als »rechter Rand« diffamiert zu werden. Nur im Ausland konnte man nach der Bundestagswahl vom September 2017 Sätze wie diesen lesen: »Angela Merkel ist immer noch abgewählt, doch sie hat es nie begriffen und nie akzeptiert.«[65] Es war eine Schweizer Zeitung, in der man das lesen konnte. Das bedrückende Fazit in dem Bericht der *Basler Zeitung* lautete so: »Man spürt in diesen privilegierten Kreisen, dass die Wähler, also die Untertanen, murren, man weiß, dass sich etwas ändern müsste, doch man kann nicht, sondern klebt fest am Herkömmlichen, an der Macht, die man genießt, noch mehr an den Rezepten, die zwar nicht mehr richtig wirken, aber die man unverdrossen verschreibt, während die damit behandelten Patienten laufend wegsterben.« Merkel hat viele gute Ratschläge und Warnungen in den Wind geschlagen, zum Beispiel die von zahlreichen CDU-Kreisvorsitzenden, Stadträten und Junge-Union-Vorsitzenden im Oktober 2016. Die schrieben damals an die »Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin«, sie machten sich wegen der Herausforderungen durch die Flüchtlinge und der Belastung für die sozialen Sicherungssysteme »große Sorge«. Was machte Merkel? Sie versteckte sich vor dem Wahlvolk und den eigenen Leuten an der Basis. Die Quittung kam schon im Wahlkampf, beispielsweise als kurz vor dem Wahltag bei ihrem Auftritt in München die »Hau ab«-Rufe nicht mehr übertönt werden konnten. Und das, obwohl die Regler der 20 000-Watt-Anlage von den örtlichen CDU-Organisatoren bis zum Anschlag aufgedreht wurden. Der inzwischen von der FAZ entsorgte und zur *Welt* gewechselte Blogger »Don Alphonso« schrieb wenig später in einem Tweet (30.11.2017), er könne nicht das aufschreiben, »was beim Bäcker gerade über Merkel gesagt wird«.

Dass es im Volk rumort und immer mehr Deutschen der Geduldsfaden reißt, haben selbst jene Wirtschaftsbosse mitbekommen, die sich täglich in feinen Zwirn hüllen und vom Chauffeur ins Büro kutschiert werden, wo ihnen Vorzimmerdamen den exklusiven Mantel abnehmen und den Lieblingskaffee heiß servieren. Schon 2009 hatte Josef Ackermann, damals noch Chef der Deutschen Bank, eingeräumt, er habe »Angst vor sozialen Unruhen«, für viele Menschen sei »so manches, was gerade passiert, nicht mehr nachvollziehbar«.[66] Das war nur wenige Monate nach Ausbruch der Finanzkrise. Aber seitdem sind die Große Rezession und die verheerenden Folgen der unkontrollierten Migration hinzugekommen, ebenso die immer weiter anwachsende soziale Ungleichheit und das Abdriften der Medien in einen riesigen Erziehungsapparat, der eine autistische Elite deckt und das

Volk beschimpft. Die Wahrheit ist: Wer wie Merkel und ihre Minister das Wahlvolk im Stich lässt und für ein kulturelles Großexperiment, das weder vom Parlament noch vom Wahlvolk abgesegnet wurde, nach Belieben Gesetze ignoriert und die Innere Sicherheit aufs Spiel setzt, der darf sich nicht wundern, wenn die Verlierer irgendwann revoltieren. Zumal wenn die tiefen Narben der Großen Rezession noch keineswegs verheilt sind, die sozialen Spannungen zunehmen, eine Verfassungskrise im Anmarsch ist und sich an den Börsen die nächste Finanzkrise ankündigt.

Vor schweren gesellschaftlichen Verwerfungen warnen immer mehr führende Manager, Wissenschaftler und selbst Mitglieder der politischen Elite, wenn sie in einer entspannten Minute aus sich herausgehen oder die aktive Zeit beendet haben: »Politiker sind Weltmeister im Beobachten, aber keine Weltmeister im Problemelösen, ich habe es satt«, fuhr es im Januar 2018 aus Telekom-Chef Timotheus Höttges heraus.[67] Sigmar Gabriel gestand im Februar 2016, er habe Angst, »dass uns die Gesellschaft auseinanderfliegt«[68]. Auch Wolfgang Schäuble hat die Lage in Deutschland als »sehr nervös und fragil« bezeichnet.[69] Kurt Biedenkopf fürchtet, der Westen sei »nicht mehr weit vom Chaos entfernt«[70]. Das Weltwirtschaftsforum warnte durch seinen Gründer Klaus Schwab Anfang 2018, man müsse das »Risiko eines globalen Systemzusammenbruchs ernst nehmen«. In seinem Vorwort für den Bericht über »Globale Risiken« schrieb Schwab von Schocks, die »dramatische Störungen« hervorrufen und einen »raschen und irreversiblen Verfall jener Systeme verursachen« könnten, auf die wir uns stützen. Das *Handelsblatt* fasste diese Warnung in der Schlagzeile »Alarmstufe Rot« zusammen.[71] Wirtschaftsprofessor Max Otte gesteht derweil, er sei »immer noch fassungslos«, wie käufliche Politiker »unser Land in den letzten Jahren mit Vollgas in die Katastrophe steuern«.[72] Und kurz vor Weihnachten 2017 zog der scheidende Siemens-Aufsichtsratschef Gerhard Cromme seinen im Vorwort zitierten Vergleich mit der Titanic: »Das Orchester spielt noch und wir haben noch gar nicht kapiert, was wirklich los ist. Eines Tages wachen wir auf und stellen fest: Wir sind abgesoffen.«[73] Die Warnungen vor einem schlimmen Erwachen und vor sozialen Unruhen mehren sich. Sie kommen aus der Musikszene[74], von Filmemachern, Intellektuellen und Islamexperten wie Imad Karim, der überzeugt ist, »wir werden soziale Unruhen haben«[75]. Die Warnungen kommen aber auch von renommierten Historikern wie Niall Ferguson[76] und von Sozialwissenschaftlern wie dem Franzosen Boris

Grésillon, für den außer Frage steht, »die Wut der Bürger weiter zu ignorieren – das ist die größte Gefahr«[77].

Wer auf Google als Suchwort »Schmerzgrenze überschritten« eingibt, bekommt 53 600 Links zu Berichten und Dokumenten, die genau das belegen oder uns davor warnen. Täglich produziert die politische Kaste Nachrichten, über die man sich grenzenlos aufregen kann. Lokale und Regionalzeitungen sind voll von politischen Schildbürgerstreichen, Maßlosigkeiten, ideologischer Arroganz und Zumutungen gegen Wähler, Sparer und Steuerzahler. Hier nur ein Beispiel aus dem März 2018, während ich diese Zeilen schreibe. Die Stadt Wunsiedel löst mit einer neuen Kehrordnung unter den Einwohnern eine Welle der Empörung aus, weil die Bürger künftig pro Jahr eine Gebühr von 1,40 Euro pro Meter Grundstück zahlen sollen, für das Kehren der Straßen. Am Tag zuvor hatten die erstaunten Bürger in den Zeitungen gelesen, dass sie für die neue GroKo künftig so viele Parlamentarische Staatssekretäre finanzieren müssen wie für keine andere Regierung vor ihr. – Wir sind Stimmvieh und Melkkühe, aber kein Souverän, sagen sich viele. Und man kann es ihnen nicht verdenken.

Die Migrationspolitik importiert Gewalt

Deutschland wird von einer Welle der Gewalt überzogen, wie sie nur Veteranen kennen, die über 85 sind. Die unkontrollierte Migration hat die ohnehin wachsende Spaltung und Aggression in unserer Gesellschaft noch einmal deutlich verschärft. Vergewaltigte und ermordete Joggerinnen, Attacken auf Sanitäter und Polizisten,[78] Frauen, die aus archaischen Beweggründen regelrecht abgeschlachtet werden und deren religiös motivierte Hinrichtungen sogar als Video[79] im Internet kursieren[80]; dazu Schubs-Attacken in U- und S-Bahnen, Randalierer in Schulbussen, Gruppenvergewaltigungen und Drohungen mit Waffen gegen Feuerwehrleute. In Berlin nahm 2017 die Zahl der Angriffe auf Polizisten laut der Innenverwaltung des Senats um fast 8 Prozent zu.[81] Schließlich der islamische Terror in Berlin, Würzburg, Ansbach, Hannover und Hamburg. Weihnachtsmärkte haben sich in Anti-Terror-Festungen verwandelt. Bunt bemalte Zementpoller sollen darüber hinwegtäuschen, dass das Schlendern zwischen Ständen mit Glühwein, Lebkuchen und

gebrannten Mandeln lebensgefährlich sein kann. Schon im April 2016 hatte Verfassungsschutzchef Hans-Georg Maaßen in einem Interview auf die Frage nach der Zahl der Islamisten hierzulande darauf verwiesen, dass 70 Prozent der Migranten keine gültigen Pässe vorzeigen konnten, und geantwortet: »Das islamistisch-terroristische Potenzial liegt bei etwa 1100 Personen. Zudem verzeichnen wir 8650 Salafisten. Die Zahl steigt praktisch täglich.«[82]

Kaum ein Ort scheint mehr wirklich sicher: Die Gewalt, die oft von jungen muslimischen Einwanderern ausgeht, reicht bis in Schulen (selbst die FAZ klagt neuerdings darüber[83]), Krankenhäuser, Parks, sogar Arztpraxen, Einkaufszentren[84] und Bahnhöfe. Lehrer in Berlin und Saarbrücken schreiben Brandbriefe an ihre Vorgesetzten und die Oberschulämter,[85] Pädagogen im Landkreis Harz rufen die Eltern zu Hilfe. Sie berichten von Respektlosigkeit, Sexismus, Frauenverachtung, Körperverletzungen und Messerattacken in Klassenzimmern und auf Pausenhöfen. Mit dem Salafismus dringt auch der ultrakonservative Islam bis in die Grundschulen vor. Die *Berliner Zeitung* zitiert eine Neuköllner Schulleiterin mit der Aussage, »es gibt bereits heute viele Beispiele von religiösem Mobbing an Schulen«. In dem Bericht geht es um eine Zweitklässlerin, die mit dem Tode bedroht wurde, »weil sie nicht an Allah glaube«.[86] In der *Neue Zürcher Zeitung* lesen wir am Beispiel von Wien, wie Versäumnisse bei der Integration dazu führen, dass religiöse Konflikte an den Schulen zunehmen und »muslimische Frömmigkeit zu einer Art Jugendprotest geworden ist«.[87] Die »Willkommenskultur« unterzieht eine unbekannte Zahl unserer Schulen einem gewaltigen Stresstest, an dem einige von ihnen zu scheitern drohen. Die ehemalige Lehrerin Ingrid Freimuth hat in ihrem Buch *Lehrer über dem Limit* beschrieben, wie hilflos Schulen gegenüber gewalttätigen Jugendlichen sind.[88] Die meisten von ihnen schieben sich die Schulen einfach gegenseitig zu. Sinkende Leistungen, wachsende religiöse Spannungen und zunehmende Gewalt verschärfen eine Bildungsmisere, die es schon vorher gab, und machen aus ihr ein explosives Gebräu, das in einigen Gegenden Lehrer, Eltern und Schulbehörden nicht mehr kontrollieren können. Doch wie lange geht das Wegschauen gut?

Auch die Bahnhöfe haben sich, nachdem sie über Jahrzehnte mühsam und aufwendig für angenehmeres Reisen modernisiert und durch Geschäfte angereichert worden waren, in Gewaltherde verwandelt. Bahnhöfe von Donauwörth bis Sigmaringen und von Frankfurt bis München sind jetzt

kommunale Risikozonen, die Bürgermeister, Polizeichefs und Sicherheitsexperten nachts nicht schlafen lassen. Im November 2017 konnte man verstärkt Berichte über die verschärfte Lage am Frankfurter Hauptbahnhof lesen. Dort hatte es vorübergehend so ausgesehen, als habe man die Zeiten des Drogenhandels beendet. Das galt aber nur, bis Dealer aus Nordafrika kamen und Crack verkauften. 50 000-mal soll die Polizei in einem Jahr dort im Einsatz gewesen sein, nur um trotzdem ein ständiges Anwachsen der Szene zu registrieren. Die kriminelle Expansion wird »ausdrücklich« auf die unkontrollierte Einwanderung seit 2015 zurückgeführt.[89] In Donauwörth brachten im Februar 2018 abgelehnte Asylbewerber aus Afrika stundenlang den Zugverkehr zum Erliegen. Ein Intensivtäter aus Libyen, der zuvor schon sechsmal wegen Gewalttaten auffällig geworden war, aber immer wieder auf freien Fuß kam, stach vor dem Leipziger Hauptbahnhof bestialisch auf eine Frau ein, die ihn durch ihre »sommerlich freizügige Kleidung« irritiert hatte.[90] Mia in Kandel, Keira in Berlin und Susanna in Mainz sind unvergessene Opfer der grassierenden Messergewalt in deutschen Städten. Vor allem der Mord an der 14-jährigen Susanna in Mainz erhitzte im Sommer 2018 zusammen mit dem BAMF-Skandal die Gemüter in Deutschland. Für das halbe Jahr bis März 2018 weisen in NRW Polizeiberichte 572 Messerangriffe aus; in Leipzig nahm die Zahl gefährlicher Körperverletzungen mit Messern in den 6 Jahren bis 2017 um 300 Prozent zu; in Berlin werden pro Tag im Schnitt sieben Messerattacken registriert, Zahlen, die *Bild* im März 2018 zusammentrug.[91] Die »Faktenfinder« der *Tagesschau* versuchten umgehend, diese verheerenden Zahlen irgendwie zu entkräften. Die »Behauptungen« der *Bild* seien »kaum belastbar«, es gebe »Keine ›Messer-Epidemie‹ in Deutschland«.[92] Doch der Bericht des *Tagesschau*-Teams, das die Wahrheit für sich reklamierte, war angefüllt mit Relativierungen wie »möglicherweise« und »wahrscheinlich«. Die Faktenfinder gingen ziemlich leer aus und hatten außer ihrer Behauptung nichts Belastbares zu bieten. Belastbares bietet dagegen die internationale Rangliste des Weltwirtschaftsforums über die sichersten Reiseländer der Welt. In der Ausgabe 2017 [93] landet Deutschland nach dem Verlust von 31 Rängen auf Platz 51, zwischen der Mongolei und Gambia.

Auch Rathäuser sind Tatorte geworden, weil eingewanderte Großfamilien nach dem Besuch von kommunalen Ämtern ihre Enttäuschung gerne spontan abreagieren. Im August 2017 randalierte eine elfköpfige Flüchtlingsfamilie aus dem Irak im Rathaus von

Rommerskirchen, weil sie mit Gesprächen im dortigen Sozialamt unzufrieden war. Die Polizei musste mit fünf Streifenwagen anrücken. Die Mitglieder der Familie rissen Infotafeln von den Wänden und »warfen mit Einrichtungsgegenständen um sich«, eines der Kinder drohte laut *RP Online*, »sich vom Balkon des Rathauses zu stürzen«.[94] Eine Umfrage in mehreren Rathäusern Nordrhein-Westfalens offenbarte im Februar 2018, wie rasant die Gewalt gegen Behörden und Angestellte im öffentlichen Dienst zunimmt. In Münster verdoppelte sich demnach 2017 die Zahl der »ernst zu nehmenden Vorfälle«, in Bochum hat sich die Zahl der Straftaten gegen Behördenmitarbeiter binnen 3 Jahren verdreifacht. Auch in Gelsenkirchen ist die Lage »herausfordernder« geworden.[95] Kein Wunder, dass sich Notrufe von Bürgermeistern im ganzen Land mehren, von Cottbus, wo CDU-OB Holger Kelch im Februar 2018 Journalisten erzählte, dass Angestellte der Stadtverwaltung »nur noch respektiert werden, wenn sie mit Uniform in die Familie gehen«[96], bis nach Sigmaringen, wo der *Südkurier* im Februar 2018 die kommunale Gefahrenlage so schilderte: »Bürgermeister Thomas Schärer nimmt inzwischen eine veränderte Grundstimmung unter den 17 000 Bürgern Sigmaringens wahr, die sich gegenüber den Migranten zunehmend verschlechtere. Die Ursache dafür seien auffällige Flüchtlinge, die durch Pöbeleien, Beleidigungen sowie Diebstähle auffallen und auch Passanten bedrohen, ohne dafür Sanktionen fürchten zu müssen.«[97]

Auch in den Kliniken der Republik dreht sich die Gewaltspirale. Nicht nur in Bremen und Niedersachsen haben sich die Notaufnahmen der Krankenhäuser gegen randalierende Patienten und ihre Clans gewappnet, indem sie Alarmknöpfe und Überwachungskameras installierten und Sicherheitspersonal beschäftigen. Sanitäter brauchen neuerdings Polizeischutz, wenn sie Unfallopfer oder Betrunkene versorgen, und müssen sich auch schon mal in den Rettungswagen flüchten, so eine in den Mainstream-Medien nicht näher beschriebene »Jugendgruppe« sie attackiert. Menschen, die ihr Leben lang unbehelligt Opfer aus Wracks und Trümmern befreit haben, sind plötzlich Hassobjekt und Angriffsziel, weil sie als Vertreter des Staates gesehen werden. Rund 25-mal pro Woche werden allein Berlins Sanitäter Opfer von Übergriffen.[98] Einer Umfrage der Uni Bochum zufolge ist fast jeder Sanitäter schon einmal im Einsatz angegriffen worden. Gebrochene Rippen und Nasen, dazu Drohungen wie »Ich schlachte Dich gleich wie ein Lamm«, gehören inzwischen zum Einsatz- und Erfahrungsrepertoire von Helfern und Notärzten.[99]

»Das Grundvertrauen, dass der Staat seine Bürger schützen kann, ist nicht mehr vorhanden«, gesteht selbst der SPD-Oberbürgermeister von Mannheim, Peter Kurz, ein.[100] Auch die Tatsache, dass viele strafmündige Täter mit Bewährungen, geringen Auflagen oder Freisprüchen davonkommen, trägt zum Gefühl der allgemeinen Ohnmacht bei.[101] In Essen und Gelsenkirchen lockten junge Vergewaltiger ihre Opfer mit WhatsApp in eine Falle.[102] Sexuelle Übergriffe nehmen sogar in Bussen und Bahnen zu.[103] Mehr als jede zweite Frau glaubt inzwischen, dass unser Land für sie unsicherer geworden ist.[104] Manche von ihnen verbergen beim Laufen ihre blonden Haare. Wer auf Google als Suchwort »Joggerin« eingibt, dem offenbart sich das ganze Ausmaß dieser Gewaltepidemie gegen Frauen.

Bürger begehren auf

Frauenmärsche und »Merkel-muss-weg«

In Deutschland wird demonstriert wie lange nicht mehr: Gegen hohe Mietpreise, für die Sicherheit von Frauen, gegen eskalierende Gewalt, gegen Windkraftparks, gegen scharfe Polizeigesetze und gegen die Politik von Angela Merkel. Terminübersichten solcher Proteste im Internet listeten allein für den April 2018 mindestens 45 Demonstrationen auf, für den darauffolgenden Mai 44. Von Berlin über Zwickau bis Monheim und von Bremen über Halle bis Solingen reichen die Aktionen. Frauenmärsche und »Merkel-muss-weg«-Demonstrationen haben dabei die meiste Aufmerksamkeit bekommen. Aber was heißt das schon, wenn Zeitungen und Rundfunkanstalten konsequent wegschauen oder Kritiker stigmatisieren, ins Reich der »Rechten« eingruppieren und sie fortan ignorieren. Wenn Totschweigen wegen der Prominenz derer, die auf die Straße gehen, nicht mehr funktioniert, wird selbst auf bekannte Sportler, Politiker und Künstler wie Sandro Wagner, Boris Palmer oder Karl Lagerfeld eingedroschen.

Die Straßenproteste, die bisher – außer bei Pegida in der Anfangsphase – nicht durch beeindruckende Teilnehmerzahlen, dafür aber durch viele Veranstaltungsorte auffallen, zeigen eines ganz deutlich: Wer in Deutschland in diesen Tagen auf die Straße geht, um von seinem grundgesetzlich garantierten Recht auf freie Meinungsäußerung und friedlichen Protest Gebrauch zu machen, der muss mediale Verachtung und die Gewalt der Antifa fürchten. Und das schreckt offenbar viele ab. So viele, dass im Sommer 2018 Zeitungen das nachlassende Interesse für die »Merkel-muss-weg«-Demonstrationen regelrecht feierten. »Wir haben uns zu früh gefreut«, offenbarte gehässig die *Hamburger Morgenpost* Anfang Mai, als nach der zunächst angekündigten Kundgebungspause in der Hafenstadt doch weitere Demonstrationen angemeldet wurden. Das Blatt ergötzte sich angesichts

schwindender Teilnehmerzahlen sichtlich am »rechten Rest« der Proteste – anstatt den Gründen für solche Proteste nachzugehen.

Sehr zu denken gegeben hat der Frauenmarsch, den die Frauenrechtlerin Leyla Bilge am 17. Februar 2018 vor das Kanzleramt in Berlin führen wollte. Bilge, eine Kurdin, die mit ihren Eltern einst aus der Türkei nach Deutschland geflüchtet war und sich die Hilfe für Flüchtlinge auf ihre Fahne schrieb, wurde als Aktivistin gefeiert – bis sie in die AfD eintrat. Ihrem angemeldeten Frauenmarsch in Berlin stellte sich die Antifa entgegen, indem sie die Friedrichstraße blockierte. An der gesetzeswidrigen Blockade waren auch grüne Abgeordnete beteiligt. Hier demonstrierten linke Bürger, Gewalttäter und Politiker nicht nur für ihre eigene Meinung, sie wollten Kritikern der Regierungspolitik auch einen deutlichen Warnschuss verpassen. Die Polizei hatte an diesem Tag von der rot-rot-grünen Stadtregierung die Order, zu »deeskalieren«, sprich: den linken Mob gewähren zu lassen. Das Recht des Stärkeren verhinderte die Wahrnehmung grundgesetzlich verankerter Rechte.

Uta Ogilvie, einer Mutter von zwei Kindern, erging es noch schlimmer. Ogilvie war Ende Januar 2018 allein mit einem Plakat »Merkel muss weg« durch Hamburg spaziert. Doch die Serie von Montagsdemonstrationen, die sie startete, wurde abrupt beendet. Die Antifa, die die Versammlungsfreiheit für andere nicht gelten lässt, verübte am 12. Februar einen Anschlag auf das Haus von Ogilvies Familie, zerstach Reifen, schüttete Farbe auf die Autos und warf Steine durch das Fenster des Kinderzimmers. Am Tag darauf griffen Mitglieder der Antifa Demonstrationsteilnehmer an. Der Journalist Matthias Matussek besuchte die »Merkel-muss-weg«-Demonstration und beschrieb die Teilnehmer, die er traf oder kannte, so: »Ein Fotograf, den ich aus einem Gospelgottesdienst in St. Pauli kenne. Da ist ein Hochschulprofessor, daneben ein Psychotherapeut mit seiner Frau, ein Anwalt mit Seidenschal. Sie umringen die schmale Frau mit den großen braunen Augen, die diese Sache initiiert hat: Uta Ogilvie, sie ist in Begleitung ihres alten Vaters.« Ogilvie fürchtete jedoch um die Sicherheit ihrer Familie und gab kurz danach auf. »Ist es die Antifa wert, Hamburg in einen Bürgerkrieg zu führen?«, fragte sie zum Abschied auf Facebook. »Wer hätte gedacht, dass linksradikale Schlägertrupps für eine CDU-Kanzlerin marschieren?«, wunderte sich Roland Tichy kurz darauf in seinem Blog.

Deutlicher noch als in Berlin, Hamburg oder anderswo wurde die verheerende Rolle, die Massenmedien in diesen Protesten spielen, in Kandel. Nachdem dort die 15-jährige Mia erstochen worden war, gingen tausend Menschen auf die Straße, um für die Sicherheit »für uns und unsere Kinder« zu demonstrieren. Obwohl das große Bild, das die *Welt* in ihrem eigenen Bericht zeigte, keinerlei Hinweis darauf gab, beschrieb die Zeitung in ihrem Artikel ein »offensichtlich rechtsdrehendes Bündnis«. Der eigentliche Skandal war jedoch, dass sich die Ministerpräsidentin von Rheinland-Pfalz, Malu Dreyer, jener Gegendemo »Wir sind Kandel« anschloss, aus der heraus die Antifa so brutale Gewalt anwendete, dass sich die Polizei genötigt sah, dies zur Sprache zu bringen. Ein Hilferuf, der in der Politik ankam, aber doch nicht gehört wurde.

Neben Frauen sind auch Schwule[105] und Juden[106] ins Visier der Gewalttäter geraten. Die B. Z. in Berlin berichtete Ende 2017, wie ein schwules Paar in Neukölln mit einer Obstkiste attackiert wurde.[107] Der Sohn von Wenzel Michalski, dem Direktor von Human Rights Watch Deutschland, wurde in seiner Schule antisemitisch angefeindet: »Wir können nicht mehr mit dir spielen«, schallte es dem Opfer entgegen. »Er wurde gewürgt, dass er das Bewusstsein verloren hat«, schilderte der Vater im DLF-Interview eine Attacke auf seinen Sohn.[108] Sowohl die Schulleitung als auch die zuständige Sozialarbeiterin hätten kein Interesse daran gezeigt, das Problem aufzuarbeiten, so Michalski. Ähnliches hört man aus anderen Teilen Deutschlands. Mitglieder der Jüdischen Gemeinde in Bochum tragen wegen der wachsenden Zahl von Angriffen in der Öffentlichkeit keine Kippa mehr oder verbergen sie. Vor allem von muslimischen Jugendlichen gehen die Beleidigungen und Übergriffe aus, berichtete Radio Bochum.[109] »Das ist so«, bestätigt der deutsch-jüdische Historiker Michael Wolffsohn im Interview mit der *Augsburger Allgemeinen*. »Es gibt den Antisemitismus der traditionellen Rechtsextremen. Es gibt den Antisemitismus bei der radikalen Linken. Aber es ist unbestreitbar, dass Gewalt gegen Juden durch zumeist junge Muslime zugenommen hat – quantitativ und qualitativ.«[110]

Der eskalierende Antisemitismus ist nur ein Beleg dafür, dass mit der Beseitigung der Landesgrenzen ganze Gesellschafts- und Religionskonflikte nach Deutschland importiert wurden: Türken gegen Kurden, Sunniten gegen Schiiten, Palästinenser gegen Israelis. Dazu türkische Rockergruppen wie die inzwischen verbotenen Osmanen Germania und nahöstliche Großfamilien. In Berlin machen sich allein 15 bis 20 Clans gegenseitig die Reviere streitig, um einen größeren Teil vom Geschäft mit Drogen, Prostitution und Waffen zu sichern. Und sie gehen zum »offenen Angriff auf unsere Rechtsordnung« über, sagt der Islamexperte Ralph Ghadban.[111] In Städten wie Essen und Duisburg (Marxloh) sind No-go-Zonen entstanden. Vor 3 Jahren war der Hinweis auf diese Entwicklung noch eine Verschwörungstheorie »rechter Spinner«, inzwischen räumte sogar Angela Merkel ein, dass es sie gibt.

Angela Merkel hat mit den vielen Migranten einen Mikrokosmos der Konflikte dieser Welt ins Land geholt: Palästinenser verbrennen am Brandenburger Tor israelische Fahnen[112], Kurden demonstrieren in Hannover gegen die Offensive der türkischen Armee in Syrien. Proteste wie diese lösen die Angst aus, »dass DAS erst der Anfang« ist.[113] In der

Bevölkerung wachsen der Eindruck und die Angst, dass unser Rechtsstaat der importierten Gewalt kaum noch etwas entgegenzusetzen hat.[114] Im März 2018 verhinderten aggressive Bewohner einer Asylunterkunft in Donauwörth vorübergehend, dass die Polizei einen Asylbewerber aus Gambia zur Abschiebung abholte.[115] Im Mai 2018 verhinderten rund 150 Afrikaner in der Flüchtlingsunterkunft Ellwangen mit Gewalt die Abschiebung eines Mannes aus Togo. Erst im zweiten Versuch konnten Hunderte von Polizisten und Spezialkräfte in einer Großrazzia den Mann festnehmen. Der Staat bewies hier eindrucksvoll seine lädierte Handlungsfähigkeit.

Die Polizei ist dieser Art von Aggression oft kaum noch gewachsen.[116] In Berlin wurden Polizeibeamte im Jahr 2017 im Schnitt jeden Tag achtzehnmal bedroht, genötigt oder beleidigt, weiß der CDU-Abgeordnete Peter Trapp.[117] »Das Maß ist nicht nur voll, sondern längst übergelaufen«, teilte die Gewerkschaft der Polizei in Bayern im Juni 2018 mit.[118] In Nordrhein-Westfalen wird inzwischen laut Gewerkschaft jede halbe Stunde ein Polizist im Dienst attackiert.[119] Im Mai 2018 erreichte die Gewalt gegen die Polizei eine ganz neue Qualität, als sechzig überwiegend vermummte Linksextremisten das Wohnhaus eines Polizisten und seiner Familie in Hitzacker angriffen.[120] Dieses bislang unbekannte Ausmaß an Gewalt selbst gegen die Polizei verunsichert Millionen von Menschen in unserem Land. Doch die Politik schweigt und beschwichtigt, die Medien relativieren, die Behörden verschleiern, die Justiz bagatellisiert. Wer soll es noch verstehen, wenn ein verurteilter Messerstecher, der vom Landgericht zu 2½ Jahren Haft verurteilt worden war, weiter zur Schule geht, weil die Strafe nicht rechtskräftig wurde?[121] Als Innenminister Horst Seehofer im Mai 2018 die Polizeiliche Kriminalstatistik (PKS) für 2017 vorlegte, meldeten die Zeitungen, die Zahl der erfassten (!) Straftaten sei auf »dem niedrigsten Stand seit Jahrzehnten« angelangt. Doch selbst der *Spiegel* musste zugeben: »Die Schlussfolgerung, Deutschland sei sicherer geworden, lässt sich auf Grundlage der Kriminalstatistik allerdings überhaupt nicht ziehen.«[122] Laut dem *Spiegel*-Bericht zeigt ein Abgleich der Daten mit den bei Staatsanwaltschaften erfassten Ermittlungsverfahren, dass »rund 20 Prozent aller behördlich bekannt gewordenen Straftaten« in der PKS fehlen. Da muss die Frage erlaubt sein, was die PKS in diesem Lichte überhaupt wert ist. Die Antwort kann man sich sparen.

Auch beim Terror versagen unsere Behörden ein ums andere Mal. LKA und Polizei hatten den Berliner Attentäter Anis Amri auf dem Radarschirm

und hätten ihn einsperren können. Ein ranghoher Terrorermittler aus NRW erhob im Untersuchungsausschuss des Berliner Abgeordnetenhauses schwere Vorwürfe gegen Kollegen in Berlin. In der Hauptstadt habe man sich nicht an Absprachen des gemeinsamen Terrorabwehrzentrums gehalten und damit eine bessere Überwachung verhindert.[123] Laut den Behörden konnte der Terrorist Amri auch nicht beizeiten abgeschoben werden, weil es keine Handabdrücke zur Identifizierung gab. Tunesien hatte diesen Nachweis für eine Auslieferung verlangt. Die Abdrücke waren Amri zwar schon bei seiner ersten Einreise abgenommen worden. Doch dann schlummerten sie in einer behördlichen Datenbank.[124] Noch bevor alle Versäumnisse geklärt waren, wurde nach Informationen der *Zeit* »eine Reihe jener Führungskräfte, die in der zuständigen Staatsschutzabteilung gearbeitet haben«, in Berlin befördert.[125] Staatsversagen,[126] Gleichgültigkeit und Verhöhnung der Opfer, so weit das Auge reicht. Das trifft derzeit vor allem für das Asylrecht zu. Das Wegschauen von Regierung und Behörden ist kaum noch zu übertreffen: beim Art. 16a Abs. 2 GG; bei den Alters- und Herkunftsangaben von Migranten; beim Betrug mit Ausweisdokumenten; bei der Überforderung der Verwaltungsgerichte mit mehr als 300 000 Ablehnungsklagen; bei Abschiebungen, die meilenweit hinter vollmundigen Ankündigungen zurückbleiben; bei der Sozialhilfe, die sogar einen Ex-Leibwächter von Osama bin Laden viele Jahre gut versorgte. Und dann auch noch der Skandal um unrechtmäßige Asylbescheide, der im Sommer 2018 ein riesiges Betrugssystem im Bundesamt für Migration und Flüchtlinge offenbarte. Wer soll dafür noch Verständnis haben? Hier zeigt sich ein korruptes System, das mehr darauf bedacht ist, eine gescheiterte Migrationspolitik aus ideologischen Gründen durchzupeitschen, als diese zu korrigieren und sie im Sinne der Menschen im Land zu gestalten, so, dass die Aufnahmekapazitäten nicht überfordert werden, dass die wirklich Schutzbedürftigen die nötige Hilfe bekommen, dass die Migration kontrolliert und mit strikten Identitätsprüfungen abläuft, dass konsequent nach Gesetzeslage abgeschoben wird und die Bevölkerung nicht das Gefühl hat, sie wird aus ihrem eigenen Koordinatensystem verdrängt.

Das Versagen beim einsickernden Terror zeichnete sich bereits bei der Öffnung der Grenzen im Herbst 2015 ab. Doch die Prognose, dass sich IS-Kämpfer unter die Flüchtlinge mischen würden, war angeblich »Panikmache« und die kranke Fantasie »rechter Hetzer«. Schon ein halbes Jahr später bestätigte jedoch NATO-Oberbefehlshaber Philip Breedlove die

schlimme Befürchtung und warnte eindringlich, der IS breite sich unter dem Tarnmantel der Migration aus »wie ein Krebsgeschwür«.[127] In diesem Klima der Vernebelung wachsen die Angst vor den Tätern und die Wut auf die Institutionen. Es wird Vertrauen zerstört, das lange geholfen hat, unsere Gesellschaft zusammenzuhalten. Für viele ist das Urvertrauen in die Sicherheit im öffentlichen Raum verloren gegangen. Das Bundeskriminalamt veröffentlichte Ende 2017 eine Statistik über die Kriminalität von »Zuwanderern« in den ersten 6 Monaten des Jahres. Bei den 133 800 Fällen handelte es sich um begangene und versuchte Straftaten, bei denen »mindestens ein Zuwanderer als Tatverdächtiger erfasst wurde«. Das waren umgerechnet 730 pro Tag.[128] Schon die polizeiliche Kriminalstatistik für 2016 hatte eine Zunahme der straffälligen Asylbewerber um über 52 Prozent ausgewiesen.[129] Und das vor dem Hintergrund, dass nicht alle Straftaten bekannt werden und Polizeistatistiken aus politischen Gründen lückenhaft sind.[130] Schon 2013, 2 Jahre vor der Öffnung der deutschen Grenze, rechnete die *Welt* vor, »Wie die Polizei-Statistik Verbrechen verheimlicht«.[131] Das Ergebnis: »Die offizielle Statistik spiegelt nur einen winzigen Bruchteil der Kriminalität wider.«

Als den Deutschen im April 2018 von der *Welt am Sonntag* ausgewählte vorläufige Zahlen aus der Kriminalstatistik 2017 serviert wurden, war die einhellige Botschaft, dass die Kriminalität zurückgegangen sei. Der Bericht bezog sich auf erfasste Straftaten. Doch allein im Berliner LKA stapelten sich zu dieser Zeit 55 000 unbearbeitete – und damit ungezählte – Verbrechen in staubigen Akten mit der »Lizenz zum Liegen«. Der in den Medien gefeierte Rückgang bezog sich auf das Vorjahr 2016. Gegenüber 2013 bis 2015 war die Kriminalität weiter angestiegen, vor allem bei brutalen Gewalttaten wie Messerattacken und Vergewaltigungen. – Keine Aufregung, versichern uns derweil Mainstream-Publikationen wie *der Stern*. Dort konnte man am 20. Juni 2018 lesen: »Schluss mit der Hysterie um die vermeintlich hohe Flüchtlingskriminalität. Lassen Sie sich nicht verrückt machen. Das Leben in Deutschland ist so sicher wie niemals zuvor – trotz der Flüchtlinge. Am heutigen Weltflüchtlingstag ist es an der Zeit, Entwarnung zu geben.«[132]

Arroganz, Bürgerferne und Beleidigungen schüren Wut

An dem Morgen, als ich diesen Abschnitt schrieb, zitierten Online-Seiten eine Bemerkung von NRW-Innenminister Herbert Reul (CDU). Er musste angesichts der vielen Messerattacken im Land erklären, wie er das Problem in den Griff bekommen wolle. Nachdem Reul dargelegt hatte, wie er Polizisten zu schützen beabsichtigte, kam er auf die Bürger zu sprechen und verstieg sich zu dem verächtlichen Hinweis, sie »werden einfach sensibler sein müssen, man muss nicht unbedingt Menschen nah an sich ranlassen«[133]. Hier sprach ein Politiker, der die Bürger schlicht und ergreifend zum Freiwild erklärte. In Deutschland bestreiten Medien, Behörden und linke Politiker bis heute, dass es sich bei der grassierenden Messergewalt um eine Epidemie handelt. Eine Epidemie ist in der Medizin nach anerkannter Definition die »örtliche und zeitliche Häufung« einer Krankheit. Weil Messerattacken hierzulande in den Statistiken nur vereinzelt ausgewiesen werden, ist deren Verharmlosung einfach zu bewerkstelligen. In Österreich, wo diese Form der Gewalt statistisch registriert wird, hat man eine Vervierfachung der Messerdelikte seit 2007 festgestellt.

Wer mit 6 Jahrzehnten Lebenserfahrung und politischer Anteilnahme zurückblickt, kann sich an keine Zeit in unserem Land erinnern, in der Politiker und Medien so herablassend und verächtlich mit Wählern und Bürgern umgegangen sind wie heute. Sonst wäre auch kaum der durchaus ernst gemeinte Vorschlag eines SPD-Politikers möglich, straffällig gewordene Asylbewerber nicht nach Afghanistan abzuschieben, da dies mit den Menschenrechten unvereinbar sei, und sie stattdessen lieber in Deutschland zu behalten.[134] Hier wird zuerst an die Rechte und die Sicherheit der Täter gedacht, dann erst an den Schutz der eigenen Bevölkerung. Der SPD-Innenpolitiker Rüdiger Veit war nicht der Erste aus der politischen Kaste, der sich so geäußert hat. In Erinnerung ist besorgten Bürgern auch, was der CDU-Bundestagsabgeordnete Eckhardt Rehberg kurz nach der Ausrufung der Willkommenskultur vorschlug. Der Politiker verlangte allen Ernstes eine Zwangspflicht für deutsche Jugendliche, weil die Integration der Flüchtlinge anders nicht zu bewältigen sei.[135] Man muss sich das eine Sekunde in Ruhe durch den Kopf gehen lassen: Die deutsche Mehrheitsgesellschaft wurde nicht gefragt, ob sie eine Migration in diesem Ausmaß haben will, aber die Lasten soll sie nicht nur schweigend schultern, sie soll auch zwangsverpflichtet werden, um beim Aufräumen des Schlamassels zu helfen, der entstand, als die Bundeskanzlerin die Staatsgrenzen und damit den Staat aufgab und

sämtliche Kapazitäten zur Aufnahme von Migranten trotz der großen Hilfsbereitschaft der Deutschen maßlos überforderte.

Viel deutlicher können die Verachtung der politischen Kaste für die Bürger und die Entfremdung der Entscheider in Politik und Medien von den Menschen in diesem Land nicht werden. Was sollen Bürger denken, denen die Kanzlerin nahelegt zu akzeptieren, dass die Zahl der Straftaten bei jugendlichen Migranten nun einmal besonders hoch ist, eine Kanzlerin, die sich nach der Messerattacke auf den Bürgermeister von Altena sofort entsetzt äußerte, aber die Angehörigen der Opfer des Anschlags auf den Berliner Weihnachtsmarkt erst 1 Jahr nach der schrecklichen Tat empfing? So handeln Apparatschiks und Parteifunktionäre, auf deren Kompass nur eine Jahreszahl steht: die der nächsten Wahl. Machterhalt vor bürgerfreundlichem Regieren ist hier das Mantra, das Reden und Handeln bestimmt. Die Sorgen gelten dem Beruf und dem Fortkommen, nicht dem Land. Das erklärt, wie es zu einer so deprimierenden, aber zutreffenden Bilanz wie der **Hambacher Erklärung 2018** von Max Otte kommen konnte: »Wir, die Organisatoren, Teilnehmer und Unterstützer des Neuen Hambacher Festes, stellen fest, dass Meinungsfreiheit, Rechts- und Sozialstaat in Deutschland in vielerlei Hinsicht beschädigt sind. Wir stellen mit Erschrecken fest, dass Zensur und zensurähnliche Praktiken wieder Einzug halten, dass die Diffamierung politisch Andersdenkender wieder an der Tagesordnung ist, dass die Mittelschicht durch eine verfehlte Sozial- und Wirtschaftspolitik ökonomisch bedroht ist, dass Europa in einen neuen Kalten Krieg getrieben wird und dass eine verfehlte Einwanderungspolitik die Basis unserer solidarischen und bürgernahen Gesellschaft bedroht.«[136]

In deutschen Mainstream-Medien bleiben derart schonungslose Bilanzen zur Ära Merkel bis heute eher selten. Erst als Merkel im Sommer 2018 in der Konfrontation mit der CSU sichtbar weiter an Autorität verlor, trauten sich plötzlich mehr Journalisten mit Kritik aus der Deckung. Ausländische Publikationen wie die *Basler Zeitung* sprechen dagegen schon seit einiger Zeit die Probleme bei uns ganz offen an: »Es ist [sic] kaum je das Wohl des eigenen Landes oder die Wünsche, Sehnsüchte und Erwartungen der Wähler und Bürger, noch sind es die Interessen der eigenen Partei: Was moderne Berufspolitiker am meisten bewegt, so muss man annehmen, ist das eigene persönliche Fortkommen.«[137] Die Missachtung der Bürger drückt sich nicht nur in mangelnder Anteilnahme aus. Sie zeigt sich auch immer dann, wenn Politiker feststellen, dass etwas schiefgeht, und dann nicht nach eigenen Fehlern suchen, sondern ihren Wählern die Schuld

zuweisen. So zum Beispiel, wenn der CDU-Gesundheitspolitiker Erwin Rüddel Pflegekräften die Mitschuld am Personalmangel in der Branche gibt, weil sie seiner Meinung nach zu schlecht über ihren Beruf reden: »#Deal: Politik handelt konsequent und #Pflegende fangen an, gut über die #Pflege zu reden. Dann kommen viele wieder in die Pflege zurück …« Das tweetete Rüddel im Februar 2018. Auch Angela Merkel wies alle Schuld von sich und schob sie den Bürgern zu, als sie während ihrer Regierungserklärung am 21. März 2018 die Debatte über die Migrationskrise für die Spaltung im Land verantwortlich machte und nicht ihre eigene Politik. Es waren jedoch Merkels einsame, nicht kommunizierte und ohne Legitimation von Bundestag und Wahlvolk durchgepeitschte Entscheidungen, die sämtliche politischen und kulturellen Koordinaten im Land verrückt haben. Nur deswegen haben wir die aufgeladene Debatte, auf die Merkel die Schuld schiebt. Es ist einfach nicht von der Hand zu weisen: Diese Frau ist der zentrale Grund für die ideologischen, sozialen und kulturellen Gräben, die schon vor 2015 aufbrachen und sich seit Beginn der Massenmigration bedrohlich ausdehnen. Alexander Kissler hat im *Cicero* völlig zu Recht die Öffnung der Grenzen im Herbst 2015 als einen »nachträglich zur Willkommenskultur aufgehübschten Kontrollverlust« beschrieben und Merkels Entscheidung als »Torheit ohne Mandat« bezeichnet.[138] Man kann es drehen und wenden, wie man will, Merkel ist die Kanzlerin der Spaltung.[139]

Wie wenig deutsche Politiker vom Wahlvolk halten, zeigt sich vor allem, wenn es Beleidigungen hagelt. Zum Beispiel, wenn Sigmar Gabriel TTIP-Gegner als »reich und hysterisch« abkanzelt oder wenn sich Jens Spahn arrogant über Hartz-IV-Empfänger äußert. Baden-Württembergs Ministerpräsident Winfried Kretschmann bezeichnete, als er das Ergebnis der Bundestagswahl 2017 sah, einen Teil der AfD-Wähler als »Bodensatz«, versprach dann aber nach dem folgenden Aufschrei, den bösen Vergleich mit ungenießbaren Resten nicht mehr zu verwenden. Trotzdem bleibt es dabei, linke Politiker bis hinein in die CDU verteufeln die AfD lieber, als sie als das zu schildern, was sie wirklich ist: ein Partei gewordener Hilferuf eines sträflich vernachlässigten, nicht ernst genommenen und teils sogar verabscheuten Bürgertums. Würde man die Partei unter dieser ehrlichen Annahme analysieren, kämen viele unangenehme Wahrheiten über die etablierten Parteien in Berlin zutage.

Das aber sucht das herrschende Parteienkartell mit finsterer Entschlossenheit und eiserner ideologischer Disziplin zu vermeiden.

Deutlich wird die Verachtung auch, wenn Peter Tauber arrogant Millionen Minijobber in Deutschland belehrt: »Wenn Sie was Ordentliches gelernt haben, dann brauchen Sie keine drei Minijobs.« Bestens in Erinnerung sind auch die »Dumpfbacken«, über die Wolfgang Schäuble sprach, die »Schande für Deutschland«, als die Heiko Maas Regierungsgegner bezeichnete, oder die »Ratten«, die Sachsens Innenminister meinte. Der Tonfall gegenüber Kritikern und Abweichlern, die den vorgegebenen Meinungskorridor verlassen, ist in meiner Erinnerung noch nie so verächtlich und maßlos gewesen wie in unseren Tagen. Gänzlich über die Stränge wird bevorzugt dann geschlagen, wenn es um die bösen, »fremdenfeindlichen Ossis« geht sowie gegen »ostdeutsche Lebenslügen« oder »Die Lebensdepression des ostdeutschen Mannes«[140]. Die Deutschen zwischen Dresden und Rostock sind ständig die Prügelknaben, wenn Schuldige für eine Unzufriedenheit und einen Protest gesucht werden, den sich Politiker und Journalisten mit mangelnder Befähigung zur Selbstkritik nicht erklären können. Die Ostdeutschen haben im Unterschied zu den Deutschen im Westen des Landes eine Diktatur erlebt. Sie haben sehr feine Antennen dafür, wenn die Demokratie ausgehöhlt, die Meinungsfreiheit beschnitten und Zensur eingeführt wird. Man kann dies auch noch prägnanter ausdrücken, wie der Buchautor Thomas Schiller (*Gedient: Ein NVA-Soldat erzählt*), der heute in Texas lebt. Am 24. Januar 2018 schrieb Schiller auf seiner Facebook-Seite: »Deutschland entpuppt sich immer mehr als eine Kloake von Rechtsbrüchen, Bevormundung, Denkverboten und Kriminalisierung von Meinungen. Deutschland wird ausgehöhlt von fettgefressenen Parteibonzen, die die Bürger des Landes auspressen wie Zitronen. Die Demokratie wurde durch eine Parteiendiktatur ersetzt […] Nein, wir waren 1989 nicht für Bananen und Malle auf der Straße! Das, wofür wir damals unseren Arsch riskiert haben, ist heute lange abgeschafft.«

Diejenigen, die im Unterschied zu Schiller hier in Deutschland leben, können der Verachtung und dem wählerfeindlichen Gebaren von Politikern nicht ausweichen. Sie haben immer stärker das Gefühl, dass sie in einer Zweiklassengesellschaft gelandet sind. So wie die 84-jährige »Oma Ingrid« aus Bad Wörishofen, aus der Hunger eine Ladendiebin machte. Sie musste wegen 70,11 Euro ins Gefängnis und konnte dort in Ruhe darüber nachdenken, wie es kommt, dass gleichzeitig Ladendiebe und

Vergewaltiger aus anderen Ländern auffällig oft mit Bewährung oder einem richterlichen Klaps auf die Hand davonkommen. Und wie es kommt, dass ein Jobcenter von einem Bettler eine Aufstellung der Einnahmen verlangt, während Migranten, die aus sicheren Nachbarländern in Deutschland ohne Pass und andere Dokumente einreisen, rundum versorgt werden und nach Diebstählen sofort wieder auf freien Fuß gelangen. Zu den politischen Grausamkeiten gegen die eigene Bevölkerung gehört auch, dass Obdachlose 20-Euro-Knöllchen bekommen, wenn sie an der falschen Stelle im Freien übernachten, während jugendliche Banden aus Afrika oder dem Nahen Osten ganze Parks, Bahnhöfe oder Einkaufszeilen in Gefahrenzonen verwandeln und nach möglichen Festnahmen gleich wieder freikommen. Das ist Deutschland 2018: Milliarden für Migranten[141] und Strafzettel für Obdachlose, von denen man an anderer Stelle liest, dass sie im Wald erfrieren, angezündet oder auf dem Friedhof enthauptet wurden. »Deutschland. Der einzige Staat, in dem das Wohl der Nichtstaatsvölker die entscheidende Rolle spielt«, rief am 19. November 2017 auf Twitter empört der Blogger Don Alphonso aus.

Zu denken gibt auch, warum ein Karnevalswagen mit der Aufschrift »Die Wanne ist voll« den rheinischen Staatsschutz auf den Plan ruft, während Staatsschützer in Thüringen erst Tage nach dem Fund einer erheblichen Menge Sprengstoff bei linken Aktivisten aktiv werden, als schon darüber berichtet wurde und es zu einem öffentlichen Aufschrei kam. »Die Wähler fühlen sich alleingelassen und gekränkt«, berichtete das Kölner rheingold institut, ein Spezialist für qualitative Marktforschung, im September 2017.[142] Nach Tiefeninterviews, die vor der Bundestagswahl die Stimmung unter den Wählern ausloten sollten, meldete der Marktforscher, die Menschen hätten »eine große ungestillte Sehnsucht nach Sicherheit und Orientierung«. Der Leiter des Instituts sagte einer Pressemeldung zufolge, »solches Wüten, so viel Hass bei den Probanden, habe ich noch nie erlebt«. Der Studie nach wächst das Misstrauen gegenüber Politikern »rasant«, während Deutschland trotz seines Wohlstands »als verwahrlostes Land erlebt« werde: »Marode Schulen, kaputte Autobahnen, No-go-Areas, Geheim-absprachen zwischen Politik und Industrie, eine sich immer weiter öffnende Schere, eine zunehmend gefühlte Unsicherheit im Alltag, in dem gewohnte Selbstverständlichkeiten mehr und mehr verschwinden. Die Flüchtlingskrise hat dabei das schon lange vorher entstandene Unbehagen in einer globalisierten Welt fassbar

gemacht und weiter zugespitzt.« Was hier beschrieben wird, ist ein Pulverfass mit glimmender Zündschnur.

Das Empfinden der Menschen in diesem Land wird ein zweites Mal mit Füßen getreten, wenn sich Journalisten und die in den Medien auftretenden Komiker dem Bürger-Bashing anschließen und dem kritischen Wahlvolk niedere Beweggründe, Dummheit oder krankhafte Ängstlichkeit andichten. Laut Jan Böhmermann hat die deutsche Einheit zutage gefördert, »was es für spektakulär ignorante Asoziale in Sachsen gibt«. Ein anderer Aufreger in dieser Rubrik kam vom *Spiegel*-Kolumnisten Thomas Fricke. Er suchte in einer Analyse die »Gründe für den Populismus« zu eruieren und fand es »rätselhaft«, dass »in Deutschland 2017 bei so tollem wirtschaftlichen Verlauf und sinkenden Einbruchszahlen so viele Leute wütend sind«. Der Kolumnist kam zu folgendem Schluss: »Vielleicht liegt die Antwort ja darin, dass wir gerade einfach zu viele Menschen Anfang 50 haben – und die sind laut Wissenschaft besonders unzufrieden.«[143] Welches Wahlvolk und welche Bürger da eigentlich analysiert werden, wundert man sich auch, wenn die FAZ die Schlagzeile »Auf die Kanzlerin kommt es an« druckt und dann Widerspruch in der Bevölkerung gegen Merkels Politik derart abschätzig quittiert: »Ist Kritik an Angela Merkel jetzt zum Volkssport geworden? Die ganze Meckerei von allen Seiten wirkt hilflos, lächerlich und frauenfeindlich.«[144] Man fragt sich als Leser an dieser Stelle, was fassungsloser macht: Die Selbstverständlichkeit, mit der sich ein Feuilleton-Korrespondent einer führenden Tageszeitung auf die Seite der Kanzlerin schlägt, die Verächtlichkeit gegenüber nachvollziehbarer Kritik an der politischen Kaste oder der komplette Orientierungsverlust, wenn berechtigte Kritik an einer Regierungschefin, die eine frauenverachtende Kultur importiert, selbst als frauenfeindlich bezeichnet wird.

Schlichte Verwirrung und ein völliger Verlust jeglichen Respekts vor dem eigenen Publikum haben vermutlich auch die Finger geführt, die folgende Schlagzeile in eine Tastatur beim *Tagesspiegel* klopften: »›Wutbürger‹ und ›besorgte Bürger‹: Wovor habt ihr eigentlich Angst?« Wie bitte? Man könnte zunächst die Frage stellen, warum das »ihr« in der Anrede an die Leser kleingeschrieben ist. Aber viel entlarvender war im April 2016 der Vorspann zu diesem Artikel: »Sie nennen sich ›besorgte Bürger‹, demonstrieren, wählen Protestparteien und berufen sich auf den ›gesunden Menschenverstand‹. Aber ihre eigene Wirklichkeit hält der Realität oft nicht stand.«[145] Wie kann ein ausgewachsener Journalist in

einer hiesigen Tageszeitung nicht sehen, dass hier vielmehr die Politik einer Kaste an der Realität zerschellt und dass die wählerfeindliche Politik Proteste schürt?

Dass aus vielen deutschen Journalisten spätestens in der Migrationskrise Bekehrungsaktivisten geworden sind, denen es um Erziehung und Einschüchterung ihres Publikums geht, wird uns im zweiten Kapitel ausführlicher beschäftigen. Hier aber schon ein Beispiel, das die kollektive Scharfmacherei gegen die eigenen Leser und Zuschauer genau auf den Punkt bringt. Es geht um einen Beitrag im *Spiegel* im Juni 2016 zum Thema »Risiko Referendum«. Der Artikel bezog sich auf die Brexit-Entscheidung der britischen Wähler. Er gipfelte in der Feststellung, es drohe »die Diktatur der Wutmehrheit«. Der Beitrag begann mit diesen Zeilen: »Referenden sind in Mode – doch meist geht es dabei nicht um Fakten, sondern um Emotionen […] Droht Europa eine Diktatur der Frustrierten? Was den Deutschen im Krieg nicht gelang, hat der Brexit-Wahlkampf geschafft: Nazis überall in Großbritannien.«[146] Man kann sich beim besten Willen nicht mehr des Eindrucks erwehren, dass wir in einem Staat leben, der sich unter maßgeblicher Beteiligung seiner Massenmedien den Bürgern gegenüber feindlich verhält und damit Unzufriedenheit, Spaltung und allgemeines Entsetzen bewusst nährt. Daher ist es der politisch-medialen Kaste auch egal, dass ihre Verachtung für die Bürger und die Demokratie eine gefährliche Staatsverdrossenheit und sogar Extremismus nährt. Selbst in den Kirchen, die wie die Medien spektakulär ausbluten, nimmt man dies in Kauf. Anders lässt es sich nicht erklären, dass der ehemalige Sprecher des Erzbistums Köln die Sachsen mit Atommüll verglich.

Johannes Eisleben hat auf der *Achse des Guten* im Juni 2018 den Verdacht geäußert, dass hier eine bewusste Destabilisierung durch eine Oberschicht stattfindet, »die so lange gesellschaftliche Dysfunktionalität erzeugt, bis entweder ein friedlicher Wechsel diese Herrschaft beendet oder das Gefüge der Gemeinschaft zerbricht. Dann kehren enthemmte Gewalt und Willkür in unseren Alltag zurück, das Gewaltmonopol des Staats löst sich auf. Auf welche der beiden Alternativen steuern wir zu? Das hängt im Wesentlichen davon ab, wie schnell die Bürger merken, was eigentlich passiert [sic] und ob sie sich rechtzeitig an der Wahlurne wehren.«[147]

Demokratieverachtung kennzeichnet auch die Funktionärselite der EU, was im Sommer 2018 besonders gut an dem politischen Krimi in Italien zu

beobachten war. Italiens Präsident Sergio Mattarella bremste unter Druck von Brüssel erst eine Regierung aus, die sich auf Bestreben der beiden Siegerparteien Fünf Sterne und Lega nach der Wahl im März ans Werk machen wollte. Doch eine umgehende nationale und internationale Protestwelle zwang ihn dazu, die geplante Einsetzung einer nicht demokratisch legitimierten Technokraten-Regierung aufzugeben. Streitpunkt war der von Mattarella abgelehnte Paolo Savona, der Finanzminister werden sollte und sowohl der EU als auch Merkel sehr kritisch gegenübersteht. Hier wurde versucht, gegen den dokumentierten Wählerwillen putschartig eine Übergangsregierung unter dem ehemaligen IWF-Mann Carlo Cottarelli einzusetzen, so groß war die Angst der politischen Elite vor einem möglichen Austritt Italiens aus der EU und vor Forderungen nach einem massiven Schuldenerlass, der Nitroglycerin für die mit ungezählten Notnägeln zusammengehaltene EU darstellt. Von Cottarelli wäre so etwas auf keinen Fall zu befürchten gewesen, das zeigt seine Karriere: Abschluss an der London School of Economics, Grundsatzabteilung der Banca d'Italia, Manager beim Energiekonzern Eni, dann Direktor für fiskalische Angelegenheiten beim IWF. Er wäre eine Traumbesetzung für die Strippenzieher in Brüssel gewesen.

Am Ende konnte die demokratisch legitimierte Regierung aber nicht verhindert werden. Doch der gescheiterte Versuch, den Willen der Wähler zu ignorieren, verschärfte die Spaltung und die Wut von Italiens Wählern. Der Souverän in dem EU-Land stand tagelang wie ein Haufen dämliches Stimmvieh da. Und das wird gravierende Folgen haben. Die Italiener sind ohnehin der Meinung, dass ihre Wirtschaft am wenigsten von der EU profitiert.[148] Ihre Demokratie sollte wie Griechenland dem Spardiktat und den Partikularinteressen von Eurozentrikern und der Finanzelite untergeordnet und wie ein Fahrrad unter den Bus der eurozentrischen Ideologie geworfen werden. Den völlig unnötigen, selbstherrlich-arroganten Kommentar von Haushaltskommissar Günther Oettinger, er erwarte, dass die Kapitalmärkte die Italiener davon abbringen würden, »Populisten« zu wählen, wurde denn auch zutreffend mit dem Auftreten eines »besoffenen Elefanten in einem italienischen Porzellanladen« verglichen.[149] Der Putschversuch war erfolglos, doch der äußerst bittere Nachgeschmack wird lange anhalten.

Was lernen wir daraus? Das einzige Projekt, bei dem selbstverliebte und volksferne Technokraten in Brüssel wirklich vorankommen, ist ihre absehbare Selbstzerstörung. Die EU und die hinter ihr stehenden

Finanzinteressen haben mit der rabiaten Intervention in Rom um ein Haar eine gefährliche Blaupause geschaffen. Sie haben ein Signal gegeben, das viele Menschen auf die Barrikaden treiben sollte. Das Establishment versucht, wenn ihm das Ergebnis der Parlamentswahl in einem Mitgliedsland nicht passt, notfalls Marionetten einzusetzen und so lange Neuwahlen auszurufen, bis ihm das Ergebnis genehm ist. Kein Wunder, wenn Entsetzen und schroffe Ablehnung gegenüber der EU um sich greifen und Bürger sich auch hierzulande auf noch weitaus Schlimmeres vorbereiten. Die Krise in Italien hat noch einmal bewiesen, dass die Finanzkrise von 2008 nie bewältigt wurde. All ihre Ursachen wurden nicht aus dem Weg geräumt. Doch die Sprengkraft für den nächsten Ausbruch hat sich inzwischen multipliziert.

Das Vertrauen in Politik, Behörden, Justiz, Polizei, Wirtschaft und Kirchen ist kollabiert

Man kann über die Talkshows im deutschen Fernsehen sagen, was man will. Für mich sind sie eitle Hahnenkämpfe mit einem simplen, leicht durchschaubaren Drehbuch: Die immer gleichen Vertreter von Parteien, Medien und Wissenschaft werden eingeladen, um sich zu einem aktuellen Thema zu fetzen. Meist sind es alle gegen den einen oder die eine, der oder die aus dem vorgegebenen Meinungskorridor ausgeschert ist und in einem erzieherischen Live-Drama vorgeführt werden soll. Illner, Maischberger & Co. sind die Quassel-Versionen der Käfig-Kämpfe in der Haudrauf-Liga UFC. Eines sind diese nervigen Schwatzbuden mit wenig Inhalten, vielen Emotionen und häufigem Brechreiz beim Zuschauer aber ganz bestimmt nicht: Beichtstühle, in denen man Brisantes aus dem Politikalltag erfährt. Ganz selten nutzt ein Teilnehmer eine dieser Sendungen, um einen gravierenden Fehler einzugestehen.

Eine dieser seltenen Ausnahmen wird mir lange in Erinnerung bleiben. Es war der 9. November 2017 bei Maybrit Illner.[150] Der damalige Außenminister Sigmar Gabriel und der »Erste Moderator« des *heute journals,* Claus Kleber, stritten über den »unfassbaren Präsidenten« Donald Trump. Kleber zitierte die *Washington Post,* sie habe gerade 1400 Lügen von Trump aufgelistet. Dieser sei ein Präsident, der glaube, mit Lügen Wahlen gewinnen und mit Fake News regieren zu können. Gabriel

entgegnete, Trump sei nicht der Erfinder von Fake News. Als ihn Kleber unterbrach, wurde Gabriel deutlich und verwies auf Lebenslügen der politischen und medialen Eliten in Deutschland: »Diejenigen, die jetzt nichts mehr glauben und die den Eliten, den wirtschaftlichen und den politischen Eliten und den medialen Eliten, nichts mehr glauben, die haben eine Lebenserfahrung. Und deren Lebenserfahrung ist, dass die Versprechungen, die ihnen diese Elite vor ein paar Jahren gemacht hat, auch alle falsch waren. Und deswegen glauben sie heute nichts mehr.« Man tue hierzulande so, erläuterte Gabriel, als ob Trump der Erfinder der Fake News gewesen sei, doch es gebe eine Vorerfahrung, die da laute: »Die Globalisierung macht es für alle besser, die Bankenwelt müssen wir nur liberalisieren, dann werden alle wohlhabend; kauft euch alle Aktien; wir müssen den Saddam Hussein endlich fassen und im Irak einmarschieren, weil er […] Massenvernichtungswaffen hat – alles gelogen. Und jetzt sagen viele: ›Na ja, wem sollen wir eigentlich noch glauben?‹ Und ich glaube, wir dürfen uns um diese Art der Fake News in den liberalen Eliten, zu denen wir ja alle gehören, nicht drumrum drücken, weil sie die Ursache dafür sind, dass man uns heute nicht glaubt, sondern Trump einen solchen Erfolg hat. Und das sehen wir auch im eigenen Land, da müssen wir nicht bis nach Amerika gehen.«

Kleber blieb anschließend nur ein kleinlautes »Das ist in der Tat wahr« übrig. Man kann Gabriel vieles nachsagen, aber da hatte er einen lichten Moment ehrlicher Reflexion. Hätte ein Vertreter der AfD an dieser Stelle solche Sätze gesprochen, wäre der Rest der Runde über ihn hergefallen. Doch es stimmt: Seit dem Beginn des vergangenen Jahrzehnts folgen Krisen und schwerwiegende politische Fehlentscheidungen eng getaktet aufeinander: Das Platzen der Dotcom-Blase mit einem zerstörerischen Kollaps der Börsen vertrieb in Deutschland Millionen von Menschen aus den Aktien. Es folgten eine Finanzkrise, die die schwerste Rezession in 8 Jahrzehnten nach sich zog, die Schuldenkrise im Euroland, bei der ein guter Teil unseres Volksvermögens verpfändet wurde, und schließlich die Migrationskrise, die das Land spaltet wie nie zuvor. Hinzu kommt die vergeigte Energiewende, die deutschen Kunden die höchsten Strompreise in Europa aufbürdet. Nicht zu vergessen die miserablen Großprojekte, die selbst bei einem Abschluss als gescheitert gelten werden, darunter Stuttgart 21 und der »neue« Hauptstadtflughafen in Berlin. Beim Pannenflughafen BER wird in kleiner Runde von einem Abriss gesprochen, weil das Projekt bis zu einer möglichen Vollendung völlig veraltet wäre. Stuttgart 21 wird

nur deshalb weitergebaut, weil ein Abbruch teurer wäre als die Fertigstellung. Ein Ausstieg aus dem Projekt würde (Stand April 2018) 7 Milliarden Euro kosten.[151] Und nun auch noch die Verkehrswende mit dem Diesel, die Millionen von Autofahrern ohne angemessene Entschädigung zurücklässt.

Ein Desaster nach dem anderen hat am Vertrauen der Menschen genagt und es nachhaltig erschüttert. Kaum eine unserer gesellschaftlichen Institutionen bleibt von diesem Vertrauensverlust verschont, weder die politische Kaste noch der Justizapparat, die Behörden, die Medien, die Banken, die Polizei oder die Kirchen. Alle stellen sie fest, dass sich Publikum, Mitglieder und Bürger in Scharen von ihnen abwenden und die Glaubwürdigkeit weitgehend zerstört ist. »Die Mehrheit der Menschen glaubt inzwischen, dass das aus diesen Säulen gebildete System nicht mehr funktioniert«, berichtete Anfang 2017 deprimiert ein Korrespondent der FAZ vom Weltwirtschaftsgipfel in Davos.[152] Auch die Publizistin und frühere Bürgerrechtlerin Vera Lengsfeld zog in einem Grußwort für die Frauendemo in Kandel im Januar 2018 eine bittere Bilanz zu diesem Vertrauens-GAU, der an den Grundfesten unserer Gesellschaft rüttelt: »Unser Land hat sich drastisch geändert. Es ist nicht mehr wiederzuerkennen. Innerhalb von nur 2 Jahren wurde uns die Leichtigkeit des Seins genommen, unsere selbstverständliche Sorglosigkeit, unser Vertrauen in die Zukunft.«[153] Im Klartext: Merkel hat das verspielt, was, wie Henryk M. Broder es ausdrückt, »die Grundwährung jeder Demokratie« ist.[154] Doch ohne ihre Grundwährung kann eine Gesellschaft nicht existieren: Sie spaltet sich, brutalisiert sich und zerfällt.

Bürger begehren auf

Die Gemeinsame Erklärung 2018

Sie kommt aus der Mitte der Gesellschaft, die von der Politik Angela Merkels an die Wand gefahren wird: die »Gemeinsame Erklärung 2018«. Sie besteht aus lediglich zwei simplen Sätzen, die es jedoch in sich haben, denn sie haben den Nerv dieses Landes getroffen und binnen weniger Wochen 160 000 Unterschriften erreicht, mehr als die Teilnehmer der Ostermärsche 2018: »Mit wachsendem Befremden beobachten wir, wie Deutschland durch die illegale Masseneinwanderung beschädigt wird. Wir solidarisieren uns mit denjenigen, die friedlich dafür

demonstrieren, dass die rechtsstaatliche Ordnung an den Grenzen unseres Landes wiederhergestellt wird.«

Zu den Erstunterzeichnern gehörten Künstler, Publizisten, Journalisten und andere Akademiker, Kritiker der Regierung Merkel und konservative Intellektuelle wie Henryk M. Broder, Uwe Tellkamp, Thilo Sarrazin, Vera Lengsfeld und Matthias Matussek. Doch nachdem der 2018. Sympathisant (daher der Name) unterschrieben hatte, wurde die Liste in eine Petition für alle Kritiker der Migrationspolitik ab 2015 umgewandelt. Am 3. April 2018 erreichte die Petition die Zahl von 50 000 Unterschriften, womit sie sich qualifizierte, als solche in den Bundestag eingebracht zu werden, mit Rederecht für einen der Intiatoren vor dem Plenum.

Damit stellt sich die »Erklärung« nicht nur als ein wichtiges Dokument der Fundamentalkritik an Angela Merkels Migrationspolitik dar. Sie markiert durch ihr Timing auch eine Zeitenwende. Denn in der Woche, in der die »Erklärung« Mitte Mai 2018 dem Petitionsausschuss des Bundestages übergeben wurde, kündigte die FDP an, einen Untersuchungsausschuss zu beantragen, der die vielen offenen Fragen der Migrationspolitik unter Merkel beantworten soll. In derselben Woche lieferte die AfD auch die Begründung für eine Organklage, die sie einen Monat zuvor beim Bundesverfassungsgericht gegen die Kanzlerin eingereicht hatte.

Die »Gemeinsame Erklärung 2018« formuliert mit zwei Sätzen die Ablehnung einer Politik, die laut dem linksliberalen Politikwissenschaftler Yasha Mounk ein historisch einzigartiges Experiment beschreibt, »das darin besteht, eine monoethnische und monokulturelle Demokratie in eine multiethnische zu verwandeln«. Prompt fielen die Mainstream-Medien über die Erklärung her und versuchten sie zu diskreditieren: In der ARD wurde das »unglücklich formulierte Internetmanifest« als ein möglicher »Angriff auf unsere liberale Gesellschaft und die Demokratie« bewertet. Der Journalist Ernst Elitz, bis März 2009 Intendant des Deutschlandradios, sieht hinter der Erklärung ein »Getümmel wutschnaubender Bürger«. Die *taz* sah in den Unterzeichnern »rechte Osterhasen«.

Als einen Haufen kruder »Rechtspopulisten« konnte man die Unterzeichner jedoch kaum verunglimpfen, machen Unternehmer, Selbstständige, Kaufleute, Ingenieure, Beamte und Arbeiter doch mehr als 80 Prozent auf der Liste aus – sie alle haben mit Name und Beruf unterzeichnet. Die *Zeit* zählte bei der Durchsicht der Unterschriftenliste irritiert »395 Doktoren aller Fachbereiche, über 100 Ärzte, um die 50 Rechtsanwälte, Chemiker und Physiker sowie knapp 170 Schriftsteller«. Der Schock der Rechercheure muss tief gesessen haben, denn das war unübersehbar ein Ausschnitt aus ihrer eigenen Zielgruppe.

Und nicht nur das: Die Erklärung zerstört ein für alle Mal das Märchen von den Abgehängten und Modernisierungsverlierern, die nach Darstellung der Mainstream-Medien den dumpfen Rekrutierungs-Pool der Merkel-Kritiker abgeben. Die »Gemeinsame Erklärung« ist aber auch aus einem anderen Grund eine brisante Botschaft: Die Zahl derer, die sich nicht mehr wegen ihrer Kritik an der Regierung Merkel mit der Nazikeule erschlagen lassen wollen, wächst nicht nur, die Kritiker sind auch dabei, sich zusammenzuschließen und Wege zu finden, sich trotz des Nachrichtenfilters in den Massenmedien Gehör zu verschaffen. Hier sieht man den erfolgreichen Beginn der bürgerlichen Gegenkultur gegen einen außer Rand und Band geratenen Linksstaat.

Den Schaden, den diese Erschütterung in unserem Land anrichtet, können wir fast täglich beobachten: Politikverdruss, die Abwendung vom Rechtsstaat und seinen tragenden Säulen, die Implosion der traditionellen Medien sowie wachsende Gereiztheit und Polarisierung. Das »Edelman Trust Barometer 2018«, benannt nach der PR- und Kommunikationsagentur, die von Oktober bis November 2017 rund 33 000 Menschen befragte, liefert harte Fakten und deprimierende Rückschlüsse zu dieser gesellschaftlichen Auszehrung. Sie offenbart, wie weit sich Politik und Wahlvolk auch in Deutschland voneinander entfernt haben. Im Vorwort des Vertrauensbarometers[155] thematisiert Agenturchef Richard Edelman »Die Schlacht um die Wahrheit«. Er kommt zu dem Schluss, man finde die Welt zu Beginn des Jahres 2018 »in einer neuen Phase des Vertrauensverlustes und des Unwillens, selbst den Informationen der engsten Freunde Glauben zu schenken« (Übers. durch den Verf.). Damit rolle die vierte Welle eines Vertrauens-Tsunamis über uns hinweg, der vor Jahren eingesetzt habe. Die ersten drei Wellen waren demnach die Angst vor Arbeitslosigkeit im Zuge der Globalisierung, dann die Große Rezession, die das Vertrauen in traditionelle Autoritäten erschütterte und die Zerstörung der Mittelschicht beschleunigte, schließlich die Folgen der massiven Migration. Im Ländervergleich landet Deutschland im Vertrauensbarometer nur an 19. Stelle, hinter Ländern wie Italien, Brasilien, der Türkei und Kolumbien.

Man fühlt sich in jüngster Zeit immer wieder an die Definition erinnert, die Lenin einst für revolutionäre Zeiten gegeben hat: »Wenn die unten nicht mehr wollen und die oben nicht mehr können.« Wie anders kann man die bestehenden Verhältnisse zusammenfassen, wenn 85 Prozent der Befragten in Deutschland nicht erwarten, dass »unsere Gesellschaft in der Lage sein wird, ein gutes Zusammenleben von Deutschen und Flüchtlingen zu ermöglichen«[156], und wenn die politische Kaste gleichzeitig ausgelaugt, ideenlos und ebenfalls gespalten wirkt? Wir erleben ehemalige Volksparteien, die sich in ihrem Untergang aneinanderklammern, um an der Macht zu bleiben, damit sie sich weiter aus den staatlichen Töpfen bedienen können. Dabei machen sie eine Regierungsweise, die es 60 Jahre lang nur ein einziges Mal gab (1966–1969), zum Dauerzustand. Allein seit 2005 zählen wir drei Große Koalitionen, die dem Land zunehmend schaden, weil sie Opposition und politische Verantwortung ausschalten, die Verschuldung forcieren und echte politische Debatten eliminieren. GroKos, früher einmal die Ausnahme, sind zur Regel geworden. Sie

erschaffen per Vertrag zwar legitime parlamentarische Mehrheiten. Doch in solchen Koalitionen werden die Forderungen und Ausgabenwünsche der Beteiligten einfach addiert und sämtliche Kassen geleert, während der politische Betrieb im Land vom Kartell der teilnehmenden Parteien dominiert wird. Das sind jedoch Parteien, die ihre Alleinstellungsmerkmale verloren haben und austauschbar geworden sind, Parteien, die sich meilenweit von der Wählerschaft entfernt haben. Angela Merkel verhält sich, wie man bei der Ehe für alle, dem Mindestlohn, der Energiewende und der Abschaffung der Wehrpflicht sah, wie eine grüne Kanzlerin. Die SPD hat den sozialen Ausgleich und die Ostpolitik an den Nagel gehängt. Die Grünen haben sich in eine Bionade-Bourgeoisie verwandelt, die ebenfalls mehr nach der Macht strebt als nach der Verteidigung ihrer Gründungsprinzipien. Die CDU ist eine ausgebrannte, ihres Profils beraubte und grob nach links verschobene Koma-Partei. Doch indem sich diese gescheiterten politischen Marken zusammentun, schalten sie das Parlament aus. Mehr dazu im folgenden Kapitel.

Die Parteifunktionäre ignorieren auch ihre eigene Basis. Wahlen werden zu Theateraufführungen, bei denen jeder weitere Akt schon feststeht, weil er längst in irgendeinem Hinterzimmer ausgemauschelt worden ist. Trotz der enormen Mehrheiten, die GroKos etablieren, stellen die Bürger und Wähler ein eklatantes Kompetenz- und Organisationsversagen fest. Kontrollverlust, Stillstand und Auszehrung lähmen das Land. Es herrschen Handlungsstau und Stagnation. Reformen, die den Namen verdienen, kommen nicht zustande. Stattdessen regieren Ideenlosigkeit und der Einheitsbrei austauschbarer Parteien, die ihren Markenkern aufgegeben haben und in Koalitionen Zuflucht suchen, wo sie sich nicht profilieren müssen und keine Verantwortung tragen. Das Ergebnis ist eine krebsartige Ausdehnung der politischen Sphäre mit den meisten Abgeordneten und den meisten Staatssekretären, die es je gab. Dabei wird aus der Substanz des Landes immer mehr herausgesaugt. Bei der Erhöhung der Diäten für die Abgeordneten war man sich im Bundestag nach der Wahl von 2017 schon einig, bevor überhaupt eine Koalition vereinbart und eine Regierung gebildet war. Tage vor der zügigen Diätenaufbesserung hatten CDU, CSU und SPD noch beteuert, einen »neuen politischen Stil« einzuführen.[157]

In diesem Klima zementierter Mehrheiten und politischer Inzucht bleibt nicht nur die Opposition im Parlament auf der Strecke. Auch die gesellschaftliche Diskussion und das Ringen um die besten Ideen und Argumente werden aufgegeben, inzwischen sogar unterdrückt. Die

deutsche Zeitungslandschaft und das staatsnahe GEZ-Fernsehen sind zu Hofberichterstattern und Erziehungsanstalten verkommen, die Kritikern abweichende Meinungen austreiben wollen und gefügig die Regierungslinie verbreiten. Öffentliche Beichten wie die von Sigmar Gabriel finden nur in äußerst seltenen Fällen statt. Das gilt auch für die Medien. Man schaue sich noch einmal die *Stuttgarter Nachrichten* vom 24. September 2015 an. Das war nur wenige Tage nach dem Startschuss für die »Willkommenskultur«. Ein Leitartikel mit der Schlagzeile »Liebe Deinen Übernächsten« knöpfte sich die beginnende Massenmigration in einer offenen und ideologiefreien Weise vor, die bis heute im deutschen Blätterwald ganz selten ist: »Deutschland redet sich die Armutszuwanderung schön. Viele freuen sich über jeden Flüchtling, haben aber kein Problem damit, den Nachbarn als fremdenfeindlich zu verunglimpfen, wenn der das etwas anders sieht.«[158] Das Verfassungsgericht habe 2012 die Regeln zur Versorgung von Asylbewerbern deutlich verbessert und »in Deutschland eine Art Hartz-IV-Anspruch für alle Armen dieser Welt« geschaffen, argumentierte der Autor des Artikels. Dass höchstens 10 Prozent der Flüchtlinge arbeitsfähig gewesen seien, habe man kollektiv ignoriert, hieß es in dem Kommentar: »Die Wirtschaft nimmt lieber die 10 von 100, als sich Gedanken darüber zu machen, was mit den restlichen 90 passiert.« Die Flüchtlinge seien fortan in ein erstaunlich naives Land geströmt: »Liebe Deinen Nächsten, heißt es in der Bibel, aber der Deutsche hebt seine Gefühle gern für den Übernächsten auf.« Der damals beginnende Kontrollverlust, den viele im Land als gewollt verstehen, schürte erst Enttäuschung, dann Wut und Entsetzen in weiten Teilen der Bevölkerung. 1 Jahr später war Merkel bereits eine tragische Figur, wie Henryk M. Broder zutreffend konstatierte: »Sie scheitert gerade an der Lösung der Probleme, die sie selbst verursacht hat.«[159]

So formte Merkel Anfang 2018 dann auch ihre nächste GroKo, die zu diesem Zeitpunkt in aktuellen Umfragen keine Mehrheit mehr hatte und sich Ziele setzte, die dem Mehrheitswillen der Wähler zuwiderliefen. Das Vertrauen in die Politik erreichte einen immer neuen Tiefpunkt. Warnungen vor wachsender Gefahr durch islamische Terroristen wurden ignoriert. Die Behörden wussten nichts über den Verbleib Zehntausender abgelehnter Asylbewerber. Schlimmer noch: In den seltenen Fällen von Abschiebungen bleiben die Flugzeuge fast leer. Die Migranten tauchen vorher rechtzeitig unter, gewarnt von Asylräten, die ihrerseits von den

Behörden informiert werden. Es ist ein System, das sich, besoffen vom linken Zeitgeist, selbst torpediert, um seine Ziele zu erreichen. Neuerdings blockieren linke Aktivisten sogar Polizeistationen, um Abschiebungen zu verhindern, so geschehen im Mai 2018 in Göttingen.[160]

Bis hin zu Anis Amri tauchten immer mehr Fälle von Asylbewerbern und Wirtschaftsmigranten mit mehreren, manchmal Dutzenden von Identitäten auf. Sie hatten sich bei verschiedenen Kommunen angemeldet, und die Behörden hatten keinen blassen Schimmer davon. Wie sollen sie auch, wenn bis heute viele Ämter die Identität von Asylbewerbern gar nicht prüfen können, weil Geräte dafür fehlen.[161] Mit einer wachsenden Zahl von Vergewaltigungen, Messerattacken und Terroranschlägen verschwand das Vertrauen in die Innere Sicherheit. Dass der Staat seine Bürger in der bisher bekannten Weise schützen kann, bezweifeln immer mehr Menschen in unserem Land. Dazu trägt auch die wachsende Sprunghaftigkeit der Politik bei. An einem Tag erfahren wir plötzlich von einem überraschenden Vorstoß, kostenlosen öffentlichen Nahverkehr einzurichten, den es bei kurzem Nachdenken schon deswegen nicht geben kann, weil er ohne Ticketverkäufe mit Steuern finanziert werden müsste. Am nächsten Tag erst erhielten viele Kommunen aus den Zeitungen Kenntnis von dieser verrückten Idee. Doch da war das Ganze schon wieder abgeblasen. Oder wir vernehmen von der Ausgabe von Baukindergeld, hören Tage später, dass es, weil viel zu teuer, eingeschränkt werden soll, um kurz darauf zu lesen, dass es nun doch uneingeschränkt gewährt wird. Das sind Sprunghaftigkeit, Dilettantismus und Chaos pur. Das gilt auch, wenn Deutschlands staunende Autofahrer erfahren, dass gerichtlich genehmigte Fahrverbote in zahlreichen deutschen Städten drohen, nachdem eine dubiose Umweltorganisation, die zunächst kompostierbare Biotüten bekämpft hatte und sich unter anderem mit Steuermitteln finanziert, jetzt immer erfolgreicher Richter und Bürgermeister vor sich hertreibt, um den Diesel aus den Innenstädten zu vertreiben. Und während in den GroKo-Verhandlungen angeblich der Familiennachzug kontingentiert wurde, lasen wir in den Zeitungen, dass Brüssel neue Dublin-Regeln vorbereite, die künftig Gruppenanträge von bis zu 30 Personen ermöglichen. Die Grünen im Senat von Berlin wollen eventuell Gebäude für die Unterbringung von Migranten beschlagnahmen[162], die Riester-Rente wird für gescheitert erklärt, und die stellvertretende CDU-Vorsitzende Julia Klöckner kündigt in einem Tweet an, sie werde in einem Live-Interview mit dem Deutschlandfunk über die

Flüchtlingsfrage sprechen und darüber, wer für die Kosten aufkommt. Klöckner in dem Tweet: »Der Steuerzahler jedenfalls nicht – der Bund hat gut gewirtschaftet!« Aus dem Mund des damaligen Justizministers und jetzigen Außenministers Heiko Maas klingt dieselbe Botschaft vom Goldesel so: »Die Milliarden für die Integration wurden in diesem Land erwirtschaftet und wurden niemandem weggenommen.« Preisfrage: Wie kann man sich als Mitglied der politischen Kaste schneller vom Bürger und Steuerzahler entfernen als mit einer Behauptung, die Steuerzahler für dermaßen dumm verkauft? Für mehr Entsetzen als Erstaunen sorgte auch das Zwischenfazit von Thomas de Maizière im Dezember 2017 über die laufende Massenmigration, Deutschland sei »sicherer geworden«[163]. Wie kann man einem Politiker vertrauen, der sich so weit in eine Parallelgalaxie zurückgezogen und damit vom Wahlvolk entfernt hat und das Wahlvolk so anlügt? Als Innenminister wusste er natürlich genau, wie es um die Innere Sicherheit im Lande steht. Die Tatsache, dass allein in Nordrhein-Westfalen mehr als 4500 zu Gefängnisstrafen verurteilte Täter nicht in Haft sind (Stand Mai 2018), kann man als eine schwere Belastung für die Innere Sicherheit sehen.[164] Und als Bedrohung für die Öffentlichkeit natürlich auch.

Zersetzend auf das Bürgervertrauen wirken auch verlogene Beteuerungen aus dem Umkreis von Angela Merkel, »man« (ja, wer eigentlich?) müsse die Fluchtursachen bekämpfen, während die Regierung an die Türkei Waffen verkauft, die in einem illegalen Angriffskrieg in Syrien eingesetzt werden, ebenso wie deutsche Waffen für die Armee Saudi-Arabiens, die im Jemen die größte Tragödie unter Zivilisten in der jüngeren Geschichte anrichtet. Anfang 2018 genehmigte die geschäftsführende Bundesregierung noch vor dem Start der neuen GroKo Rüstungsexporte in Milliardenhöhe, zu einem Teil in Spannungsgebiete, obwohl zuvor »Zurückhaltung« versprochen worden war.[165] Und wie soll man einer Bundeskanzlerin vertrauen, wenn diese im November 2017 beteuert, »ernsthaft, engagiert und redlich« mit der SPD zu verhandeln, aber ihr Unionskollege Christian Schmidt als Landwirtschaftsminister nur 3 Tage später im Alleingang, entgegen der Absprache mit der SPD, einer verlängerten Anwendung des Unkrautgifts Glyphosat in Brüssel zustimmt? Und das, obwohl die internationale Krebsforschungsagentur IARC (WHO) das Gift als »wahrscheinlich krebserregend« eingestuft hat? Es blieb anschließend bei einer Rüge von Merkel für Schmidt. Sein schlimmer Alleingang wurde abgehakt, die GroKo musste ja geschmiedet werden.

Wenn es um den Machterhalt geht, kann man sich von einem wichtigen Wähleranliegen, in diesem Falle der Gesundheit des Volkes, nicht ablenken lassen.

Wenn unbequeme Nachrichten oder solche, die uns verunsichern könnten, nicht verschwiegen werden, biegen sie Politiker und Medien einfach zurecht, bis sie zumindest so verdaulich erscheinen, dass das Volk nicht rebelliert. In einer Studie musste selbst die ansonsten staatstragende Bertelsmann-Stiftung im Februar 2018 einen »beachtlichen Befund« zugeben.[166] Arme Familien werden bei uns systematisch reichergerechnet, als sie sind. Die »Armutsgefährdungsquote« liegt demnach in Haushalten von Alleinerziehern (meist Frauen) gut 20 Prozent höher als in der offiziellen Statistik. Was Behörden mit anderen wichtigen Statistiken so alles anstellen, will man sich angesichts dieses Befundes gar nicht erst ausmalen, wenn ein winziger Rest Vertrauen gerettet werden soll. Zu den Lügenmärchen rund um die aktuelle GroKo und die Verhandlungen, die ihr vorausgegangen waren, gehört auch jenes über die Ursache für das Platzen der Jamaika-Sondierungen. Offiziell schuld daran ist FDP-Chef Christian Lindner, der fast einstimmig vom Chor der Empörten als vaterlandsloser Geselle bezeichnet wurde. Er hatte es gewagt, die Sondierungen mit dem Hinweis zu beenden, dass es besser sei, »nicht zu regieren, als falsch zu regieren«. Lindner wurde aus den Reihen der Sondierer vorgeworfen, er habe »von Anfang an nicht regieren wollen«.[167] Dass genau umgekehrt Grüne und Union nie die FDP im Boot haben wollten, weil diese den »Vereinigten Staaten von Europa« mit einer Schuldenunion niemals zugestimmt hätte, das verriet erst 4 Monate später Hans-Werner Sinn in der bereits erwähnten Sendung von *Markus Lanz*: »Weshalb ist die Sache gescheitert? Es geht im Grunde um die Frage der europäischen Transferunion«, erklärte Sinn dem verblüfften Publikum, »Macron ist mit einem großen Programm aufgetreten. Er will einen europäischen Finanzminister, er will eine europäische Steuer, er will gemeinsame Verschuldungsmöglichkeiten, er will gemeinsame Arbeitslosenversicherung, er will die Konten gemeinsam abgesichert haben, und und und … Das sind riesige Lasten, die auf den deutschen Steuerzahler zukommen. Und Macron hat gesagt: Wenn der Lindner in die Regierung eintritt, bin ich tot. Das ist der Grund. Der ganze Rest, der hier besprochen wurde, wer wann was an welchem Tag gesagt hat, das ist so was von irrelevant. Es geht in Wahrheit um die fundamentale Frage, wird Deutschland das Portemonnaie aufmachen, um die nicht mehr

wettbewerbsfähigen Länder im Süden durch eine Transferunion dauerhaft zu stützen?«

Dass Jamaika-Sondierungen nur als Theater betrachtet werden können, hatte schon Jahre zuvor der Alt-Grüne Joschka Fischer prognostiziert. Der *taz* gab Fischer 2005 in einem Interview (»Ich war einer der letzten Rock'n'Roller der deutschen Politik«) zur Möglichkeit einer Jamaika-Koalition folgende Antwort: »Wie, bitte schön, soll das denn gehen? Das hat doch stark den Hauch des Irrealen. Ich habe es launig so gesagt: Wenn Merkel und Stoiber mit Dreadlocks, Haschtüten und anderem Zeugs kommen, also mit der völligen Umkehrung dessen, wofür sie politisch stehen, hätten wir eine völlig andere Situation. Aber dann würde die Union auseinanderfliegen. Man muss das realistisch sehen.«[168]

Es war also von vornherein klar, dass Jamaika keine Option sein würde. Hier wurde Theater gespielt. Aber wird es das nicht immer? Mit welcher Frau haben wir es eigentlich zu tun, wenn Angela Merkel 2015 die Grenzen niederreißt und dem Land unabsehbare Belastungen aufbürdet, wo sie doch 12 Jahre zuvor auf dem 17. Parteitag der CDU in Leipzig noch im Brustton der Überzeugung ausgerufen hatte: »Manche unserer Gegner können es sich nicht verkneifen, uns in der Zuwanderungsdiskussion in die rechtsextreme Ecke zu rücken, nur weil wir im Zusammenhang mit Zuwanderung auf die Gefahr von Parallelgesellschaften aufmerksam machen. Das, liebe Freunde, ist der Gipfel der Verlogenheit! Eine solche Scheinheiligkeit wird vor den Menschen wie ein Kartenhaus in sich zusammenbrechen. Deshalb werden wir auch weiter eine geregelte Steuerung und Begrenzung von Zuwanderung fordern!« Was von dieser Forderung übrig blieb, wissen wir inzwischen. Und wie ein Kartenhaus ist nicht die Scheinheiligkeit von Merkels Gegnern zusammengebrochen, sondern ihre eigene.

Aber wie weit können wir einer Politikerin über den Weg trauen, die solche massiven Wendungen vollzieht, nur weil sie im Amt bleiben will? Eine Frau, die Multikulti auf dem Deutschlandtag der Jungen Union in Potsdam 2010 als »absolut gescheitert« bezeichnete und sich dann in eine grüne Kanzlerin verwandelt, die auch mit der Energiewende gezeigt hat, dass sie das Ruder des ganzen Landes ohne mit der Wimper zu zucken um 180 Grad herumreißt, wenn es der Sicherung ihrer Mehrheiten dient? Eine Frau, die eigentlich die »Identität Deutschlands bewahren« wollte und jetzt steif und fest behauptet, der Islam gehöre zu Deutschland?

Immer neue Wendemanöver und später einkassierte Beteuerungen haben die Glaubwürdigkeit von Merkel zerstört. Das gilt auch für die Top-Politiker im Rest des Berliner Parteienkartells. Sie wollen uns weismachen, dass man Zuwanderung steuern kann, ohne die Grenzen zu sichern. Sie wollen Klimaziele umsetzen und gleichzeitig Millionen Menschen vom warmen Süden in den kalten Norden mit hohem Energieverbrauch und Lebensstandard verpflanzen, wie es der Blogger Don Alphonso am 7. November 2017 in einem Tweet anmerkte. Und sie geben vor, bei offenen Grenzen und fehlenden Kontrollen eine haargenaue Asylstatistik präsentieren zu können. Diese Kaste hat gegenüber den Bürgern bis heute nicht offiziell eingeräumt, dass sich mit der Migrationspolitik seit 2015 auf keinen Fall der Wohlstand in unserem Land halten lassen wird. Wie das bei einem wachsenden Druck auf die Löhne, der Leerung der Sozialkassen und dem unaufhaltsamen Anwachsen der Rentenlasten gehen soll, weiß niemand. Aber es wird nach dem Motto verfahren: Wenn wir nicht darüber reden, ist es auch kein Thema. Doch Tatsache ist: Kein Land der Welt, dessen wichtigster Rohstoff die Bildung ist, kann eine so hohe Zahl bildungsferner Zuwanderer verkraften, ohne dass der Lebensstandard sinkt. Darüber sollte es in einer Demokratie mit dem Wahlvolk eine öffentliche Diskussion geben, um zu ermitteln, wie umfangreich die Einwanderung hierzulande sein soll. Stattdessen werden alle durch eine Befehlsausgabe mit drei Worten (»Wir schaffen das«) zum politischen Gleichschritt verdonnert und diejenigen, die das kritisieren, schnurstracks in die rechte Schmuddelecke gestellt. Doch immer mehr Kommunen müssen die weiße Flagge hissen und zugeben: »Wir schaffen das nicht«, weil die nötigen Kapazitäten von den Kitas über die Schulen bis hin zu den Tafeln und dem Arbeitsmarkt fehlen. Cottbus, Freiberg, Salzgitter und Pirmasens haben für Zuzugsstopp plädiert. Sogar der Städte- und Gemeindebund unterstützt diesen Schritt inzwischen ausdrücklich, während Merkel in Berlin an ihrem Marschbefehl festhält.[169] Wir haben im April 2018 völlig überraschend erfahren, dass die Bundeskanzlerin in Brüssel eine Zusage für die Aufnahme von über 10 000 Migranten aus Afrika und dem Nahen Osten im Rahmen eines »Umsiedlungsprogramms für besonders Schutzbedürftige« gegeben hat. Das Programm hat die EU-Kommission im Sommer 2017 aufgelegt. Und während völlig widersprüchliche[170] Zahlen[171] über die Fortsetzung der Migration nach Deutschland gemeldet werden, sickert durch, dass die Migrationsbehörde der UN und die EU einen weitreichenden Vertrag für die globale Steuerung

von Migration vorantreiben. Dieser Vertrag weicht die Souveränität der Nationalstaaten mit Blick auf die Migrationspolitik und die Ländergrenzen auf. Das belegt der Punkt »5.« in dem Papier, das man auf der Webseite der UN-Migrationsbehörde über den »Globalen Pakt für Migration«[172] nachlesen kann (Herv. durch den Verf.): »*Das Europäische Parlament* […] betont, dass in den grundlegenden internationalen Menschenrechtsverträgen die **Rechte aller Menschen,** einschließlich **Migranten und Flüchtlinge, unabhängig von ihrem Rechtsstatus, anerkannt und die Staaten verpflichtet werden,** sie zu achten, einschließlich des fundamentalen **Grundsatzes der Nichtzurückweisung;** fordert, dass Menschen in prekären Situationen, die besondere medizinische oder psychologische Unterstützung benötigen, auch als Folge von durch Vorurteile motivierter sexueller oder geschlechtsbezogener Gewalt oder Folter, besondere Aufmerksamkeit geschenkt wird; tritt dafür ein, dass konkrete Maßnahmen in dieser Hinsicht in die globalen Pakte aufgenommen werden; erinnert außerdem daran, **dass sich Schutzbedürftigkeit** aus den Umständen in den Herkunfts-, Transit- und Aufnahme- oder Zielländern **als Folge nicht nur der Identität der Person ergibt, sondern auch von politischen Entscheidungen sowie der strukturellen und gesellschaftlichen Dynamik.«**[173] Im Klartext: Alle Menschen werden ein Recht auf Asyl haben, eine Zurückweisung wird es nicht mehr geben. Die Asylgründe ergeben sich künftig nicht mehr vordergründig aus der individuellen Situation des Asylsuchenden, sondern mindestens ebenso aus der allgemeinen »gesellschaftlichen Dynamik« des Herkunftslandes, wie auch immer und von wem auch immer diese bewertet wird.

Es sind nicht nur Anschläge auf die Souveränität und unter dem Wählerradar forcierte Migrationspläne, die unser Vertrauen zerstören. Gerichtlich erlaubte Geheimtreffen der Kanzlerin mit Lobbyisten nagen ebenfalls am Urvertrauen der Wähler. Ebenso die von der Autolobby behinderte und von der Politik nicht wirklich betriebene Aufklärung des Diesel-Skandals oder die penible Anwendung der Gesetze bei den »Braven« durch einen Staat, der »sich von den weniger Braven aber jederzeit austricksen lässt«, wie es der Journalist und Autor Harald Martenstein ausdrückte.[174] Im Falle des Diesel-Skandals reicht die Kungelei der Politik mit der Autoindustrie bis hin zur Verhinderung von gerichtlichen Zeugenauftritten durch das Verkehrsministerium.[175]

Damit wären wir bei der Justiz. Auch hier nimmt die Distanz zwischen Anspruch und Wirklichkeit, in diesem Fall zwischen der Rechtsprechung und dem Rechtsempfinden der Bürger, stetig zu. Steuerbetrüger lässt man laufen, Abschiebungen von Terrorgefährdern oder verurteilten Straftätern kommen nicht zustande, mehrfach vorbestrafte Vergewaltiger bleiben wegen »ausgesprochen komplizierter Rechtslage« auf freiem Fuß.[176] Der Gladbach-Fan, der im April 2018 in einem Sonderzug mutmaßlich eine junge Frau missbrauchte und sich später stellte, war 5 Monate zuvor bereits wegen einer Vergewaltigung zu 3 Jahren und 3 Monaten Haft verurteilt worden, lief aber, weil ihm die Ladung zum Haftantritt nicht zugestellt wurde, noch frei herum.[177] Ebenso absurd und skandalös ist auch: Rechtskräftig abgewiesene Asylbewerber, das hat die Konfrontation zwischen Seehofer und Merkel im Sommer 2018 gezeigt, können – falls sie je abgeschoben werden – sofort ins Land zurückkehren und erneut einen Asylantrag stellen, wodurch die Justiz komplett ausgehebelt wird. Unsere Landesgrenzen wurden zu ideologisch betriebenen Drehtüren umfunktioniert, an denen nahezu alle durchgewunken werden. Dass es in der Bundesregierung einen heftigen Streit darüber gibt, ob Menschen mit Einreiseverbot bei uns einreisen dürfen, sagt alles über eine Regierung, die sich unter Führung ihrer Kanzlerin aus moralischen Beweggründen über die Gesetze erhebt und sich selbst durch ihre scheinheilige Frömmigkeit so blendet, dass sie nicht mehr sehen kann, welche Probleme ihre Politik verursacht.

Beispiele wie die eben genannten hören oder lesen die Menschen draußen im Land fast täglich. Auch dieses: Ein Mann, der auf offener Straße in Minden eine Frau mit Säure attackiert hat, kommt wegen »fehlender Haftgründe« wieder auf freien Fuß.[178] Wer soll so etwas verstehen? Der Vorsitzende des Deutschen Richterbundes, Jens Gnisa, hat sich mit dem Zustand des Rechtsstaates und dem verletzten Rechtsempfinden in der Bevölkerung in seinem Buch *Das Ende der Gerechtigkeit* beschäftigt. Ende 2017 fasste er in einem Interview seine Ergebnisse so zusammen: »Ich habe da eine Stimmung aufgenommen, die in der Bevölkerung herrscht. Nach meiner Wahl 2016 zum Vorsitzenden des Deutschen Richterbundes kamen die Flüchtlingskrise und die Silvesternacht von Köln – und damit eine große Diskussion über den Rechtsstaat. In vielen Zuschriften haben mir Bürger geschrieben: ›Das finde ich nicht gerecht …‹«[179]

Zahlreiche Urteile der jüngeren Zeit machen die breite Bevölkerung fassungslos, etwa wenn ein Landgericht nach der Gruppenvergewaltigung eines 14-jährigen Mädchens vier von fünf Tätern mit einer Bewährungsstrafe davonkommen lässt. Oder wenn Autokonzerne nach massivem Betrug bei den Abgaswerten lediglich ein Software-Update aufspielen müssen und kein einziger Manager bestraft wird. Richtige Aufreger im Volk sind auch Nachrichten über Polizisten, die sich darüber beschweren, dass sie Straftäter festnehmen, nur um sie Stunden später wieder am örtlichen Hauptbahnhof oder in der Fußgängerzone auftauchen zu sehen. Dass hinter dem Abbau des Rechtsstaates gezielte Politik steckt, beschreibe ich im folgenden Kapitel über die Sabotage gegen die Säulen unserer Demokratie. Das Vertrauen der Menschen in den Rechtsstaat ist bereits schwer angeschlagen. 43 Prozent der Deutschen haben laut einer repräsentativen Umfrage des Berliner Meinungsforschers »pollytix« vom Mai 2018 ein »eher geringes oder gar kein Vertrauen mehr in die Arbeit der Justiz«.[180]

Auch die Institution Polizei hat nach zahlreichen Vertrauensbrüchen schwer gelitten. Zum Beispiel, wenn ein Polizeigewerkschafter nach dem G20-Gipfel, der Hamburg 2017 in den Ausnahmezustand versetzte, einen »sicherheitspolitischen Offenbarungseid« gesteht, weil die »Ordnungshüter« vorübergehend die Kontrolle über Teile der Stadt verloren.[181] »Es gab Situationen, in denen Bürger damals das Gefühl hatten, die Polizei lasse sie im Stich«, räumte nach den Gewaltexzessen von Linksextremen in der Hafenstadt der Gewerkschafter Joachim Lenders ein. Er ist auch CDU-Abgeordneter in der Bürgerschaft.[182] Das Vertrauen der Bürger in die Polizei leidet auch, wenn Migrantengewalt verschwiegen wird,[183] Zensur in Polizeiberichten ans Tageslicht kommt[184] oder ein hochrangiger Beamter der Kriminalpolizei beichtet, dass Strafanzeigen »gezielt kaputtgeschrieben werden«.[185] Sogar in der Mainstream-Presse werden teils hochrangige Bundespolizisten mit dem Eingeständnis zitiert, »Wir verkaufen die Öffentlichkeit für dumm.«[186]

Bürger begehren auf

Der Aufstand der Fußball-Fans

Auch im Verhältnis zwischen dem Profifußball und seinen Fans stehen die Zeichen auf Sturm. Proteste gegen die exzessive Kommerzialisierung nehmen deutlich zu. Die 50+1-Regel, nach der Investoren die Mehrheit an Vereinen übernehmen können, erhitzt die Gemüter ebenso wie die verhassten Montagsspiele, die vom traditionellen Samstag ausgegliedert wurden, um die einst kompakten Spieltage weiter zu filetieren und die TV-Einnahmen zu maximieren. Hinzu kommen horrende Ticketpreise und astronomische Ablösesummen sowie Funktionäre, die das Fußballvolk in den Stadien aus den Augen verlieren. Die Folge: Immer mehr Fans wehren sich mit kritischen Spruchbändern, dem Boykott von Spielen, »Scheiß DFB«-Plakaten und dem frühen Verlassen des heimischen Fanblocks, inklusive Hass-Botschaften an die Vereine und der Bombardierung des Spielfelds mit Klopapier und Tennisbällen. Nie ist die Kluft zwischen dem Profifußball und seinen Fans größer gewesen. Man beobachtet eine Lagerbildung wie in der Politik.

Die Fans von Werder Bremen boykottierten schon 2010 Champions-League-Spiele. FC-Bayern-Fans protestierten 2017 bei Paris St. Germain in der Vorrunde der Champions-League gegen 75 Euro Eintritt: »Wir sind nicht Neymar«, stand auf ihren Transparenten. Beim Montagsspiel der Eintracht Frankfurt gegen RB Leipzig im Februar 2018 demonstrierten die Fans gegen die Zersplitterung der Spieltage. Das Spiel begann mit 6 Minuten Verspätung, weil hinter einem Tor ein Banner ausgerollt und angedroht wurde: »Die Straße holt sich den Fußball zurück.« Beim VFB in Stuttgart flogen im Februar 2016 aus Protest gegen Ticket-Wucher Tennisbälle aufs Spielfeld. Die flogen genau 2 Jahre später noch einmal, als der VFB Borussia Dortmund empfing und zahlreiche Fans mit 20 Minuten Verspätung ihren Block betraten. »Fußball muss bezahlbar sein«, fordern sie ultimativ. Und beim Montagsspiel des BVB gegen Augsburg war das Borussen-Stadion Anfang 2018 so leer wie seit über 2 Jahrzehnten nicht mehr.

»Die deutschen Vereine tun aus mehreren Gründen gut daran, wenn sie ihre Ticketpreise nicht erhöhen«, warnt eine Studie des Deutschen Instituts für Sportmarketing über die Fan-Proteste. Die beiden Autoren watschen die Vereine ab und mahnen, sie gingen »ein großes Risiko ein«, denn die Anwesenheit echter Fans sei notwendig, nicht nur für Sponsoren und Medien. André Bühler, einer der beiden Co-Autoren, warnt zudem: »Die Schere im Fußball geht immer weiter auseinander. Der Profifußball entfremdet sich von der Basis. Viele Leute, die den Fußball lieben, überlegen sich abzuwenden, wenn das so weitergeht. Der deutsche Fußball steht vor einer Zeitenwende.« – Vielleicht sogar vor einer ausgemachten Rebellion? Die bei »ProFans« organisierten Kritiker des Wucher-Fußballs haben 2018 vor der Mehrheitsentscheidung der deutschen Vereine angekündigt, den Widerstand gegen Übernahmen durch Investoren vorerst aufrechtzuerhalten: »Bundesweit wird ein Sturm heraufziehen […] Eine Aufweichung […] der 50+1-Regel unter dem Deckmantel einer Modifizierung ist eine klare Kriegserklärung an alle Fans bundesweit.«

Doch das Ende der Fahnenstange ist längst nicht erreicht. Führende europäische Vereine wie Barcelona, Real Madrid und Manchester City zeigen den deutschen Fans, was sie noch erwartet: Sie entwickeln sich zu riesigen Event-Maschinen, die Fanartikel in eigenen Malls verkaufen. Sie positionieren sich als globale Marken und expandieren zu weltweiten Franchise-Unternehmen mit der Übernahme kompletter Vereine und identischer Trikots. Sie betreiben Nachwuchsakademien, in denen sie

den nächsten Neymar heranziehen, um ihn dann für noch mehr als 222 Millionen Euro zu verkaufen.

In diesem Geldzirkus sind für den FC Bayern dreißig »Scouts« unterwegs, die nach den nächsten Superstars Ausschau halten. In diesem Geldzirkus verdienen deutsche Erstliga-Profis am Tag mehr als 4000 Euro und »Fußball-Gott« Lionel Messi sogar 25 000 Euro pro Minute Spielzeit. Treiber des Geld- und Rendite-Spektakels sind Chinas politisch motivierte Fußball-Expansion, das Kapital der Scheichs, russische Oligarchen, der immer noch wachsende Fernsehmarkt und das boomende Internet. Der Markenkern Fußball wird dabei zum Nebenprodukt. Und der Fan im Stadion fast zum lästigen Anhängsel. Widerstand und Protestpotenzial unter deutschen Fans sind groß. Denn nichts bringt die Deutschen so schnell und so nachhaltig zur Wallung wie ihr Lieblingssport.

Warnungen wie »Der Fußball muss bezahlbar bleiben« sind noch äußerst diplomatische Zitate zu der Misere, die den Fußball als Marke entkernt und Hunderttausende von Fans auf die Barrikaden treibt. Bis jetzt werfen sie nur Tennisbälle und Klopapier. Aber was kommt danach? »Der Fußball muss aufpassen, dass er die gesellschaftliche Bindung nicht verliert«, warnt selbst der ARD-Vorsitzende Ulrich Wilhelm. Ob es demnächst eine Fußball-Revolution gibt, fragen sogar Mainstream-Publikationen wie die *Süddeutsche Zeitung.* Das »Ende des Fußballs, wie wir ihn kennen« befürchtet die *Neue Zürcher Zeitung.* Und Edwin Lüscher, der die »Krawallgruppe« der Zürcher Staatsanwaltschaft leitet, befürchtet eine furchtbare Eskalation der Fangewalt: »Wenn es so weitergeht [sic], ist es nur noch eine Frage der Zeit, bis es Schwerverletzte oder Tote gibt.«

Im »Durcheinanderland« Deutschland (NZZ) verspielen nicht nur Politik und Justiz das Vertrauen der Bürger. Auch Vorzeigeunternehmen in der Wirtschaft arbeiten hart daran, dass die Menschen von ihnen nichts mehr erwarten. Was sollen wir davon halten, dass der ehemalige Bahnchef Rüdiger Grube für das Jahr 2017 noch eine 1-Millionen-Abfindung mitnahm, obwohl er bereits im Januar des Jahres gekündigt hatte?[187] Oder nehmen wir das Tunnel-Debakel von Rastatt: Es waren hiesige Tunnelbauer, die mit ihrer gescheiterten Gleisunterquerung im Sommer 2017 Hohn und Spott auf sich zogen, als sie eine der wichtigsten Arterien im europäischen Güterverkehr in Nord-Süd-Richtung blockierten und von der *Basler Zeitung* diesen hämischen Kommentar ernteten: »Die Schweiz täte gut daran, Deutschland künftig als Drittweltstaat einzustufen, insbesondere, wenn es dort um Infrastruktur- und Verkehrspolitik geht. Die Schweiz muss sich deshalb überlegen, ihr Entwicklungshilfebudget aufzustocken, um so im Krisengebiet vor Ort dringend benötigte Planer und Ingenieure zum Einsatz bringen zu können. Nach Deutschland reisen könnten gleich auch ein paar Juristen, die in Berlin die Bedeutung von Unterschriften erklären. Deutschland hat sich 1996 per Staatsvertrag

verpflichtet, seinen Neat-Zubringer auf eigenem Territorium fertigzustellen. Rechtzeitig. Der Termin ist verstrichen, ein neuer ist nicht in Sicht.«[188]

Ein weiteres Beispiel gefällig? Im März 2018 wurde bekannt, dass die Deutsche Bank die Boni vervierfacht, obwohl sie den dritten Jahresverlust in Folge aufzuweisen hatte. Es soll zuvor »eine kontroverse Debatte« im Vorstand des Geldkonzerns gegeben haben. Doch das hielt die Top-Entscheider nicht davon ab, einen weiteren großen Schluck aus der Pulle zu nehmen. Laut Presseberichten haben mehr als 700 Manager und leitende Angestellte 2017 jeweils über 1 Million Euro verdient.[189] Der Riss scheint durch die gesamte Bank zu gehen, wenn die IT-Chefin bei einem Treffen von Führungskräften vor der kompletten Mannschaft auf den Tisch haut und sagt, die Deutsche Bank sei die »gestörteste Firma, in der ich je gearbeitet habe«.[190] Wenige Tage nach diesem Auftritt wurde Vorstandschef John Cryan verabschiedet. Doch die Frage bleibt: Warum bedient sich die Führungsriege so schamlos, wenn es der Bank nicht gut geht, wenn der gebeutelte Aktienkurs klar signalisiert, dass auch die Anleger dem Institut das Vertrauen entziehen? Vielleicht, weil die Manager den Beschäftigten die Schuld geben? Monate vor seinem Rauswurf wurde John Cryan mit dem Hinweis zitiert, er halte »die Hälfte seiner Mitarbeiter für überflüssig«. So viel Arroganz ist nur möglich, weil man in den Kreditinstituten seit 2008 weiß, dass die Steuerzahler gezwungenermaßen sowieso den Rettungsring werfen, wenn es wieder zum Äußersten kommt und die nächste Finanzkrise offenbart, wie unverantwortlich trotz aller gegenteiligen Beteuerungen in den vergangenen Jahren in dem Gewerbe wieder gezockt worden ist. Sicher ist nur, wie eine Studie der Wirtschaftsprüfer von EY belegt, der seit Jahren sinkende Vertrauensverlust der Bankkunden. »Mehr als jeder dritte deutsche Bankkunde traut den Banken fast 10 Jahre nach Ausbruch der Finanzkrise nicht«, ermittelte EY im Herbst 2016.

Bei dieser Aufzählung darf Volkswagen nicht fehlen. Als der damalige VW-Chef Martin Winterkorn als bestverdienender DAX-Vorstand im September 2015 wegen des Diesel-Skandals seinen Rücktritt verkündete, erfuhren wir in den Leitmedien, dass allein seine Pensionsansprüche sich auf mehr als 28 Millionen Euro beliefen.[191] Von dem hunderttausendfachen Betrug an Kunden des Konzerns hatte der »Herr Professor Dr. Winterkorn keine Kenntnis«, wie der Aufsichtsrat des Unternehmens in einer Stellungnahme mitteilte. So läuft es auch in der

Politik: Ganz oben wird kräftig kassiert, aber Verantwortung wird nicht übernommen. In den USA hat Volkswagen alle Diesel-Modelle vom Markt genommen, Kunden in Europa wurde für die betroffenen Motoren eine Software aufgespielt.

Beim größten Autobauer Deutschlands scheint man nicht dazuzulernen, was ehrbares Verhalten gegenüber Kunden und Aktionären angeht. Bei der Vorstellung der Jahreszahlen für 2016 hatte der VW-Aufsichtsrat verkündet, dass künftig kein einzelner Vorstand mehr als 10 Millionen Euro verdienen solle. Doch 1 Jahr später erfuhren wir in der Qualitätspresse, dass die Gesamtvergütung von VW-Chef Matthias Müller 2017 auf 10,14 Millionen Euro geklettert sei. Seit Bekanntwerden des Abgas-Skandals sind Millionen Deutsche darüber empört, wie man sie als Opfer des Skandals behandelt. Sie sind wütend, weil in den USA ein VW-Manager wegen »Verschwörung zum Betrug und Verstoß gegen Umweltgesetze« zu 7 Jahren Gefängnis verurteilt wird, aber die Kunden in Deutschland mit fragwürdigen Softwarenachrüstungen abgespeist werden, während sie sich Entschädigungen im Gegensatz zu den US-Kunden einzeln erstreiten müssen und Nachrichten über Vorstände des Unternehmens sich eher auf astronomische Vergütungen beziehen, während Hunderttausende von geschädigten Diesel-Fahrern selbst sehen müssen, wie sie ihre Autos noch ohne empfindliche Verluste loswerden können.

Doch nicht nur in Großunternehmen werden Gehälter und Boni gezahlt, die an den Kassen von Supermärkten, bei Postboten und in Pflegeberufen für geballte Fäuste sorgen. Die Selbstbedienung derer, die es sich erlauben können, ist mittlerweile flächendeckend. Ein Gutachten für das Wirtschaftsministerium ergab laut *Bild* Ende 2017, dass hiesige Apotheker trotz ihres Jammerns über schlechte Bezahlung und Apothekensterben pro Jahr von den gesetzlichen Krankenkassen 1,1 Milliarden Euro zu viel kassieren.[192] Wer dafür aufkommt, wissen wir: Mitglieder der Krankenkassen, die diese Rechnung über ihre Beiträge finanzieren. Weil all das im Angesicht wachsender Altersarmut, zunehmender sozialer Ungleichheit und millionenfacher prekärer Beschäftigung geschieht, tragen auch die Exzesse in der Wirtschaft längst zur Untergrabung von Vertrauen und Demokratie bei. Ein Ende der Fahnenstange bei den Ausschweifungen scheint noch nicht in Sicht. Das wurde durch einen Extremfall klar, von dem wir im Sommer 2017 lasen. Der damals scheidende Chef von General Electric, Jeff Immelt, flog auf seinen Reisen mit einem sogenannten

»Chase Plane«. Das war ein zweites, leer hinter seinem Firmenjet herfliegendes Flugzeug, das nur aus »Sicherheitsgründen« mit in der Luft war und seine pünktliche Ankunft bei »wichtigen Geschäftsterminen« gewährleisten sollte. Im Wirtschafts-Sprachgebrauch der USA hat sich dieses Symbol kaum noch zu überbietender Verschwendungssucht als die »two-plane-practice« eingebürgert, als das Reisen mit zwei Flugzeugen. Menschen, die befristeter Arbeit nachgehen, den Mindestlohn bekommen, oder auf ihre reguläre Arbeit noch einen Minijob draufpacken müssen, damit sie ihre Rechnungen begleichen können, ist so etwas nicht mehr vermittelbar. Sie laufen morgens wütend zur Arbeit und abends wieder zurück nach Hause. Wenn sie ihrem Ärger in den sozialen Netzwerken Luft machen, werden sie als »Wutbürger« und »Hetzer« verunglimpft. Es scheint inzwischen, dass sich auch Unternehmer selbst nicht mehr so richtig über den Weg trauen. Die Zahl der Existenzgründer hat hierzulande den niedrigsten Stand seit Anfang des vergangenen Jahrzehnts erreicht.[193]

Bürger begehren auf

Die wachsende Schar der Kammer-Rebellen

In Stuttgart nennen sie sich »Kaktus-Initiative«. Das klingt nach Stachel im Hintern des Establishments. In Berlin rücken sie den Kammer-Funktionären als »Pro KMU« (kleine und mittlere Unternehmen) auf den Leib. In Schwerin firmieren die IHK-Rebellen unter »Die neue IHK«. Und in Kassel nennt sich die kammerkritische Initiative »Kammern ohne Zwang«. Zehntausende von Kritikern in den bundesweit etwa achtzig Industrie- und Handelskammern (IHK) haben sich organisiert, um gegen Zwangsmitgliedschaft, rechtswidrige Rücklagenbildung, Intransparenz, Mauschelei unter Funktionären, teure Ehrungen und Preisverleihungen sowie den Bau protziger Repräsentanzen und exzessive Gehälter mit üppigen Pensionen für die Geschäftsführer und Präsidenten zu kämpfen.

Der Bundesverband für freie Kammern (BFFK), in dem die Rebellen organisiert sind, zählt etwa 1300 meist kleine Betriebe. Ihnen geht es jedoch nicht nur um verhasste Gebühren, sondern auch um die Demokratisierung der Kammern. Die Rebellen lassen sich in die Kammerparlamente wählen, sie lassen Sitzungen platzen, wenn Reformen von oben abgeblockt werden, und sie gehen immer öfter vor Gericht, wo sie wachsende Erfolge erzielen. Ihren bisher spektakulärsten Erfolg fuhren die Kammer-Reformer im Februar 2017 in Hamburg ein, als sie mit einem fulminanten Wahlsieg fast alle Sitze im Plenum der wichtigsten Wirtschaftsvertretung der größten deutschen Hafenstadt übernahmen. Die Initiative

»Die Kammer sind WIR« errang 55 der 58 direkt gewählten Sitze im Parlament der IHK. Es gelang ihnen sogar, die Wahlbeteiligung zu verdoppeln. Dieses lokalpolitische Erdbeben strahlt bis heute in viele Kammern Deutschlands aus, weil sich allerorten die Rebellen ermutigt sehen.

Und sie verzeichnen serienweise Erfolge. Das Verwaltungsgericht in Schleswig befand in einem Urteil die Ausgleichsrücklagen der Kammer in Kiel für zu hoch. Das Bundesverwaltungsgericht gab ihnen in einem Streit mit der IHK Ostwestfalen (Bielefeld) in einer Grundsatzentscheidung über rechtswidrige Vermögensbildung recht. Die Handwerkskammer Ulm korrigierte vor einem drohenden Prozess beim Verwaltungsgericht Sigmaringen einen Beitragsbescheid nach unten. Dasselbe Verwaltungsgericht kippte zwei Beitragsveranlagungen der IHK Bodensee-Oberschwaben. Die IHK der Region Stuttgart senkte auf Druck der Kaktus-Initiative schon zweimal die Beiträge. »Man merkt, dass sich auch scheinbar Unbewegliches bewegt, wenn es auch bisweilen länger dauert«, kommentiert einer der Kaktus-Gründer, der Unternehmer Thomas Albrecht aus Esslingen, den Erfolg. Der Landesrechnungshof Brandenburg kritisierte überzogene Vergütungen von IHK-Funktionären und watschte in seinem Jahresbericht 2017 zwei regionale Kammern ab: »Man könnte auch kleinere Brötchen backen.« Auch die Kammer in Hamburg musste inzwischen auf Druck der Rebellen die gebührenpflichtigen Mitgliedsunternehmen teils deutlich entlasten.

Doch der Widerstand etablierter Interessen in den Kammern bleibt groß. Der Bayerische Rechnungshof musste sich das Recht, die IHK Schwaben zu prüfen, vor Gericht erstreiten. Prompt erteilten die Rechnungsprüfer eine Rüge gegen das Vergütungsniveau der Kammerchefs. Vom IHK-Establishment werden die Kritiker gerne als »Verweigerer« verunglimpft, ein Kampfbegriff, der uns aus der Politik bekannt vorkommt. Das Aufbegehren der Kammer-Kritiker in Hamburg wurde intern als »Aufstand der Pizzaboten« geschmäht. Manche Kammern machen sogar gegen ihre eigenen, kritischen Mitglieder mobil: Die IHK Köln entschied sich laut dem *Kölner Stadt-Anzeiger* 2017, die Aktivitäten von Kammer-Kritikern durch einen »externen Dienstleister« »beobachten« zu lassen. Eine digitale Rasterfahndung solle gewährleisten, dass »die IHK rechtzeitig über eventuelle Aktivitäten von Verweigerern informiert ist«. Die Kritiker schreckt das nicht ab. In den Wirtschaftsparlamenten von Stuttgart, Kassel und Berlin stellen sie bereits größere Fraktionen.

Auch die Kirchen beklagen einen wachsenden Vertrauensverlust. Diesen haben sie sich aber im Wesentlichen selbst zuzuschreiben. In einer Welt, in der Moralverfall herrscht, soziale Spannungen zunehmen und Geld der neue Gott geworden ist, müssten uns die großen Amtskirchen eigentlich mehr Orientierung bieten, uns spirituell stärken, die Botschaft intensiver verbreiten und den moralischen Kompass wieder ausrichten helfen. Aber was tun unsere Kirchenfürsten? Sie sind Komplizen des linken politischen Milieus geworden und halten Kirchentage ab, die eher an Parteitage der Grünen erinnern. Sie biedern sich dem Islam an, knipsen friedlich

protestierenden Menschen die Kirchenlichter aus oder lassen Glocken läuten, um kritische Reden zu übertönen. Ich erinnere mich an ein Interview, das der damalige Erzbischof von Fulda, Johannes Dyba, Ende 1997 dem *Spiegel* gab.[194] Dyba sprach über Werteverfall und Spaltung in der Gesellschaft und gab unumwunden zu: »Viele haben die Kirche, so wie sie sich darstellt, satt.« Dyba nahm in dem Gespräch kein Blatt vor den Mund und sprach klare Worte, die wir heutzutage von Kirchenfürsten nur in Ausnahmefällen hören: »Die Gesellschaft leidet ja generell daran, daß [sic] die gemeinsamen Grundlagen, ganz unabhängig vom katholischen Glauben, immer weiter auseinanderbrechen.« Das sagte der Kirchenmann, bevor der Neue Markt kollabierte und enormes Aktienvermögen zerstörte, bevor 2008 die Finanzkrise die Vermögen von Millionen Anlegern pulverisierte, die Agenda 2010 Millionen in prekäre Arbeitsverhältnisse abdrängte, die Einkommensungleichheit weiter eskalierte und die Massenmigration ab 2015 die Spaltung in Deutschland verschärfte. Dyba damals weiter: »Wir sind im freien Fall und überlegen: Wie schaffen wir es, daß das Ganze trotzdem funktioniert? Es gibt nur zwei Möglichkeiten, wenn die Entwicklung so weitergeht: Entweder unsere Gesellschaft verfällt in eine politische Barbarei, oder aber sie erkennt, daß sie zu ihrem gemeinsamen Fundament, zum Christentum, zurückkehren muss. Die dritte Möglichkeit ist, daß der Islam uns überrennt.« Ganz nebenbei wies der Erzbischof in dem Klartext-Interview auch darauf hin, dass die Kirchenaustritte immer dann stark zunehmen, wenn die Anpassung der Kirche an den Zeitgeist besonders ausgeprägt ist. Welch eine Weitsicht der Mann doch vor mehr als 20 Jahren bewies.

Die Anpassung der Kirche an den Zeitgeist können wir heute nicht nur in den Weihnachtsgottesdiensten beobachten, wenn wir zuverlässig und penetrant auf der Basis kollektiver Schuldvermutung daran erinnert werden, dass wir Fremde willkommen heißen und sie integrieren sollen. Ich habe aus der Weihnachtsmesse 2017 noch die Mahnung von der Kanzel im Ohr, »wir sollten niemanden ausgrenzen« und »Frohe Weihnachten zu sagen, kann auch provozierend sein«. Das lassen in Deutschland mit wachsendem Widerwillen viele Menschen über sich ergehen, die ab dem Herbst 2015 geholfen haben, die Aufnahme von Kriegsflüchtlingen und Wirtschaftsmigranten so gut wie möglich zu unterstützen, die aber oft den Eindruck haben, dass die unkontrollierte Einwanderung ab 2015 das ganze Land überfordert. Das linke Politisieren in den Gottesdiensten trägt seinen Teil dazu bei, dass die Kirchen immer

leerer werden. Die »ständige moralische Inquisition« geißelte Ende 2017 auch der Chefredakteur der *Welt*, Ulf Poschardt, in einem Tweet, als er nach der jüngsten Kanzel-Botschaft an Heiligabend heimkehrte und sich laut vernehmlich fragte: »Wer soll eigentlich noch freiwillig in eine Christmette gehen, wenn er am Ende der Predigt denkt, er hat einen Abend bei den Jusos bzw. der Grünen Jugend verbracht?«[195] Die ständigen Belehrungen der Kirche gegenüber den Gläubigen zur Tagespolitik waren im Dezember 2017 selbst der rheinland-pfälzischen CDU-Landesvorsitzenden Julia Klöckner zu viel: »Es kommt vor, dass aus manchen Kirchenkreisen mehr zum Thema Windenergie und Grüne Gentechnik zu hören ist als über verfolgte Christen, über die Glaubensbotschaft oder gegen aktive Sterbehilfe.«[196] Die beiden großen Kirchen in Deutschland haben sich in der Migrationskrise als willige Helfer der Regierung Merkel erwiesen. Pegida-Demonstranten wurde am Kölner Dom das Licht ausgeknipst, gegen den AfD-Parteitag in Köln wurde mit der Aktion »Unser Kreuz hat keine Haken« demonstriert. Alexander Kissler nahm im *Cicero* die Widersprüchlichkeit und Verlogenheit solcher Aktionen aufs Korn: »Ausgrenzen will man, um ›gegen Ausgrenzung‹ ein Zeichen zu setzen. Menschen will man ablehnen, um für ›alle Menschen‹ ein Zeichen zu setzen. Gegeneinander will man aufmarschieren, um ›für Solidarität und Miteinander‹ ein Zeichen zu setzen. Weil es ›egal‹ ist, ›wo Menschen herkommen‹, will man Menschen, die etwa aus Köln-Porz zum Parteitag herkommen, die rote Karte zeigen. Farbe und Vielfalt will man reduzieren, um ›bunt, vielfältig‹ zu bleiben. Kurz: Intolerant will man werden, um für Toleranz ein ›zahlenmäßig breites Zeichen‹ zu setzen.«[197]

Bürger begehren auf

Die AfD

In den Tagen vor der Bundestagswahl 2017 warnten die Mainstream-Medien die Wähler: »Wer zu Hause bleibt, hilft der AfD.« Was dann passierte, war das genaue Gegenteil. Die Wahlbeteiligung stieg deutlich an, die AfD zog mit 12,6 Prozent der Zweitstimmen erstmals in den Deutschen Bundestag ein. Etwa 1,2 Millionen Wahlberechtigte, die zuvor Nichtwähler waren, gingen an die Wahlurnen und wählten die AfD. Es waren Wähler, die sich vom Parteienkartell in Berlin nicht mehr repräsentiert sehen, die sich vernachlässigt fühlen und jetzt in der AfD entweder

wirklich eine Alternative erblicken oder zumindest die Chance, ihren Protest sichtbar zum Ausdruck zu bringen. Doch nicht nur Wähler, die zuvor ihren Protest mit Wahlenthaltung ausgedrückt hatten, verhalfen der AfD zum Einzug in den Bundestag. Mehr als 1 Million Stimmen kamen von ehemaligen Wählern der Union. Knapp eine halbe Million SPD-Wähler liefen zur AfD über. Selbst von den Linken zog die AfD 400 000 Stimmen ab. Und in Problem-Stadtteilen mit hohem Migrantenanteil wie Duisburg-Marxloh bekam die AfD ebenfalls auffallend viele Stimmen. Diese stammen zu einem guten Teil von Migranten der ersten Generation, die mit der unkontrollierten Einwanderung ab 2015 nicht zufrieden sind.

»Die AfD hat die Sorgen der Bürger bedient«, lästerten »Experten« in den Zeitungen nach der Wahl. Und damit hatten sie recht. Die AfD hat ein Vakuum gefüllt, das durch eine große Repräsentationslücke im Land erzeugt wurde. Diese Lücke gibt es seit vielen Jahren. Doch das Anwachsen sozialer Spannungen, die gravierenden Folgen der Finanzkrise, die EU-Schuldenkrise sowie der Linksruck der CDU und die Massenmigration ab 2015 trieben das Gespenst von Franz Josef Strauß aus der Flasche: eine Partei rechts der CSU. Die AfD ist Ventil, Feuermelder und Stachel im Fleisch des Kartells, das sich bisher ungestört an den Töpfen der Macht bedienen durfte und trotz eklatanter Fehler und der ständigen Missachtung des Wählerwillens nichts zu befürchten hatte. Denn für unzufriedene Bürger und Wähler gab es keine Bühne, auf der sie ihren Protest artikulieren konnten, in den Medien schon gar nicht. Die Politik in Berlin hat den Blick für die Menschen im Land verloren. Und die zahlen es ihr nun heim. Nicht einmal jetzt, wo der Aufstieg der AfD das politische Deutschland in Aufruhr versetzt, gibt es eine deutliche Kursänderung. Das ist die eigentliche Bestätigung für die neue Partei, die auf Anhieb die drittgrößte im Bundestag geworden ist und gleichzeitig größte Opposition.

Die politische und mediale Elite reagiert wie erwartet. Sie drischt auf diesen Eindringling nach Kräften ein: »Rechtspopulisten«, »Rechtsextreme« und »Nazis« werden sie genannt. Und während das »gute« und politisch korrekte Deutschland vollauf damit beschäftigt ist, die Nazikeule mit einer Mischung aus gespielter Empörung und echtem Entsetzen zu schwingen, geht die Spurensuche nach dem Phänomen AfD fast unter. Das allerdings ist pure Vermeidung. Denn ehrliche Antworten würden die Versäumnisse der etablierten Parteien offenbaren und eine brisante Wahrheit zutage fördern: Durch das Ventil AfD findet ein Aufstand von Wählern statt, die bisher im Stillen protestiert haben, durch Fernbleiben von den Wahlen. Solange sich dieser Protest geräuschlos und ohne den Verlust von Parlamentssitzen für die Altparteien entlud, war er keine Bedrohung. Doch jetzt ist die AfD »eben da«. Sie wird von den wortführenden Medien als die größte Gefahr für unser Land dargestellt. Die größte Gefahr ist jedoch jene Politik, die die AfD in den Bundestag gespült hat. – Wie sagt Angela Merkel gerne? Man muss die Ursachen bekämpfen. Die Ursache ist in diesem Fall die verheerende Politik einer Kaste, die selbst jetzt nichts Besseres zu tun hat, als die Symptome ihres eigenen Versagens zu verteufeln, während sie überhaupt nicht daran denken will, eine andere Politik zu machen. Das zeigt aber nur, dass auch die AfD nicht ausreicht, um in Berlin und in den Bundesländern eine Wende einzuleiten, die diesen Namen verdient.

Unmut und Enttäuschung vieler Christen nähren sich jedoch nicht nur aus der Politisierung der Kirchen und der Vernachlässigung ihrer Kernbotschaft. Sie speisen sich auch aus den vielen Missbrauchsfällen, die seit Jahren ans Licht kommen, sowie aus diversen Skandalen[198] wie dem Prunkbau des ehemaligen Bischofs von Limburg, Franz-Peter Tebartz-van Elst, der sich für über 30 Millionen Euro eine neue Residenz baute, von Rom keinen Schadensersatz aufgebrummt bekam und nach dem Skandal im Päpstlichen Rat für die Evangelisierung arbeiten durfte.[199] Für viel Unmut sorgt unter deutschen Christen auch, dass die beiden Amtskirchen mit ihren riesigen Wohlfahrtsorganisationen zu den größten Profiteuren der Migration gehören und ihr Beifall für die Willkommenskultur dadurch einen schalen Beigeschmack bekam. Einen wirklich wunden Punkt trafen jedoch der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, Kardinal Reinhard Marx, und der Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirche in Deutschland, Heinrich Bedford-Strohm, als die beiden bei einem Besuch des Felsendoms »aus Respekt vor den Gastgebern« ihr Kreuz abnahmen. Dass sie ohne Not das Symbol ihres Glaubens ablegten, hat ein äußerst merkwürdiges Verständnis von Toleranz und eine fragwürdige Festigkeit gegenüber ihrem eigenen Glauben offenbart. Kein Wunder also, dass uns die Medien seit Jahren von anhaltenden Kirchenaustritten in Deutschland berichten. Die Austritte hatten bereits nach der Einführung der Kirchensteuer auf Kapitalerträge ab 2014 drastisch zugenommen. 2016 traten mehr als 350 000 Christen aus der katholischen oder evangelischen Kirche aus.

Keine Wende in Sicht, auch nach Merkel nicht

Wer in den 6 Monaten nach der Bundestagswahl 2017 flüchtig Zeitungen las, konnte zu dem voreiligen Schluss gelangen, dass die Realität die Oberhand gewinnt und die Kritik an Merkel deutlich zunimmt. Während sich Sondierungen und Koalitionsgespräche ein halbes Jahr lang hinzogen, wurden vermehrt Fragen gestellt, die vorher tabu waren. Vom »großen Flüchtlingsirrtum« war in der FAZ zu lesen. Das Blatt beklagte, das Arbeitsmarktwunder für Flüchtlinge sei ausgeblieben, der Staat habe die Übersicht verloren. »Die Kanzlerin hat gewaltige Fehler gemacht«, hieß es in der *Zeit*. In einer *Spiegel*-Kolumne war sogar von der »falschen

Kanzlerin« die Rede. Bis in die Regionalblätter hinein wurde mit dem System und der Politik von Angela Merkel abgerechnet, zum Beispiel in den *Stuttgarter Nachrichten* am 4. Januar 2018 über die »gescheiterte Flüchtlingspolitik« der Kanzlerin: »Fast zweieinhalb Jahre später muss man sagen: Merkels Flüchtlingspolitik ist gescheitert. Sie hat die deutsche Bevölkerung ebenso gespalten wie Europa – und zudem ein erhebliches Maß an Armut und Kriminalität nach Deutschland gebracht.«[200] Innerhalb weniger Wochen schlugen gleich drei schwere publizistische Granaten im Kanzleramt ein. Die erste wurde durch einen Gastkommentar von Wolfgang Streeck in der FAZ geschleudert.[201] Der Direktor emeritus am Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung in Köln rechnete knallhart mit der Ära Merkel ab, sie stehe für »den sinnentleerten Machterhalt einer Monarchin«. Streeck sieht »die deutsche Politik und ihre Öffentlichkeit aus ihrer postdemokratischen Narkose« allmählich erwachen. Doch sein Befund zu Merkels Demokratieverständnis ist vernichtend. Eine Politik als »Bewegung von unten nach oben« sei Merkel fremd geblieben: »Abgeordnete war Merkel immer nur nebenbei, nie Bürgermeisterin oder Ministerpräsidentin; dem unangenehm heißen Atem eines physisch präsenten, nach Vertretung verlangenden ›Volkes‹ – ein Begriff, der in der Ära Merkel in den Geruch des Rechtsradikalismus geriet – war sie nie ausgesetzt.« Der zweite publizistische Granateneinschlag im Kanzleramt kam vom Vorstandschef von Axel Springer, Mathias Döpfner. Das skandalöse Urteil am Landgericht Frankfurt, wonach es für Kuwait Airways »nicht zumutbar« sei, einen Israeli von Frankfurt nach Bangkok zu transportieren, bewog den Springer-Chef vor dem Hintergrund des zugrunde liegenden Antisemitismus, vom »Beginn der Unterwerfung« zu sprechen.[202] Dass die Springer-Blätter die Willkommenskultur kräftig mit angeheizt hatten, sei einmal dahingestellt. Aber hier platzte dem bekanntesten Verlagschef des Landes gewaltig, wenn auch viel zu spät, der Kragen. Der dritte Einschlag kam von *Welt*-Herausgeber Stefan Aust, der zusammen mit Helmar Büchel im Januar 2018 den viel beachteten Beitrag »Ausgeblendete Realitäten« schrieb und darin die Missachtung des Asylrechts ebenso kritisierte wie die de facto weiterhin offenen Grenzen. Austs Beobachtungen gipfelten in der Feststellung: »Das Problem steht wie ein Elefant im politischen Raum und wird dennoch am liebsten verdrängt oder beschönigt. Aus Angst, dass der Elefant durch bloße Erwähnung weiterwächst.«[203]

Merkel selbst schlug auf einmal neue Töne an. »Dinge, die nicht gut gelaufen sind, besser zu machen«, versprach sie zum ersten Jahrestag des Anschlags von Berlin. Auf einmal räumte sie auch Verantwortung für etwas ein, was lange Zeit als rechtspopulistische Kritik galt, die Polarisierung im Land. Doch berechtigt all das schon zur Hoffnung, dass sich etwas grundlegend ändern wird? Wohl kaum. Merkel wurde bei der Bundestagswahl stärker abgestraft als jeder andere CDU-Kanzler. Sie ist die große Verliererin der Wahl und regiert trotzdem weiter. Stur beharrt sie darauf, der Islam gehöre zu Deutschland. Die wachsende Abneigung einer Mehrheit der Deutschen gegen eine Vertiefung der EU ignoriert sie. Im Gegenteil, noch mehr deutsche Steuereinnahmen für Brüssel und eine noch größere Rolle für den ungeliebten Zentralstaat stehen ganz oben auf ihrer Tagesordnung der vierten Amtszeit. Über die Zuwanderung und die Innere Sicherheit, für das Wahlvolk die beiden zentralen Themen, will sie immer noch nicht sprechen. Zu der eskalierenden Gewalt gegen Frauen und an deutschen Schulen hat sie nicht klar genug Stellung bezogen und keine Maßnahmen angekündigt. Unweit von ihrem Büro in Berlin können Linksextremisten eine angemeldete und genehmigte Demonstration blockieren, ohne dass sie sich zu diesem Skandal wenigstens äußert. Mehr noch: Das Netzwerkdurchsetzungsgesetz, der bislang schwerste Schlag gegen die Meinungsfreiheit in Deutschland, bleibt bestehen. Doch selbst wenn Merkel auch in diesen zentralen Punkten ihrer Politik eine Kehrtwende vollziehen oder vor 2021 durch ein Misstrauensvotum abgesetzt würde, wäre es zu spät dafür. Der Schaden ist angerichtet. Es wird Jahrzehnte dauern, die Folgen ihrer verheerenden Politik zu mildern und zu beseitigen. Und nicht nur das. Es zeichnet sich ab, dass alles noch schlimmer wird, bevor Besserung naht. In dieser Phase werden die Deutschen ihre Geduld verlieren, denn die gesellschaftlichen Fliehkräfte in Deutschland nehmen weiter zu. Eine Zerreißprobe an gleich mehreren Fronten steht dem Land in den kommenden Jahren bevor. Die soziale Spaltung wird sich vertiefen, die politische Polarisierung auf einen neuen Höhepunkt zutreiben.

Die größten Fliehkräfte, die in den kommenden Jahren unsere Gesellschaft auseinanderzureißen drohen, zeichnen sich klar ab. Die Migration wird Verdrängungskonflikte verschärfen, während sie die Innere Sicherheit auf eine Dauerprobe stellt. Bis zu zwei Drittel der Einwohner Afrikas wollen auswandern.[204] Hinzu kommt die Vergreisung unserer Gesellschaft, verbunden mit den dürftigen Karriereaussichten für junge

Menschen. Junge Menschen, die in diesem und im nächsten Jahrzehnt ihre Ausbildung abschließen und ins Berufsleben eintreten, stoßen auf die größten Hürden seit Generationen: Sie sehen sich mit schlechten Job-Aussichten und miesen Arbeitsbedingungen konfrontiert, mit exzessiven Steuern und Abgaben, hoch verschuldeten Staaten, schlimmen Umweltbelastungen, dem rasanten Ausbau des Überwachungsstaates, geostrategischen Umwälzungen und einer erhöhten Kriegsgefahr. Das alles haben sie einer älteren Generation zu verdanken, die immer länger arbeitet (weil sie muss) und damit das berufliche Nachrücken blockiert. Diese ältere Generation lebt länger als jede andere vor ihr, und sie hat für die Kosten des hohen Alters nicht vorgesorgt. Hier steht ein gewaltiger Generationenkonflikt bevor, dessen Anfänge bis in die Parteien bereits zu sehen sind. Die zunehmende Automatisierung wird viele Erwerbsfähige überdies in die Arbeitslosigkeit verdammen. Es ist kein Zufall, dass die SPD das »solidarische Grundeinkommen« mit staatlich finanzierten Arbeitsplätzen ins Spiel gebracht hat. Die Idee dürfte auch in der Union Zulauf erhalten. Die Neoliberalen wollen damit prekär beschäftigte und arbeitslose Menschen ruhigstellen und billige Arbeitskräfte in die staatliche Sphäre einschleusen. Damit soll Geld gespart werden, das anderswo mit vollen Händen ausgegeben wird. Die Mitte der Einkommenspyramide wird wegen der wachsenden Ausgaben des Staates zusätzlich mit Steuern und Abgaben belastet, sie wird stark dezimiert und die davon betroffene Bevölkerung schließlich rebellieren. Die nächste Finanzkrise mit einem schweren wirtschaftlichen Rückschlag zeichnet sich zudem bereits ab, während die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich berichtet, dass sich Tausende von Firmen nur dank der Minizinsen der Notenbanken über Wasser halten. Hier geht es um ein Zehntel der Wirtschaftsleistung, die wegbrechen kann, wenn die Zinsen wieder steigen. Bleiben die Zinsen so niedrig wie sie sind, nimmt der Anteil dieser Zombie-Firmen gefährlich zu. Steigen die Zinsen weiter an, verschlingen uns die öffentlichen und privaten Schulden.

Die Auseinandersetzung zwischen linker Multikulti-Utopie und den vielen Menschen, die eine starke Verschiebung ihres kulturellen Koordinatensystems nicht wollen, wird schärfer werden, weil die Kosten und die erheblichen Nebenwirkungen der Migrationspolitik noch deutlicher zutage treten. Die Spaltung in unversöhnlich miteinan-der ringende Meinungsmilieus sehen wir bereits. Sie wird aber noch übertroffen werden durch das, was der französische Philosoph Jean-

François Lyotard vor 3 Jahrzehnten prognostiziert hat: die unüberwindbaren Differenzen verschiedener Lebensformen.

Die abdankende Weltmacht USA wird eine aggressivere Außenpolitik betreiben, die Konfrontation mit Russland und China fortsetzen und in Deutschland eine emotionale Debatte über die geostrategische Ausrichtung unseres Landes auslösen. Die Transatlantiker werden vehement versuchen, die Bindung an die USA zu verteidigen. Die NATO wird aus diesem Grund unter Führung der USA versuchen, Deutschland tiefer in ihre Konflikte hineinzuziehen. Die EU zeigt immer mehr Zerfallserscheinungen, ihr Kollaps ist nur mit immer mehr Geld deutscher Sparer aufzuhalten. Der Widerstand dagegen wird heftig werden. Das Internet gräbt den Traditionsmedien unterdessen zunehmend das Wasser ab, der bisherige Deutungsadel wird nicht kampflos zurückweichen. Der Erziehungs- und Belehrungsjournalismus wird neue traurige Höhepunkte erreichen. Die Verödung ländlicher Gebiete schreitet ebenfalls voran, was ein Aufbegehren für mehr Förderung – für die kein Geld vorhanden ist – nach sich ziehen wird. Jeder die-ser Trends hat das Zeug zu einem politischen und gesellschaftlichen Flächenbrand.

2 | Unser Land wird an die Wand gefahren

Abrissbirne – Der linke Mainstream und seine gefährlichen Komplizen

»Ich bin ein Mensch des Gleichgewichts. Wenn das Boot nach links zu kentern droht, lehne ich mich automatisch nach rechts. Und umgekehrt.«

Thomas Mann

Wir leben in einem Land mit absurd verschobenen politischen Koordinaten. Die CDU hat sich von einer konservativen Volkspartei in eine konturlose rot-grüne Koma-Organisation links der Mitte verwandelt. Ihre Vorsitzende Angela Merkel hat der SPD 2018 mit leichter Hand sechs Ministerien inklusive Finanzministerium übergeben, um erneut Kanzlerin zu werden. Das tat Merkel, nachdem sie in den gescheiterten Jamaika-Sondierungen keinen Schritt auf die FDP zugegangen war. Wie weit muss eine ehemals konservative Partei nach links gerückt sein, damit das passieren kann? Sehr weit, sagt selbst die CDU-nahe Konrad-Adenauer-Stiftung. Laut einer Studie der Stiftung sehen sich die Mitglieder der CDU inzwischen von ihrer eigenen Partei links überholt. Die CDU ist auf ihrem Stimmenfang in der sogenannten »Mitte« des politischen Spektrums so weit nach links gerückt, dass sogar die linke *taz* fordert, »Merkel muss bleiben«.[205] Der Marsch nach links war so stramm, dass der grüne Tübinger Oberbürgermeister Boris Palmer aus den Reihen der Union als rechter Populist beschimpft wird,[206] wenn er die Migrationspolitik von Merkel kritisiert und sagt: »… wir müssen die unkontrollierte Einwanderung beenden«. Wie radikal das Koordinatensystem verschoben und die politische Statik aufgelöst wurde, wird auch deutlich, wenn in Berlin Schläger der Antifa eine »Merkel-muss-weg«-Demonstration auf dem Weg zum Kanzleramt blockieren. Der linksextreme Mob agiert nun

als Palastgarde, die eine CDU-Kanzlerin schützt. Und aus der CDU erntet der stellvertretende Vorsitzende Armin Laschet kaum Widerspruch, wenn er Merkel-Kritiker in den eigenen Reihen belehrt, der Markenkern der Partei sei »eben nicht das Konservative«.[207]

Willkommen in der neuen Bundesrepublik, wo die Parteienlandschaft nicht mehr wiederzuerkennen ist. Rechts der Mitte gibt es nur noch die CSU und die AfD, links daneben ein Parteienkartell, das sich von den Nachfahren der SED über die Grünen und die SPD bis hin zur CDU erstreckt. Angela Merkel, in mehreren Kernpositionen eine grüne Kanzlerin, die von Joschka Fischer als »ein Glück für das Land« bezeichnet wird,[208] hat ihre Partei so weit nach links verschoben, dass selbst die Mehrheit der deutschen Wähler sie inzwischen links von der Mitte verortet.[209] Das parteiübergreifende linke Milieu hat die Institutionen eisern unter Kontrolle und zementiert mithilfe der Medien, des Justizapparates, des Kultur- und Bildungsbetriebs sowie der Kirchen eine schwer angreifbare Meinungs- und Machtdominanz.

Angefangen hat alles vor etwa vor 50 Jahren mit Studentenprotesten und der APO. Die 68er sind geduldig durch die Institutionen marschiert. Auf dem Weg dorthin haben sie mehrmals eine Frischzellenkur bekommen. Ostlinke und ehemalige Stasi-Leute sind in den 90er-Jahren in den Bundestag eingesickert, wo der Liedermacher Wolf Biermann sie in einem spektakulären Auftritt 2014 als »Drachenbrut« attackierte.[210] Inzwischen haben sie Schaltstellen bis in die Talkshows des Fernsehens eingenommen oder kämpfen wie die Amadeu Antonio Stiftung im Auftrag der Bundesregierung – finanziert mit Steuermitteln – fleißig »gegen rechts«. Die politische Linke in Deutschland hat durch den Linksruck von Angela Merkel die vierte Lebensverlängerung seit der 68er-Protestbewegung erfahren. Jedes Mal ist sie dabei stärker geworden.

Studentenprotesten und Außerparlamentarischer Opposition folgten in den 70er- und 80er-Jahren zunächst Bewegungen gegen die Atomkraft, für die Umwelt, gegen die Startbahn West in Frankfurt und gegen den NATO-Doppelbeschluss. In den Kämpfen dieser beiden Jahrzehnte wurde eine Mentalität geformt, die heute das linke Spektrum dominiert: Radikalisierung statt Ausgleich, absolute Wahrheiten statt Differenzierung, ein ausgeprägtes Sendungsbewusstsein statt Kompromissbereitschaft sowie überhebliche Moral gegen die verteufelten Meinungen anderer. Viele Linke etikettieren sich gerne als tolerante Linksliberale, sind aber in Wirklichkeit von Selbsthass erfüllte Kulturmarxisten mit einer

stalinistischen Mentalität. Die Proteste der 70er- und 80er-Jahre erzeugten Rückenwind für diese diffuse Bewegung, die schließlich in die Gründung der Grünen Partei mündete und Anfang der 90er-Jahre noch einen erneuten Schub durch die deutsche Wiedervereinigung erfuhr. Ein weiterer Schub kam auch mit der Finanzkrise 2008, als die völlig enthemmte Finanzindustrie implodierte, die größte Rezession seit 80 Jahren nach sich zog und die Banken mithilfe der korrumpierten Politik ein riesiges Milliardenproblem auf die Steuerzahler abluden. Mit dieser spektakulären Bauchlandung lebte linke Gesellschaftskritik wieder auf, was den sichtlich entgeisterten Frank Schirrmacher im August 2011 so aus der Fassung brachte, dass er schrieb, er »beginne zu glauben, dass die Linke recht hat«.[211] Sie hatte in diesem Punkt nicht nur recht, sie verwandelte sich dank Angela Merkels strammem Marsch nach links auch noch in den politischen Mainstream, der seit dem vergangenen Jahrzehnt neben der Kultur und den Medien auch die Politik unseres Landes dominiert.

Links sein ist so etwas wie ein politisches Gütesiegel geworden. Wer links ist, gehört zum moralisch erhöhten, weltoffenen Klub der toleranten Welterneuerer. Er fährt mit im Flottenverband der Guten im Kampf gegen »Ewiggestrige«, »Rechtspopulisten«, »Dunkeldeutsche« und »Modernisierungsverlierer«. Links sein bedeutet, ein Ticket gelöst zu haben für die Bewegung der Erleuchteten, die gerade das größte Experiment in der Geschichte unseres Landes veranstalten: den Umbau einer lange Zeit ziemlich homogenen in eine multi-ethnische, »bunte« Gesellschaft, dazu die Auflösung bestehender Traditionen und Bindungen, die Errichtung eines europäischen Zentralstaates und ein Kulturkampf, der eine globale Gesellschaft der Gleichen und Gleichgesinnten ohne Grenzen anstrebt. Eine sich selbst als »kosmopolitisch« wahrnehmende Klasse versucht hier, ein kulturmarxistisches Modell durchzusetzen. Dafür muss alles beseitigt werden, was diesem Ziel entgegensteht: Nationalstaaten und ihre Grenzen, Familien, traditionelle Institutionen und lästige Konventionen. Hier schließt sich der Kreis zu den 68ern wieder. Deshalb werden kollektive Einrichtungen und demokratische Institutionen von der Familie (»Brutstätte der Repression«) bis hin zum Parlament geschliffen und vom Leistungsprinzip über das private Eigentum bis hin zur traditionellen Ehe so ziemlich alles relativiert oder unterminiert, was vereint, Zusammenhalt stiftet, Harmonie herstellt und bisher unseren Wohlstand zu sichern geholfen hat. Als aufmerksamer Zeitungsleser hat

man fast täglich das Gefühl, unser gesamtes Koordinatensystem soll aufgelöst werden.

Wie mit einer Dampfwalze wird alles plattgefahren oder zumindest attackiert, was der Gesellschaft innere Kraft, Sicherheit und Halt verleiht. Das reicht bis hin zum verhassten Katholizismus, der mit seiner »repressiven Moral«, seinen gesellschaftlichen Prioritäten wie Ehe und Familie sowie der Ablehnung der Homosexualität dem linken Projekt im Wege steht. Um diese »Hürde« aus dem Weg zu räumen und das Volk schleichend zu entchristianisieren, wird sogar der Islam hofiert und selbst der politische Islam willkommen geheißen. Das ist der Grund, warum die Linke auch islamistischen Terrorismus billigend in Kauf nimmt und muslimische Straftäter nicht abschieben will. Aus der SPD kam im Mai 2018 der Vorstoß, den Familiennachzug für »geläuterte« Gefährder zu erlauben.[212] Man muss sich das einmal in Ruhe durch den Kopf gehen lassen: Ein Land, das selbst den kleinsten Strafzettel rabiat durchsetzt und GEZ-Verweigerer ins Gefängnis wirft, will Familien von Menschen ins Land holen, die vielleicht nur zum Schein von ihren gefährlichen Plänen Abstand genommen haben, um die Familie nachzuholen. Gefährder sind potenzielle Straftäter, von denen die Polizei annimmt, dass sie »Straftaten von erheblicher Bedeutung begehen werden«[213], zum Beispiel Terroranschläge wie Anis Amri. Gibt es ein stärkeres Signal, das eine Regierung oder Partei dem Wahlvolk senden kann, um zu zeigen, Eure Sicherheit ist uns nicht sonderlich wichtig? Ein Unternehmen, das seine Zielgruppe so vor das Schienbein tritt, wäre längst pleite. Bei der SPD legen die Umfragewerte und die jüngsten Wahlergebnisse so eine Entwicklung allerdings auch nahe.

Die offenen Grenzen und das Anbiedern der Linken an den Islam sind der Grund, warum mehr als 70 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs der Antisemitismus wieder fest zu Deutschland gehört, ein weiteres Vermächtnis der Kanzlerschaft von Angela Merkel. Die Anbiederung an den Islam wird auch medial deutlich, wenn die *Zeit* sich mit der Frage beschäftigt, ob muslimischer Antisemitismus »gerechtfertigter sein kann als der von christlich sozialisierten Europäern«.[214] Hier wurde im deutschen Journalismus ein neues Tief markiert. Vor allem der Nationalstaat wird bekämpft. Ohne ihn gibt es kein Gemeinwesen, ohne Gemeinwesen keinen kollektiven Willen. Viel wichtiger noch, wie Thierry Baudet in seinem Buch *Der Angriff auf den*

Nationalstaat gezeigt hat: Ohne Nationalstaat gibt es auch keinen Rechtsstaat.

Die wichtigste Stoßrichtung im Inneren ist bei diesem linken Großexperiment die Kerneinheit der Gesellschaft, die traditionelle Familie. Ihr wird bevorzugt der Garaus gemacht. Das zeigt sich an der Ehe für alle und dem Erfinden immer neuer »Geschlechter«. Es zeigt sich aber auch, wenn im linken Deutschland Jugendämter aus fadenscheinigen Gründen den Eltern immer häufiger Kinder entziehen und in staatliche Obhut nehmen. Das ist nur möglich dank einer linken Elite, die bis hin zur Kanzlerin zu einem guten Teil kinderlos ist. In diesen Zusammenhang passt die ständig wiederholte Forderung, Kinderrechte ins Grundgesetz aufzunehmen. Es geht um die Entrechtung und Entmündigung der Eltern. Wie hatte Olaf Scholz schon 2002, damals noch SPD-Generalsekretär, angekündigt: »Wir wollen die Lufthoheit über den Kinderbetten erobern.«[215] Als Vizekanzler kann er dieser Forderung jetzt noch mehr Nachdruck verleihen. Die Kita-Pläne der GroKo weisen in diese Richtung. Linke Sozialingenieure sind auf dem besten Weg, unsere Kitas in Prägeanstalten für den genderneutralen neuen Menschen zu verwandeln.

Die Grünen sind bei dieser Entwicklung auch ohne Regierungsbeteiligung im Bund eine treibende Kraft. Sie können nicht nur auf die grün angestrichene Angela Merkel im Kanzleramt setzen, sie hatten jahrzehntelang auch Zeit, wichtige Schaltstellen zu vereinnahmen. Und sie können politisch weit oberhalb ihrer Gewichtsklasse boxen, weil linksgrün durchsetzte Medien ihnen äußerst wohlgesonnen sind. Die Grünen, 1980 gegründet und 1983 erstmals in den Bundestag eingezogen, waren Mitte der 80er-Jahre deutlich radikaler, als es die AfD heute ist. Laut Verfassungsschutz hatten 1985 ein Drittel der Bundestagsabgeordneten, über die Hälfte der Europaparlamentarier und die Hälfte des Bundesvorstands eine linksextremistische Vergangenheit. 1998 wurden die Grünen Regierungspartei. Sie schlossen sich dem Establishment an, das sie bis dahin bekämpft hatten. Der Protest wurde Bürgertum, ein Teil des Machtapparates. So kommt es, dass für die 68er-Ikone Rainer Langhans Joschka Fischer ein »dicker Spießer« ist. Inzwischen werden die Fleischtöpfe von den einstigen Systemgegnern vehement verteidigt, politische Karrieren und Macht, wo immer es geht, gesichert. Die Grünen wurden zuerst korrekt, dann zu einer Bionade-Bourgeoisie, schließlich die Mitarchitekten und Blockwarte einer multikulturellen Ordnung, die Denk- und Sprechverbote verfügt, das NetzDG auf den Weg bringt und sich,

wenn sie es für nötig hält, einer außerparlamentarischen, linksextremistischen Schlägertruppe bedient, oder diese gewähren lässt, wenn es die Deutungshoheit und die Macht verteidigen hilft.

»Die Generation Grün hat die Macht im Land«, titelte im Oktober 2016 die *Zeit*.[216] Einen Monat zuvor hatte ihr Chefredakteur Giovanni di Lorenzo bereits über »Die Allmacht der Grünen«[217] sinniert. Als die *Süddeutsche Zeitung* im Sommer 2017 den »Marsch durch die Institutionen« bilanzierte, kam sie zu dem Schluss, die Revoluzzer von einst seien jetzt »Bewahrer geworden«. Diese Bewahrer predigen die offene Gesellschaft mit einer Vielfalt an sexuellen Orientierungen, Geschlechtern, Lebensstilen und Glaubensweisen. Eine spezifisch deutsche Kultur können sie jenseits der Sprache angeblich nicht erkennen. Und wenn sie ihre Macht bedroht sehen, zum Beispiel durch das Internet, wo soziale Medien das altbewährte Nachrichtenuniversum aufgebrochen haben, können sie sehr intolerant werden. Immer mehr Menschen in Deutschland fühlen sich von dieser linken Kaste nicht mehr repräsentiert. Das gefährdet zunehmend die Demokratie.

Wie die linke politische Kaste in Deutschland tickt, hat bisher niemand besser aufgeschrieben als Johannes Eisleben im Februar 2018[218] auf der *Achse des Guten.* Eisleben beschreibt eine »antirationale« und »gesinnungsorientierte« Führungselite, die eine »humanitaristische, pseudoliberale Ideologie« mit einem subjektivistischen Gleichheitsideal errichtet. Auf Deutsch: Unter moralischen Vorzeichen wird eine sozialistische Gesellschaft erschaffen, in der alle gleich sind, Liberalität und Toleranz nur Gleichgesinnten gegenüber existieren und die Wissenschaft zugunsten einer utopischen und moralisch legitimierten Weltsicht ausgemustert wird. Diese Elite beweist in der Diskussion um den Klimawandel und die Energiewende, dass sie die Physik ignoriert, ebenso wie sie mit der Gendertheorie die Biologie vom Tisch wischt. Das aber mit großem Erfolg: In Deutschland gibt es 120 Lehrstühle für Alte Sprachen, aber 220 für Genderforschung.[219] Unter diesem Schirm macht sich laut Eisleben eine kleingeistig-neopuritanische Hypermoral breit. Das ist jenes Moralregiment, mit dem sich die linke Kaste über die Gesetze stellt und Kritik als Hassrede abstempelt: »Da die Institutionen des nationalen demokratischen Rechtsstaats diese Herrschaftsausübung behindern, werden sie […] auf perfide Weise im Namen einer ideologisch überhöhten Moral geschliffen«, schreibt Eisleben. Ich habe selten eine Analyse gelesen, deren Autor so tief in die Gehirne einer Ideologie eingedrungen ist

und so gut verstanden hat, wie dort gedacht wird. Der Umbau unseres Landes wird von den Mitgliedern dieser linken Kaste zum alternativlosen Unterfangen erklärt. Damit ist sichergestellt: Wer Kritik übt und die diktierte Politik nicht anerkennt, ist böse, reaktionär, naiv oder krank. Das ist der Grund, warum die Linke die Massen, die sie einst verehrte, heute als dumpfen Mob und Pöbel verachtet.

Wer sich dem linken Diktat nicht unterordnet, gilt als »rechts« und wird nötigenfalls medial diskreditiert, durch Charaktermord bestraft oder durch die Zerstörung seiner wirtschaftlichen Existenz entsorgt. Um ihrer Utopie näherzukommen, nimmt die linke Kaste große Widersprüche, den Zorn der Wähler und extreme soziale Spannungen in Kauf. Selbst über so eklatante Widersprüche und Ungeheuerlichkeiten wie den ins Land strömenden Antisemitismus und die grassierende Frauenverachtung wird locker hinweggesehen, wenn es dem großen Ziel dient. Nur so ist es zu erklären, dass Rapper wie Kollegah und Farid Bang 2018 trotz antisemitischer Texte mit der höchsten deutschen Musikauszeichnung, dem (inzwischen abgeschafften) »Echo«, geehrt wurden[220] – und das am Holocaust-Gedenktag! Den Irrwitz dieser beschämenden Ehrung brachte die Deutsche Polizeigewerkschaft Hamburg in einem Tweet auf den Punkt: »Lehrer versuchen gerade vor allem ihren arabischstämmigen Schülern den #Antisemitismus auszutreiben. Deren Vorbilder aber gewinnen damit Preise.«

Um das renitente Internet, das trotz des NetzDG weiter aufbegehrt, in den Griff zu bekommen, werden Denunzianten und Trolle eingesetzt. Selbst Abweichler und linke Kritiker des linken Kurses, wie Boris Palmer und Sahra Wagenknecht, werden zurechtgewiesen oder als halbe Nazis abgestempelt, wenn sie den vorgegebenen Meinungskorridor verlassen. Palmer sah sich nach diversen Kommentaren gegen die unkontrollierte Einwanderung immer wieder mit wüsten Beschimpfungen aus den eigenen Reihen konfrontiert. Für *Focus* ist er ein »Skandal-Grüner«.[221] Doch Palmer lässt sich nicht einschüchtern. Seinen Parteifreunden und deren »kosmopolitischer Oberschicht« warf er im Mai 2018 mangelnde Gesprächsbereitschaft mit politischen Gegnern vor, die Nazikeule ziehe nicht mehr.[222]

Die Intoleranz derer, die meinen, den Bürgern im GEZ-Fernsehen oder von den Kirchenkanzeln Toleranz eintrichtern zu müssen, geht jedoch schnell so weit, dass sie – wie Grünen-Chefin Baerbock live im Fernsehen – unerwünschte Einwände mit dem Mittelfinger quittieren. Und wenn die

Migrationswelle ihre eigenen, gut behüteten Nachbarschaften erreicht, wie die Berliner Grünenhochburg Friedrichshain-Kreuzberg, dann schlagen Toleranz, Weltoffenheit und Willkommenskultur ganz schnell in Abwehr und Unverständnis um.[223] Wenn der Meinungskorridor der linken Kaste bedroht wird, zum Beispiel durch unbequeme Verlage auf Buchmessen, wird zu »aktiver Auseinandersetzung« aufgerufen, die mit der Besetzung von Ständen oder Handgemengen endet. Die Warnung, die die Dresdner Buchhändlerin Susanne Dagen mit der »Charta 2017« verschickte, wir seien nicht mehr weit von einer »Gesinnungsdiktatur« entfernt, ließ aufhorchen. Von Intoleranz getrieben, versteigen sich linke Politiker in die unsinnigsten Positionen. In einem Zuzugsstopp für Flüchtlinge in Cottbus sehen sie ein »Nachgeben vor dem rechten Zeitgeist«, auch wenn nur die lokalen Aufnahmekapazitäten erschöpft sind. Und sie fragen sich öffentlich auf Twitter, was vorzuziehen sei, eine Wahlfälschung oder ein weiterer Sitz für die AfD in Bremen.[224] Ein starker Treiber der wogenden Intoleranz ist der Hass auf das eigene Land. Das zeigt sich, wenn eine Linken-Politikerin bei Facebook nach Filmen sucht, in denen »Deutsche sterben«[225], wenn eine Landkarte ohne Deutschland erstellt wird,[226] wenn ein Grünen-Politiker für Bomben auf Dresden wirbt oder wenn in einem Tweet ein ganzes Land als »Dreckskultur« bezeichnet[227] und aufgefordert wird: »… schafft Euch ab!«

Um die eigene Politik zu legitimieren, malt die linke Kaste in allen Farben den unmittelbar drohenden Einmarsch rechter Horden an die Wand. Wir lesen von »rechtspopulistischen Schöffen«, die in die Gerichte einsickern wollen,[228] von »rechten Strategen« ,die »Betriebsräte erobern«,[229] sogar von »neurechten Christen«, vor denen die Gastprofessorin Sonja Angelika Strube an der Uni Tübingen warnt.[230] Hier haben wir ein schönes Beispiel, wie an deutschen Universitäten linker Nachwuchs programmiert wird. Für Seminare und Promotionskolloquien, die sich damit beschäftigen, »wie Rechtspopulisten Bibel lesen«, zahlen wir Steuern. Währenddessen verrotten im ganzen Land Schulen. Im Jahr 2017 waren die realen Investitionen im Bereich der Schulen ein Viertel geringer als 1998, und sie lagen 14 Prozent unter dem Durchschnittswert der letzten 20 Jahre.[231]

Um uns vor dem rechten Mob zu schützen, bugsieren Länder wie Brandenburg sogenannte »Demokratie-Mobile« über 100 000 Kilometer von Stadt zu Stadt. Selbst das Bundesverfassungsgericht überlegt inzwischen, wie es sich gegen eine rechte Machtübernahme »panzern«

kann, wie es der Blogger Hadmut Danisch ausdrückte.[232] Im Rahmen des Projekts »Waterproof« (Projekt Wasserdicht) wird »angesichts beunruhigender Entwicklungen bei europäischen Nachbarn« diskutiert, so Klaus Gärditz, Inhaber des Lehrstuhls für öffentliches Recht an der Universität Bonn in der *Legal Tribune*, »den freiheitlichen Pluralismus des Grundgesetzes besser gegen die Risiken zu sichern, die von populistischen Mehrheiten ausgehen könnten«.[233]

Dass unser Rechtssystem und das Verfassungsgericht zur Beute »falscher« Mehrheiten werden könnten treibt auch die Verfassungsrichterin Susanne Baer um. Sie muss wissen, wovon sie spricht, denn im Februar 2018 machte sich sogar die linke *Süddeutsche Zeitung* Sorgen über »eine gewisse politische Ausgewogenheit« des Verfassungsgerichts. Als möglicher Nachfolger für den CDU-nahen Richter Michael Eichberger im Ersten Senat war gerade der Grünen-Kandidat Claudio Nedden-Boeger ins Spiel gebracht worden. Die Grünen hatten zuvor schon für die Wahl der Gender-Expertin Baer gesorgt. Sie gehört laut Homepage (Stand Mai 2018) der Redaktion der feministischen Rechtszeitschrift *Streit* an, die sich unter anderem mit »Themen der neuen Frauenbewegung« beschäftigt.[234] Eine Verfassungsrichterin als Redaktionsmitglied eines aktivistisch orientierten Magazins. Was sagt das über Unabhängigkeit und mögliche Interessenkonflikte des Verfassungsgerichts aus?, fragt man sich da unweigerlich.

Zumindest sagt es etwas aus über die Bestrebungen, das Verfassungsgericht und die deutsche Justiz gegen einen möglichen AfD-Einfluss zu »verriegeln«. Dass dies die linke politische Kaste und die Justiz umtreibt, provozierte die *Neue Zürcher Zeitung* zu dem Hinweis, in Deutschland dominierten Prediger, Hysteriker und Spötter den Umgang mit rechten Intellektuellen. Das »Nazi-Geschrei« helfe wenig, sinnvoll wäre dagegen eine »inhaltliche Auseinandersetzung«. Die allerdings wird mit der billigen Ausrede vermieden, sie sei ohnehin zwecklos. Auch hier erweisen sich linke Medien als willige Vorreiter und Kämpfer. So wie die *taz*, wo die Leser in einem Kommentar erfahren, man müsse Rechten – gemeint sind alle, die dem linken Mainstream widersprechen – »das Leben schwer machen, wo es nur geht«, und sie sozial ächten, »bis sie sich nicht mehr trauen, auch nur zum Bäcker zu gehen«.[235]

Die Bloggerin Anabel Schunke sieht die linke Vorherrschaft wegen der erstarkten Gegenöffentlichkeit im Netz und des mutigeren Auftretens konservativer Intellektueller bereits »am Ende«. Nach meiner

Einschätzung sind wir an diesem Punkt noch nicht angekommen, auch wenn die linke Meinungs- und Deutungshoheit unübersehbar wankt. Der Rauswurf des grünen Oberbürgermeisters Dieter Salomon in der Grünen-Hochburg Freiburg im Mai 2018 durch Wähler, die seinem parteilosen Herausforderer deutlich mehr Stimmen gaben, war ein erster Warnschuss. Salomon war 2002 erster Oberbürgermeister der Grünen in einer Großstadt geworden.[236] Viele Bürger in Deutschland, die entsetzt darüber sind, in welche Richtung das Land von der Energiepolitik bis zur Migration gedrängt wird, können vor allem die Grünen nicht mehr sehen.

Es drängt sich daher eine andere Erklärung als die von Schunke auf: Die hysterische Kampagne der Linken gegen jegliche Kritik hat vor allem zum Ziel, von den Desastern der eigenen Politik abzulenken, darunter die unkontrollierte Migrationspolitik mit ihren unabsehbaren Nebenwirkungen, die Energiewende, die ungelöste Schuldenkrise im südlichen Euro-Raum sowie das Verfehlen der Klimaziele und das nun laufende Diesel-Desaster, das Millionen von Autofahrer schädigt. Die grüne Klimapolitik ist krachend gescheitert. Der Irrsinn der Energiewende ist vielfach belegt. Die gravierenden Folgen der Migrationspolitik sind nicht zu übersehen. Eine linke Lebenslüge nach der anderen löst sich in Luft auf. Das wird auch beim Thema Feinstaub deutlich. Während dem Diesel der Kampf angesagt wird, ignorieren die gesamte politische Kaste und die Medien Messresultate der Landesanstalt für Umwelt, Messungen und Naturschutz Baden-Württemberg (LUBW). Diese zeigen unmissverständlich: Es sind nicht in erster Linie Diesel-Abgase, die die hohe Feinstaubbelastung verursachen. Es sind ganz überwiegend aufgewirbelte Luft, der Abrieb der Autoreifen sowie Bremspartikel. Im Klartext: Selbst eine komplette Umstellung auf Elektroautos könnte das Problem nicht lösen. Hier haben wir ein Problem, das aus durchschaubaren Gründen politisch aufgeblasen wird. Die Standorte einer unbekannten Zahl von Messstellen wurden manipuliert, um dem Diesel an den Kragen zu gehen. Die bundesweit bekannteste Messstelle am Stuttgarter Neckartor steht direkt am Rand einer Straße, auf der täglich 70 000 Autos vorbeifahren. Schon an der gegenüberliegenden Straßenseite sinkt laut einem Interview mit Staatssekretär Steffen Bilger (CDU) beim Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur der Messwert auf nur noch ein Drittel. Laut Bilger haben Experten bei einer Anhörung im Bundestag zugegeben, dass die existierende Messstation so platziert wurde, dass »sie möglichst schlechte Werte aufweise«.[237] Im Klartext: Bis

hin zu Lug und Trug ist der linken politischen Kaste in diesem Land jedes Mittel recht, um ihre Politik gegen die Bürger durchzuboxen und ihren Kampf gegen die Mobilität zu forcieren. Damit wird ganz bewusst eine weitere Säule unseres Wohlstands eingerissen. Die Medien verschlafen diesen groß angelegten Betrug gegen die Autofahrer komplett. Ein Beispiel: Gemäß der 39. Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (Abschnitt A, 2a)[238] sind Messstellen unzulässig an Orten, wo es »keine festen Wohnunterkünfte« gibt. Am Neckartor in Stuttgart sucht man solche Wohnunterkünfte vergeblich. Offenbar sind die Vorschriften völlig belanglos, wenn es um die Erzeugung der »richtigen« Messwerte geht. Wie schon beim »besten Deutschland aller Zeiten« werden auch hier Fake News gezielt eingesetzt, um links-grüne Politik durchzuboxen.

Bürger begehren auf

Die Strabs-Rebellen

Kaum etwas sorgt auf kommunaler Ebene für so viel Streit wie die Beiträge auf Basis der Straßenausbaubeitragssatzung (kurz »Strabs«), mit denen Städte und Gemeinden die Anwohner belasten, wenn bestehende Straßen verbessert oder erneuert werden. Je nachdem, ob es sich um Hauptverkehrsstraßen, Erschließungsstraßen oder Anliegerstraßen handelt, können zwischen 25 und 75 Prozent auf die Anwohner abgewälzt werden. Fünfstellige Rechnungen, die binnen eines Monats beglichen werden müssen – oft von Rentnern, jungen Familien oder Bauern –, sind keine Seltenheit. Manchmal fallen die Rechnungen sogar sechsstellig aus und bedrohen die völlig entsetzten Bürger mit dem Ruin. Immer wieder setzen Gemeinden die Rechnungen zu hoch an. Und immer öfter bilden sich Bürgerinitiativen, in denen die Betroffenen auf die Barrikaden gehen. Der Widerstand hat zuletzt deutlich zugenommen. Organisierte Haus- und Grundeigentümer, Bürgerinitiativen, der Mieter- und Steuerzahlerbund sowie Bauernverbände und das Landvolk haben eine breite Front gegen die Kommunen gebildet und setzen sie massiv unter Druck.

Den bislang größten Erfolg haben Strabs-Rebellen mithilfe der Freien Wähler in Bayern erzielt. Dort wurden per Volksbegehren Anfang 2018 in nur 8 Wochen fast 200 000 Unterschriften gesammelt, achtmal so viele wie erforderlich. Die CSU musste unter dem Druck einlenken. Der Innenminister empfahl den Kommunen, keine Beitragsbescheide für die Strabs mehr an die Bürger zu verschicken. Das Landesparlament beschloss mit der Mehrheit der CSU, die Strabs abzuschaffen. Es geht um mehr als 60 Millionen Euro pro Jahr im Freistaat. Die Beiträge werden rückwirkend zum 1. Januar 2018 nicht mehr erhoben. Jetzt zahlen die Steuerzahler

die Beiträge. Städte wie Regensburg mussten bereits den Haushalt korrigieren. Das Thema ist so brisant, dass die Freien Wähler den Landtagswahlkampf 2018 in Bayern damit bestritten. Die Abschaffung der Strabs in Bayern ist ein Beweis, dass sich mit Protest sogar gegen absolute Mehrheiten im Parlament etwas erstreiten lässt.

Von Hannover bis Dachau sorgt das Thema Strabs seit Jahren für Ärger. In einer Anhörung des Landtags von Niedersachsen wurden die Zwangsrechnungen für die Anwohner im Juni 2018 als »nicht mehr vermittelbar« gegeißelt. Auch in Hessen und Thüringen gibt es deswegen viel Protest. Baden-Württemberg, Berlin und Hamburg haben die Strabs abgeschafft. In Hannover kochten im Frühjahr 2018 die Proteste hoch, als die Stadt 150 Straßen sanieren wollte, mit Strabs-Beteiligungen für die Anwohner von bis zu 70 Prozent. Der Chef des lokalen Verbandes »Haus & Grundeigentum«, Rainer Beckmann, sprach von »modernem Raubrittertum«. Allein an einer Straße sollten die Anwohner 4,5 Millionen Euro Kosten mittragen. Im bayerischen Affing knickten der Bürgermeister und sein Verwaltungschef nach Bürgerprotesten ein. Im Landkreis Dachau stimmten mehr als 9 Prozent von 100 000 Wahlberechtigten für ein Volksbegehren. Die Zahl der Stimmen überstieg das vorgeschriebene Soll um das 25-Fache, so verhasst sind die Strabs. In Schongau zitierte der *Merkur* den Mitorganisator Max Anderls nach der 20. Montagsdemo gegen die Strabs im März 2018 mit der Einschätzung, in Bayern sei es zu einem »unvergleichlichen Flächenbrand« gekommen. Auch Stade schaffte es mehrmals bis in die überregionalen Zeitungen, unter anderem, weil dort ein 96-jähriger Rentner 10 000 Euro zahlen sollte. In Stade trugen protestierende Bürger Schilder mit Aufschriften wie »Straße saniert, Anwohner ruiniert!« vor sich her. In Lütjenburg sollte ein Landwirt 189 000 Euro zahlen, was selbst Verfassungsrechtler Florian Becker auf die Palme trieb. Der sah sich zu dem Hinweis genötigt, dass Eigentum zwar verpflichte, jedoch nicht so weit, dass man es aufgeben müsse. In Thüringen sieht sich die »Bürgerallianz«, die seit 20 Jahren gegen die Strabs kämpft, nach dem Erfolg der Freien Wähler in Bayern frisch motiviert. In Thüringen hat es die Landesregierung den Kommunen freigestellt, ab 2019 unter bestimmten Bedingungen nach eigenem Ermessen mit der Strabs zu verfahren. In Hessen wurde der Zwang zur Erhebung von Gebühren aufgehoben. Dort kämpfen die Freien Wähler und Tausende von Anwohnern weiter. In Hessen wurde im Frühjahr 2018 eine Petition mit großem Anfangserfolg gestartet, um die Strabs aus dem hessischen Kommunalabgabengesetz zu kicken.

Wohin linke Politik uns führen kann, das lässt sich jetzt schon wunderbar in Berlin in Augenschein nehmen. Die Bundeshauptstadt ist zum symbolischen Zentrum der Verwahrlosung linker Eliten geworden. Während der Senat der Stadt sich für Plumpsklos mit Sägespänen ins Zeug legt und für Geschlechtervielfalt in den Kitas trommelt, veraltet der immer noch im Bau befindliche »neue« Flughafen so stark, dass bereits von Abriss geredet wird. Dafür wurde der Flughafen Schönefeld nach 65 000 Kundenbewertungen des Reiseportals eDreams zum schlechtesten Airport

der Welt gekürt. Und dem Flughafen Tegel, den 56 Prozent der wahlberechtigten Berliner laut Volksentscheid gerne weiter nutzen würden, wird keine Zukunft gegeben. Was mehr als 1 Million Berliner wünschten, kann die Verwaltung nicht binden, hat das Gutachten eines Experten ergeben.[239]

Die Mieten in der Stadt werden derweil dank einer wirkungslosen, gar kontraproduktiven Mietpreisbremse für immer mehr Menschen unbezahlbar. Viele Bürger können nicht mehr leben, wie sie wollen. Das steigert das Protestpotenzial und gilt auch für die Bildung. Viele Schulen sinken auf Ramschniveau herab: Ist halt kein Geld da, na und? Wenn eine Schule völlig verkommt, dann verweigert man einfach Journalisten den Zutritt[240] und verpasst dem Schulleiter einen Maulkorb.[241] Währenddessen wuchert ungebremst die Gewalt. »Wir sind am Ende, wir können nicht mehr«[242], formuliert die Staatsanwaltschaft der Hauptstadt ihren Offenbarungseid gegenüber der grassierenden Kriminalität. Das organisierte Verbrechen hat Berlin längst übernommen. Mindestens ein Dutzend kriminelle Clans, meist arabische Großfamilien, streiten sich um den wachsenden Kuchen aus Drogenhandel, Einbruch, Raub, Prostitution, Spielhöllen und Menschenhandel. Der Verfassungsschutz zählt in der Stadt annähernd tausend Salafisten, doppelt so viele wie zu Beginn des Jahrzehnts. Und während linke Politik die Stadt allmählich »zerschreddert«[243], leiht sich die Berliner Polizei bei der selbst kaputten Bundeswehr Maschinenpistolen, um einsatzbereit zu bleiben. Ob das gelingt, ist trotzdem fraglich, denn was Ende 2017 über Disziplinprobleme und mögliche Unterwanderung an der lokalen Polizeiakademie bekannt wurde, gibt wenig Grund zu Hoffnung. Was will man von einer Stadt erwarten, die Investoren verprellt, ständig Schlagzeilen über Behördenversagen produziert[244] und laut ihren Einwohnern als unregierbar eingestuft wird? Eine Stadt, in der Alleinerziehende monatelang »auf den Unterhaltsvorschuss warten« müssen, sich die Anträge auf Geburtsurkunden und Elterngeld in den Bezirksämtern stapeln und die Zeitungen alle naselang berichten, die Schmerzgrenze sei »erreicht«?[245] Doch wenn es am 1. Mai bei Ausschreitungen 32 verletzte Polizisten gibt, freut sich der Innensenator: »Berlin hat gefeiert und demonstriert, so wie ich es mir wünsche.« In dieser Stadt kommt eine SPD-Familienministerin der Bundesregierung zu dem Ergebnis, der Linksextremismus sei ein »aufgebauschtes Problem«. Doch die Stadt muss 350 Polizisten aufbieten, um einen Aktivisten der Antifa in der Krawallhochburg »Rigaer 94«

festzunehmen. Es ist auch die Stadt, in der ein Dezernatsleiter einer genehmigten »privaten Nebentätigkeit« nachging, während seine Ermittler vor dem Anschlag am Breitscheidplatz »Überlastung« beklagten.[246] In dieser Stadt verzichtet die Polizei nach einem Gefängnisausbruch auf brauchbare Fahndungsfotos, weil deren Einsatz die Persönlichkeitsrechte der Ausbrecher verletzen könnte.

Hier in Berlin zeigen sich Senat, Polizei, Gerichte und Behörden in der ganzen Machtlosigkeit, die der Verwahrlosung der linken Eliten entspringt, einer Verwahrlosung, die *Bild* in einer Serie über »Die Hauptstadt-Versager« dokumentiert, eine Verwahrlosung, die eine der führenden Tageszeitungen nach antisemitischen Ausschreitungen zu der entsetzten Schlagzeile bewog: »Das ist nicht unser Berlin.« Die Wahrheit ist: Doch, es ist unser aller Berlin! Schon deshalb, weil die Stadt allein 2017 über den Länderfinanzausgleich mehr als 4,2 Milliarden Euro bekam, mehr als jedes andere Empfängerland, sogar dreimal so viel wie der nächstgrößere Empfänger Nordrhein-Westfalen.

Das Dreigestirn, das den Westen zerstört

»Die Guten – die waren immer der Anfang vom Ende.«

Friedrich Nietzsche

Der Westen, und damit auch Deutschland, sieht sich einem gefährlichen Dreigestirn aus Neoliberalismus, politischem Islam und der linken politischen Kaste gegenüber. Alle drei Ideologien beziehungsweise Strömungen sind dogmatisch und autoritär, Gesetzen nicht verpflichtet, wenn es der großen Sache dient – und sie scheuen vor Täuschung sowie dem Gebrauch von Gewalt nicht zurück. Zwischen diesen drei Bewegungen gibt es starke gemeinsame Interessen, die sie zwar nicht zu einer erklärten Allianz machen, aber zu einem unerklärten Gelegenheitsbündnis auf Zeit. Das große verbindende Element ist die umfangreiche Migration mit möglichst offenen Grenzen. Dem politischen Islam erlaubt sie die Expansion in Richtung Kalifat, der politischen Linken den Bau einer bunten, grenzenlosen Gesellschaft, den Neoliberalen wiederum die mögliche Vollendung der dritten und letzten Phase der Globalisierung, den Import einer industriellen Reservearmee. Jede der drei

Ideologien ist für sich stark genug, unsere Lebensweise zu bedrohen oder gar zu zerstören. Die Neoliberalen sind in dieser Hinsicht bereits am effektivsten gewesen. Denn das große Geld, repräsentiert durch führende Konzerne, die wenig Steuern zahlen, weltweit Kostenunterschiede ausbeuten und die jeweils örtliche politische Führung durch Lobbyisten, Korruption und Wahlkampffinanzierung eisern in die Zange nehmen, hat durch Finanzkrisen und die Zinspolitik der Notenbanken, die unsere Ersparnisse schleichend vernichten und die Staatsverschuldung stark begünstigen, bereits unermesslichen Schaden angerichtet.

Fangen wir daher an dieser Ecke jenes Bermudadreiecks an, das den Westen und damit unsere Lebensweise zu zerstören droht. Zunächst kommen mir zwei wichtige Zitate in den Sinn, die vielen Beobachtern und Zeitungslesern schon wieder entfallen sein dürften, weil die Taktung der Ereignisse immer schneller wird und wir uns selbst an wichtige Äußerungen schon nach wenigen Monaten manchmal nicht mehr erinnern. Im November 2015, als die frisch ausgerufene Willkommenskultur in Deutschland ein politisches und gesellschaftliches Erdbeben auslöste, sprach der damalige Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble von einer »Lawine«. Damit löste er eine emotionale Debatte aus. Bekanntlich hat Schäuble seine Warnung fast 2 Jahre später noch einmal wiederholt. Was von den übrigen Äußerungen aus dem damaligen Auftritt Schäubles im November 2015 in Berlin zwar ebenfalls überliefert, aber schon längst wieder vergessen ist, war sein Hinweis, die Zuwanderung sei ein »Rendezvous unserer Gesellschaft mit der Globalisierung«.[247] Dieser Hinweis hatte für viele Leser und Zuschauer keine aktuelle Brisanz. Und ein Rendezvous kann etwas sehr Flüchtiges sein. Doch Schäubles durchaus gezielter Hinweis führt uns direkt in jenes Bermudadreieck, in dem das linke politische Milieu sich als Komplize von Finanzkapitalismus und politischem Islam erweist. Das macht auch das zweite Zitat deutlich, das mir aus der jüngeren Vergangenheit noch gut in Erinnerung ist. Es stammt von der italienischen Politikerin und Journalistin Giorgia Meloni, die als Jugend- und Sportministerin im Kabinett von Silvio Berlusconi mitregierte. Laut Meloni versuchen die Linken in Europa, die Bürger von ihren Wurzeln zu trennen und mithilfe der Masseneinwanderung den Arbeitsmarkt zugunsten großer Firmen auszuschlachten. Uns allen in guter Erinnerung ist in diesem Zusammenhang der Jubel von Daimler-Chef Dieter Zetsche, der im Herbst 2015 den Migrantenstrom als die mögliche »Grundlage für das nächste deutsche Wirtschaftswunder« bezeichnete.

Kein Wunder, könnte man sagen, der Mann hat sogar geglaubt, was er damals von sich gab, zumindest drückte er einen Wunsch aus. Die Öffnung der Landesgrenzen mit der massenhaften Zuwanderung von Kriegsflüchtlingen und Wirtschaftsmigranten stellt aus der Sicht der Neoliberalen das dritte und abschließende Kapitel in der Globalisierung dar, so etwas wie das Grande Finale, oder den dritten Akt nach der Globalisierung für Waren- und Kapitalströme. Nun sind es die Menschen, die sich frei über alle Grenzen hinweg bewegen sollen.

Die Lehren und Überzeugungen der neoliberalen Internationale sind bekannt. Die Wirtschaftsphilosophie kam im vergangenen Jahrhundert mit dem Ziel auf, das menschliche Leben radikal zu verändern und die Macht von Bürgern und Politik weg zu den Firmen zu verschieben. Das Kernelement des Neoliberalismus ist der freie, ungezügelte Wettbewerb, für den der Staat so weit wie möglich zurückgedrängt und so viel Aktivität wie politisch durchsetzbar in private Hände übergeben wird. Freie Bürger werden dabei zu puren Konsumenten degradiert. Ihre Freiheit beschränkt sich nur noch auf den Kauf von Gütern und – sofern sie gut genug ausgebildet sind – die Wahl des Arbeitsplatzes. Sie sollen sich darauf verlassen, dass der Markt alles am besten regelt, wenn man ihn ohne staatliche Eingriffe gewähren lässt. Eingriffe in den Wettbewerb werden als Intervention in grundlegende Freiheiten diskreditiert. Ungleichheit wird in diesem Gedankengebäude dagegen als willkommen und tugendhaft beschrieben, weil sie dafür sorgen soll, dass den Sacheigentümern und Großverdienern erhebliche Anreize zur Anhäufung von Vermögen gegeben werden, Vermögen, das sich mit der Zeit angeblich ganz automatisch auf alle verteilt. Ich weiß gar nicht mehr, wie oft ich in meinen 10 Jahren in Kanada bis Ende 2014 im Wirtschaftssender CNBC Beteuerungen und regelrechte Predigten über die sogenannte »Trickle-down-economy« gehört habe, eine Wirtschaft, in der sich oben Mehrwert und Reichtum bilden und dann wie in der Dusche nach unten rieseln (trickle down). Was daraus geworden ist, haben wir in der Finanzkrise 2008 erlebt, als der Duschkopf dieses Konstrukts herunterfiel und alle, die unten in der Wanne begossen standen, auch noch mit einem dreistelligen Milliardenbetrag kollektiv in die Pflicht für die Zockerei der entfesselten Finanzindustrie der Neoliberalen genommen wurden.

Der Neoliberalismus, in den 1940er-Jahren mit Büchern wie Hayek’s *The Road to Serfdom* (dt.: *Der Weg zur Knechtschaft*) begründet, begann erst an Einfluss zu gewinnen, als in den 70er-Jahren auf beiden Seiten des

Atlantiks Wirtschaftskrisen ausbrachen und der Keynesianismus in Misskredit geriet. Zu dieser Zeit war mit der von Hayek gegründeten »Mont Pèlerin Society« – deren Präsident er von 1947 bis 1960 war – bereits ein transatlantisches Netzwerk aus gleichgesinnten Akademikern, Geschäftsleuten und Journalisten gesponnen worden. Journalisten und politische Berater sorgten dafür, dass zuerst in den Regierungen von Jimmy Carter in den USA und Jim Callaghan in Großbritannien erste Elemente der »neuen« Strömung eingeführt wurden. Doch zum Durchbruch kam der Neoliberalismus erst unter Margaret Thatcher und Ronald Reagan: Steuererleichterungen für Reiche, der Kampf gegen die Gewerkschaften, Deregulierung, Privatisierungen, dazu mehr Wettbewerb bei öffentlichen Dienstleistungen. Das Mantra war ganz simpel: Löhne runter, Renditen rauf – und rote Karte für den Staat, der in alledem nichts zu suchen hat, außer natürlich wenn es darum geht, den Rahmen für das große Fressen zu setzen oder Banken zu retten. Neoliberale Politik wurde mithilfe internationaler Organisationen und Verträge wie mit der Weltbank, dem IWF, dem Maastricht-Vertrag und der Welthandelsorganisation ohne demokratische Legitimierung rund um den Erdball durchgesetzt. Selbst die Parteien auf der Linken ließen sich willig einspannen. Je weiter sich die Globalisierung ausbreitete und je größer die Konzerne in jeder Branche wurden, desto größer wurde die Kontrolle dieser autoritären Form des Kapitalismus über unsere Gesellschaft. Man schaue sich einmal in Ruhe den Einfluss einer Handvoll Nahrungsmittelkonzerne wie Nestlé, Unilever und Kraft an, die mit ihrem riesigen Sortiment von Marken unsere Einkäufe im Supermarkt dominieren.[248]

Doch so wie es im Drehbuch stand, wollte sich der Kapitalismus der Neoliberalen nicht verhalten. Exzessive Geldgeschäfte und Kasinomentalität führten zu Finanzkrisen; weltweit nahm die Ungleichheit astronomische Ausmaße an; große Konzerne und ihre Zulieferer lagerten immer mehr Fertigung nach Fernost aus, und mit ihnen Arbeitsplätze, die im Westen fehlten; das große Rendite-Kasino riss sich derweil in großem Umfang ehemals staatliche Aufgaben unter den Nagel; prekäre Arbeit nahm allerorten zu; in der »Aktionärsdemokratie«, die von den Notenbanken reichlich mit nahezu kostenlosem Geld versorgt wurde, ging es dem 1 Prozent besonders gut und den restlichen 99 Prozent, die anfangs noch billige Importe aus China wie eine Steuersenkung empfanden, immer schlechter oder zumindest nicht mehr besser als zuvor; die Banken wurden im entfesselten Finanzkapitalismus so groß, dass man sie in der Krise nicht

mehr ihrem eigenen Schicksal überlassen konnte; das Systemrisiko »too big to fail« stach das Bürgerwohl aus und ließ die Bürger bluten, wenn die Sicherung rausflog. Zudem erwies sich das Rest-Universum von zusätzlichen Billigstandorten und Hungerlöhnern inklusive nachsichtiger Umweltaufseher in Asien und Afrika nach der großen Sause in China plötzlich als ziemlich erschöpft; und die Menschen im Westen sahen die Globalisierung immer kritischer, weil sie Ersparnisse, Arbeitsplätze und ihr Vertrauen in Banken und Institutionen verloren und sich nicht mehr als Gewinner der Globalisierung sahen.

Zweifel kamen nicht nur unter den Bürgern und Wählern im Westen auf. In den Medien wurden Hilferufe wie dieser in der *Welt* abgedruckt: »Rettet die Globalisierung, solange es noch geht!«[249] Auch unter Akademikern und Ökonomen wurde das große Projekt nun kritisch abgeklopft. »Lange haben Politiker die Globalisierung als für alle Menschen von Vorteil und unvermeidbar dargestellt«, schrieb im Januar 2018 der Harvard-Professor Dani Rodrick in einem Essay über »Die große Globalisierungslüge«.[250] Rodrik rätselte, wie »um alles in der Welt sich diese doch angeblich so unaufhaltsame Entwicklung ins Gegenteil verkehren konnte«. Die Davos-Clique um die Blairs, Clintons und andere raufe sich nun die Haare, schrieb er, weil der internationale Handel stagniere, die grenzüberschreitenden Finanzströme sich seit der Finanzkrise nicht mehr erholt hätten und eine Welle der Bürgerempörung Politiker an die Regierung spüle, die sich der Globalisierung in den Weg stellten oder stellen wollten. Der Populismus erreiche die stärkste Ausprägung seit dem Zweiten Weltkrieg, beschwerte sich auch die Deutsche Bank in einer Analyse im März 2018 nach der Wahl in Italien.

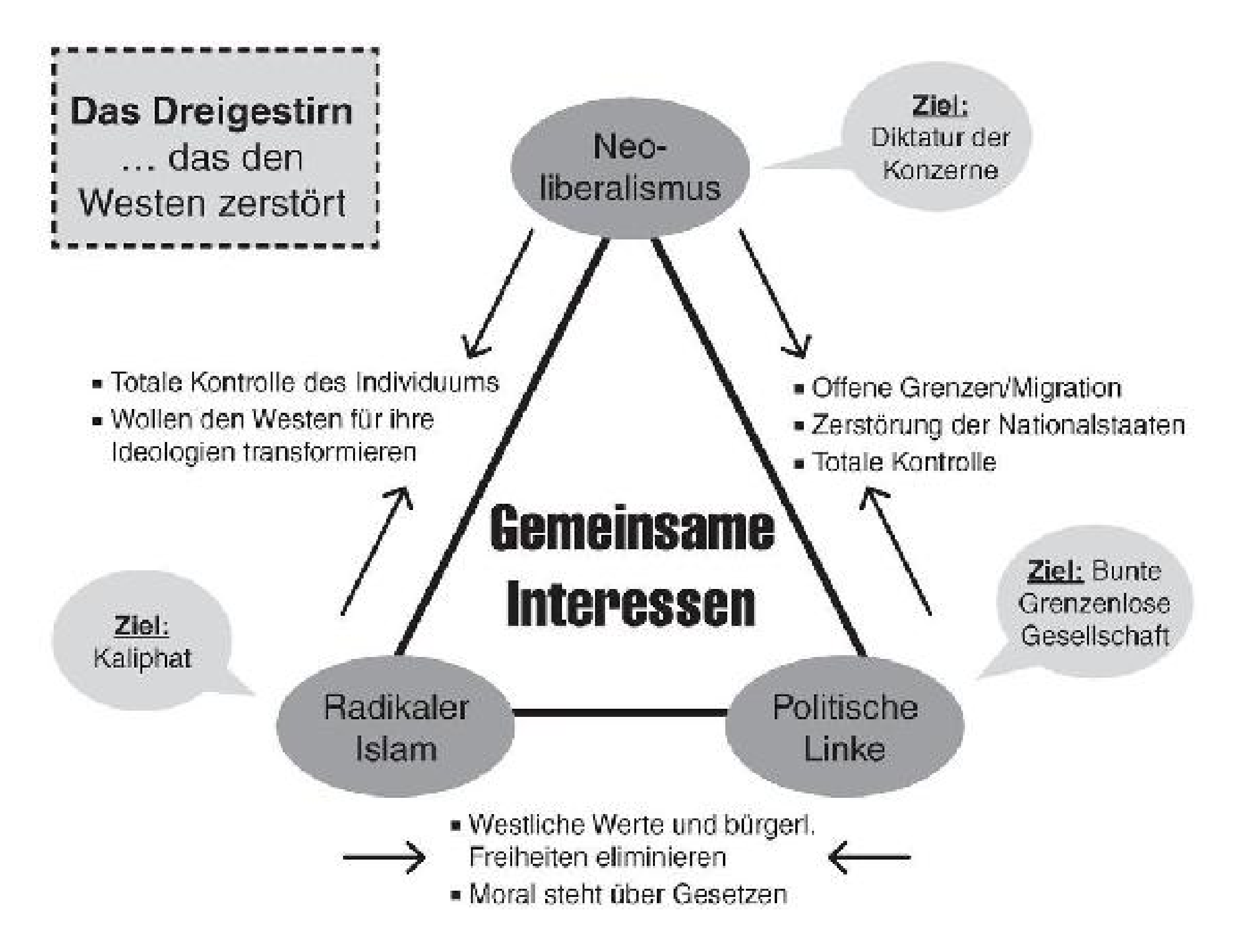
In dieser Phase wachsender Zweifel und wuchernder Wählerproteste erschien die Massenmigration den wirtschaftlichen Globalisten plötzlich nicht mehr nur als eine theoretische Chance auf einen nächsten Wirtschaftsboom. Sie war jetzt das sichere Rezept, um sich mit der dritten Phase der Globalisierung aus Erstarrung und Stagnation zu befreien. Die politisch ersonnene Massenmigration, von der Friedrich-Ebert-Stiftung in einem Leitfaden als transformatorisches Siedlungsprojekt für die Mitte Europas beschrieben und von der Bevölkerungsabteilung der Vereinten Nationen auf der eigenen Homepage als »Austausch-Migration« bezeichnet[251], war nun auch der Ausweg für die stagnierende Globalisierung. Linke Politik und Neoliberale machten sich zu einem gemeinsamen Kraftakt auf, um mit der Massenmigration zur gleichen Zeit

Multikulti-Träume zu erfüllen und neues Adrenalin in die lahmende Globalisierung zu pumpen. Schon 2 Jahre vor der tatsächlichen Öffnung der deutschen Grenzen im Herbst 2015 publizierte das Weltwirtschaftsforum unter Mitwirkung der EU-Kommission die vielsagende Studie »The Business Case for Migration«[252] (Warum Migration gut für das Geschäft ist). Darin argumentierten die Globalisierer vehement für mehr Migration. Politische Parteien, die Zuwanderung begrenzen wollten, so warnte die Weltwirtschafts-Clique, seien ein Problem und schadeten dem Geschäft. Schon im Vorwort kritisierte Khalid Koser, der Vorsitzende des Global Agenda Council on Migration, im Weltwirtschaftsforum, dass Migrationspolitiken auf nationaler, regionaler und globaler Ebene immer »inkonsistenter und widersprüchlicher« würden. Es war völlig klar, was er damit meinte: Die schwächelnde Globalisierung in dieser dritten Stufe musste jetzt viel offensiver angetrieben werden. Wie gut sich das mit den Vorstellungen der Linken von einer großen bunten Welt ohne Grenzen traf, muss hier nicht mehr betont werden.

Zu den Forderungen der Globalisten gesellen sich seitdem in schier unerschöpflicher Abfolge politische Belehrungen und offizielle Parolen. »Migration ist unvermeidlich, wünschenswert und notwendig«[253], haben wir an Ostern 2018 von der Migrationsbehörde der UN gehört, ganz losgelöst von der Tatsache, dass 78 Prozent der EU-Bürger besorgt über illegale Einwanderung sind, wie sie bei uns stattfindet, wenn Migranten aus sicheren Nachbarländern in die Bundesrepublik strömen. Flankiert wurde die Forderung der UN-Behörde von Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble, der seinerseits die Bürger mahnt, sie könnten nicht den Gang der Geschichte aufhalten und müssten »akzeptieren, dass es in Deutschland einen wachsenden Anteil von Muslimen gibt«.

Um sicherzustellen, dass die Politik dem Primat der Wirtschaft keinen Achter ins Rad dreht, werden klare Forderungen gestellt, so wie in Baden-Württemberg, wo achtzig lokale Firmen vom Innenminister verlangen, dass abgelehnte Asylbewerber bleiben dürfen, damit sie weiterbeschäftigt werden können. Daneben gibt es direkte Einflussnahme von Lobbyisten, Parteispenden und jede Menge Drehtüren, durch die führende Repräsentanten beider Seiten in beide Richtungen wandern. So wird dauerhaft die Gleichschaltung der Interessen maximiert. Wie geschwind in Berlin die Drehtüren schwingen, damit der nötige personelle Austausch zwischen Politik und Konzernen ein Ausmaß erreicht, das

Reibungsverluste minimiert, darüber wurde bereits viel geschrieben. Erinnert sei an das *Schwarzbuch Autolobby* von Greenpeace, das auf 47 Seiten anhand der Porträts von 33 prominenten Lobbyisten und Politikern beschreibt, wie eng Politik und Wirtschaft in dieser Branche miteinander verquickt sind.[254] Niemand, der dieses Schwarzbuch liest, wird sich danach fragen, wie es zum Diesel-Skandal kommen konnte. Ständig werden die für unser Bermudadreieck so wichtigen personellen Schnittstellen zwischen der politischen Kaste und dem großen Geld erneuert und erweitert. So wie im März 2018, als der neue Bundesfinanzminister Olaf Scholz den damaligen Deutschlandchef von Goldman Sachs, Jörg Kukies – übrigens der Nahles-Vorgänger als Juso-Chef in Rheinland-Pfalz –, als beamteten Staatssekretär holte.



Die Linken im deutschen Parteienkartell lassen keine Gelegenheit aus, eine möglichst umfangreiche Migration einzufordern. Alles, was die dritte Phase der Globalisierung stören könnte, blocken sie ab. Ein Antrag der

AfD im Bundestag, die umfassenden Grenzkontrollen wieder einzuführen, wurde im Februar 2018 mit den Stimmen von CDU/CSU, SPD, FDP, den Linken und den Grünen abgeschmettert. Auch die Altersfeststellung für unbegleitete Minderjährige wird vehement abgelehnt. Je linker die Meinungsäußerungen hierzu, desto drakonischer und irrsinniger klingen sie: »Das rassistische Zwangsröntgen von Flüchtlingen folgt der Zwangssterilisation im NS-Faschismus«, schrieb Jutta Ditfurth auf Twitter. Mehr noch: Der linke Ministerpräsident Bodo Ramelow forderte ein Aufenthaltsrecht für untergetauchte Ausländer; und Berliner Linke wollen nicht einmal Terroristen abschieben.[255] Selbst der kleinste Kompromiss und die offensichtlichste gesetzliche Notwendigkeit werden als Gefahr für das große kulturelle Experiment gesehen. Kein Wunder, wenn selbst respektierten europäischen Staatsmännern wie dem ehemaligen tschechischen Präsidenten Václav Klaus die Hutschnur reißt. Klaus schildert in seinem Buch *Europe All Inclusive* (deutscher Titel: *Völkerwanderung*) eine verlogene und pseudo-humanistische Kaste, die mit ihrer linken Utopie den ganzen Kontinent in einen ineffizienten solidarischen Zentralstaat verwandeln will, dessen freie Bürger zu abhängigen Klienten degradiert werden: »Unsere Ambition, dieses Buch zu schreiben«, erklärte Klaus in einem Interview, »ist es, die falsche Interpretation der aktuellen Migrationskrise zurückzuweisen, die von der europäischen Elite mit ihren progressiven, multikulturellen und politisch korrekten Ansichten verkündet wird. Sie gehen von der unhaltbaren Annahme aus, dass die Massenmigration ein positives soziales Phänomen sei. Diese Ansicht lehne ich strikt ab. Diese Migration ist kein positives soziales Phänomen, sie gefährdet die friedliche und ungestörte Entwicklung der einzelnen europäischen Länder.«

Das linke politische Milieu begnügt sich aber nicht damit, im Rahmen seines Multikulti-Großprojektes die eigene Agenda zu bedienen und den Konzernen Geschäfte in Form billiger Arbeitskräfte zuzuschieben. Seit Jahren schon »schanzt die Linke« den »Euro-Eliten Macht und Vermögen zu«, wie es Jobst Landgrebe, der Geschäftsführer des Automatisierungsspezialisten Cognotekt, Ende 2017 auf der *Achse des Guten* beschrieb.[256] Im vollen Wissen, dass der Euro nicht funktionieren würde, gründeten die »pseudoliberalen Eliten« demnach die Gemeinschaftswährung. Und zwar »in der Absicht, mithilfe der Währungsunion ihr eigentliches Ziel, die Überwindung des Nationalstaats durch die Vertiefung der politischen Union, zu beschleunigen«. Landgrebe

beschreibt in seinem Essay einen von Nord nach Süd strömenden »Zwangskapitalexport«, der addiert bereits mehr als 4 Billionen Euro erreicht hat und in Form von Staatsausgaben der hoch verschuldeten Empfängerländer wieder in private Hände, sprich: in die Kassen der Exportunternehmen der Geberländer zurückfließt. Auch die Kredite zwischen den Notenbanken und jenes Geld, mit dem die EZB Unternehmensanleihen kauft, fließen an die Firmen der Überschussländer zurück. Dieser Kreislauf nützt am Ende nur den Eigentümern von Aktien, Anleihen, Immobilien, Ländereien, Edelmetallen und anderen Sachwerten, während er »der ganz großen Mehrheit der Steuerzahler« immens schadet. Deren Bargeld, Lebensversicherungen und Renten werden durch diesen Kreislauf entwertet und schließlich zerstört. Trotzdem verkaufen uns *Focus* und andere Publikationen die Hilfspakete für Griechenland als »gutes Investment«.[257]

Landgrebe erklärt nicht nur, warum selbst Marxisten wie Habermas sich auf die Seite der Reichen und Mächtigen geschlagen haben, sondern auch, warum Frankreichs Präsident Macron und viele Linke in der EU vehement einen Ausbau des europäischen Zentralstaates fordern. Die Antwort: Ein zentralisiertes Europa mit eigenem Finanzminister und einem von Brüssel kontrollierten Budget könnte die Eigentümer von Unternehmen und Sachwerten noch viel besser »privilegieren«, wie es Landgrebe ausdrückt, als die heutige EU: »So ein Staat kann Transferleistungen von unten nach oben viel offener umsetzen als das heutige, komplexe und implizite Transferverfahren zur Vermögensumleitung. Außerdem kann ein über transnationale Listen gewähltes Europaparlament sich vollständig von den Wählern entkoppeln: Da es weder eine europäische demokratische Öffentlichkeit noch eine europäische Gewaltenteilung gibt, könnte ein derartiges Parlament die Ziele der Eliten ungehindert und ohne Störung durch die aus deren Sicht zu Recht als Bedrohung empfundenen Bürger (da die große Mehrheit der Bürger für die private Thesaurierung staatlicher Gelder haftet) durchsetzen. Die immer akutere Gefahr für die Eliten, dass nationale Parlamente, besonders in den die EU dominierenden Ländern Westeuropas, durch die Wahl entsprechender Parteien aus dem antiliberalen und antidemokratischen Eliteprojekt aussteigen, wäre bei einem eigenen direkten Budget ebenfalls gebannt.«

Die politische Kaste leitet jedoch nicht nur das Geld von Sparern und Steuerzahlern in die Taschen der Globalisten um. Sie spielt auch zunehmend dem politischen Islam in die Hände und hofiert ihn in einer

Weise, die allgemeines Rätselraten ausgelöst hat. Bei Grünen, SPD und weiten Teilen der Union bleibt ein Aufschrei über die krassen Widersprüche, die mit dem Islam nach Deutschland importiert werden, aus. Es wird einfach weggeschaut. Nur selten ist Kritik wie die des SPD-Landtagsabgeordneten von NRW, Serdar Yüksel, zu vernehmen. Er mahnt seine Partei: »Gerade die SPD sollte nicht reaktionäre Muslime hofieren.«[258] Doch genau das tut die Partei, wie alle anderen Parteien im linken Spektrum. Die Folge sind Nebenwirkungen, die unsere Gesellschaft immer stärker spalten.

Marschieren wir mit Blick auf die Frauenrechte zurück in Richtung Mittelalter? Eine wachsende Zahl von Vergewaltigungen? Kein Problem, die Täter sind traumatisierte Menschen. Sie sind doch noch jung, männlich und oft unbegleitet. Dass sie in einer Kultur permanenter Gewalt und Frauenverachtung sozialisiert wurden, wird unter den Teppich gekehrt. Sonst könnte eine beunruhigende Kulturdebatte losbrechen und die Kultur-Relativierer bloßstellen. Daher werden uns junge deutsche Männer als ein ebenso gefährlicher sozialer Brandsatz vorgehalten. Kinderehen und Polygamie? Das sind doch nur Einzelfälle und kulturelle Besonderheiten, die wir »akzeptieren müssen«. Selbst die Kanzlerin hat das ja mit Blick auf jugendliche Migranten gefordert. Doch Millionen fassungslose Deutsche fragen sich jeden Tag, wie es kommt, dass einst eingefleischte Feministinnen jetzt ungerührt über grassierende Gewalt gegen Frauen hinwegsehen, dass ehemals engagierte Tierschützer nicht das Schächten von Tieren beklagen, dass die um sich greifende Messer»kultur« geduldet und relativiert wird, weil es sich ja nur um »Einzelfälle« handeln soll. Wie kann es sein, dass die Scharia, die in den Augen der Muslime eine göttliche Offenbarung ist und damit schon per Definition über weltlichen Gesetzen steht, »absolut kompatibel« mit dem Grundgesetz sein soll? Dass Scheidungen nach islamischem Recht von deutschen Richtern anerkannt werden? Dass SPD-Politiker sogar Scharia-Gerichte in Deutschland fordern? Und wie kann es sein, dass ein Grünen-Politiker die Scharia schlicht als »Kampfbegriff der Rechten« vom Tisch wischt?

Diese hanebüchene Verdrehung der Tatsachen findet in krassem Widerspruch zu leicht verfügbaren Fakten statt. Sie sind für jedermann einsehbar. Beispiel Scharia: Es gibt die Kairoer Erklärung der Menschenrechte im Islam. Sie wurde am 5. August 1990 von 45 Außenministern der aus 57 Mitgliedern geformten Organisation der Islamischen Konferenz angenommen. In der Erklärung wird die Scharia

zur alleinigen Grundlage von Menschenrechten bestimmt, also über das Völkerrecht gestellt. In Artikel 19 der Erklärung wird die Scharia als einzige Grundlage der Entscheidung über Verbrechen oder Strafen festgelegt. Artikel 22 eröffnet jedem Menschen »in Einklang mit den Normen der Scharia« das Recht auf Selbstjustiz.[259] Die beiden Artikel 24 und 25 unterstellen ausdrücklich alle in der Erklärung genannten Rechte und Freiheiten der islamischen Scharia. Wie ein roter Faden zieht sich durch die gesamte Erklärung die Vorgabe, dass bei einer Kollision die Scharia stets Vorfahrt gegenüber weltlichen Gesetzen hat. Damit gilt auch: Menschenleben sind nicht mehr geschützt, wenn die Scharia für ein »Vergehen« den Tod fordert.

Wie kann diese »alleinige Grundlage der Menschenrechte« mit unserem Grundgesetz kompatibel sein, mit Meinungs-, Glaubens- und Redefreiheit? Mit dem Verbot der Todesstrafe? Und wie kann es sein, dass Kritik am Islam und an der Scharia im heutigen Deutschland im Handumdrehen als islamophob und fremdenfeindlich diffamiert wird, wo doch die kritische Auseinandersetzung mit dem Islam in den 90er-Jahren und im vergangenen Jahrzehnt, als der Islam gemessen am Bevölkerungsanteil weniger Gewicht in Deutschland hatte, auch in linken Medien ganz nüchtern thematisiert wurde? Der *Spiegel* zeigte auf der Titelseite seiner Ausgabe 13/2007 das Brandenburger Tor unter dem islamischen Halbmond, mit der Schlagzeile »Mekka Deutschland – Die stille Islamisierung«.[260] Anfang der 90er-Jahre zitierte das Magazin ausführlich und ohne die heute üblichen Pöbeleien gegen »Rechte« aus einer Streitschrift von zwei Berliner Wissenschaftlern, die den Begriff »Ausländerfeindlichkeit« als eine »Allzweckwaffe im politischen Streit um die Immigrationspolitik« entlarvt hatten.[261] Jegliche Kritik an Ausländern werde auf diese Weise »tabuisiert und unter den Verdacht der ›Ausländerfeindlichkeit‹ gestellt«. Es dränge sich der Eindruck auf, zitierte der *Spiegel* in der genannten Ausgabe die Berliner Wissenschaftler, dass linke Politiker von der traumatischen Erfahrung geleitet seien, die Auschwitz hinterlassen habe. Die Position der Grünen von damals, das Asylrecht entscheidend auszudehnen, wurde als »Einladung an Millionen Arme aus der ganzen Welt« bezeichnet, »sich verfolgt zu fühlen und die angebotene Grundsicherung hier in Anspruch zu nehmen«, ein Vorschlag, bei dem die Kosten für die wohlmeinenden Verfasser, »diese Visionäre guten Willens«, keine Rolle spielten und an »Phantasterei« grenzten. Die *Welt* publizierte im Juli 2004 ein Interview mit dem Princeton-Historiker

und Islamforscher Bernard Lewis unter der Schlagzeile: »Europa wird am Ende des Jahrhunderts islamisch sein.«[262]

Bürger begehren auf

Pegida

Die Patriotischen Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes (Pegida) haben sich im Oktober 2014 formiert. Binnen Wochen brachten sie in Dresden 25 000 Menschen auf die Straße. 4 Jahre später hat sich die Teilnehmerzahl an den Montagsdemonstrationen auf etwa 2000 eingependelt. Pegida war die erste Protestplattform, auf der Menschen, die unzufrieden mit der Politik von Angela Merkel und der politischen Kaste in Berlin sind, sich artikulieren konnten. Der Protest ging von Anfang an über den eher irreführenden Namen hinaus, wie Studien ab 2015 mehrfach belegten. Das war aber erst, nachdem die Medien die Bewegung in die rechte Ecke gestellt und Angela Merkel ihr in der Neujahrsansprache 2015 »Hass im Herzen« bescheinigt hatte. Merkel warnte die Bürger davor, sich Pegida anzuschließen. Es war genau diese Bevormundung durch Politik, Medien und die Kirchen, die die Unzufriedenen der Republik zusätzlich motivierte, ihren Protest zu Protokoll zu geben: gegen bürgerferne Politiker, die Wähler herablassend behandeln, gegen eine Migrationspolitik, die nicht mit Parlament und Wahlvolk abgestimmt wurde, gegen niedrige Renten und hohe Mieten, gegen wachsende soziale Spannungen und steigende Kriminalität.

Das ist auch der Grund, warum zu den Pegida-Märschen Bürger aus ganz Deutschland kamen und es in der Hochzeit zahlreiche städtische Ableger gab, darunter in Berlin, Lübeck, Hamburg, Cottbus und München. Dass sie pauschal als Nazis bezeichnet und auf »Islamfeinde« reduziert wurden, hat den Protest der Pegidianer weiter angeheizt. Alt-Kanzler Schmidt sieht in ihnen dumpfe Fremdenhasser, Ex-Kanzler Schröder hält sie für unanständig, Steinmeier hält sie für imageschädigend, der Kölner Erzbischof knipste die Lichter im Dom aus, als sie am Rhein marschierten. Die Bewegung zog einen Teil ihrer Energie aus der Entrüstung darüber, dass sie schlicht unter dem Banner des Fremdenhasses gesehen wird, unter gezielter Ausblendung aller anderen Beweggründe, die es gibt, in Deutschland dieser Tage auf die Straße zu gehen.

Welche Gründe das sind, legten mehrere Studien 2015 offen. Die erste kam von der TU Dresden. Sie zeigte deutlich, dass die laut Medien »rechtslastigen« und »islamfeindlichen« Demonstranten kein radikaler Pöbel sind, sondern überwiegend aus der gesellschaftlichen und sozialen Mitte kommen, gut ausgebildet und berufstätig sind und leicht überdurchschnittliche Nettoeinkünfte beziehen. Hier marschierte keine braune Gefahr für das Land, sondern eine Bewegung, die »generell unzufrieden mit der Politik« ist, harsche Kritik an Medien und Politik insgesamt übt und den Islam kritisch sieht.

»Auch wenn sich Pegida dem Namen nach gegen die Islamisierung des Abendlandes wendet, sind die Kundgebungen für die Mehrheit der Teilnehmer in

erster Linie eine Möglichkeit, tief empfundene, bisher nicht öffentlich artikulierte Ressentiments gegenüber politischer und meinungsbildender Elite zum Ausdruck zu bringen«, zitierte die *Welt* Anfang 2015 die Autoren der Dresdener Studie. »Der Igittfaktor gilt nicht mehr«, bilanzierte im Frühjahr 2018 die *Zeit*, »Ernst nehmen, auch wenn's schwerfällt«, forderte die *Süddeutsche Zeitung,* obgleich sie den Pegida-Marschierern immer noch abschätzig bescheinigt, »wie ein trauriger Clown durch die Manege zu stolpern«. Beobachter wie der Dresdner Theologe Frank Richter gestanden sich spät ein, Pegida falsch verstanden und plakatiert zu haben, auch wenn die Bewegung von teils dubiosen und politisch schwer vermittelbaren Organisatoren zusammengehalten wird. »Das äußere Erscheinungsbild«, sagt Richter, »die Teilnahme von bekannten Rechtsextremen, die aggressive Stimmung haben mich dazu gebracht, die Unterschiedlichkeit der Demonstranten zu übersehen und ihre Motive falsch einzuschätzen. Ich sah Pegida in Gänze als den Aufmarsch von Neonazis. Das stimmte nicht.«

Warum also ziehen vergleichbare Warnungen[263] und Kritik heute, wo wir viel mehr Muslime im Land haben als vor 20 Jahren, jede Menge allergische und wüste Reaktionen nach sich, anstatt eine sachliche Diskussion zu eröffnen? Die Antwort ist nicht so kompliziert, wie es scheint. Dass die politische Linke heute mit dem Islam, auch dem reaktionären, offen sympathisiert und diesen in einen Stand mit den Religionen erheben will, die unser Land geprägt haben, hat nicht nur mit deren Angst zu tun, dass sie selbst als islamfeindlich wahrgenommen werden könnte. Der amerikanische Moralphilosoph Michael Walzer beschreibt in einem Essay über den »Islamismus und die Linke«[264] die Furcht der Linken vor einer Ablehnung des Islam als so groß, dass berechtigte Angst vor den Radikalen gar nicht mehr wahrgenommen werde. Doch selbst eine solche Verdrängung kann den ganzen Eifer, mit dem Linke versuchen, sich für den Islam stark zu machen, nicht befriedigend erklären. Eine Antwort hatte schon Salman Rushdie gesucht, als er sich vor ein paar Jahren über die »seltsame Allianz« wunderte, das »aufeinander Zulaufen von westeuropäischem Linksmilieu und islamischem Extremismus«, wie es Samuel Schirmbeck in seinem Buch *Der Islamische Kreuzzug und der ratlose Westen* bezeichnete.[265]

Die überraschend klare Antwort hat der ehemalige US-Bundesanwalt Andrew McCarthy in seinem 2010 publizierten Buch *The Grand Jihad: How Islam and the Left Sabotage America* gegeben. McCarthy beschreibt das seit Jahren stärker werdende Zweckbündnis zwischen dem Islam und der Linken als eine ideologische Romanze, die sich auf verschiedenen, aber starken gemeinsamen Interessen gründet, darunter die jeweils

zugrunde liegende totalitäre Ideologie, der Kampf gegen westliche Werte und bürgerliche Freiheiten sowie die Priorität, die der Moral gegenüber dem Gesetz eingeräumt wird, wenn zum Beispiel bei uns die Linken versuchen, die Migration als ein rein humanitäres Projekt darzustellen. McCarthy argumentiert, dass die Sympathien der linken politischen Kaste mit dem Islam auch auf dem deckungsgleichen strategischen Ziel beruhen, das beide Seiten verfolgen: die radikale gesellschaftliche Transformation des Westens. In den Augen vieler Linker ist der Islam mit seinen rigiden Regeln sowie seinem Bekehrungs- und Beherrschungsanspruch gut geeignet, hartnäckige Regeln, Traditionen und Verhaltensweisen, die dem linken Lager ein Dorn im Auge sind, aufzubrechen oder zu beseitigen. Er ist eine Axt, mit der sich eine verhasste Gesellschaft wunderbar spalten und dann verändern lässt. Durch diese Vorgehensweise werden muslimische Migranten jedoch als Kanonenfutter in einem ideologischen Kreuzzug missbraucht, und zwar von jenen, die angeblich besonders tolerant sind und nur ihr Bestes wollen. Die Allianz zwischen dem Scharia-Islam und den Linken ist eine dynamische Zwei-Fronten-Bewegung gegen westliche Werte und Traditionen geworden. Um dieses Projekt ohne zu große Widersprüche umzusetzen, wird der Islam trotz seiner radikalen Strömungen von linken Politikern pauschal als »Religion des Friedens« dargestellt. Islamischer Terror wird demzufolge als Abnormität erklärt, die mit dem Glauben absolut nichts zu tun habe.

Für McCarthy haben beide Seiten, der konservative Islam und die Linke, mehr Gemeinsamkeiten als Trennendes. Wir befinden uns in einer Zeit, in der beide Seiten einen großen gemeinsamen Feind haben: die Kultur des Westens. Dass die Mainstream-Medien der herrschenden politischen Kaste im Umgang mit dem Islam durch unkritische und wohlmeinende Berichte zur Seite springen, ist für McCarthy nicht überraschend. »Die meisten Journalisten«, sagt er, »sind mit dem Aufstieg der Linken verbunden und leben in deren Welt.«[266] Folglich werden auch keine unbequemen Fragen gestellt, etwa ob wir Entwicklungen wie in unseren Nachbarländern zu erwarten haben. Auch in Belgien haben zum Beispiel linke Politiker und die etablierten Medien kritischen Beobachtern lange Zeit vorgehalten, DEN einen Islam gebe es nicht. Stimmt. Aber genau das ist ja das Problem. Denn die politischen und radikalen Strömungen des Islams fangen bei der erstbesten Gelegenheit an, einen Wirkungsbereich für die Scharia zu erkämpfen. Vor den Gemeinderatswahlen in Belgien im

Oktober 2018 verlangte die Partei »Islam« einen islamischen Staat und einen nach Geschlechtern getrennten Nahverkehr.

Sabotage – Die politische Kaste zerstört die tragenden Säulen der Demokratie

Der Rechtsstaat wird geschleift

»Die Revolution ist die Notwehr des Volkes, welches in seinen heiligsten Rechten gekränkt ist.«

Lothar Bucher

Wer der Sabotage unserer politisch-medialen Kaste gegen die geltende Rechtsordnung auf den Grund gehen will, fängt am besten beim Giftgasanschlag gegen den russischen Doppelagenten Sergej Skripal an. Dieser machte im März und April 2018 wochenlang Schlagzeilen. Wegen angeblich »unwiderlegbarer Beweise« der britischen Regierung gegen Russland wiesen zwei Dutzend westliche Staaten, darunter Deutschland, mehr als 140 russische Diplomaten aus. Ohne jegliche harte Fakten schloss sich die Bundesregierung unter Angela Merkel harschen diplomatischen Sanktionen an und provozierte eine diplomatische Krise mit Russland. Selbst dem ehemaligen EU-Kommissar Günter Verheugen standen die Haare zu Berge angesichts dessen, wie hier verfahren wurde. Die EU-Solidarität wurde ohne mit der Wimper zu zucken über geltendes Recht gesetzt. Auch zentrale Regeln der EU wie die Einstimmigkeit in strategischen Grundsatzfragen wurden ausgehebelt. Um auf Konfrontationskurs mit Russland zu gehen, wurden Lug und Trug zum Leitprinzip, Beweise spielten keine Rolle. Ein 700 Jahre altes rechtsstaatliches Grundprinzip, die Unschuldsvermutung, die von den meisten Ländern der Welt anerkannt wird und in Artikel 11 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte der UN verewigt wurde, flog

in den Mülleimer. Großbritannien und seine Verbündeten sahen sich nicht in der Pflicht, die schwerwiegenden Anschuldigungen, die auch das führende britische C-Waffen-Labor nicht bestätigen konnte, durch Offenlegung ihrer angeblichen »Beweise« zu unterstreichen. Alles lief nach dem Motto: Es können nur die Russen gewesen sein, wir kennen sie ja.

Man muss sich nur für 1 Minute verinnerlichen, was das bedeutet: Würde diese schamlose Umkehrung der Unschuldsvermutung in unserer Gesellschaft Einzug halten, hätten wir auf deutschen Straßen Faustrecht und Bürgermilizen mit Selbstjustiz. Das Schlimme im Fall Skripal ist: Hier gingen nicht nur serienweise führende westliche Staaten wie die Bundesrepublik zum Prinzip Willkür über, sie bestätigten auch einen schon länger sichtbaren Trend zur Beseitigung der Unschuldsvermutung, die eigentlich dazu da ist, Unschuldige vor ungerechten Strafen und Bürger vor staatlicher Willkür zu schützen. Seit Jahren wird, um Vermögen aus Drogengeschäften leichter beschlagnahmen zu können, eine Umkehr der üblichen Beweislast gefordert, vor allem von Grünen und SPD. Zur Aushöhlung von bürgerlichen Rechten und Grundrechten gehören auch Vorstöße der SPD für Wohnungsdurchsuchungen ohne richterlichen Beschluss im Zusammenhang mit Sozialbetrug.[267] Der ehemalige Bundesdatenschutzbeauftragte Peter Schaar hat in einem Interview zu seinem Buch *Trügerische Sicherheit* daher vor einer schleichenden Erosion von Grundrechten gewarnt: »Damit meine ich das ziellose Überwachen und Registrieren von Menschen, unabhängig davon, was sie tatsächlich getan haben oder vermutlich tun werden, sondern allein, um zu erkennen, ob jemand irgendeine nicht gewollte oder sogar verbotene Handlung plant. Dieses Vorgehen kommt bei der Vorratsdatenspeicherung zum Tragen, bei der Speicherung von Flugpassagierdaten und nicht zuletzt bei der Videoüberwachung.«[268]

Was wir derzeit in Deutschland erleben, ist ein multiples Versa-gen unserer Rechtsordnung, die von der politischen Kaste mit Füßen getreten und durch Unterbesetzung der Gerichte und zuständigen Behörden bewusst geschwächt wird. Von der Migration über das Internet-Zensurgesetz »NetzDG« bis hin zu staatlichen Übergriffen gegen das Eigentum erleben wir fortgesetzten Rechtsbruch, der von Experten immer wieder beklagt wird. Doch das bleibt ohne Konsequenzen. Es ist, als sollten wir alle an diesen Zustand gewöhnt werden. In der ersten Regierungserklärung ihrer vierten Amtszeit versprach Angela Merkel, sie wolle »den Rechtsstaat an

jedem Ort in unserem Land durchsetzen«. Doch die Wahrheit ist: Sie hat diesen Rechtsstaat gefährlich geschwächt. Im Herbst 2015, wenige Tage nach der folgenschweren Grenzöffnung, warnte Bundesverfassungsrichter Peter Huber, der Rechtsstaat zeige Erosionstendenzen, die Akzeptanz der verfassungsmäßigen Ordnung sei »gefährdet«, das werde auf Dauer »zum Problem«.[269] Der Verfassungsrechtler Udo di Fabio kam nach juristischer Prüfung der Migrationspolitik von Angela Merkel zu dem Schluss, die Bundesregierung habe mit ihrer Weigerung, die Landesgrenzen umfassend zu kontrollieren, Verfassungsrecht gebrochen. Und die Hausjuristen des Bundestages konnten keine Rechtsgrundlage für die Entscheidung zur Grenzöffnung erkennen. Das CDU-Urgestein Willy Wimmer zog im Juni 2018, während der Streit zwischen Horst Seehofer und Angela Merkel eskalierte, betreffs der 3 Jahre Merkel seit der Grenzöffnung folgendes Fazit: »Es kommt darauf an, dass die Bundeskanzlerin ihrem Amtseid entspricht. Und das tut sie offensichtlich seit 3 Jahren in einer Art und Weise, dass nur noch Schrecken über unser Land geht. Jeden Tag ein totes Mädchen, das kann ja nicht sein.«[270]

Angela Merkel hat schon in ihrer dritten Amtszeit bis 2017 mit der Auflösung des Staates begonnen. Mit der Öffnung der Grenzen hat sie das Staatsgebiet aufgelöst. Sie führte 2016 und 2017 ein Kabinett, in dem keiner wusste, wo bis zu eine halbe Million Asylbewerber untergetaucht waren. Sie löste mit ihrer Migrationspolitik eine »Lawine« (O-Ton Schäuble) aus, die die verfügbaren Richter nicht mehr bewältigen können, ohne viele andere Verfahren schleifen zu lassen und Kriminelle zurück auf die Straße zu schicken. Der ehemalige Verfassungsrichter Michael Bertrams kritisierte im *Kölner Stadt-Anzeiger* »Merkels Selbstherrlichkeit«[271] und äußerte verfassungsrechtliche Zweifel, »ob sie zu ihrem Alleingang überhaupt legitimiert war«. Laut Bertrams liegen in einer repräsentativen Demokratie alle wesentlichen Entscheidungen in den Händen der Abgeordneten. Doch die wurden ebenso wenig gefragt wie das Wahlvolk. Kein Wunder daher, wenn das Oberlandesgericht Koblenz im Februar 2017 mit Blick auf die Migration in einem Urteil zu dem Schluss kam: »Die rechtsstaatliche Ordnung in der Bundesrepublik ist in diesem Bereich jedoch seit rund eineinhalb Jahren außer Kraft gesetzt und die illegale Einreise ins Bundesgebiet wird momentan de facto nicht mehr strafrechtlich verfolgt.«[272] Zum selben Ergebnis war schon 8 Monate zuvor ein Amtsrichter in Passau bei einem Schleuserprozess gekommen. Obwohl die zuständige Staatsanwaltschaft für Schleuser 2 Jahre Haft

gefordert hatte, urteilte der Richter auf Bewährung. Begründung: »Angesichts der Zustände an den Grenzen ist die Rechtsordnung von der deutschen Politik ausgesetzt, deshalb wird keine unbedingte Haftstrafe erteilt.«[273]

Auch bei der Abschiebung straffällig gewordener Flüchtlinge wird der rechtliche Rahmen nicht ausgeschöpft, wie selbst der Wissenschaftliche Dienst des Bundestages feststellt. In einem Papier zum Sachstand[274] führen die Parlamentsjuristen aus, dass sich auf den Abschiebeschutz im Völkerrecht, der im Artikel 33 der Genfer Flüchtlingskonvention verbrieft wird, nicht berufen kann, wer als Flüchtling »eine Gefahr für die Sicherheit des Gastlandes« darstellt oder »eine Gefahr für die Allgemeinheit bedeutet«, weil er wegen eines Verbrechens oder eines besonders schweren Vergehens rechtskräftig verurteilt wurde. Hier genießen der Schutz des aufnehmenden Landes und der seiner Öffentlichkeit offenbar oberste Priorität. Doch nicht in den Augen unserer politischen Kaste, die interessiert das nicht. Sonst würde sie nicht auf Abschiebungen weitgehend verzichten. Obwohl laut dem Statistischen Bundesamt allein von 2014 bis 2016 hierzulande 635 838 Ausländer wegen einer Straftat verurteilt wurden, hat Deutschland laut der Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage der FDP-Fraktion im Bundestag in den vergangenen 4 Jahren lediglich 19 342 gefährliche oder straffällige Zuwanderer ausgewiesen.[275] Das ist eine Quote von 3 Prozent. Dafür fängt die Polizei bei uns Eltern mit schulpflichtigen Kindern am Flughafen ab, wenn sie ein paar Tage vor Ferienbeginn wegfliegen, und zeigt sie für Bußgelder beim zuständigen Landratsamt an.[276] Oder sie macht Treibjagd auf »Diesel-Sünder«, während eine unbekannte Zahl von Asylbetrügern unbehelligt durch Deutschland zieht.

Die Liste von Sabotageakten gegen unser Rechtssystem und gegen das Rechtsgefühl der Bürger ist lang. Sie reicht von Vorstößen wie in Hamburg durch SPD, Grüne und Linke zur Beschlagnahme von Immobilien bis hin zum Frontalangriff auf die Meinungsfreiheit durch Heiko Maas. Dessen NetzDG gilt seit Anfang 2018. Die *Neue Juristische Wochenschrift* urteilte darüber: »Grundrechtssensible Entscheidungen werden sozialen Netzwerken überantwortet und die Gewährleistung der öffentlichen Ordnung wird de facto privatisiert.«[277] Nicht nur das: Private US-Konzerne entscheiden jetzt, was deutsche Bürger im Internet sagen dürfen und was nicht. Rechtsexperten haben beim NetzDG »durchgreifende verfassungsrechtliche Bedenken«.[278] Vom »Ausverkauf von

Grundrechten« bis hin zu Schnelljustiz in der Löschkaserne«[279] reicht die beißende Kritik. Auch die OSZE kritisierte das Gesetz scharf, es habe eine »abschreckende Wirkung auf die freie Meinungsäußerung«. Der Wissenschaftliche Dienst des Bundestages warnte in einer Ausarbeitung nicht nur vor einem »Einschüchterungseffekt« auf die Meinungsfreiheit im Internet, sondern auch vor »einer dem Staat zurechenbaren Grundrechtsbeeinträchtigung«.[280] Man könnte genauso gut von einem gezielten Strangulierungsversuch gegen die Meinungsfreiheit sprechen.

Staatliche Angriffe auf unsere Rechtsordnung beobachten wir auch, wenn bei Landtagswahlen Ergebnisse manipuliert[281] werden oder das Berliner Neutralitätsgesetz für verfassungswidrig befunden[282] wird. Am schlimmsten ist jedoch, wie in der Migrationskrise gegen geltende Gesetze bis hin zum Grundgesetz agiert wurde. Wir werden in Deutschland von einer Kanzlerin regiert, die den Artikel 16a des Grundgesetzes außer Kraft setzte, wonach in Deutschland kein Asyl erwarten kann, wer aus einem anderen EU-Land einreist. Wir erleben, wie das Verfassungsgericht einer CDU-Bildungsministerin die Rote Karte zeigt, weil sie gegen das Neutralitätsgebot verstößt.[283] Und wir leben in einem Land, dessen linke Kaste wie im Fall des Frauenmarsches am 17. Februar 2018 in Berlin den linken Straßenmob gewähren lässt, wenn er eine genehmigte Demonstration blockiert. Der Wille grüner Politiker in der Gegendemonstration galt mehr als das Recht der protestierenden Frauen. Man kann daraus auch die Lehre ziehen, dass in Deutschland um sein Recht gebracht wird, wer weniger aggressiv darauf pocht. Hier wird das Recht des Stärkeren durchgesetzt. Das ist ein Rezept für einen Bürgerkrieg. Nach dem blockierten Marsch in Berlin wurden zudem Redner der genehmigten Demonstration auf Facebook gesperrt.

Ein Blick auf die EU zeigt, dass auch dort nach Belieben Recht gebrochen wird. Das reicht von der Bailout-Klausel, nach der kein Land für die Schulden eines anderen haften soll, über das Verbot der monetären Staatsfinanzierung, das mit dem Kauf von Staatsanleihen durch die EZB umgangen wird, bis hin zu dem Versuch der EU, nationale Regierungen beim Thema Asyl und Einwanderung zu entmündigen.[284] Auch in unseren Nachbarländern sorgen staatliche Zersetzung und die Erosion verfassungsmäßiger Rechte zunehmend für Entsetzen und Proteste. Die Zeitung *El Pais* sieht in Spanien »den Rechtsstaat, das demokratische System und selbst die Marktwirtschaft in Auflösung«[285], während *Le*

Monde eine »beschleunigte Auflösung des politischen Systems«[286] beobachtet.

In Deutschland ist gesetzeswidriges Handeln inzwischen zu einem festen Bestandteil der Politik geworden. Das fing mit dem Bruch des Maastricht-Vertrages an, setzte sich mit dem Atomausstieg fort und sah in der Masseneinwanderung mit der Abschaffung des Asylgesetzes sowie dem NetzDG seine Fortsetzung. Das Resultat ist eine Verfassungskrise, die die Zustimmung der Bürger zum Staat zermürbt. Bis aus den letzten Winkeln des Landes kommen die Signale, die von einem schleichenden, aber weit vorangeschrittenen Zusammenbruch des Rechtssystems künden. Zum Beispiel, wenn Gerichte »wegen hoher Arbeitsbelastung« Terrorverdächtige laufen lassen. Oder wenn ein algerischer Intensivtäter von einem Landgericht eine mildere Strafe als in der ersten Instanz bekommt, weil der Richter ihm »Haftempfindlichkeit« bescheinigt.[287] Oder wenn der Vizechef des Bundes Deutscher Kriminalbeamter, Sebastian Fiedler, 15 Monate nach dem Anschlag am Berliner Breitscheidplatz über die seitdem angeblich verbesserte Sicherheit schreibt: »Die ehrliche und zugleich bedrückende Antwort: Chancen für eine tief greifende Neuausrichtung mit substanziellen Verbesserungen wurden bisher vertan.«[288]

Nach regelrechter Sabotage gegen den eigenen Rechtsstaat riecht es, wenn die Polizei bei mehr Gewalt weniger Überwachungsbilder anfordert[289], wenn Kommunen Linksextreme finanzieren[290], wenn die Antifa auf einer angeblich schon längst verbotenen Webseite (*indymedia*) weiter mit ihren Gewalttaten prahlen kann, zum Beispiel wie sie im März 2018 eine im Bau befindliche Polizeistation verwüstete[291], oder wenn sie »Schweine« (gemeint sind Polizisten) »zum Abschuss freigibt«.[292] Als im Mai 2018 auf der Webseite zu »Chaostagen« in Berlin aufgerufen wurde, konnte man auch dieses Bekenntnis lesen: »Wir werden nicht mit dem Staat, den wir ablehnen und zerstören wollen, verhandeln.«[293] Wer ganz ungeniert zur Staatszerstörung aufruft, kann hierzulande offenbar ungehindert im Internet posten, Hauptsache, er ist irgendwo »links« einzuordnen.

Besonders zu denken gab im März 2018 ein aufsehenerregender Fall. Im links regierten Thüringen fanden Polizeibeamte in vier Wohnungen mehr als 100 Kilo Chemikalien, die für die Herstellung eines besonders gefährlichen Sprengstoffs geeignet waren. Teil des Funds war eine fahrbare Bombenwerkstatt. Und obwohl eine Spur ins Antifa-Milieu

führte, verneinte das zuständige Landeskriminalamt noch 3 Tage später gegenüber Medien eine Übernahme des Falles, nur um wieder einen Tag später unter wachsendem politischen Druck doch noch aktiv zu werden. Seitdem ist der Fall aus den Medien verschwunden.

Zu denken gibt auch, wenn selbst ein grüner Stadtrat und Bahnhofseigentümer in Balingen dem *Schwarzwälder Boten* in einem Leserbrief schreibt, er würde »Tag für Tag« am Bahnhof erleben, wie randalierende »Subjekte« den Rechtsstaat vorführen, während »wir uns eine heile Welt zusammengebastelt haben, in der derjenige zum Bösen gestempelt wird, der versucht, seinen Mitmenschen die Scheuklappen von den Augen zu reißen«.[294] Derselbe Eindruck entsteht, wenn die Berliner Staatsanwaltschaft SOS funkt und sagt: »Wir sind am Ende, wir können nicht mehr.«[295] Oder wenn ein ehemaliger Berliner Innensenator im *Tagesspiegel* schreibt: »Die Bundesrepublik Deutschland, ein gut durchorganisierter Rechtsstaat, ist innerhalb von Monaten von einer gut meinenden, aber hilflos handelnden Bundeskanzlerin Merkel in einen Staat verwandelt worden, in dem ein Teil der rechtsstaatlichen Organisation aus falsch verstandener Humanität außer Kraft gesetzt wurde.«[296]

Instabilität ist mit derartigen Zuständen und Entwicklungen nicht nur programmiert, sie ist längst eingetreten, zumindest was die Handlungsfähigkeit des Rechtssystems angeht. Dabei entsteht immer mehr der Eindruck, dass es sich hier um Sabotage gegen den eigenen Staat handelt. Das wird auch deutlich, wenn die Justiz Vergewaltiger freilässt, weil entsprechende Verfahren nicht schnell genug abgewickelt werden können[297], wenn sich allein bei der Kripo Bremen 10 000 unerledigte Ermittlungsverfahren wegen chronischer Unterbesetzung stapeln[298], wenn im Schnitt ein halbes Jahr auf ein Urteil in einem Zivilrechtsstreit gewartet werden muss[299] oder wenn Diebstahl kaum noch verfolgt wird, während der Einzelhandel über immense Schäden klagt[300]. In der deutschen Hauptstadt führt nur jedes fünfte Verfahren zu einer Anklage, so die Berliner Generalstaatsanwältin Margarete Koppers im Mai 2018.[301] Das ist eine Destabilisierung mit politischen Motiven, denn chronische, also gewollte Überlastung spielt hier eine große Rolle. Sie zerstört die Demokratie und baut erhebliches Protestpotenzial auf. Auch hier wird das Zerstörungswerk von medialer Seite unterstützt, zum Beispiel, wenn der Leiter des Meinungsressorts der *Süddeutschen Zeitung*, der viel auf seine juristische Ausbildung und Erfahrung hält, mit »sanftem Rechtsbruch« eine neue Kategorie in das deutsche Recht einführt.[302]

Carl Friedrich von Weizsäcker hatte in seinem prophetischen Buch *Der bedrohte Friede – heute* schon 1983 vorausgesagt, »daß [sic] in unserer Welt Lagen eintreten, in denen das Recht keine Waffe mehr hat«. Was von Weizsäcker vor mehr als 3 Jahrzehnten jedoch nicht ahnen konnte, war, dass dieser Zustand gezielt herbeigeführt werden würde[303], dass wir quasi von Sabotage sprechen können. Die chronische Unterbesetzung von Gerichten ist nur ein Beweis.[304] Wissentlich importierte Gewalt, wie in Kapitel 1 beschrieben, ist ein anderer. Zu denken gibt es auch, wenn eine 15-Jährige im Bus sexuell belästigt wird, ein Video der Tat im Internet erscheint und die Staatsanwaltschaft dennoch erst dann tätig wird, wenn die lokale Zeitung fragt, warum das Verfahren trotz des Videobeweises eingestellt worden sei.[305] Fassungslos hat viele Bürger auch gemacht, dass bei der Festnahme von Kataloniens Ex-Präsident Carles Puigdemont in Norddeutschland die komplette Befehlskette von den Geheimdiensten über die zuständige Staatskanzlei und die Bundespolizei bis hin zu örtlichen Polizeistellen in kürzester Zeit perfekt funktionierte, während bei einer nicht mehr feststellbaren Zahl von Messerattacken, Terroranschlägen, Gefährdern und Wiederholungstätern fehlende Kooperation und miserable Abstimmung zwischen Behörden und Nachrichtendiensten das immer wiederkehrende Muster war. Der Messerstecher von Hamburg, Ahmad A., der viele »Ungläubige« töten wollte[306], hätte von den Behörden bereits im Frühjahr 2015 abgeschoben werden können. Doch die zuständigen Beamten versäumten die Frist für das Rücknahmegesuch. Die *Neue Zürcher Zeitung* kommentierte den Fall im August 2017 so: »Die Gründe sind so bunt, wie Deutschland gerne wäre: Die Ausländerbehörden der Bundesländer sind überlastet oder unwillig, Abschiebungen durchzusetzen. Die Herkunftsländer sperren sich. Pastoren gewähren illegal Kirchenasyl. Ein Heer von Aktivisten wettert gegen Abschiebungen. Medien berichten gross [sic] über traurige Einzelschicksale. Das Ergebnis ist ein gesellschaftliches Klima, in dem der Druck, nachlässig zu sein, bis heute grösser ist als jener, geltendes Recht umzusetzen.«[307]

Wie, so lautet die Frage, soll man entsetzten Bürgern einleuchtend erklären, dass es für Anis Amri keine Haftgründe gab, während GEZ-Verweigerer in der Justizvollzugsanstalt landen können. Wir haben es mit einem Rechtsstaat zu tun, der so weit vor dem Verbrechen zurückgewichen ist, aus Kostengründen und wegen linker Ideologie, dass er in weiten Teilen nicht mehr funktionsfähig ist. Nicht mehr funktionsfähig sein will, muss man sagen. Denn zahlreiche Warnungen von Sicherheitsbehörden,

Brandbriefe von Bürgermeistern, Notrufe von Polizisten sowie Warnungen von Experten vor einem drohenden Kollaps wurden jahrelang in den Wind geschlagen. Stattdessen wurde beschwichtigt und relativiert, auch in den Medien. Wie aus Gebetsmühlen wurde uns eingetrichtert: »Wir schaffen das.« Doch dem Rechtssystem wurde ein schwerer und bleibender Schlag versetzt. »Die Justizorgane im Land«, so der Sicherheitsexperte und Bestsellerautor Stefan Schubert, »scheinen sich dazu entschlossen zu haben, Deutschland vollkommen zu destabilisieren.« Der Staat ist zum Gegner seiner Bürger geworden.[308]

Das Parlament wird kaltgestellt

»Unsere Demokratie ist Tyrannis durch Mittelmäßigkeit.«

Elmar Kupke

Wir leben in einer Demokratie, die sich in rasender Auflösung befindet, die von autoritär geführten Parteien geplündert wird. In dieser Demokratie könnte man die Distanz zwischen Regierenden und Regierten durchaus in Flugstunden messen. In dieser Ausverkauf-Demokratie wird Opposition als lästig empfunden und Kritik mit der Nazikeule niedergeknüppelt. Wie zur Bestätigung des desolaten Zustands unserer Demokratie regieren die beiden größten Verlierer der jüngsten Bundestagswahl unbeirrt gemeinsam weiter. Die Volksverachtung hat einen nie gekannten Höhepunkt erreicht. Die etablierten, aber um ihre Existenz kämpfenden Medien sind mit der regierenden politischen Kaste zulasten der Wähler eine Symbiose eingegangen und empfehlen in wüsten Kolumnen nicht nur »Weniger Demokratie wagen«, sie sind auch »dankbar«, wenn »viele Krakeeler am Wahltag zu desinteressiert oder zu betrunken sind, um aus dem Bett zu finden«.[309] In dieser demokratischen Ruinenlandschaft gibt es mehr Lobbyisten als Bundestagsabgeordnete, darf die Kanzlerin Treffen mit Lobbyisten sogar verschweigen.[310] Wolfgang Schäuble, der Bundestagspräsident dieses Landes, ist der Meinung, vom Wahlprogramm abzurücken sei für eine Partei »kein Umfallen«. Die viel zitierte Bundestagsvizepräsidentin in diesem Land kennt das Grundgesetz nur lückenhaft.[311] Und der Vorgänger von Wolfgang Schäuble als Parlamentspräsident plädierte vehement gegen Volksentscheide. Die

Debatten, die das Land dringend bräuchte, werden von Zensurmaßnahmen wie dem NetzDG unterdrückt und finden allenfalls noch in Talkshows statt. Doch dort sind sie inszeniert und werden durch strikte Auswahl der Diskutanten gelenkt. Die Regierungschefin dieses Landes ignoriert die Beschlüsse ihrer eigenen Partei[312], während sie in informellen Kaminrunden mit den Ministerpräsidenten um den Bundestag herum regiert.[313] Und weil die Parteien dank extrem beharrungsfähiger Politoligarchen stark verfilzt sind, können sich die Wähler dieses Landes bei Wahlen nicht einmal der größten Versager entledigen. Das hat auch damit zu tun, dass eine beständige Mehrheit der Abgeordneten nicht von Wählern direkt ins Parlament entsandt, sondern von der jeweiligen Parteioligarchie ausgewählt wird. Das dadurch entstandene Heer von Stimmknechten, die in Abhängigkeit ihrer Parteifunktionäre Volksvertreter simulieren, hat erschreckende Ausmaße angenommen. Von den 709 Abgeordneten im aktuellen Deutschen Bundestag (19. Wahlperiode) haben nur 298 vom Wahlvolk in den Wahlkreisen ein Direktmandat erhalten. Doch 411 (fast 60 Prozent!) von ihnen kamen über die 16 Landeslisten, die die Parteien aufstellen. Schlimmer noch: Meine Anfrage bei den Zentralen Assistenzdiensten (ZT 4) des Bundestages im Mai 2018 ergab, dass 389 Abgeordnete im aktuellen Bundestag »noch nie ein Direktmandat errungen« haben. Das heißt: Eine solide absolute Mehrheit von 55 Prozent der Abgeordneten wurde noch nie von den Wählern direkt gewählt. So ziehen sich die Parteien ein wachsendes Heer williger Abstimmungssoldaten heran. Diese sind vollkommen abhängig vom Wohlwollen der Führungsriege in ihren jeweiligen Parteien. Das ist der wichtigste Grund, warum Andrea Nahles im Frühjahr 2018 trotz heftigen Widerstands der Parteibasis Vorsitzende der SPD wurde. Es ist auch der Grund, warum sich Angela Merkel so quälend lange an der Spitze der CDU und der Bundesregierung halten konnte. Die Abstimmungsmarionetten arbeiten in parlamentarischer Knechtschaft ihrer jeweiligen Fraktionschefs und können sich eine Konfrontation mit den Strippenziehern, denen sie ihren Sitz im Parlament verdanken, nicht erlauben.

Das Ergebnis ist eine Lähmung des Parlaments und ein Zusammenbruch des Parlamentarismus. Eine Kontrolle der Regierung findet nicht mehr statt. Schlamperei, krasse Fehlentscheidungen, Korruption und Amtsmissbrauch: Es wird niemand mehr zur Verantwortung gezogen. Die Regierung entscheidet nur noch, was ihr wichtig ist. Und die Parteien

selbst entfernen sich immer weiter von den Wählern. Laut Artikel 21 Absatz 1 GG wirken die Parteien »bei der politischen Willensbildung des Volkes mit«. Von einem eisernen Zangengriff um das Parlament war nie die Rede. Die Unterwerfung des Parlaments durch die Parteien ist die schlimmste und für die Demokratie schädlichste Entwicklung in unserem Land. Der Schriftzug »Dem Deutschen Volke« unter dem Giebelfries des Reichstagsgebäudes könnte getrost ersetzt werden durch das Motto »Alle Macht den Parteien«.

Bürger begehren auf

Die Revolte der SPD-Basis

Die Medien nannten sie mal »das rote Elend«, mal »Chaostage«, mal den »Aufstand gegen die machtversessene Parteiführung«. Es geht um die Revolte der SPD-Basis gegen ihre Funktionäre. Die Machtprobe der Partei mit ihrem eigenen Establishment ist ein Spiegelbild dessen, was unser ganzes Land erfasst hat. Und sie hat offenbart, warum die SPD der Bedeutungslosigkeit entgegenschrumpft. Oben, an der Parteispitze, wollen die Top-Sozis mitregieren, koste es, was es wolle, und wenn es die eigene Glaubwürdigkeit ist. Unten an der Basis, wo es gärt und brodelt, wo sich die Schnittstelle zwischen der Partei und ihren noch nicht getürmten Wählern befindet, wird Mitbestimmung gefordert. Nachdem die Sondierungen für eine Jamaika-Koalition Ende 2017 gescheitert waren, wollte die SPD-Spitze, die bis dahin vor allem durch Martin Schulz immer wieder kategorisch den Platz in der Opposition gefordert und eine Beteiligung an einer Regierung Merkel definitiv abgelehnt hatte, neue Ämter und Ministerien und wurde doch wieder schwach. Es roch zu gut an den Töpfen der Macht.

In der SPD sieht es mit Blick auf das Kernproblem kaum anders aus als in der CDU: Die Partei hat sich nie seit dem Zweiten Weltkrieg so weit von Basis und Volk entfernt. Sie hat ihre alten Kernbotschaften radikal über Bord geworfen. Wie Angela Merkel bei der CDU hat die sozialdemokratische Führung den Kontakt zur Realität verloren und zeigt keine Lernfähigkeit. Der ehemalige Herausgeber des *Handelsblatts,* Gabor Steingart, beschrieb diesen politischen Autismus im Dezember 2017 – die SPD hatte Martin Schulz noch nicht in die Wüste gejagt – unter der Schlagzeile »Der kommende Aufstand« so: »Das Volk sagt ›Flüchtlinge‹, und die SPD versteht ›Bürgerversicherung‹. Das Volk sagt ›innere Sicherheit‹, und Martin Schulz versteht ›Opposition‹. Das Volk ruft mit wachsender Ungeduld nach Aufbruch und Zukunft, und die führenden Sozialdemokraten behaupten, sie hätten Umverteilung gehört.«

Im Klartext: Die Parteibonzen der SPD hören, was sie hören wollen. Ihnen geht es einzig um Machterhalt und Pfründe. Basis und Bürger können sehen, wo sie bleiben. Und weil aus der SPD langsam aber sicher eine Randerscheinung zu werden droht, meutert die Basis. In der CDU wurden verschiedene kleine Revolten

von Angela Merkel schroff abgebügelt. Aber in der SPD hat die Revolte Stehvermögen und zumindest teilweise Erfolg. Die »No-GroKo-Bewegung«, mit der Juso-Chef Kevin Kühnert und Landesverbände wie Berlin und Sachsen-Anhalt gegen eine erneute Große Koalition mit der Union rebellierten, hat ihr Ziel zwar nicht erreicht. Doch das äußerst dürftige Abschneiden von Andrea Nahles bei der Wahl zur Parteivorsitzenden auf dem Sonderparteitag im April 2018 mit nur 66 Prozent Zustimmung war ein lange nachhallender Warnschuss.

Die SPD hat in den Koalitionsverhandlungen für die jetzige GroKo ihre alte Klientel erneut zuverlässig im Stich gelassen und damit auch die eigene Basis und den linken Flügel düpiert: »Der Spitzensteuersatz wird nicht erhöht, es gibt faktisch eine Obergrenze für Flüchtlinge, die Lösung zum Familiennachzug ist enttäuschend.« So erläuterte Kühnert in einem Interview seine ablehnende Position. Vor allem der rabiate Schwenk in Sachen Regierungsbeteiligung hat der SPD schwer geschadet, obwohl es noch viel mehr gibt, was Parteibasis und Wahlvolk verprellt. Die Sozialdemokraten führen hier im Kleinen vor, was das ganze Land bewegt und spaltet: die rasende Entfernung der Eliten von der Basis, der komplette Verrat einst in Stein gemeißelter Grundsätze zugunsten einer Beteiligung an der Macht, und dann Mauscheleien, die heimlich, still und leise für vollendete Tatsachen sorgen, ohne Beteiligung von Bürgern, Wählern und einfachen Mitgliedern.

Bei der SPD war das der gescheiterte Versuch, Andrea Nahles schon vor dem Sonderparteitag an die Spitze der Partei zu hieven. Erst das Einschreiten der SPD-Juristen, die daran erinnerten, dass es entsprechende Statuten für einen Übergang an der Spitze gibt, und der Aufschrei der Basis sorgten dafür, dass die eigenen Regeln eingehalten wurden. Für die SPD bedeutet das: Die Rebellion der unteren Parteietagen ist noch längst nicht vorbei, die tiefe Spaltung der Partei hält an. Wenn Kungelei an der Spitze, Postengeschacher nach Gutsherrenart und schamlose Ämterbedienung nicht enden – und die Partei nicht zu ihren Kernversprechen zurückfindet –, ist der Weg ins politische Grab vorgezeichnet.

Für alle Bürger in Deutschland heißt die Botschaft: Nur wenn man den Eliten in Berlin, in den Rathäusern und Landtagen des Landes sowie in den Medien und den Kirchen laut und unmissverständlich signalisiert, dass ein »Weiter so« in den Abgrund führt, wird sich etwas ändern. Wie formulierte der *Spiegel* noch gleich die Alternativen mit Blick auf die SPD: »Durchziehen? Oder zuhören?« Es regiert weiter das Durchziehen. Und am Horizont wartet der Sturm.

Diesen Befund bestätigt ein kurzer, aber schockierender Blick in das Sondierungspapier[314] der Vorgespräche, die zur jetzigen GroKo führten. In der Präambel des Papiers vom 12. Januar 2018 heißt es auf Seite 2 zwar vielversprechend: »Wir wollen unsere Demokratie beleben.« Doch auf der letzten Seite des Papiers steht schwarz auf weiß: »Die Tagesordnung der Kabinettsitzungen soll den Fraktionen vorab mitgeteilt werden. Im Bundestag und in allen von ihm beschickten Gremien stimmen die Koalitionsfraktionen einheitlich ab. Das gilt auch für Fragen, die nicht

Gegenstand der vereinbarten Politik sind. Wechselnde Mehrheiten sind ausgeschlossen.« Im Klartext: Für die gesamte Dauer der GroKo werden die Abgeordneten der Koalitionsparteien auf die Vorgaben des Kabinetts festgelegt, so, als hätte es den Artikel 20 im Grundgesetz (»Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat«) nie gegeben, und so, als könne man auch über den Artikel 38 einfach hinwegsehen: Die Abgeordneten »sind Vertreter des ganzen Volkes, an Aufträge und Weisungen nicht gebunden und nur ihrem Gewissen unterworfen«.

So hebelt man das Grundgesetz aus. Kein Wunder, wenn bisweilen selbst staatstragende Medien in Kommentaren zu dem Schluss kommen, die GroKo lege sich wie eine »Grabplatte […] über das Land«.[315] In diesem Land gehört die übliche Befragung der Bundesregierung zu den langweiligsten Ritualen die man kennt, weil sie jeweils nur eine halbe Stunde dauert, ein Teil der Zeit vom Eingangsvortrag eines Regierungsmitglieds totgeschlagen wird und die Regierung selbst festlegt, was überhaupt gefragt werden darf. Erst im Juni 2018 wurde das Format etwas geändert, die Fragestunde ohne Nachfragen blieb jedoch langweilig. In dieser zerrütteten Demokratie denken linke Politiker bis hin zur CDU laut darüber nach, ob sie »Stellschrauben« in das Wahlrecht einführen sollen, damit eine Frauenquote festgeschrieben werden kann. Wie wäre es, wenn die Parteien einfach mehr Frauen auf die Kandidatenlisten setzen? Wie weit verbreitet die Kritik an diesen antidemokratischen Tendenzen und Gedankenspielen ist, das hat im Dezember 2017 ein fabelhaftes Interview im *Handelsblatt* mit dem Familienunternehmer Heinz Hermann Thiele (Knorr-Bremse) sowie Hans-Werner Sinn und Peter Gauweiler gezeigt. Von jedem der drei Teilnehmer an diesem außerordentlich informativen Gespräch[316] sollen hier nur zwei Zitate stellvertretend wiedergegeben werden:

Heinz Hermann Thiele:

- *»Die Bundeskanzlerin hat in den letzten Jahren sehr viele Schritte unternommen, die zu einer teilweisen Aushebelung der Demokratie geführt haben.«*
- *»Heute hat die Regierung das Parlament im Griff, nicht umgekehrt.«*

Hans-Werner Sinn:

- *»Die hauptsächlichen fiskalischen Rettungsoperationen hat die EZB mit Billigung der Kanzlerin getroffen, nicht aber mit Billigung des Parlaments.«*
- *»Auf dem Höhepunkt der Euro-Krise hatten wir ein fiskalisches Rettungsvolumen für die sechs Krisenländer in Südeuropa plus Irland von 1342 Milliarden Euro. Davon haben die Parlamente 13 Prozent verantwortet und der EZB-Rat 87 Prozent.«*

Peter Gauweiler:

- *»Die Demokratie wackelt. Die Umwälzungen, die uns in den letzten Jahren beschäftigt haben – wie die ungezügelte Zuwanderung, der Euro-Rettungskurs oder die umstrittenen Einsätze der Bundeswehr im Ausland –, haben den Bundestag immer nur am Rande beschäftigt.«*
- *»Das freie Mandat, wie es das Grundgesetz postuliert, wird nicht mehr gelebt.«*

Kurz nach der Bundestagswahl schoss die ehemalige Kohl-Sympathisantin Gertrud Höhler eine Breitseite gegen Merkel ab: »Sie schleift die Grenzen zwischen Parteien, die früher Wettbewerber waren. Sie annektiert die Kernbotschaften ihres Regierungspartners SPD, lässt Gesetze umschreiben und Wertversprechen verschrotten. Sie toleriert marktwirtschaftliche Querschläger wie den Mindestlohn, setzt fast unbemerkt die Wehrpflicht aus, um sie etwas später ganz abzuschaffen, schaltet Atommeiler befristet an und dann schlagartig ab und kegelt dabei ein Dutzend Gesetze vom Tisch.«[317] Demokratieverachtung ist hierzulande jedoch kein Alleinstellungsmerkmal von Angela Merkel. Das hat im März zum Beispiel der Agrarminister von Baden-Württemberg, Peter Hauk (CDU), bewiesen, als er zu Protokoll gab, der Pestizideinsatz in der Landwirtschaft gehe die Öffentlichkeit nichts an.[318] Denselben antidemokratischen Geist offenbarte Wirtschaftsminister Peter Altmaier, als er noch Kanzleramtsminister war und im Dezember 2017 bei »Maybrit Illner« gegen eine Minderheitsregierung von Angela Merkel votierte, mit der Begründung, da müsse man »wie ein Kleidersammler immer wieder neue Mehrheiten« suchen.

Wie stark der Bundestag entmachtet wurde, zeigen Forderungen von Rechtswissenschaftlern und Gerichten. Das Bundesverfassungsgericht bescheinigte im November 2017 der Bundesregierung, den Abgeordneten des Bundestages zu Unrecht Auskünfte verweigert zu haben. Da ging es

um die Deutsche Bahn und die Finanzmarktaufsicht BaFin. Der frühere Verfassungsrichter Paul Kirchhof forderte Ende 2017 eine Reform des Wahlrechts, weil er der Meinung ist, zwischen Wähler und Volksvertreter »schieben sich Parteien, die den Wähler auch mit unerwarteten Koalitionen überraschen können. Der Wähler hat ein Ergebnis gewählt, das er nicht will.« Der Publizist Ramin Peymani sieht bei uns sogar eine Demokratie, die sich »gegen die Wähler immunisiert« hat: »Längst hat sich ein Apparat verselbstständigt, der von den Vätern der Demokratie dazu erdacht worden war, bei der politischen Willensbildung des Volkes mitzuwirken, sich heute aber als dessen Vormund versteht.«[319] Der Niedergang unserer Demokratie wird durch offizielle Studien bestätigt. Im »Freedom of the World«-Bericht 2018 rutschte Deutschland zwei Ränge auf Platz 20 ab und steht damit auf Augenhöhe mit Spanien und Chile. In einer OECD-Studie vom November 2017 landet Deutschland in Sachen Mitsprache der Bürger an der Regierungsarbeit abgeschlagen auf Platz 23. Kein Wunder, dass eine Studie der Freien Universität Berlin bei 60 Prozent der Deutschen Zweifel an der Demokratie registriert.[320] Mehr als jeder Zweite glaubt nicht mehr daran, dass das Volk noch der Souverän im Lande ist. Auch das vertieft die Zerklüftung der Gesellschaft und heizt das Protestpotenzial weiter an. Das Parlament mit dem Giebel-Motto »Dem deutschen Volke« kümmert das jedoch nicht. Der Bundestag hat im Juni 2018 mit den Stimmen von SPD, CDU und CSU beschlossen, die staatliche Parteienfinanzierung ab 2019 auf einen Schlag um satte 25 Millionen Euro anzuheben,[321] ein ordentlicher Schluck aus der Pulle von plus 15 Prozent, verabschiedet mit den Stimmen der größten Wahlverlierer, die sich damit die Einnahmeverluste aus dem schwachen Abschneiden bei der Bundestagswahl frech aus der Bundeskasse zurückholen.

Enteignung – Konsumenten, Sparer und Steuerzahler werden geplündert

»Bei der Schafschur und bei Steuern sollte man aufhören, sobald die Haut erreicht ist.«

Austin O'Malley

Bleipartikel im Paprikapulver, gepanschtes Olivenöl, dazu Eier-, Fleisch- und Wurstskandale, Scheibenreiniger im Wein und Gammelfleisch: Deutsche Verbraucher sind so einiges gewöhnt. Sie werden angeschwindelt und bekommen von Ärzten ernste Krankheiten angedichtet, damit die Kassen mehr zahlen; Gerichte weichen ihren Käuferschutz auf[322], während der deutsche Agrarminister in der EU eigenmächtig für eine verlängerte Zulassung des Unkrautgifts Glyphosat stimmt. Es steht im Verdacht, Krebs zu erregen. Die Konsumenten werden täglich von Industrie und Politik belogen, betrogen und ausgenommen. Doch richtig dreist wird es, wenn es um unser Geld geht. Denn die politische Kaste in Berlin stellt fleißig ungedeckte Schecks aus, Ausgaben von heute, die mit dem Geld von morgen beglichen werden. Und das zu einer Zeit, in der schon rekordhohe Steuereinnahmen gerade so ausreichen, um eine »schwarze Null« zu feiern, die sich bei näherem Hinsehen schnell in Luft auflöst. Der Trick mit der schwarzen Null wurde dem Finanzminister durch rekordniedrige Zinsen ermöglicht, die die gefährliche Illusion billiger Verschuldung nähren. Deutschland hat von 2008 bis 2017 allein wegen der Niedrigzinsen 162 Milliarden Euro gespart.[323] Das entspricht dem Bruttoinlandsprodukt des Irak und würde fast reichen, ein halbes Jahr lang den Bundeshaushalt zu finanzieren. Die ungedeckten Schecks werden immer größer: für Pflege, für Bildung, für Sicherheit, für Renten. Allein das Rentenziel der GroKo kostet bis 2025 zusätzliche 38 Milliarden Euro, haben Experten des Prognos-Instituts ermittelt. Während uns in Berlin immer weitere Rentenversprechen gemacht werden, rechnen die heute unter-50-Jährigen bereits mehrheitlich damit, erst mit 70 in Rente gehen zu können. Die Rentenpläne der GroKo lassen sich am Ende nur mit massiven Steuererhöhungen finanzieren.[324] Nicht wenige Rentenexperten und Ökonomen halten sie sogar für schlicht »unbezahlbar«.[325]

Die vielen Täuschungen und Lebenslügen haben die Bürger vorsichtiger gemacht. Doch die politische Kaste macht einfach so weiter. In den GroKo-Verhandlungen waren höhere Steuern ein wichtiges Thema. Bis der Aufschrei zu groß wurde. Denn Deutschland weist in der OECD schon jetzt die zweithöchste Steuer- und Abgabenlast auf. Noch nie hat der Fiskus in Deutschland so viel Steuern eingetrieben wie in diesem

Jahrzehnt. 2017 waren es über 850 Milliarden Euro. Doch anstatt mit den sprudelnden Einnahmen die dringend erforderlichen Investitionen in Bildung und Infrastruktur zu forcieren, wanderte der Überschuss des Bundeshaushalts 2017 in die Asylrücklage. Bei der Finanzierung der Migrationspolitik klafft das größte Loch. Der Finanzwissenschaftler Bernd Raffelhüschen hat die langfristigen Kosten von jeweils 1 Million Migranten für die deutschen Kassen auf 450 Milliarden Euro veranschlagt.[326]

Das Bleigewicht der steigenden Ausgaben um den Hals der deutschen Steuerzahler wird immer schwerer. Und das bei einer Gesellschaft, die vergreist und einen Rückgang der Erwerbsbevölkerung erwartet. »Zeitgleich mit dem Eintritt in das Rentenalter werden wir feststellen, dass unsere Ersparnisse verloren sind und wir um die Früchte unserer Arbeit gebracht wurden«, schrieb Daniel Stelter im Dezember 2017 in der Kolumne »Wie Euro, EZB und Politik Deutschland ruinieren«.[327] Zu diesem Ruin trägt die EU den größten Teil bei. Eine der jüngsten Ideen in Brüssel sind Steuern, die direkt in den Haushalt der EU fließen sollen, damit die Mitgliedsstaaten nicht so viel Geld aus den nationalen Haushalten abzweigen müssen. Für die Steuerzahler macht das freilich keinen Unterschied. Sie müssen auf jeden Fall zahlen, egal, ob auf dem Umweg über den nationalen Staatshaushalt oder direkt nach Brüssel. Dabei kennt die Gier der Eintreiber keine Grenzen. EU-Kommissar Günther Oettinger schlug im Januar 2018 eine europäische Plastiksteuer vor.[328] Auch die Einnahmen aus dem europäischen Emissionshandel sollen künftig in den EU-Haushalt fließen, wenn es nach Oettinger geht. Hier wird für die Steuerzahler der EU eine zweite Kanüle gelegt, um abzusaugen, was noch zu holen ist, bevor der Mittelstand endgültig unter der von allen Seiten wachsenden Last kollabiert und vereint mit den Niedrigverdienern rebelliert.

Dazu hätten die Betroffenen jetzt schon allen Grund. Der wichtigste und teuerste ist die EU. Was dort insgesamt zulasten deutscher Steuerzahler im Feuer steht, dürfte schon bald das mit fast 6000 Milliarden Euro ausgewiesene Geldvermögen der privaten Haushalte in Deutschland übertreffen, die Kosten der Energiewende, die bis auf 1 Billion Euro veranschlagt werden, und die Gesamtkosten der Migration mit einem ähnlichen Preisschild noch gar nicht eingerechnet. Aus den faulen Krediten im Bankensystem der Eurozone kommen noch einmal etwa 1000 Milliarden Euro hinzu, von denen deutsche Steuerzahler je nach

Ausgestaltung der kommenden Einlagenunion den größten Einzelanteil zahlen werden. Dann die Target-2-Forderungen, die im Herbst 2018 die Schallmauer von 1 Billion Euro durchschlugen. Sie stellen unbegrenzte und unverzinste Kredite an andere Euroländer ohne Sicherheiten dar. Auch diverse Forderungen, die bereits als »Vorschläge« im Raum stehen, kommen hinzu. Darunter der Vorschlag aus Brüssel, die bei einem Austritt Großbritanniens entstehende Beitragslücke von 6 bis 8 Milliarden Euro pro Jahr durch Abschöpfung bei den nationalen Notenbanken zu decken. Hinzu kommt ein Vorschlag von IWF-Chefin Christine Lagarde, Deutschland solle 114 Milliarden Euro zu einem »Schlechtwetterfonds« für die Stabilisierung der Eurozone beitragen.[329] Die Idee von Lagarde, im März 2018 bei einer Rede in Berlin präsentiert, ist nicht neu. Doch jetzt liegen erstmals konkrete Zahlen auf dem Tisch.

Hinzu kommen Pläne, im Rahmen einer Bankenunion in der EU die Sparer zu enteignen, wenn beim Zusammenbruch einer Bank die Konten eingefroren werden. Maximal 20 Tage sollen Kunden während einer Abwicklung nicht an ihr Geld kommen. Niemand weiß, ob überhaupt noch etwas ausgezahlt werden kann, wenn eine kollabierte Bank erst einmal in einen überlebensfähigen Teil und in eine «Bad Bank« mit dem giftigen Finanzmüll aufgespalten wurde. Eine weitere tickende Zeitbombe ist der Pensionsfonds der EU-Abgeordneten. Von ihm erfuhren wir im Januar 2018, dass er eine Finanzlücke von 326 Milliarden Euro aufweist. Spätestens 2026 soll der Fonds pleitegehen. In dieser Horrorschätzung ist unterstellt, dass die Einlagen des Fonds bis dahin am Kapitalmarkt noch mit 5 Prozent verzinst werden können. Das ist aber bei dem derzeitigen Zinsniveau nicht zu machen. Die Rechnung dürfte angesichts zwar wieder steigender, aber weiterhin niedriger Zinsen also viel früher und wahrscheinlich noch um einiges dicker präsentiert werden.

In Berechnungen wie diesen ist der bereits eingetretene Schaden aus der Niedrigzinspolitik der Notenbanken noch gar nicht berücksichtigt. Zum Beispiel die annähernd eine halbe Billion Euro, die deutsche Sparer bisher wegen der exzessiven Zins- und Geldpolitik der EZB verloren haben. Unklar ist auch, wie viel am Ende an den deutschen Sparern hängen bleiben wird, wenn ein großer Teil der Staats- und Firmenanleihen, die die EZB bis Ende 2017 für insgesamt 2800 Milliarden Euro von schwer verschuldeten Staaten und Unternehmen in der Eurozone gekauft hat, nicht mehr zurückbezahlt wird. Viele dieser Papiere haben eine äußerst

zweifelhafte Bonität. Und Deutschland haftet in ihrem Fall seinem EZB-Anteil entsprechend mit 27 Prozent.

Viele weitere Belastungen können auf die deutschen Sparer noch zukommen, zum Beispiel wacklige Anleihen, die Banken und Lebensversicherungen mit unseren Einlagen gekauft haben, weil sie ihr Renditeziel trotz rekordniedriger Zinsen erreichen wollten. Schon 27 Versicherer konnten 2016 nicht mehr die versprochenen Garantien selbst erwirtschaften. Bei steigender Tendenz kann schon jedes dritte Unternehmen die garantierten Summen nicht aus laufenden Kapitalerträgen finanzieren.[330] Nicht mehr lange, und die ersten Versicherer werden umfallen oder übernommen. Man kann es drehen und wenden, wie man will: Was hier insgesamt im Feuer steht, dürfte bereits das private Geldvermögen der Deutschen übertreffen – die EZB und die Politiker in Berlin wie in Brüssel haben uns ruiniert.

Kein Wunder, dass derartige Berechnungen Ökonomen wie Max Otte fast in den Wahnsinn treiben ob des dreisten Zugriffs auf die deutschen Reserven: »Deutsche Spargelder subventionieren im Prinzip ein korruptes System. Europa ist momentan so etwas von führungslos. Die Politik richtet sich lieber gegen die eigene Bevölkerung. Über die Flüchtlingskrise müssen wir gar nicht sprechen. Ich bin einfach fassungslos, wie es so weit kommen konnte.«[331] Der schockierende Befund liegt im Grunde schon auf dem Tisch. Die EZB, die Bundesregierung und die Mainstream-Medien machen nur noch keine klare Rechnung auf. Sie haben selbst keinen genauen Überblick mehr über das Zerstörungswerk, das hier gegen unsere Ersparnisse in Gang gesetzt wurde. Für die deutschen Sparer fragt sich jetzt nur noch, wie sie am Ende tatsächlich um ihr Geld gebracht werden: durch Schuldenerlass, durch Zahlungsausfälle der Schuldner, durch höhere Steuern oder durch eine anhaltende Geldentwertung. Ein Mix aus allen vier ist wahrscheinlich.

Substanzkollaps – Schlechte Schulen, miese Straßen, unsägliche Bauprojekte

»Die Revolution ist die ruckartige Nachholung verhinderter Entwicklung.«

Karl Marx

Deutschland erlebt in Infrastruktur und Bildung einen Substanzkollaps. Schulen verrotten, Straßen verfallen, Tausende Brücken sind einsturzgefährdet. Nach dem Debakel deutscher Tunnelbauer an der Rheintalbahn bei Rastatt hagelte es im Sommer 2017 in Schweizer Zeitungen hämische Kommentare über das »Drittweltland Deutschland«. Zum Beispiel ein Kommentar in der *Basler Zeitung:* »Die grosssprecherische [sic] Politik Deutschlands, die gerne mal Vorgaben für Drittweltländer und andere beinhaltet, sie verdient in Anbetracht des Chaos im Güterverkehr nur Hohn und Spott. Es ist diese grossspurige [sic] Politik, die anderen gerne vorgibt, wie erfolgreiche Klima-, Wirtschafts- oder Sicherheitspolitik auszusehen hat.«[332] Der Kommentar beschäftigte sich damit, wie deutsche Ingenieure an einem kleinen Tunnel scheiterten und damit ein europaweites Chaos im Schienenverkehr auslösten.

Das Debakel mit den Großprojekten wurde oft und ausführlich beschrieben, die Fakten sind bekannt. Großprojekte wie Stuttgart 21, die Elbphilharmonie in Hamburg und der Hauptstadtflughafen BER sind Mahnmale falscher Planung, miserabler Kommunikation und politischer Einmischung, die, wenn sie überhaupt fertiggestellt werden, Jahre hinter dem Zeitplan liegen, zusätzliche Milliarden verschlingen und nicht nur hierzulande Spott und zynische Kommentare provozieren.

Bürger begehren auf

Stuttgart 21

Stuttgart 21 ist das umstrittenste und teuerste Skandal-Bauprojekt in Deutschland. Der neue Bahnhof mit seinen Anschlüssen wird mindestens doppelt so teuer wie ursprünglich geplant und kann frühestens 2025 fertig werden. Stuttgart 21 will eigentlich keiner mehr. Selbst die Bahn würde nach heutigem Stand mit dem Bau nicht wieder beginnen. Das Skandal-Projekt wird nur deshalb fortgesetzt, weil ein Abbruch teurer wäre. Seit die Planungen 1996 begannen, gibt es Proteste gegen Stuttgart 21. Das Bahnprojekt ist ein Symbol für politisches Missmanagement, fehlende Bürgerbeteiligung, mangelnde demokratische Legitimation und krasse Verschwendung geworden. Nach aktuellem Stand wird Stuttgart 21 mindestens 8,2 Milliarden Euro kosten und am Ende den Reisenden 30 Prozent weniger

Leistung bieten. Der Bundesrechnungshof geht bereits von 10 Milliarden Euro Kosten aus. Der Kopfbahnhof mit 16 oberirdischen Gleisen soll durch einen unterirdischen Durchgangsbahnhof mit acht Gleisen ersetzt werden. Die Zufahrtsstrecken werden in Tunnels verlegt.

Im Oktober 2009 versammelten sich fünf Demonstranten am Nordflügel des Stuttgarter Hauptbahnhofs, um ihren Protest zum Ausdruck zu bringen. Schnell wuchs der Widerstand an. Im November 2009 waren Tausende von Gegnern des Umbaus auf den Füßen. Im Juli 2010 erlangte der Protest bundesweite Beachtung, als der bereits geräumte Nordflügel besetzt wurde. Am Ende des Monats wurde unter strengem Polizeischutz ein Bauzaun um das Gelände errichtet. Rund 2000 Projektgegner organisierten Sitzblockaden und Straßensperren. 2 Monate später kam es zum »Schwarzen Donnerstag«. Eine Blockade von Tausenden Demonstranten an wichtigen Straßenkreuzungen und im Schlossgarten wurde mit Schlagstöcken, Pfefferspray und Wasserwerfern aufgelöst. 114 Menschen wurden verletzt, vier davon schwer. Als 4 Tage später die bereits 46. traditionelle »Montagsdemo« gegen Stuttgart 21 stattfand, kamen 55 000 Menschen. Sie sehen sich als die Verlierer in einem Projekt, bei dem fast ausschließlich die Immobilienwirtschaft, die Autoindustrie und die Luftfahrt gewinnen.

Dem »Schwarzen Donnerstag« folgten Schlichtungsgespräche zwischen den Projektvertretern und den Gegnern. Sie wurden live im Internet und im Fernsehen übertragen. Die Proteste trugen zum Regierungswechsel in Baden-Württemberg 2011 bei. Bei einer Volksabstimmung im November 2011 wurde das Projekt angenommen. Doch die Kosten stiegen immer weiter an, die Fertigstellung wurde noch weiter nach hinten verschoben. Und die Proteste verstummten nicht. Im Mai 2018 hielten die Gegner des Bahnprojekts die 415. Montagsdemo in Folge ab. Bei der 400. im Januar 2018 wurde gegen die »neoliberale Staatsraison« aufgerufen.

Jetzt streitet sich die Bahn vor dem Verwaltungsgericht Stuttgart mit Baden-Württemberg, der Stadt, der Region und dem Flughafen darüber, wer wie viel von den zusätzlichen Kosten übernimmt. Das erstinstanzliche Urteil wird nicht vor 2019 erwartet. Doch 2018 wurde bekannt, dass das Projekt noch einmal viel teurer wird. In einem Appell forderten Anfang 2018 rund 160 Unterzeichner Angela Merkel auf, das Projekt zu stoppen. Mit der Schlichtung und der Volksabstimmung wurde der Protestbewegung zu Beginn des Jahrzehnts fast der Boden entzogen. Doch seit den jüngsten Hiobsbotschaften fühlt sie wieder mehr Auftrieb. »Die Stuttgarter bewegt die große Absurdität des Projektes, sie haben das Gefühl, dass demokratische Strukturen nicht mehr funktionieren, sonst wäre das Projekt doch längst eingestellt worden«, sagte im Januar 2018 Werner Sauerborn, der Geschäftsführer des Aktionsbündnisses gegen Stuttgart 21. Egal, wie alles am Ende ausgeht, keine Bürgerbewegung der jüngeren Zeit hat bisher mehr Stehvermögen bewiesen als die in Stuttgart.

Das vielleicht größte unter den Großprojekten ist die Bundeswehr, deren Geräte- und Anlageninfrastruktur so heruntergewirtschaftet wurden, dass die Äußere Sicherheit unseres Landes nicht mehr gewährleistet ist: Tornados sind kaum NATO-tauglich, der Marine kommen die einsatzfähigen Schiffe abhanden, es lassen sich kaum Kampfpanzer für die

schnelle Eingreiftruppe finden, Piloten müssen mit ADAC-Hubschraubern trainieren oder verlieren wegen fehlender Flugstunden ihre Lizenz.[333] Munition ist in dieser Lazarett-Truppe, die von der politischen Kaste kaputtgespart wurde, eine Gefahr für die Soldaten, die sie verschießen sollen. Die Pläne für die Modernisierung der Bundeswehr sind in den Augen des Generalleutnants, der sich im Heereskommando mit der militärischen Grundorganisation beschäftigt, »weitgehend ungeeignet«.[334] Der Wehrbeauftragte hält die Truppe als Ganzes sogar für »nicht einsetzbar«. Im Mai 2018 wurde bekannt, dass es Überlegungen gibt, Rüstungskäufe künftig an ein privates Unternehmen auszulagern. Ist das vielleicht der Grund, warum die Bundeswehr so heruntergewirtschaftet wurde? Dass man nun einen Vorwand hat, sie wie in den USA dem Militärkomplex auszuliefern und der Rüstungsindustrie den Zugriff auf die Beschaffung zu geben? Hier ist ein weiteres Scharnier zwischen dem großen Geld und der Politik. Und am Beispiel USA sehen wir, wohin es führt, wenn das zu stark wird.

So wie die Bundeswehr wurde die komplette Infrastruktur in unserem Land heruntergewirtschaftet. Doch der Migrationsindustrie werden ständig neue Milliarden zur Verfügung gestellt, Geld, das vorher angeblich nicht da war. Wenn man die außer Kontrolle geratenen Großprojekte der vergangenen Jahre anschaut, gab es jedoch genügend Geld. Der Bau der Elbphilharmonie in Hamburg dauerte nicht nur doppelt so lange wie ursprünglich veranschlagt, er verschlang auch viermal so viel wie anfangs budgetiert. Die Kosten für Stuttgart 21 stiegen von 4,5 Milliarden Euro, die im Jahr 2009 angepeilt worden waren, auf 8,2 Milliarden Euro bis Januar 2018.

Im ganzen Land nehmen die Lecks in Wasser-, Gas-, Fernwärme- und Stromleitungen zu. Eine Umfrage der Kreditanstalt für Wiederaufbau 2015 bei den Kommunen offenbarte, dass fast ein Drittel der Kämmerer und Bürgermeister in unseren Städten und Gemeinden den laufenden Unterhalt der Wasserversorgung nicht oder nur teilweise gewährleisten kann. Mehr als tausend Eisenbahnbrücken sind so baufällig, dass sich eine Reparatur nicht mehr lohnt. Ihr desolater Zustand bremst nicht nur den Güterverkehr. Brücken über Autobahnen und Bundesstraßen sind so akut vom Verfall bedroht, dass sie dringend saniert werden müssen. Ihr Zustand verschlechtert sich schneller, als die Sanierung vorankommt. Wer viel Auto fährt und regelmäßig Verkehrsnachrichten hört, kennt die größten Sorgenkinder im »Wettlauf gegen den Verfall«[335], darunter 2500

»Problembrücken« wie die Sauertalbrücke in Rheinland-Pfalz, die Rheinbrücke auf der A1 zwischen Köln und Leverkusen und die Schiersteiner Brücke, die Mainz und Wiesbaden über den Rhein verbindet. Sperrungen, Umleitungen, Gewichtsbegrenzungen und lange Baumaßnahmen treiben täglich Hunderttausende von Pendlern und Berufsfahrern in den Wahnsinn, weil viel zu lange nichts gemacht wurde, um die Substanz zu erhalten. Diesen Modernisierungs-GAU hat eine politische Kaste zu verantworten, die ihre Kritiker gerne als »Modernisierungsverlierer« diffamiert. Bahnreisende können ein Lied davon singen, wie oft sie zu spät am Ziel eintreffen oder von Zugausfällen den Tag ruiniert bekommen. Im Internet zu einiger Bekanntheit kam 2017 die Durchsage eines entnervten Zugführers mit diesem Wortlaut: »Sehr geehrte Fahrgäste, aufgrund von technischen Problemen verzögert sich unsere Weiterfahrt um unbestimmte Zeit. Ich bitte gar nicht erst um Ihr Verständnis, weil ich selbst keines mehr habe.« Was soll man da noch hinzufügen?

Nicht besser sieht es in unseren Schulen aus, den Bergwerken einer Bildungsnation, die keine großen Rohstoffvorkommen hat und stattdessen gut unterrichteten Nachwuchs fördern muss. Das Bildungsniveau in deutschen Schulen sinkt seit Jahren. Dokumentiert wurde das Debakel in Büchern wie *Isch geh Schulhof* oder *Föhn Mich Nicht Zu.* Tatsache ist: Die politische Kaste und ihre Bildungsminister mit angehängten Oberschulämtern können den Anspruch auf Bildung, den ein Land ohne Rohstoffe erheben muss, nicht mehr erfüllen. Und das, obwohl Angela Merkel 2008 unter großem medialen Applaus eine »Bildungsrepublik Deutschland« ausgerufen hatte. Es sollte eine Qualitätsoffensive mit Milliardeninvestitionen für die gesamte Wertschöpfungskette im Bildungswesen werden, von den Kindergärten über die Schulen bis zu den Universitäten. Doch das ist ein weiteres Großprojekt, das im Desaster endete. Der DGB legte 2017 eine äußerst magere Bilanz der 8 Jahre nach der Ankündigung von Merkels Bildungsoffensive vor. Immer mehr Studien belegen seit Jahren, dass Deutschlands Schüler im internationalen Vergleich zurückfallen. Laut der Internationalen Grundschul-Lese-Untersuchung (IGLU) wächst die Zahl der Kinder, die zum Abschluss der Grundschule nicht richtig lesen können. Der IQB-Bildungstrend (Institut zur Qualitätsentwicklung im Bildungswesen) belegt unterdessen für das halbe Jahrzehnt bis 2017, wie Deutschlands Viertklässler in Mathematik, beim Zuhören wie auch in Rechtschreibung an Boden verlieren. Der

Germanistikprofessor Wolfgang Steinig hat beim Vergleich von Schulaufsätzen ermittelt, dass Deutschlands Schüler heute mehr als doppelt so viele Rechtschreibfehler machen wie zu Beginn der 70er-Jahre.

Überforderte Lehrer, unterbesetzte Schulen sowie der wachsende Anteil von Schülern mit Migrationshintergrund und schlechten Deutschkenntnissen werden immer wieder als zentrale Gründe genannt. Auch diverse Pisa-Tests bestätigen den Abwärtstrend. Hinzu kommt die von linken Politikern eingeführte »neue deutsche Lernkultur«, bei der Malen, Basteln, Toben und Erkundungen mehr Bedeutung erhalten, während das vermittelte Wissen abnimmt. Eine Studie des Bildungsforschers und Erziehungswissenschaftlers Reinhard Franzke, über die kaum eine deutsche Zeitung berichtete, belegt, wie Politik und Pädagogen die Bildungs- und Unterrichtsqualität gezielt absenken und verwässern. Franzke kommentierte die eigene Studie auf seiner Facebook-Seite so: »Deutschland schafft die Bildung ab und ersetzt den professionellen Unterricht durch eine schwachsinnige ›Lernkultur‹, die nicht mehr zu unterbieten ist. Danach sollen die Schüler so wenig und so langsam wie irgend möglich lernen.«[336] Wer sich anschaut, wie die Landesregierung in NRW Anfang 2016 den Lernstand von Achtklässlern testete und dabei »lächerlich einfache« Prüfungen einsetzte,[337] weiß, was der Bildungsforscher mit seinem beißenden Kommentar meint.

Dieser gravierende Vorwurf wird von zahlreichen Studien gestützt. Die KfW-Bankengruppe, die sich auf regelmäßige Befragungen kommunaler Kämmerer stützt, zeigt einen Investitionsstau von 34 Milliarden Euro für die Modernisierung von Schulen auf. Demnach wird in die Bildungsstätten inzwischen deutlich weniger investiert als noch Mitte der 90er-Jahre. Die B. Z. in Berlin hat nach einer Überprüfung mehrerer Schulen bemängelt, dass diese schlechter ausgestattet sind als einige Justizvollzugsanstalten der Stadt.[338] Beim »DGB Klar-text« wird über das »Katastrophengebiet Klassenzimmer« berichtet: »Schimmelige Wände, baufällige Gebäude und viel zu wenig Personal: An vielen deutschen Schulen wird das Lernen und Unterrichten zu einer Herausforderung.« In einigen Schulen in Hessen und Nordrhein-Westfalen müssen Eltern Toilettengeld bezahlen, damit die Kinder auf saubere und sichere Toiletten gehen können. Hier wird, wie so oft in Deutschland, inzwischen ein zweites Mal für öffentliche Dienstleistungen bezahlt. Währenddessen spitzt sich die Personalsituation im Bildungswesen zu, während sich eine Migrationsindustrie aus vollen Töpfen bedient und Politiker sich über ihre Parteien und Gremien selbst

lukratives Geschäft aus Steuermitteln zuscheffeln.[339] Studien gehen von einer Lücke von 35 000 Lehrern bis Mitte des kommenden Jahrzehnts allein in der Primarstufe aus. Wenn neue Schuljahre beginnen, setzen Bundesländer regelmäßig Hilferufe ab, weil der eklatante Lehrermangel dazu führt, dass Pensionäre, Referendare und Quereinsteiger mobilisiert werden, um einen Kollaps des Schulbetriebs abzuwenden. Das gipfelt am Ende des Schuljahres darin, dass Tausende von Schülern keine Zeugnisnoten bekommen, weil es zu wenig Unterricht gab, um Klassenarbeiten zu schreiben. »Das ist Ausdruck eines Problems, das wir nicht nur in Thüringen haben, sondern deutschlandweit. Alle Länder sind sehenden Auges in diesen Lehrermangel hineingelaufen.«[340] Das sagte der Bildungsminister des Freistaates, Helmut Holter, im April 2018, zu einer Zeit, als er gleichzeitig Präsident der Kultusministerkonferenz war. Doch wer sehenden Auges in eine so inakzeptable Situation gerät, der wollte sie gar nicht verhindern.

Hier liegt ebenfalls Sabotage gegen einen wichtigen Pfeiler unserer Gesellschaft vor, neben dem Schleifen des Rechtssystems sowie der Entmachtung des Bundestages und der inneren wie äußeren Sicherheit. Selbst das ehemalige Musterländle Baden-Württemberg ist in die Abwärtsspirale geraten und belegte im Herbst 2017 laut dem IQB-Bildungstrend bei Tests von Viertklässlern in Mathe und Deutsch den vorletzten Platz. In den Zeitungen lesen wir immer häufiger über Brandbriefe entsetzter und überforderter Lehrer, mal von einem Münchener Grundschullehrer[341], dann von Offenbacher Lehrern, die sich bei ihrem Kultusminister beschweren[342], oder von Funktionären in Lehrerverbänden. Immer geht es um dieselben Themen: weniger Kinder aus der Mittelschicht, wo auf die Lernerfolge geachtet wird, mehr Kinder aus sozial schwachen Familien, die beim Lernen wenig Unterstützung bekommen, dazu ein rauerer Umgangston und mehr Gewalt sowie kulturelle und religiöse Konflikte, aber auch eine wachsende Zahl von Schülern, die den Unterricht massiv stören.

Das sind die Streiflichter der gescheiterten Bildungsoffensive, die eine wachsende Zahl von Schülern zurücklässt, Lehrer in die Resignation treibt, Schulen zugrunde spart und sich mit umfangreicher Migration selbst überfordert. Und das zu einem Zeitpunkt, da der Wind in der Weltwirtschaft dreht und Deutschland im Hinblick auf Zukunftsindustrien zurückfällt. Die Folgen werden sich erst in einigen Jahren offenbaren, denn der vom Bildungssystem erzeugte Niedergang kommt schleichend. Doch

ein Umlenken ist nicht erkennbar. Man behilft sich in Politik und Kultusministerien mit Tricks wie in der Kriminalitätsstatistik. In diesem Fall sind es kosmetische Manipulationen wie gesenkte Anforderungen, die die Zahl der guten Noten und der Abiturienten nach oben »pflegen«, um das Problem so lange wie möglich zu verstecken. Das aber geht schon deswegen nicht mehr, weil die Große Koalition trotz sprudelnder Steuereinnahmen schon wenige Wochen nach ihrem Start plötzlich vor »erheblichen Haushaltsrisiken« warnte.[343] Es vergingen weniger als 2 Monate Zeit, bevor aus »Überschüssen« ein Sparzwang wurde. Und das in einem Land, das bei Innerer Sicherheit, Infrastruktur und Bildung einen schwer abschätzbaren Investitions- und Nachholbedarf vor sich herschiebt, künftig zusätzliche Milliarden nach Brüssel überweisen will und noch gar nicht weiß, welche sozialen Lasten aus der Migration entstehen. Hier bahnen sich erhebliche Verteilungskämpfe für die kommenden Jahre an, und das schon vor dem nächsten wirtschaftlichen Abschwung.

Im Bildungssektor verfestigt sich der Eindruck, dass auf Deutschland das zukommen könnte, was Bildungsexperten und Ökonomen in den USA schon länger beobachten: dass die politische Kaste unter dem Druck global agierender Konzerne und den reichen 1 Prozent eine Zweiklassengesellschaft ansteuert, in der die Bevölkerung wie in Dritte-Welt-Ländern sozial auseinanderfällt: in eine kleine privilegierte Schicht, in der Familien ihre Kinder in Privatschulen schicken, und in eine Reservearmee sozial schwacher Familien, die die große Mehrheit stellen und deren schlecht gebildete Kinder wie die ländlichen Arbeiterheere in Afrika und Asien für Mindestlöhne die Industrie am Laufen halten. Von einer Mittelschicht, die mit Steuern, qualifizierter Arbeit und unternehmerischer Tatkraft die Zukunft sichert und die Gesellschaft zusammenhält, kann dann keine Rede mehr sein. Analysen zu diesem Trend haben zum Beispiel der MIT-Ökonom Peter Temin in seinem Buch *The Vanishing Middle Class* (Die verschwindende Mittelschicht) und der Bildungsexperte Gordon Lafer von der Universität von Oregon mit seinem Buch *The One Percent Solution* (Die Ein-Prozent-Lösung) präsentiert. Sie öffnen ihren Lesern die Augen für den Blick in eine lange Abwärtsspirale, in der nur noch ganz wenige zu den Gewinnern zählen und die vielen Verlierer ein Dasein am Existenzminimum fristen, ständig in Gefahr, ganz aus dem Arbeitsleben und der Gesellschaft herauszufallen.

3 | Der gemobbte Souverän

Dressur statt Demokratie – Das Wahlvolk wird mit Psychotricks eingenordet

»Alle große politische Aktion besteht in dem Aussprechen dessen, was ist, und beginnt damit. Alle politische Kleingeisterei besteht in dem Verschweigen und Bemänteln dessen, was ist.«

Ferdinand Lassalle

Was macht eine politisch-mediale Kaste, die sich von Wahlvolk und Publikum meilenweit entfernt hat, gegen den feststellbaren Mehrheitswillen regiert und dafür immer mehr Kritik und Protest erntet? Sie greift tief in die Trickkiste demokratieunwürdiger Maßnahmen, um das Wahlvolk und dessen Willen für ihre Ziele zu manipulieren. Sie versucht, die undankbaren Wähler auf Linie zu bringen. Durch Dressur und Manipulation soll das gewünschte Verhalten erzwungen werden (Paternalismus). Durch den Tugendterror der politischen Korrektheit wird zudem ein enger Korridor für das vorgegeben, was man denken und sagen darf. Hierfür wird auch die Sprache bereinigt, weil sie ein Instrument zur Machtausübung ist. Die aktivistischen Medien übernehmen im Rahmen dieser Massenmanipulation daher die Rolle des Erziehungsapparates, obwohl sich politische Korrektheit und journalistische Korrektheit gegenseitig ausschließen. Das Publikum, das den Mainstream-Medien noch nicht den Rücken gekehrt hat, wird bevormundet und umprogrammiert, indem Nachrichten nicht das tatsächliche Geschehen und die Erfahrungswelt der Bevölkerung abbilden, sondern derart filtern, dass sie die ausgerufene Politik bestätigen und das Volk nicht auf die Barrikaden geht. Um diese drei Dressurmethoden und Regierungstechniken geht es in diesem Kapitel: Manipulation der Bürger, Einschüchterung durch politische Korrektheit und Erziehung durch die Medien.

Weil der wachsende Verhaltenszwang von immer mehr Bürgern durchschaut wird, nehmen Unmut und Proteste zu. Niemand lässt sich vom soundsovielten *Tatort* vorhalten, er sei ein Rassist oder Fremdenfeind. Keiner will Dramen sehen, die zum soundsovielten Mal die »Wirksamkeit von Schuld über Generationen hinweg« thematisieren (»Die Frau aus dem Moor«, ZDF). Niemand will immer wieder von Kirchenkanzeln hören, dass er zu wenig für die Integration tut. Und niemand will in den Medien lesen, dass er selbst schuld ist, wenn das Geld für die ehrliche Arbeit nicht bis zum Ende des Monats reicht.

Es ist kein Zufall, dass der US-Verhaltensökonom Richard Thaler im Oktober 2017 den Alfred-Nobel-Gedächtnispreis für Wirtschaftswissenschaften erhielt. Thaler geht in seinem Modell davon aus, dass Menschen nicht durchgängig rational handeln, sondern immer wieder unlogische und ökonomisch falsche Entscheidungen treffen, die ihren eigenen Interessen zuwiderlaufen: Sie essen zu fett, fahren zu schnell Auto, werfen Unkrautvertilger in den Vorgarten, treiben zu wenig Sport und sparen zu wenig fürs Alter. Man muss sie sanft »anstupsen« (Nudging), sagen Ökonomen wie Thaler, damit sie sich »richtig« verhalten. Mit dem Nobelpreis wurde jedoch nicht nur Thalers Theorie geehrt. Der Preis ist auch ein politisches Statement einer auf Massenpsychologie und Gruppenzwang setzenden Politikelite, die seit Jahren unter der Flagge des Paternalismus verstärkt auf die Lehren der Verhaltensökonomie setzt und die Bürger immer offener und vehementer mit Psychomethoden zu manipulieren versucht: durch Verbote, durch Vorgaben, durch Belehrung, durch gekaufte Studien sowie steuerlichen oder moralischen Druck: »Wenn du das Handtuch im Hotel zweimal benutzt, handelst du umweltfreundlich; wenn du dich immer brav impfen lässt, tust du dir UND der Gesellschaft einen Gefallen; wenn du AfD wählst, bist du ›bäh‹; wenn du den Islam kritisierst, bist du ein Fremdenfeind und Nazi.« Doch selbst der Grüne Boris Palmer hat bereits eindringlich davor gewarnt, dass sich die Nazikeule abwetzt und das Gegenteil dessen bewirkt, was sie erreichen soll. Den moralischen Weltmeistern, die sich in ihrem eigenen Edelmut sonnen, fällt irgendwann das Beil, das sie da schwingen, auf die eigenen Füße.

Angela Merkel ist 2014 auf den Paternalismus-Zug aufgesprungen. Für ihren Planungsstab stellte sie Psychologen, Anthropologen und Verhaltensökonomen ein, um »den Bürgern einen Schubs in die ›richtige‹ Richtung zu geben«[344] und wirksamer zu regieren. Das Problem ist jedoch:

Sozial-Ingenieure wie Merkel und weite Teile der links-grünen politischen Kaste, die Thalers Lehren für ihren Machterhalt einsetzen, geben zwar vor, nur unser Bestes im Sinn zu haben und uns vor unseren Fehlern bewahren zu wollen. Doch wer sagt uns, wann bei der Manipulation böse Absicht im Spiel ist, zum Beispiel, wenn uns mit fingierten »Beweisen« die Notwendigkeit eines Irakkrieges vorgetäuscht wird, wenn auf Basis unbewiesener Behauptungen im Fall Skripal eine diplomatische Konfrontation mit Russland provoziert wird? Oft entzieht es sich der Kontrolle der Bürger, mit welchen Methoden, Maßnahmen und Absichten eine Regierung auf unser Denken einwirkt. Hier wird gezielt demokratische Kontrolle ausgehöhlt. Schließlich halten viele Politiker den wählenden Bürger für das eigentliche Übel. Dies schlägt sich sogar in Büchern wie *Myth of the Rational Voter: Why Democracies Choose Bad Policies* (auf Deutsch etwa: Der Mythos des rationalen Wählers: Weshalb Demokratien sich für schlechte politische Strategien entscheiden) aus der Feder des US-Ökonomen Bryan Caplan nieder. Das Buch wird mit diesem Hinweis angepriesen: »Das größte Hindernis für eine ordentliche Wirtschaftspolitik sind nicht gut organisierte Partikularinteressen oder aggressiver Lobbyismus, sondern weit verbreitete Fehleinschätzungen, irrationale Vorstellungen und die Voreingenommenheit gewöhnlicher Wähler.«[345] (Übers. durch den Verf.) Diese »gewöhnlichen Wähler« werden in Deutschland gern und etwas griffiger schnell auch mal als »Dunkeldeutsche«, »Nazis in Nadelstreifen«, oder »Modernisierungsverlierer« bezeichnet.

Der Paternalismus unterstellt, dass der Staat im Gegensatz zu den Bürgern weiß, was gut für die Menschen ist. Doch auch das Wissen von Behörden und Beamten ist begrenzt. Genau hier liegt der größte Fehler des Konzeptes. Weder Politiker noch Regierungsberater, Umfrageinstitute oder Ökonomen wissen zuverlässig, was das Volk bewegt, was gut für es ist, oder wie man aus wichtigen Ereignissen die richtigen Schlüsse zieht. Die Bundeskanzlerin wusste nach der größten Wahlschlappe der Union in Jahrzehnten weder, was sie anders machen sollte, noch gestand sie sich ein, dass ihre Zeit vorbei ist. Der Justizminister setzt ein Netzwerkdurchsetzungsgesetz auf, das laut dem Wissenschaftlichen Dienst des Bundestages nicht mit dem Grundgesetz konform geht. Und die SPD-Funktionäre wissen nicht, was ihre eigene Parteibasis bewegt. Als der Bundestag im September 2011 über den Euro-Rettungsfonds abstimmte –

das »wichtigste einzelne Gesetzgebungsvorhaben der Legislaturperiode« laut Norbert Lammert –, konnten viele Abgeordnete nicht einmal beziffern, mit wie vielen Milliarden Euro deutsche Steuerzahler durch ihr Votum in die Haftung genommen wurden. Weitere Beispiele: Nur 3 Tage vor dem Scheitern der Jamaika-Sondierungen im November 2017 berichtete die *Bild* über einen »Koalitionspoker auf der Zielgeraden«.[346] Politik und Medien wurden vom Brexit und vom Wahlsieg von Donald Trump komplett auf dem falschen Fuß erwischt. Robert Shiller, von dem der führende Immobilienindex der USA stammt, zog nach Recherchen über die Rezessionen der letzten 100 Jahre das Fazit: »Ich habe keine einzige Warnung eines Ökonomen vor einer dieser Krisen gefunden.« Kurz: Dem angeblich irrationalen und schlecht beratenen Bürger, der laut den interventionslustigen Paternalisten gar nicht weiß, was gut für ihn ist, steht ein oft ahnungsloser Staat gegenüber, der sich auf seine Legionen von Beratern, Konsumexperten und Ökonomen auch nicht verlassen kann und der von Lobbyisten seinerseits fleißig manipuliert wird. Trotzdem macht dieser Staat uns vor, er wisse, was gut für uns ist. Dabei ist ihm das Wohlergehen seiner Bürger letztlich egal. Beweise dafür sind die Entfernung der politischen Kaste vom Wahlvolk, das Staatsversagen in der Migrationskrise und eine Politik wie die von Angela Merkel, die Moral über Gesetze stellt und diese reihenweise bricht. Wer glaubt, »Experten« hätten früher in einer weniger komplexen Welt eine bessere Trefferquote mit ihren Prognosen erzielt, dem sei ein kurzer Blick in die Geschichte empfohlen. »Ich glaube, der Weltmarkt verträgt nur fünf Computer.« Das hat 1943 der Vorsitzende von IBM, Thomas Watson, gesagt. »Maschinen, die schwerer sind als Luft, können unmöglich fliegen«, behauptete 1895 der Präsident der Royal Society, Lord Kelvin. »Alles, was erfunden werden kann, ist schon erfunden worden«, behauptete 1899 der Leiter des US-Patentamtes, Charles Duell. – Den Ratschlägen solcher Leute für die Politik sollen wir unser Wohl überlassen?

Die Paternalisten haben dennoch Hochkonjunktur. Sie freuen sich, dass der Staat immer mächtiger wird. Die laufende Digitalisierung der Welt gibt ihnen eine rauschende Flut persönlicher Informationen an die Hand, mit denen sie uns noch viel mehr und besser manipulieren können. Umfassende Daten erlauben es, die Stellschrauben immer feiner und perfider zu justieren. Die Tugendwächter und Gouvernanten in den Regierungen kennen in ihrem Regulierungswahn kaum noch Grenzen. Mit dem

Werkzeug, das sie in Händen halten, können sie Staatskassen füllen, sich den Erlass von Gesetzen ersparen und geschickt Parlamente umgehen. Denn Wähler, die beizeiten auf Linie gebracht wurden, sorgen in den Wahlkabinen für keine großen Überraschungen mehr. Doch wo ist die Grenze für dieses undemokratische Gebaren? Wo endet das Wohlwollen und beginnt die Willkür? Was sind noch edle Absichten und was schon diktatorische Bevormundung? Was ist noch Aufklärung und was ist bereits Drill? Wo wird aus »sanftem Anstupsen« moralische Gewalt? Die Grenzen kann niemand genau ziehen. Hier findet ein weiterer perfider Angriff auf die Demokratie statt.

Gut auf den Punkt gebracht hat das »soziale Engineering« Josef Schlarmann, der Bundesvorsitzende der Mittelstandsvereinigung der Union. Er beschreibt in seinem Buch *Angela Merkel aus der Nähe* nicht nur, wie sie als Krisen- und Reformkanzlerin versagt hat, sondern auch, wie ihr Staatsverständnis aussieht. Schlarmann kommt zu dem Schluss, dass Freiheit und Unabhängigkeit derer, »die schon länger hier leben«, keine Rolle mehr spielen: »Kennzeichnend für den modernen Paternalismus ist vor allem das Moralisieren als Mittel der Politik. Das von ihm definierte Wohl der Bürger wird nach Möglichkeit einer rationalen Debatte entzogen und auf der moralischen Ebene als ›alternativlos‹ dargestellt. Gleichzeitig sorgen selbsternannte Tugendwächter dafür, dass das unerwünschte Verhalten sanktioniert wird, indem Menschen, die solche Überzeugungen nicht teilen, ›aus der Gemeinschaft der Gutmenschen und Anständigen‹ ausgeschlossen werden.«[347] Hier handelt es sich um nichts anderes als eine Apartheid zwischen »richtig« und »falsch« denkenden Bürgern, wobei die politisch-mediale Elite entscheidet, wer in welche Kategorie fällt.

Tugendterror – Das Zuchthaus der politischen Korrektheit

»Als ich in Jugendtagen, noch ohne Grübelei, da meint ich mit Behagen, mein Denken wäre frei.«

Wilhelm Busch

Wie stark politische Korrektheit (PC) Denken und Sprache manipuliert, lässt sich am besten anhand von Zeitungsartikeln illustrieren, die man hierzulande in der Mainstream-Presse noch vor ein paar Jahren lesen konnte. »Das Faß [sic] läuft über«, lautete ein Zitat, mit dem der *Spiegel* 38/1989 in der Dachzeile den »Flüchtlingszug aus der DDR« beschrieb.[348] In dem Bericht warnten Experten vor einer »Katastrophe« am Wohnungsmarkt und orteten einen »Nährboden für Radikale«. 5 Wochen später (*Spiegel* 43/1989) konnte man in dem Magazin lesen: »Links von der Mitte des politischen Spektrums der Bundesrepublik machen sich seit Wochen Aversionen gegen die Zuzügler breit. Die Front der Flüchtlingsfeinde reicht von kommunistischen Sektierern über alternative Abgeordnete bis hin zu strammen SPD-Linken.«[349] Kaum zu glauben, die Linken waren einmal Migrationsgegner. Das war, als die Flüchtlinge noch Deutsche waren und Journalisten nicht die Scheuklappen aufhatten, die sie seit 2015 in Übergröße vor sich hertragen. Damals klärte uns die *Welt* auf, dass der Islam »zivilisatorisch vollkommen versagt« hat und dass der Islam »nicht zu Europa« gehört. Begründung: »Die Freiheit, Kern der europäischen Aufklärung, ist ihm fremd – er hat die Moderne seit der Renaissance verpasst.«[350] Doch mit der Willkommenskultur änderte sich alles. In Deutschland setzen jetzt linke Politiker bis hinein in die Union aggressiv ihre Migrationspolitik und Machtansprüche gegen wachsende Proteste in der Bevölkerung durch. Den Deutschen wurde ein durch Sprache getriebenes Erzwingungssystem übergestülpt. Das Aussprechen unbequemer Wahrheiten soll möglichst stark unterdrückt werden. Das größte Opfer ist die Meinungsfreiheit.

Politische Korrektheit ist nichts anderes als der Aufbau von öffentlichem Druck durch eine herrschende Kaste, die Code-Wörter und Phrasen vorgibt, um politische Konformität zu erzwingen. Der öffentliche Diskurs soll so kanalisiert werden, dass die Meinungs- und Deutungshoheit dieser Kaste gesichert wird. Es sind dieselben Politstrategen und Parteifunktionäre, die sich im Bedarfsfall nicht um Gesetze scheren, die uns jetzt erklären, was »richtige« Tugenden sind. Die jüngste Phase politischer Korrektheit geht nicht nur mit der Migrationspolitik einher, sondern auch mit der Zunahme

sozialer Spannungen, wie sie im ersten Kapitel beschrieben wurden. Das Ziel ist klar: Der Wahrheitsmarkt soll so reguliert werden, dass er der Zementierung der Multikulti-Politik dient. Alle Migranten sind plötzlich »Flüchtlinge« oder »Schutzsuchende«, auch wenn sie durch mehrere sichere europäische Länder gereist sind, bevor sie hierzulande um Asyl baten. Mit der pauschalen Verwendung des Wortes »Flüchtlinge« werden die verschiedenen Motive für Migration begrifflich aufgelöst. Die Chance zu einer differenzierten Debatte, die zwischen Kriegsflüchtlingen, wirtschaftlich motivierten Migranten und Armutswanderern unterscheidet, wird unterdrückt. Ein weiteres Beispiel: Islamkritiker sind laut der Sprachpolizei »islamophob«, also krank, und daher nicht weiter ernst zu nehmen. Hier wird Kritik regelrecht erwürgt. Genauso wird mit »Modernisierungsverlierern« und »Verschwörungstheoretikern« verfahren oder mit GEZ-Rebellen, die nicht zahlen wollen. Durch die Umbenennung der TV-Zwangsabgabe in eine »Demokratieabgabe« wird den Verweigerern eine demokratiefeindliche Gesinnung unterstellt. Wer will sich schon mit Demokratiefeinden abgeben? Das gewünschte Ergebnis dieser gezielten Sprachregelung ist ein »Todescamp der Toleranz«.[351]

Die Angst vor der zunehmenden Gewalt im Land wird als »gefühlt« abqualifiziert. Das suggeriert, dass die Angst in der Bevölkerung, vor allem unter Frauen, von Fakten und Statistiken nicht gestützt werde. Wer mit »gefühlten« Problemen daherkommt und auf deren Basis Kritik an der Regierung übt, hat keine Grundlage für sein Vorgehen, er hetzt nur. Das ist die Logik hinter dieser Begriffsmanipulation. Kritiker der Regierungspolitik werden summarisch als »Rechte« bezeichnet, und die endlose Wiederholung des Ausdrucks »die Rechten« erweckt gezielt den Eindruck, als handele es sich nicht um einen Teil des politischen Spektrums, sondern um die Feinde der Aufgeklärten, Toleranten und Weltoffenen, also Feinde »von uns allen«. Regierungskritische Experten werden bevorzugt als »umstritten« tituliert, damit Zeitungsleser ihre Argumente erst gar nicht prüfen. Zu den Kampfvokabeln der Sprachpolizisten gehört auch der Begriff »Populismus«. Er erfasst all jene Ansichten, die außerhalb der Debatte bleiben und nicht diskutiert werden sollen. Ausgrenzen statt in die Diskussion einbinden lautet hier die Strategie der verlogenen politischen Kaste, die ihren Kritikern Intoleranz vorwirft.

Der Kampf gegen den »Populismus« – von dem Frankreichs Präsident Macron ganz Europa »säubern« will – zeigt, wie nervös die Eliten

angesichts der wachsenden Kritik und Proteste gegen Volksferne, Bürgerverachtung, soziale Spannungen und umfangreiche Migration sind. Anders ist es nicht zu erklären, wenn selbst der Präsident des Bundesverfassungsgerichts in die emotionale Auseinandersetzung eingreift und in der FAZ Populisten als »Gegner der Demokratie«[352] abkanzelt. Damit konstruiert er eine Definition, mit deren Hilfe sich Andersdenkende zu Verfassungsfeinden abstempeln lassen, Abtrünnige quasi, die es zu bekämpfen gilt. Das eigentliche Problem unserer Gesellschaft in diesen Tagen ist aber nicht der »Populismus« Andersdenkender, sondern die Tatsache, dass die politische Elite einen enormen Teil des Wahlvolks getäuscht und fallen gelassen hat und erst dadurch jene Kritik und Proteste entstehen konnten, die nun als »Populismus« verteufelt werden.

Straftaten von Vergewaltigern sind laut den Blockwarten der politischen Korrektheit »Einzelfälle«, weil sonst eine destabilisierende öffentliche Diskussion über ihre epidemische Ausbreitung losbrechen könnte. Mehr noch: Durch die Betonung des Individuums wird jeder genannte »Einzelfall« bewusst und in infamer Absicht aus dem gesellschaftlichen Kontext gerissen. Kulturelle oder gesamtpolitische Hintergründe können demnach keine Rolle spielen, so das Motiv hinter dieser Sprachregelung. Sie spricht die politische Kaste, allen voran die Bundeskanzlerin, von jeglicher Verantwortung frei. Ein einziges Wort macht all das möglich.

Doch diese Art von Sprachbereinigung und – verkürzung leistet der Polarisierung in der Gesellschaft Vorschub. Denn die Simplifizierung sorgt dafür, dass Weltbilder leichter und frontaler aufeinanderprallen. Das Ergebnis ist, dass die Wahrhaftigkeit auf der Prioritätenliste in den Keller rutscht, Fakten gezielt verwässert werden und unappetitliche Tatsachen in einem Bermudadreieck aus Ideologie, Ignoranz und Volkserziehung versenkt werden. Stattdessen werden, wo immer es geht, moralische Beweggründe vorgeschoben und wie ein Schild vor die Akteure gehalten, zur Immunisierung gegen Kritik. So kann man das Denken und die Debatten unterbinden und geistige Knechtschaft erzwingen. Zu diesem Ergebnis kommt auch der Medienwissenschaftler Norbert Bolz von der TU Berlin: »Unter dem Deckmantel der politischen Korrektheit wird die Meinung an die Moral gebunden. Damit wird die Gesellschaft zum Opfer eines politisch motivierten ›Tugendterrors‹.«[353]

Nicht nur das, es wird sogar eine komplette Weltsicht nach Vorgabe der politisch-medialen Kaste konstruiert. Der Tugendterror beweist am Ende

nur, dass dem Staat das »sanfte Anstupsen« keineswegs ausreicht, sondern dass es ihm um einen Frontalangriff auf die Meinungsfreiheit geht, damit die Kontrolle gewahrt werden kann. Wer die kontrollierte Zone verlässt, riskiert Stigmatisierung, Ausgrenzung und gesellschaftliche wie politische Ächtung. Funktioniert das Ganze gut, entsteht eine riesige Schweigespirale derer, die diese Ächtung fürchten, lieber den Mund halten, zu Hause auf dem Sofa sitzen bleiben und zum x-ten Mal einen völlig verstaubten Uralt-Tatort anschauen, anstatt auf die Barrikaden zu gehen. Im öffentlichen Diskurs unter sich bleiben die »Guten«, die ohnehin längst das herrschende Mantra verinnerlicht haben oder beizeiten in den vorgegebenen Meinungskorridor eingeschwenkt sind. Die Ausgegrenzten dagegen trifft der Zorn der ideologisch und politisch »Aufrechten«. Sie werden zur Not auf einen digitalen Scheiterhaufen geworfen oder wirtschaftlich ruiniert: »Je weiter sich eine Gesellschaft von der Wahrheit entfernt, desto mehr wird sie jene hassen, die sie aussprechen«, hat schon George Orwell gewusst.

Doch dieser Hass verschärft die Spaltung der Gesellschaft. Er will mehr als nur die Ausgrenzung von Kritikern. Es geht ihm darum, unser Leben auf den Kopf zu stellen und unser gesellschaftliches wie kulturelles Koordinatensystem zu zerstören. Die Multikulturalisten beschreiben dieses destruktive Werk mit einer bewusst harmlosen und extrem irreführenden Vokabel. Sie sprechen von »deskonstruieren«, was eher nach Rückbau oder Renovierung klingt als nach dem, was es ist: das Schwingen der Abrissbirne. Sprachlich betrachtet handelt es sich hier um eine von vielen Nebelkerzen, die das große Zerstörungswerk an unserem Land tarnen sollen. Dazu mehr im nächsten Kapitel.

Wir leben in einer Zeit, in der »Politiker Vermieter von Kulturstätten erpressen und unbequeme Veranstaltungen absagen« und damit eine »Fassadendemokratie« errichten.[354] Wir leben in einer politischen Ära, in der Fotografie als »rassistisch« bezeichnet wird, weil sie für die Wiedergabe heller Hauttöne entwickelt wurde.[355] Wir erleben, dass Statistiken politisch korrekt frisiert werden.[356] Denunziantentum wird auf einmal als »Zivilcourage« bezeichnet, wenn es »gegen rechts« geht. Und für das Anzeigen von Falschparkern verspricht eine App sogar Kopfgeld. Universitäten müssen wegen wachsender religiöser Konflikte ihren eigenen Verhaltenskodex einführen. »Mohren-Apotheken« sollen ihren Namen ändern. Karnevalskostüme reproduzieren »koloniales Denken«. Museen

hängen klassische Gemälde ab, weil sie zu viel Haut zeigen. Weihnachtsbäume werden entfernt, weil sie die Gefühle von Muslimen verletzen könnten. Gastronomen müssen um ihre Zukunft bangen, wenn sie Stammtische der im Bundestag präsenten AfD »dulden«. In den sozialen Netzen tummeln sich mehrere Tausend Meinungspolizisten, auch vom Bertelsmann-Dienstleister »Arvato«, die als digitale Müllabfuhr kritische Kommentare entsorgen. Sie haben in der Regel nur wenige Sekunden Zeit, um zu entscheiden, ob der jeweilige Beitrag gelöscht wird.[357] Auf Facebook kann man schon zensiert werden, wenn man Artikel der *Basler Zeitung* zitiert. Aber es geht noch weiter: »Trump muss weg« gilt als »Haltung«, während »Merkel muss weg« als »Hetze« bezeichnet wird. Wohin die politische Korrektheit im Extremfall führen kann, haben wir im Juli 2016 gesehen. Eine junge Frau wurde in Mannheim von drei »arabisch aussehenden Männern« vergewaltigt und zeigte sie nicht an. Sie fürchtete, als Rassistin zu gelten.[358] Als Wolfgang Streeck in seinem bereits zitierten Gastkommentar für die FAZ am 16.11.2017 kritisierte, dass die deutsche Öffentlichkeit im Rahmen der Migrationspolitik ab 2015 »wie ein Tanzbär am Nasenring regierungsamtlicher Wahrheiten durch die Manege gezogen« wurde, wagte er eine brisante, aber realistische Prognose: »Dass diese Art von Dressurakt zeitweise im demokratischen Deutschland funktionieren konnte, könnte in einigen Jahren die wichtigste Erinnerung an die Ära Merkel sein.«[359] Doch noch bevor diese Ära zu Ende geht, könnte es zu Protesten und vielleicht auch Unruhen kommen, die mit Blick auf ihre Reichweite und Konsequenzen diesem »Dressurakt« den Rang ablaufen.

Gehirnwaschanlagen – Die Medien wollen uns umprogrammieren

»Nicht die ans Licht gekommenen Wahrheiten fördern Revolutionen, sondern Wahrheiten, die unterdrückt wurden.«

Seneca

Tatorte, die uns vor »rechten« Umtrieben warnen;[360] ständige Salven gegen die bösen Russen, Krawall-Kolumnisten, die der Antifa huldigen, und Zeitungsberichte, die sofort eine »Blockade« wittern, wenn Bürgermeister nur ihre örtlichen Kapazitäten für die Aufnahme von Migranten erschöpft sehen und daher eine Zuzugssperre fordern: Der Erziehungsjournalismus ist überall. Die etablierten Medien haben sich in der Migrationskrise zu einem ausgelagerten Belehrungsministerium der Regierung Merkel gewandelt. Sie haben die Migration schöngeschrieben, Deutschland zum Märchenland erklärt und der linken politischen Kaste bei der Indoktrinierung geholfen.

Die *Tagesschau* wollte erst nicht über den Mord an Mia in Kandel berichten, weil es sich ja nur um eine »Beziehungstat« handelte.[361] Dass es hier auch um ein Staatsversagen ging, spielte offenbar keine Rolle. In einem Kommentar in der *Welt* im November 2017 wurde »gegen die Schwarzmalerei« von Kritikern gewettert und behauptet, die Migration habe »Deutschland weltoffener und moderner gemacht«.[362] Im *Spiegel* konnten wir 3 Tage vor der Wahl in Italien, bei der EU-kritische Parteien am 4. März gewannen, lesen, das Land registriere gerade »das stärkste Wachstum seit 2010« und schneide besser ab als von Regierung und EU-Kommission erwartet.[363] Wer sich besser über die wahre Lage informieren wollte, las im *Wall Street Journal* in diesen Tagen, dass Italien das Land ist, »das vergessen hat, wie man wächst«.[364] Die *Washington Post* berichtete, dass Italien »seit 2 Jahrzehnten kaum gewachsen ist«.[365] In der *New York Times* stand 3 Tage vor dem Bericht im *Spiegel*, dass Millionen Italiener »minimale bis nicht-existente Berufsaussichten« haben, dass »die generelle Wahrnehmung sehr düster« ist und junge Italiener ihre politische Kaste für glatte »Versager« halten.[366] Bloomberg berichtete über ein Land, das 6 Jahre gutes Wachstum bräuchte, um überhaupt die Wirtschaftskraft von vor der Krise wieder zu erreichen. Die Realität wird von Medien jenseits der Landesgrenzen geliefert.

Die *Welt* nennt die Hochburgen der AfD im Osten »Reservate für Radikale«.[367] Die Zeitungen verschwiegen im Februar 2018 nach einem angeblichen Giftgasangriff von Diktator Assad in Syrien kollektiv, dass der damalige US-Verteidigungsminister James Mattis in einer Pressekonferenz zugab, er »habe die Beweise nicht«.[368] Politischer Korrektheit und dem Versuch, das Publikum zu erziehen, entspringen auch Meldungen wie die bei *NDR Recherche* im November 2017, wonach »besorgte Bürger« eine größere Gefahr für die Unterwanderung der Polizei seien als arabische

Großclans.[369] In der *Süddeutschen Zeitung* erhalten die Leser Erziehungshilfe für den Fall, dass »andere Eltern AfD-Positionen vertreten«.[370] Die FAZ warnt vor einem »neuen Nazi-Sex-Boom«[371] und vor der »weißen Scharia«,[372] während *Bento* über die »Nazi-Leggings« schreibt und verrät, wie »man rechte Modemarken« erkennt.[373] In der ARD ist das CSU-Programm »bürgerlich-konservativ«, während ähnliche und fast gleichlautende Forderungen der AfD als »rechtspopulistisch« bis »rechtsextrem« bezeichnet werden. Nach der Entscheidung der SPD zugunsten der GroKo im Januar 2018 freute sich *Spiegel Online* ganz offen für Angela Merkel: »Noch drei Hürden, dann wieder Kanzlerin.«[374] Und während sich in ganz Europa antisemitische Übergriffe durch Muslime mehren, wird der Antisemitismus hierzulande von den Medien bis heute gerne den »Rechten« zugeschrieben. In den Zeitungsberichten über linke Demonstrationen folgen »Aktivisten« gerne »Aufrufen gegen Hass« im Rahmen »breiter Bündnisse«. Bei Demonstrationen merkelkritischer Bürger wird dagegen »aufmarschiert«. Hier sind es »Extremisten vom rechten Rand«, die »hetzen« und »Parolen brüllen«. Seltsamerweise zeigen bei den meisten Berichten zu solchen »Aufmärschen« die Bilder,[375] die die Zeitungen selbst abdrucken, nicht die braunen Horden, die im Text beschrieben werden.[376]

Bürger begehren auf

Die GEZ-Rebellion

Neben den 6 Millionen Stimmen für die AfD sowie den Fußballfans, die gegen die Kommerzialisierung ihres Sports aufbegehren, ist die rasch wachsende Bewegung gegen die Zwangsgebühren des GEZ-Fernsehens aktuell die wohl brisanteste und größte Protestbewegung hierzulande. Auf der Webseite von »Abgeordneten-Check« wurden mit der Petition »Gegen Gebührenzwang! Rundfunkbeitragspflicht abschaffen!« bis Juni 2018 schon 1,68 Millionen Stimmen gesammelt. »Es muss die Option geben, Nein zu sagen«, wird dort gegen die Gebühr gefordert, die zur »Demokratieabgabe« umgemünzt wurde, um Kritiker zu diskreditieren. Seit 2013 wird der Zwangsbeitrag pauschal pro Wohnung abgerechnet, unabhängig davon, ob die Bewohner Empfangsgeräte besitzen oder nicht. Im Mai 2018 hat die Datenkrake des öffentlich-rechtlichen Rundfunks wie ein Fischtrawler mit riesigen Fangnetzen schamlos die Daten der Meldeämter abgesaugt. Es war eine Art Rasterfahndung auf dem Silbertablett zur Erfassung aller noch fehlenden Zwangsgebühren-Zahler.

Mehr als 110 000 Menschen in Hamburg verweigern laut einer Senatsauskunft die Beitragspflicht. Laut ihrer Oberbürgermeisterin vollstreckte die Stadt Gießen von Januar 2016 bis Juli 2017 in 2900 Fällen auf Ersuchen des Hessischen Rundfunks den »Rundfunkbeitrag«. Allein in Rostock ersuchte der NDR von Januar bis Dezember 2017 insgesamt 4000-mal um Vollstreckungshilfe gegen GEZ-Verweigerer. Und laut Heiko Schrang, dem Autor des Buches *Die GEZ Lüge,* verweigern bundesweit 4,6 Millionen Menschen die GEZ-Gebühr. Das ist fast jeder Zehnte. Schrang hat 4000 Fälle gezählt, in denen gegen die GEZ geklagt wird. Das Verfassungsgericht in Karlsruhe beschäftigt sich ebenfalls mit den Gebühren. Schrang ist überzeugt, dass das GEZ-System »in den nächsten paar Jahren wie Schnee in der Sonne zerschmelzen« wird. In ersten deutschen Städten wie Oldenburg wurde inzwischen auch gegen die Gebühr demonstriert. Und das Bundesverwaltungsgericht hat im Herbst 2017 in einem sensationellen Urteil zugunsten einer Hostel-Betreiberin entschieden, sie müsse nur zahlen, wenn sie Empfangsgeräte hat.

Zu Galionsfiguren der Bewegung gegen den Zwangsbeitrag sind Menschen wie Sieglinde Baumert geworden. Sie musste 2016 für ihre Zahlungsverweigerung 61 Tage ins Gefängnis. Auch die Verhaftung des GEZ-Verweigerers Markus Lynen im Februar 2018 und seine Verbringung in die JVA Ossendorf machten Schlagzeilen. In diversen Umfragen geben bis zu 90 Prozent der Teilnehmer an, die Rundfunkgebühr müsse gestrichen werden oder sei zu hoch. Kritik an der GEZ-Gebühr wächst auch in der Wirtschaft, wo Unternehmer und Manager eine Doppelbelastung sehen, wenn Privatleute für ihre Wohnung und dann auch noch einmal für den Betrieb zahlen. »Viele Bundesbürger sind verärgert und zeigen wenig Verständnis für eine Gebühr, die unabhängig von der realen Nutzung verlangt wird«, schreibt der Bund der Steuerzahler in einer Stellungnahme für das Bundesverfassungsgericht. Der Bund sieht »Handlungsbedarf« und beklagt, dass bei uns die Rundfunkgebühren im internationalen Vergleich am höchsten sind. Kein Wunder: ARD, ZDF und Deutschlandradio können jährlich über rund 8 Milliarden Euro verfügen.

Und sie geben das eingetriebene Geld des Publikums äußerst verschwenderisch aus, nicht nur für hohe Bezüge und Pensionen, eigene Orchester und Konzertsäle, sondern auch für gemeinsame Redaktionen, in die unnötig viele regionale Anstalten ihre Redakteure entsenden. Im April 2018 konnte man Außenminister Heiko Maas bei einem Interview während seines Besuchs in den USA von fünf GEZ-Mikrophonen umringt sehen: einmal DLF, dann *Tagesschau,* einmal *Hessischer Rundfunk* und zweimal ein *ARD-Mikro.* Was macht da eigentlich der Programmaustausch, der dazu da ist, Aufnahmen einzelner Sender allen im Verbund zur Verfügung zu stellen und die Kosten zu senken?

Dass der pflichtfinanzierte Rundfunk im digitalen Zeitalter für viele entbehrlich geworden ist, weisen die Sender so beleidigt von der Hand wie den Vorwurf, staatstragend zu sein und ihren Informationsauftrag mit einer erzieherischen Funktion zu verwechseln. Inzwischen nehmen auch in der Politik Kritik und Widerstand gegen die Zwangssender zu, auch weil diese der Aufforderung der Gebührenkommission KEF im Frühjahr 2018, weitere Einsparungen zu präsentieren, demonstrativ nicht nachkamen. In der Schweiz hat 2018 nach der Zustimmung der Eidgenossen zu der umstrittenen Billag-Gebühr die Schweizerische Radio- und Fernsehgesellschaft ein strammes Sparprogramm vorgelegt. Sie will ihr kritisches Publikum vom Willen zur Besserung überzeugen. In Deutschland haben die

öffentlich-rechtlichen-Sender Politik und Bürgern den Mittelfinger gezeigt und arrogant Njet gesagt, was Kritik und Widerstand weiter anheizt.

Jedes Jahr in den ersten Tagen des Januars berichten Zeitungen unisono über die »Rückkehr der Masern« oder den »Vormarsch« derselben, um wenige Tage später zu Impfkampagnen der auf ihren Seiten werbenden Pharmaindustrie aufzurufen, aber erst, nachdem impfkritische Eltern über ihr »unverantwortliches Verhalten« belehrt wurden. In den Finanzrubriken wird derweil gewarnt, dass »Populisten« der Wirtschaft in Europa einen »Milliarden-Schaden zufügen«.[377] Und Armutsberichte von Organisationen wie dem Paritätischen Wohlfahrtsverband werden als »gefährlicher Blues vom bitterarmen Deutschland« diskreditiert, weil sie »gerade in Zeiten der Flüchtlingskrise« den Falschen in die Hände spielen könnten.[378] Wenn Hamburgs Bürger Olympische Spiele mehrheitlich nicht wollen, sind sie »mutlose Deutsche«.[379] Wenn die Mehrheit der Briten für den Brexit stimmt, haben »die Rassisten gewonnen«.[380] Wenn mehr als 100 000 Menschen in Berlin gegen das Handelsabkommen TTIP demonstrieren, berichtet der *Spiegel* über »Schauermärchen vom rechten Rand«,[381] obwohl Gewerkschafter und linke Globalisierungskritiker mitmarschiert sind. Und immer wenn Kritiker den von Politik und Medien vorgegebenen Meinungskorridor verlassen, bekommen sie ein toxisches Etikett an den Hals geklebt, eine politische Lepra-Bescheinigung: Die ehemalige Russland-Korrespondentin der ARD, Gabriele Krone-Schmalz, ist dann eine »Putin-Versteherin«,[382] Juso-Chef Kevin Kühnert, der in der SPD mit einer eigenen Kampagne Stimmen gegen die GroKo sammelte, war ein »Milchgesicht«, das »Merkel stürzen« wollte.[383] Der Tübinger Bürgermeister Boris Palmer, der sich mehrfach kritisch zur Migrationspolitik geäußert hat, macht sich laut der *Welt* mit »Tiraden« zum »grünen Hardliner«.[384]

Hier sind nicht nur politische Anbiederung und Unterwürfigkeit im Spiel. Auch eine schlimme Verachtung für das eigene Publikum bereitet einen Teil des Bodens für diese Erziehungskampagne. Das sieht man zum Beispiel, wenn *Focus* die 5,9 Millionen Zuschauer der *Helene Fischer Show* vom 1. Weihnachtstag 2017 so charakterisiert: »*Die Helene Fischer Show* hatte alles, nach dem sich der Durchschnitts-Deutsche nach zu viel Gans mit Klößen sehnt: Beschallung, Besinnlichkeit und eine glückselige Gastgeberin mit 1000-Watt-Grinsen – nur nicht den Kopf zu sehr

überanstrengen.«[385] In der *Welt* findet man sogar, die Deutschen seien »ein Fall für den Psychoanalytiker«.[386] Doch diese Verachtung für das eigene Publikum, kombiniert mit der unterwürfigen Haltung gegenüber der Politik, die es eigentlich zu kontrollieren gilt, haben den etablierten Medien eine Vertrauenskrise beschert. Sie wird deutlich durch den anhaltenden Kollaps ihrer Leserzahlen und Werbeeinnahmen, die zu einer Existenzkrise geworden sind. Schuld sind jedoch stets die anderen: das Internet, verschwörungsschwangere soziale Plattformen und veränderte Lesegewohnheiten. Nur nicht der Journalismus selbst ist schuld an der Misere. Er steht über allem, weil er aus Berufung stattfindet und weitsichtige Welterklärer hervorbringt. Dieser Deutungsadel kann schon per Definition nicht falsch liegen. Selten gibt es mediale Beichten wie diese: »Wie in der Flüchtlingskrise ersetzen Journalisten oft kühle Berichterstattung durch Moralismus.«[387] Oder dieser Erfahrungsbericht eines Schweizer Journalisten vom Januar 2018 über »Die Tunnelperspektive der Mainstream-Medien«, herausgegeben vom Swiss Propaganda Research: »Ich bin selbst schuldig, Teil des Systems zu sein oder zumindest das Spiel mitzumachen […] die Entscheide [bei der Themengewichtung, Anmerk. d. Verf.] basieren auf einer klaren Wertehaltung, die viele Perspektiven ausblendet, sowie einer Quellenlage, die sehr selektiv ist […] Dieses Fahrlässige, dieses Diffuse und Beliebige habe ich immer als Wursterei empfunden. Doch die Würste, die herauskamen, waren immer sehr normiert – konform mit einer Weltanschauung, wo schon immer klar ist, wer der Gute und wer der Böse ist. Schließlich stammen die Quellen, wenn man sich das genau überlegt, vor allem von der ›guten‹ Seite.«[388]

Der *Stern* gestand einst in einem Editorial, das Sozialprestige von Journalisten rangiere »unter dem von Drogendealern«.[389] Es gibt inzwischen zahlreiche kritische Studien, die das Ausmaß von Realitätsverzerrung, Manipulation und Auslassung beschreiben, mit dem etablierte Medien versuchen, ihrem Publikum das Gehirn zu waschen, die Wahrnehmung zu kanalisieren und das Denken zu steuern. Zu diesen entlarvenden Studien gehört die von Ladislaus Ludescher über Vergessene Welten, herausgegeben von der Goethe-Universität in Frankfurt und der Universität Heidelberg. Untersucht wurde die Berichterstattung der *Tagesschau* von 2007 bis 2016. Fazit: »Die Ergebnisse zeigen, dass die Zusammensetzung der Beiträge keine adäquate Widerspiegelung der Welt

darstellt.«[390] Das Nachrichten-Flaggschiff des GEZ-Fernsehens als Nebelkerze im Nachrichtenstrom, ein Ablenkmedium! Das ist ein vernichtendes Zeugnis, das auf kritischen Medienseiten im Internet täglich thematisiert wird.

Unter den Journalisten gibt es viele, die in diesen Beruf gegangen sind, weil sie ein nahezu kantsches Aufklärungsbedürfnis empfinden und die Welt verbessern wollen. Der Berufsstand wird dominiert von Akademikern, die überwiegend so oder so ähnlich sozialisiert wurden wie der linke Politik-Mainstream. Hinzu kommt eine bedenkliche Nähe zur politischen Kaste, die ihre Beziehungen zu Journalisten geschickt mit der Verteilung »exklusiver« Informationen in Hintergrundgesprächen und informellen Runden pflegt. Bei ARD und ZDF ruft der Vorwurf, ein Staatsfunk zu sein, zwar Schnappatmung hervor, doch bei genauem Hinsehen zeigt sich: Von den Parteien dominierte Rundfunkräte und informelle Parteirunden bereiten die wichtigen Entscheidungen vor, während Ministerpräsidenten auch schon mal unbequeme Kommentatoren absägen, der ARD-Vorsitzende ein ehemaliger Regierungssprecher sein kann oder – umgekehrt – ehemalige ZDF-Journalisten Regierungssprecher werden können. Sogar das Verfassungsgericht hat den übermäßigen Einfluss der Parteien auf die GEZ-Sender moniert. Diese Staatsnähe[391] verzerrt nicht nur die Nachrichtengebung, sie nimmt auch enormen Einfluss auf die erzieherische Linie der Mainstream-Medien. So verloren ARD und ZDF ihre Distanz zur politischen Kaste. Und so wurden sie zu »Lautsprechern« der Regierung Merkel, wie selbst der FAZ-Journalist Michael Hanfeld in seinem Beitrag zum »Willkommens-Journalismus bis zum Abwinken« zugeben musste. Der Kommentar gipfelte in der durchaus berechtigten Frage: »Wer weiß, wo Angela Merkel wäre, gäbe es den öffentlich-rechtlichen Rundfunk nicht.«[392] Kein Zweifel: Die etablierten Medien sind zu Massenablenkungswaffen verkommen. Mit ihren Berichten und Kommentaren helfen sie, die Ideologie und Politik der Berliner Kaste zu verteidigen und jeden zu diskreditieren, der den eng gezogenen Meinungskorridor verlässt. Noch spitzer formuliert es der Schweizer Medienunternehmer und Politiker Roger Köppel: Die Medien sind »zu einer Wagenburg um den Staat« geworden.[393] Ihre hohe »Suggestivkraft« wurde durch das Bundesverwaltungsgericht in einem Urteil vom 17.12.2014 (BverwG 6 C 32.13) höchstinstanzlich gewürdigt. Dass hinter der Propaganda sowohl Plan als auch System stecken, wissen inzwischen

sogar flüchtige Tatort-Zuschauer. Die Sendung ist zum medialen Hochamt der deutschen Volkserziehung verkommen.

Um von den eigenen Fehlern und Schwächen abzulenken, dreschen die etablierten Medien bei jeder Gelegenheit auf das Internet ein. Dort vermuten sie ein »verbiestertes Info-Prekariat«, das »Extremisten […] Tür und Tor« öffnet[394] und »ein Instrument der Irritation«[395] geworden ist. Bei der *Wirtschaftswoche* beklagt man gar »Das Gift der asozialen Medien«.[396] Doch das ist nur ein verzweifeltes Ablenkungsmanöver einer ums Überleben ringenden Nachrichtengarde, die ihr Deutungsmonopol verloren hat. Nicht nur der angebliche Internet-Pöbel wendet sich von diesen Medien ab, auch treue Leser und Zuschauer in respektierten Positionen, die es sich nicht länger gefallen lassen, dass sie mit erzieherischem Ton andauernd belehrt anstatt objektiv informiert werden. »Gut die Hälfte unserer Umfrageteilnehmer gibt an, dass sie Mainstream-Medien weniger als einmal pro Woche nutzen«, schrieb Edelman-CEO Richard Edelman im Vorwort zum Trustbarometer 2018, »fast sechs von zehn stimmen zu, dass Nachrichtenorganisationen politisiert sind – und fast jeder zweite hält sie für elitär.«[397] (Übers. durch den Verf.)

Das Vertrauen dieser Erziehungsmedien ist mittlerweile so am Boden wie die Eurofighter, die Ursula von der Leyens Piloten nicht mehr in die Luft bekommen. Genug von Belehrungen und blinden Flecken im Nachrichten-Mainstream hat aber nicht nur das Publikum. Mehr und mehr Organisationen und ehemalige Journalisten setzen auf eigene Nachrichtenkanäle, um dem abgewirtschafteten und diskreditierten alten News-Universum etwas entgegenzusetzen. Sie haben damit wachsenden Erfolg. Sogar die Polizei berichtet auf eigenen Kanälen immer intensiver, was das *Meedia*-Magazin im März 2018 zu einem alarmiert klingenden Bericht über die »steigende Konkurrenz zwischen Medien und Polizei-Pressestellen« bewog.[398] Auch in der Wirtschaft greifen von Siemens bis Tesla immer mehr Firmen auf eigene Newsrooms[399], Nachrichtenkanäle und Internetplattformen zurück.[400]

4 | Der Weg zur Revolte

Die ersten Vorbeben und die neue Ära der Proteste

»Gewitter und Revolutionen haben eines gemeinsam: Sie dienen dem Ausgleich extremer Spannungen.«

Helmut Glatz

Im Mai und Juni 2018 ist Angela Merkel gegen eine Wand geprallt. Die landesweite Empörung über den Mord an der 14-jährigen Susanna in Mainz, der BAMF-Skandal, die Wahl in Italien und das Ringen mit Horst Seehofer um die Migrationspolitik: Das multiple Desaster hat der einst einflussreichen Politikerin schwer zugesetzt. Merkels Politik ist, wohin man auch schaut, an der von ihr geschaffenen Realität zerschellt. Auch das Chaos und die Spaltung, die sie in der EU angerichtet hat, wurden selten deutlicher. Das zeigte auch das Ringen um eine neue Regierung in Italien. Die Lega und die 5-Sterne-Bewegung hatten bei der Wahl im März die meisten Stimmen gewonnen. Staatspräsident Sergio Mattarella verhinderte jedoch Ende Mai 2018 mit einer fragwürdigen Spitzfindigkeit im ersten Anlauf die Bildung einer Regierung durch die beiden Parteien und setzte einen Apparatschik mit IWF-Erfahrung ein. Es war der erfolglose Versuch des EU-Establishments, die eiserne Sparpolitik, mit der Griechenland seit Jahren ausgezehrt und an die EU geknebelt wird, auch auf Italien anzuwenden, auf Kosten der Demokratie. Der Aufschrei im Land und in weiten Teilen Europas war ob dieses Putsches von oben jedoch so groß, dass Mattarella sofort einen Rückzieher machte. Er merkte spät, aber nicht zu spät, dass die Einsetzung einer Übergangsregierung aus Technokraten mit einem IWF-Apparatschik an der Spitze ohne Legitimierung des Wahlvolks das Land gewaltig aufgewühlt und einen enormen Wähleraufstand provoziert hätte. Die nächste Wahl wäre nichts anderes als ein Referendum über den Verbleib Italiens in der EU geworden. Das war sie

zwar auch schon im März 2018, doch zu keinem Zeitpunkt waren der Aufschrei und die Wut über die EU und die Regierung Merkel so groß wie in diesem Sommer 2018. Als Tage nach dem versuchten Putsch in Rom doch noch eine Regierung nach dem Wunsch der beiden siegreichen EU-kritischen Parteien gebildet wurde, war klar: Das EU-Establishment hat eine vernichtende Niederlage erlitten. Man wird sie später einmal als den Startschuss zum Grande Finale und das Zerbrechen der EU sehen. Was hier passiert war, ist Brexit hoch zehn. Die auf einen europäischen Zentralstaat fixierte politische Klasse auf dem Kontinent ist im Gegensatz zu 2017, als sie in den Niederlanden und Frankreich den Wahlsieg EU-kritischer Politiker noch verhindern konnte, diesmal komplett gescheitert und in die Knie gegangen. Es war eine schwere Niederlage für Angela Merkel, die zu diesem Zeitpunkt in Europa mit ihrer Spar- und Migrationspolitik ohnehin bereits völlig isoliert war. In der EU liegt ihre Politik nun völlig in Scherben. Zwischen Rom, Berlin und Brüssel herrscht Eiszeit. Unter der Führung Österreichs und der Niederlande streben kleinere EU-Mitglieder nach dem Brexit einen reduzierten Haushalt in Brüssel an, anders als Berlin und Paris es wollen. Brüssel betreibt Strafmaßnahmen gegen das EU-Mitglied Polen. Die von Berlin und Paris angestrebte Banken- und Haftungsunion liegt auf Eis. Merkel traut sich angesichts des wachsenden Widerstands im eigenen Land nicht, in wichtigen Punkten auf Macrons Forderungen einzugehen. In Osteuropa und Österreich gehen die Regierungen eigene Wege in der Migrationspolitik. Die Schuldenkrise senkt sich nun als politische Krise über Europa. Hinzu kommt: Zwischen den USA und der EU eskaliert ein Handelskonflikt, der nur ein Vorbote gefährlicher geostrategischer Krisen ist. Donald Trump hat das Atomabkommen mit dem Iran aufgekündigt. Die EU weigert sich mitzuziehen, das Fundament der atlantischen Beziehungen bekommt immer größere Risse. Auch der NATO-Gipfel im Juli 2018 offenbart mit dem Streit über die Rüstungsausgaben die ganze Zerrissenheit. Und die Kapitalmärkte senden seit Wochen die ersten unübersehbaren Signale eines erneut nahenden Crashs.

Von überall kommen Wende-, Stopp- und Krisensignale, wächst der Widerstand gegen Merkels Politik. Die Kanzlerin erlebt eine Revolution von fast allen Seiten. Selbst Donald Trump stellt ja eine Revolution dar. Auch die Wahl in Italien war ein Aufbegehren gegen den wuchernden Zentralstaat in Europa und gegen das Spardiktat aus Berlin. Nur den

wenigsten Beobachtern ist in diesen Tagen bewusst, dass einige der vehementesten Bewegungen der letzten Jahre gegen die Spar-, Migrations- und EU-Politik von Angela Merkel aus zunächst kleinen Kundgebungen und Protesten entstanden, darunter die spanische Podemos und die 5-Sterne-Bewegung in Italien. Auch die AfD, die inzwischen bei Umfragen zweitgrößte Partei und im Bundestag die führende Opposition ist, hat ihre Wurzeln in einem EU-skeptischen Aufbegehren.

Auch in Deutschland wird das Knirschen immer lauter. Eine wachsende Zahl von Bürgern begehrt im ganzen Land mit Demonstrationen und Initiativen gegen unbezahlbare Mieten, den Verfall der Inneren Sicherheit, wachsende soziale Spannungen, Korruption, die grassierende Gewalt gegen Frauen und die Migrationspolitik insgesamt auf. In **13 Kästen in diesem Buch** habe ich streiflichtartig dieses Aufbegehren von Bürgern beschrieben. Die Beispiele machen deutlich, dass die Zivilgesellschaft erwacht und ein immer lauteres Zeichen nach Berlin sendet: Wir sind nicht länger gewillt, uns von einer politischen Kaste regieren und entmündigen zu lassen, die Gesetze mit Füßen tritt, gegen den Mehrheitswillen der Bürger handelt und dabei die Demokratie zerstört. Von den »Merkel-muss-weg«-Demos über die Frauenmärsche in verschiedenen Städten bis hin zur »Gemeinsamen Erklärung 2018«, die von zahlreichen Publizisten, Akademikern und anderen Intellektuellen unterschrieben wurde und es dank mehr als 160 000 Unterschriften der breiteren Öffentlichkeit bis in den Petitionsausschuss des Bundestages schaffte, nimmt der offene Widerstand nicht nur an Intensität, sondern auch in der Breite zu.

Von der völlig missratenen Energiewende bis hin zur sträflich vernachlässigten Wohnungsbaupolitik: Allerorten wachsen die Proteste und der Widerstand. Über 900 Bürgerinitiativen haben sich gegen Windparks, die sie nicht wollen, formiert. Wer bei Google als Suchwörter »Windkraft« und »Widerstand« eingibt, bekommt aktuell 121 000 Treffer. Auch die Autofahrer begehren angesichts des Diesel-Skandals und der in Hamburg und Stuttgart beginnenden Sperrung von Innenstädten auf. Laut einer repräsentativen Umfrage des Meinungsforschers YouGov weigern sich 76 Prozent der Diesel-Fahrer, die Nachrüstung zu zahlen. Mehr noch: Tausende von IHK-Rebellen in den Handelskammern begehren zur gleichen Zeit gegen exzessive Präsidentengehälter, rechtswidrige Rücklagen und überzogene Zwangsbeiträge auf. Bei Kurierdiensten revoltieren die Fahrer gegen miserable Arbeitsbedingungen.[401] Familien ziehen gegen

Kinderarmut durch Berlin.[402] In den Fußballstadien und Kicker-Foren rebellieren aufgebrachte Fans gegen die fortschreitende Kommerzialisierung ihres Sports. Vor allem die verhassten Montagsspiele sind für sie ein Symbol dafür, dass auch im Fußball die Jagd nach Renditen das Volk, in diesem Fall das Fußballvolk, an den Rand drängt und zu (zahlenden) Statisten degradiert. Das verheerende Abschneiden bei der Fußball-WM hat den Fans den Rest gegeben und sie in ihrer Kritik bestätigt.

In zahlreichen Städten formiert sich derweil Protest gegen eigentlich garantierte, aber fehlende Kita-Plätze.[403] Ungezählte Bürger protestieren in Initiativen und mit Volksbegehren gegen die wachsende Versiegelung des Landes mit immer mehr Gewerbegebieten.[404] In Bayern, wo das Wachstumsdogma täglich Landschaft im Umfang von vierzehn Fußballfeldern verschlingt, hat ein breites Bündnis gegen die »Betonflut« massive Proteste und ein Volksbegehren organisiert. Die *Süddeutsche Zeitung* hat in Oberfranken deswegen bereits einen »Bauernaufstand« ausgemacht.[405] Am anderen Ende der Republik, in Berlin, rufen Aktivisten ein Parlament der Wohnungslosen aus.[406] Allein an den Gerichten der deutschen Hauptstadt werden jedes Jahr 10 000 Zwangsräumungsklagen eingereicht, doppelt so viele wie Ende des vergangenen Jahrzehnts.[407] In Frankfurt demonstrieren Rettungsdienste und Feuerwehr gegen die massive Gewalt, die ihnen bei Einsätzen entgegenschlägt.[408] In Köln revoltieren Lungenärzte gegen Kürzungen.[409] In Stuttgart gründen Taxifahrer eine eigene Partei und wollen 2019 in den Gemeinderat einziehen, um Korrekturen gegen die miserable Verkehrspolitik zu erzwingen.[410] In Hamburg proben wissenschaftliche Mitarbeiter und Studenten den Aufstand gegen das Präsidium der HafenCity-Universität.[411] An Hochschulen machen Medien eine neue Form des Protests aus. Er richtet sich gegen die »Ökonomisierung der Bildung«.[412] Sogar in der Deutschen Bischofskonferenz wird der »Aufstand« geprobt, es geht um die Kommunion für Protestanten[413] und die Segnung gleichgeschlechtlicher Paare. Auch die Beschäftigten treten nach Jahren relativer Ruhe wieder engagierter für ihre Rechte ein, wie die Beispiele E.ON, Air Berlin und Opel zeigen, aber auch Berichte über die Briefträger der Deutschen Post.

Die meisten Bürger treibt in diesen Monaten die Migrationspolitik auf die Straße. In Cottbus nahmen die Proteste nach Auseinandersetzungen zwischen Migranten und Einheimischen phasenweise so zu, dass die

mediale Elite schon »das neue Dresden« (Pegida) an die Wand malte und ihre Furcht zum Ausdruck brachte, »die neue Kampfzone« (Cottbus) könne Zwischenstation auf einem baldigen Marsch nach Berlin werden.[414] Dieser Bericht im *Tagesspiegel* erschien nur wenige Wochen, nachdem der Rundfunk Berlin-Brandenburg (RBB) gemeldet hatte, dass in Berlin mittlerweile »mehr als ein Dutzend Mal pro Tag demonstriert« wird. Zitiert wurde in dem Beitrag Polizeipräsident Klaus Kandt. Er hatte der dpa zuvor gesagt, dass die Zahl der Demonstrationen sich seit 4 Jahren auf dem Niveau von etwa 5000 jährlich befinde, die Zahlen seien früher auf einem niedrigeren Niveau geschwankt, man könne sich den Anstieg jedoch nicht genau erklären.[415] Dass sich bei diesen Demonstrationen ganz überwiegend nicht grölende Wutbürger und Glatzköpfe in Springerstiefeln auf den Weg machen, hat sich längst herumgesprochen. Neuerdings gehen sogar ganze Kommunen auf die Barrikaden. Während der Minister für Landwirtschaft in Berlin unter Verstoß gegen die Absprache im Bundeskabinett der verlängerten EU-Zulassung von Glyphosat zustimmt, sind bundesweit bereits mehr als 160 Kommunen bekannt, die auf den Einsatz von Glyphosat und anderen Pestiziden mit Krebsverdacht verzichten.

Es gibt noch viele weitere Beispiele. Die Einführung des höchst umstrittenen »Staatstrojaners« führt dazu, dass zahlreiche Vereine und Bürgerrechtsinitiativen gegen die expandierende digitale Überwachung mobilmachen. In verschiedenen Städten revoltieren Bürger gegen den Bau von Moscheen. Seit 2 Jahren wächst sichtbar der Protest gegen unbezahlbare Mieten in den Großstädten. Der Alt-68er Herbert Arndt freut sich, dass die zunehmenden Mieterproteste »der perfekte Nährboden für einen Aufstand« sind. Das ZDF, das den erfahrenen, aber inzwischen pensionierten Hausbesetzer interviewte, sieht in dem Streit innerhalb des Berliner Senats über das Dulden von Hausbesetzungen sogar einen »Hauch von Rebellion bei Mitregierenden«.[416] Aus Österreich schwappt derweil der Protest Alleinerziehender, meist Frauen, gegen Armut, Benachteiligung und Ausgrenzung zu uns herüber.[417] Neu-Lehrer, die im Zuge der massenhaften Migration hastig und schlecht vorbereitet als Seiteneinsteiger eingestellt wurden, machen ihrem Unmut Luft, weil sie sich schlecht bezahlt und verheizt fühlen. In Berlin zeichnen mehr als 30 000 Menschen eine Petition gegen eine sogenannte Vielfalts-Broschüre, die Gender-Ideologen für Kitas entworfen haben. Die Landtage registrieren eine steigende Zahl von Online-Petitionen. Denn die Bürger entdecken für ihren

Protest auch das Internet, was zuletzt die Einreichung der »Gemeinsamen Erklärung 2018« zeigte. Dass sich auch im Netz zunehmend Widerstand gegen die politische Kaste organisiert, könnte einer der Gründe dafür sein, dass bisher nicht noch mehr Bürger auf die Straße gehen. Viele begnügen sich bisher damit, online Dampf abzulassen. Im Internet kann man fast täglich Kommentare wie diese lesen: »Es brodelt im Volk … wann bricht der Vulkan aus?« Oder dieser: »Der Altparteien-Sumpf muss trockengelegt werden.« Eine Teilnehmerin namens »Dóra Molnár« twitterte am 28. Januar 2018 dieses Stoßgebet: »Ich wünsche mir, lieber Gott: dass alle an der Basis aufhören zu schweigen. Alle. Polizisten, Lehrer, Ärzte, Kindergärtner, Sannis, Richter, Behördenmitarbeiter. Dass wir alle demonstrieren. Dass wir den rosa Elefanten in unserer Mitte sehen – und erlegen.«

Der Eindruck macht sich breit, dass in Deutschland nicht nur der Protest auf der Straße wächst, sondern dass sich unter den noch nicht aufbegehrenden Bürgern eine gespannte Erwartung aufbaut, ein Gefühl, das sagt: Es braucht nicht mehr viel, bis sich der Protest zum Flächenbrand ausdehnt. Der nächste Funke könnte der sein, der die Zündschnur aktiviert. Von den rebellierenden Fußballfans über die Mieterproteste, die Frauenmärsche und IHK-Rebellen bis hin zu jenen, die gegen grassierende Gewalt und die Politik von Angela Merkel marschieren, verdichtet sich ein Szenario, das Lenin als Voraussetzung für eine Revolution bezeichnete: wenn die unten nicht mehr wollen und die oben nicht mehr können. Auf beiden Seiten dieser Gleichung verfestigt sich der Eindruck, dass die Bedingungen weitgehend erfüllt sind.

Selbst die in Beschönigung von Merkels Politik schwelgenden Massenmedien kommen an diesem Befund langsam nicht mehr vorbei. »Der Goodwill der Deutschen ist aufgebraucht«, gestand im März 2018 die *Welt* mit einer Schlagzeile ein. Begründung: »Deutschland produziert zu viele Integrationsverlierer.«[418] *Die Bild* beschreibt ein »Deutschland im Alarm-Zustand«.[419] Der *Spiegel* findet in seiner Ausgabe 37/2017 mit dem Cover-Titel »Alles wird Wut« die Ruhe in Berlin trügerisch, »in Deutschland brodelt es«.[420] Auch die Wirtschaftszeitungen sind alarmiert. »Die Spaltung wird größer«, konstatierte die FAZ am 2. Juni 2018 mit Blick auf die wachsenden Hartz-IV-Ghettos in den Ballungsräumen der Republik.[421]

Tatsache ist: In Deutschland formiert sich unübersehbar ein neuer außerparlamentarischer Protest. Noch ist er fragmentiert und hat viele

Themen. Doch seine Intensität und die Zahl der Veranstaltungsorte nehmen zweifellos zu. Auch die Vielzahl der Beschwerden ist kein gutes Zeichen, denn sie zeigt, dass es enorm viel zu beklagen gibt in unserem Land. Selbst Universitäten und große Firmen sind alarmiert, was die Stimmung zwischen Flensburg und Garmisch-Partenkirchen angeht. In einem umfangreichen Diskussionspapier mit dem Titel »Akzeptanz für Großprojekte« stellt der Energiekonzern RWE fest, dass die »Diskussion um Bürgerbeteiligung bei Infrastruktur- und Großprojekten seit geraumer Zeit eine exponierte Stellung in der öffentlichen und politischen Debatte einnimmt«.[422] Beim Vermessen der »gegenwärtigen Protestkultur« (!) fällt den besorgten Beobachtern von RWE ein »bemerkenswerter politischer Aktionismus« auf. Das Unternehmen mahnt in der Politik daher eine »neue Dialog- und Beteiligungskultur« an. Das ist genau das, was Angela Merkel ihren Bürgern gerne verspricht, dann aber lediglich mit gestelzten und orchestrierten Fernsehauftritten vor sorgfältig ausgewähltem Publikum einlöst. Auch das »Kompetenzzentrum Öffentliche Wirtschaft, Infrastruktur und Daseinsvorsorge« an der Universität Leipzig bezeichnet in einer Studie über »Optionen moderner Bürgerbeteiligung« eine intensivere Einbindung der Bürger als »dringend geboten«.[423]

Bei RWE wird auf den inneren Seiten der Studie Klartext geschrieben. Dort heißt es auf Seite 18: »Proteste sind aber nicht allein durch persönliche Interessen der Bürger motiviert, sondern gedeihen in Deutschland noch auf einem anderen Nährboden. Sie werden auch dadurch gespeist, dass die Menschen sich zunehmend entfremdet fühlen von den Verantwortungsträgern des Gemeinwesens.« Ebenso die Feststellung wenige Zeilen weiter, dass es bei bekannten Großprojekten in Deutschland wie Stuttgart 21 um viel mehr als nur das jeweilige Projekt geht, lässt aufhorchen: »Stattdessen entzünden sich an derartigen Großvorhaben offensichtlich auch grundlegende ungelöste Konflikte unserer Gesellschaft. Dazu gehört wissenschaftlichen Erhebungen zufolge insbesondere das Gefühl der Bürger, dass Politiker über ihre Köpfe hinwegregieren und Unternehmen nur ihre Profitinteressen verfolgen.« Die Forscher der UNI Leipzig befragten für ihre Studie etwa 400 Kommunen, 150 Unternehmen und 1500 Haushalte. Brisant mit Blick auf das entstehende Protestpotenzial ist daher der folgende Satz in dem Papier: »So befürworten fast drei Viertel Protestaktionen gegen Vorhaben, welche nach deren Meinung ohne ausreichende Berücksichtigung der Bürgerinteressen umgesetzt werden

sollen.« Im Klartext: Drei von vier Bürgern würden auf die Barrikaden gehen, wenn es nicht mehr anders geht. Dass sich die Wut bei vielen Menschen bis ans Ende des Geduldfadens ausgebreitet hat, sieht man auch an Umfragen wie der von Forsa, die zeigt, dass in Berlin 53 Prozent der Bürger Hausbesetzungen für ein legitimes Mittel halten, um auf die grassierende Wohnungsnot aufmerksam zu machen.[424]

Kein Zweifel: Zumindest in Gedanken werden die Barrikaden bereits aufgestellt. Vor allem Bürgermeister, die mit Protest auf der Straße meist als Erste in der politischen Hierarchie konfrontiert werden, sind alarmiert über den wachsenden Widerstand aufbegehrender Bürger. Das ist der Grund, warum in Deutschland schon über 100 Kommunen »Leitlinien« formuliert haben, die festlegen, bei welchen Projekten und in welchen Phasen die Bürger wie umfangreich beteiligt werden. Man will in den Rathäusern des Landes den ständig wachsenden Unmut kanalisieren, abfangen und entkräften, bevor er explosiv wird und sich entlädt.

In Berlin sind die Verantwortlichen meilenweit von solchem Entgegenkommen entfernt. Sie sehen »Wutbürger«, »Modernisierungsverlierer« und »Nazis in Nadelstreifen«, wenn Menschen auf die Straße gehen. Unzufriedene Bürger werden falsch plakatiert und in die rechte Ecke entsorgt. Oder es wird zugelassen, dass die Antifa sie blockiert und angreift. Damit ist das Thema erledigt. In der deutschen Hauptstadt werden erzürnte Bürger als Störfaktor gesehen und ruhiggestellt, ganz so, als seien sie das Problem und nicht die politische Kaste, die enorme Probleme und Verwerfungen verursacht hat. Dieser ebenso plumpe wie spaltende Abwehrmechanismus wird eisern durchgehalten, obwohl von Wolfgang Schäuble ein brisantes Bonmot überliefert ist: »Du kannst Entwicklungen auslösen, die klein beginnen und am Ende nicht mehr beherrschbar sind.«[425] In Berlin scheint das keinen zu kümmern. Doch in deutschen Hinterlanden, wo der Protest aufwogt, zum Beispiel bei den örtlichen Polizeieinheiten, hat man ein viel besseres Gespür für den drohenden Massenprotest als die politische Kaste in Berlin. Die Mainzer Polizei gab im April 2018 eine »Demofibel« heraus, um die Wogen bei einer wachsenden Zahl von Demonstrationen zu glätten.[426]

Die Proteste, von denen Wolfgang Schäuble sprach, gibt es »(fast) allerorten und zu (fast) allen Themen«, wie Peter Ulrich vom Zentrum Technik und Gesellschaft an der Technischen Universität Berlin in der Zeitschrift *diskurs* feststellt.[427] Noch deutlicher formuliert das der deutsch-

libanesische Regisseur und Filmemacher Imad Karim, wenn er über die Proteste in Kandel spricht. Karim sieht sich in einem Land »werdender Aufklärung«.[428] Diesen Eindruck bestätigt auch eine wachsende Zahl von Akademikern, die sich aus der Deckung trauen und offen sagen, was sie sehen und ablehnen. So zum Beispiel im Mai 2018, als 154 Wirtschaftsprofessoren in eindringlichen Worten davor warnten, die von Paris und Brüssel angestrebte Haftungsunion in der EU zu verwirklichen, sie berge für die Bürger des Kontinents – gemeint waren vor allem die deutschen Sparer und Steuerzahler – hohe Risiken.[429]

Dass sich angesichts eskalierender sozialer Spannungen, der Aushöhlung unserer Demokratie und der Migration mit ihren destabilisierenden Nebenwirkungen zunehmend Intellektuelle zu Wort melden, hat indes nicht nur die »Gemeinsame Erklärung« gezeigt. Auch das »Neue Hambacher Fest«, das im Mai 2018 der Wirtschaftsprofessor Max Otte veranstaltete, zeigt wachsenden Widerstand gebildeter, meinungsführender und keinesfalls radikaler Menschen in unserer Mitte. Der Schritt in den offenen Protest wird auch für jene, die wegen der drohenden Ausgrenzung als »Rechte« einen höheren beruflichen oder gesellschaftlichen Preis zahlen müssen, immer kürzer. Die Wanderung von 1200 patriotisch gesinnten Bürgern hinauf zum Hambacher Schloss richtete sich im Mai 2018 gegen die starke Einschränkung der Demokratie in unserem Land und gegen die grassierende Zensur.

Die Einschläge dieser wachsenden Protestbewegung, die sich aus ganz verschiedenen Gründen und Richtungen aufbaut, kommen aus der Sicht von Angela Merkel immer näher. Denn der Protest hat längst auch die implodierenden ehemaligen Volksparteien erfasst. Die Parteiführung der SPD kann aufgrund der Revolte ihrer Basis ein Lied davon singen. Aber auch in der CDU braut sich dank Merkels vierter Amtszeit und ihrer katastrophalen Regierungsbilanz einiges zusammen. Die »WerteUnion«, in der sich konservative Parteimitglieder zusammengefunden haben, rebelliert gegen die inhaltliche Entleerung und die strategisch verheerende Linksverschiebung der CDU. Das muss nicht viel bedeuten, wenn die Kanzlerin erst zu Beginn des Jahres 2018 bei nur 27 Nein-Stimmen von tausend Delegierten erneut zur Parteichefin gewählt wurde. Doch dass mit dem Kreisverband Leipzig-Land im Sommer 2018 die erste CDU-Vereinigung ihre Unterstützung für die »Gemeinsame Erklärung 2018« signalisierte, zeigt, welcher Zerreißprobe die Union ausgesetzt ist. Je weiter

die 19. Legislaturperiode fortschreitet, desto größer wird die Absetzbewegung von Merkel werden.

Das Rütteln an den Gitterstäben des Systems Merkel hat längst die inneren Zirkel erreicht. Von da ab ist es nur eine Frage der Zeit, bis sich die Straßen mit Protest füllen. Zwei prominente Warnungen machen das deutlich. Die erste stammt von dem Soziologen Klaus Dörre aus dem Jahr 2009, als die Finanzkrise tiefe Schneisen durch die Konjunktur und die Sparbücher der Deutschen zog. Da war die Occupy-Bewegung noch 2 Jahre entfernt. Dörre warnte in dieser kritischen Zeit in der *Berliner Zeitung* vor einem Wutstau, »der in Deutschland ausbrechen könnte«. Das war zu einer Zeit, in der Abermilliarden für die Rettung spekulationswütiger und arroganter Banken ausgegeben wurden und »die Gerechtigkeitsmaßstäbe der Bevölkerung tief verletzt« wurden.[430] Seitdem hat die politische, soziale und kulturelle Spaltung in unserem Land aber noch deutlich zugenommen, was die steigende Zahl von Protesten belegt. Daher ist auch das zweite Zitat hier wichtig. Es stammt von dem Politikwissenschaftler Werner Patzelt von der TU Dresden. Patzelt sagte mit Blick auf die Proteste in Cottbus und die laufende Migrationspolitik im Februar 2018: »Wenn man die Bevölkerung eines Landstriches verändert, und zwar in der eigenen Lebenswelt, und wenn es da nicht nur angenehme Begegnungen gibt, sondern auch solche mit Gewalttätigkeit, dann kann sich schnell eine Eskalationsspirale der Empörung zusammenballen und entfalten.«[431]

In unseren Nachbarländern ist dieser Punkt bereits erreicht. In Paris und 140 weiteren Städten Frankreichs protestierten im Sommer 2018 Zehntausende von Menschen gegen die Reformen von Präsident Macron, der unter anderem Stellenstreichungen im öffentlichen Dienst, strengere Aufnahmekriterien für die Universitäten und höhere Abgaben für Rentner durchsetzen will. Der britische *Guardian* sieht für unser Nachbarland »bürgerliche Unruhen« wie in den späten 60er-Jahren vorher.[432] In den Augen von Pierre Bouvier, einem Journalisten bei *Le Monde,* ist sogar »die Bastille in Sichtweite«.[433] Es sind überwiegend Studenten, Rentner und Arbeiter, die aufbegehren, nicht radikale Rechte oder andere Extremisten. Auch Spaniens Rentner »proben den Aufstand gegen die Regierung«.[434] In über hundert landesweiten Demonstrationen protestierten sie allein an einem Wochenende im März 2018 gegen die Rentenpolitik von Ministerpräsident Mariano Rajoy, der wenige Wochen später per Misstrauensvotum im Parlament abgesetzt wurde. Schon am 15. April 2018

waren in Barcelona 750 000 Menschen auf die Straße gegangen, um die Freilassung von inhaftierten katalanischen Politikern zu fordern. Rajoys Regierung hatte sie wegen der Forderung nach Unabhängigkeit von Katalonien aus dem Verkehr gezogen. In Griechenland mobilisieren die Gewerkschaften weiterhin Zehntausende von Bürgern gegen die Sparpolitik der Regierung, die sich für sie in Perspektivlosigkeit, bitterer Armut, geschlossenen Schulen, Arbeitslosigkeit und Krankenhäusern mit Notbetrieb äußert. Auch in Großbritannien bleiben die Gemüter erhitzt, vor allem wegen des Brexit. Dort konnte zuletzt Labour-Chef Jeremy Corbyn vor allem jugendliche Wähler mobilisieren, was das Oxford-Wörterbuch Ende 2017 dazu bewog, »Youthquake« (so viel wie Jugendbeben oder Jugendaufstand) zum Wort des Jahres zu wählen. Und in Schweden hat die Kriminalität so stark zugenommen, dass die Regierung es nicht mehr ausschließen will, die Armee einzusetzen. Am Vorabend des Nationalfeiertages im Juni 2018 mobilisierte Schweden in einer unangekündigten Alarmübung seine vierzig Heimatschutzbataillone, um Einsatzbereitschaft und Befehlsketten zu überprüfen. Kurz zuvor wurde erstmals seit den 60er-Jahren eine Broschüre an die privaten Haushalte des Landes verteilt, um über das Verhalten in einer Krise oder im Kriegsfall zu informieren. In Schweden ist die zivile Ordnung gefährdet. Entsteht ein Flächenbrand, könnte dieser auf Länder wie Belgien oder Frankreich übergreifen und auch nach Deutschland starke Signale senden. Und der PR-Berater Klaus Stöhlker, der früher für den Südwestfunk Baden-Baden und die *Neue Rhein-/Neue Rhur-Zeitung* gearbeitet hat, sagt über die Schweiz: »Es muss vieles noch schlechter werden, ehe es wieder besser wird. Zuerst folgen Unruhen, die sich jetzt schon abzeichnen.« Hierzulande wurde ja bereits 2016 mit 600 Polizisten aus dem In- und Ausland das Niederschlagen von Protesten und Unruhen geübt. Beteiligt war an der Übung in Nordrhein-Westfalen im April des Jahres auch die EU-Polizeitruppe EUROGENDFOR.

Die Gemüter sind bis nach Amerika stark aufgeheizt, wo sich die soziale und ideologische Spaltung im Kongress und im Volk weiter vertieft. Beobachter wie der Buchautor Mike Adams sehen »eine Freiheitsbewegung im Anmarsch«. Das war nur wenige Wochen, nachdem die Schüler der Marjory Stoneman Douglas High School in Parkland, Florida, mit ihrem »Marsch für unser Leben« Hunderttausende Demonstranten in vielen Städten der USA gegen die schon lange grassierende Waffengewalt

mobilisiert hatten. An der Schule erschoss im Februar 2018 ein 19-Jähriger siebzehn Menschen. Die Schüler haben mit ihrer jungen Bewegung gegen Waffengewalt die mächtige Waffenlobby zumindest vorübergehend in die Defensive gedrängt und einige Firmen, darunter den Sportartikel-Händler Dick's sowie die Fluggesellschaften Delta und United, gezwungen, sich von der Waffenlobby zu distanzieren. Ob die Bewegung Stehvermögen hat, ist fraglich. Aber sie zeigt, dass ein fürchterliches Ereignis wie ein Schulmassaker oder ein terroristischer Anschlag in einer sozial und politisch aufgeheizten Atmosphäre ausreicht, um eine landesweite Protestwelle auszulösen.

Erste Beben, die einen kommenden Sturm ankündigen, sehen wir seit Anfang 2018 auch an den Börsen. In einer Welt, deren Wachstum von Schulden immer mehr erdrückt wird, stieg der Zinssatz für 10-jährige US-Anleihen im April erstmals wieder über 3 Prozent. Die Zinswende wird schon bald große Erschütterungen am Kreditmarkt auslösen, wie man in Italien an Überlegungen der neuen Regierung für einen massiven Schuldenerlass sieht. An den Börsen ist mit 3 Prozent Zinsen eine Schmerzgrenze erreicht. Ab hier droht der Abgang einer Schuldenlawine, denn laut der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) halten sich unter den börsennotierten Firmen weltweit 10 Prozent nur dank der superniedrigen Zinsen am Leben. Diese Zombie-Firmen werden wie eine lange Kette von Dominosteinen nacheinander umfallen, sobald ihnen bei der Tilgung wegen der höheren Zinsen die Luft ausgeht. Hier geht es um 10 Prozent der globalen Produktion, die an der Zinsklippe steht. Damit droht ein deutlich schwerwiegenderer Rückschlag als in der Großen Rezession um die Wende des Jahrzehnts.

Der nächste Crash nimmt bereits Anlauf. Die Börsen spüren das kommende Elend und reagieren bereits seit Monaten. Anfang Februar 2018 rauschte der Dow Jones Index an einem Handelstag binnen 10 Minuten um 900 Punkte in die Tiefe. Die 500 Reichsten der Welt verloren in wenigen Momenten 114 Milliarden Dollar ihres Vermögens. Während sich die Betroffenheit darüber im Rest der Welt in Grenzen hält, zeigt uns diese Zahl jedoch, welche zerstörerische Wucht ein erneuter Aktien-, Anleihen- und Immobiliencrash entfalten wird – und wie schnell die Verwüstung um sich greift. Beim nächsten Crash geht es nicht nur den Wertpapierpositionen von ein paar reichen Leuten an den Kragen, sondern den Ersparnissen aller Menschen, von simplen Kontoeinlagen bis hin zu den

Lebensversicherungen. Während der Dow im Februar 2018 auf Tauchstation ging, verzeichneten die Aktienfonds den größten wöchentlichen Kapitalabfluss in der Geschichte der Wall Street. Auch das zeigt, wie schnell alles gehen wird, wenn sich an den Finanzmärkten bald erneut die Balken biegen. Und dafür gibt es zahlreiche Hinweise. Im Mai 2018 übertrafen die faulen Subprime-Kredite für Autos in den USA erstmals den höchsten Wert seit der schweren Rezession, die im vergangenen Jahrzehnt der Finanzkrise folgte. Amerikas größte Bank, Wells Fargo, berichtete schon Wochen zuvor die schlechtesten Hypothekenzahlen seit 2008. Im Januar 2018 registrierten die US-Banken im Jahresvergleich eine Zunahme der Kreditkartenschulden, die Kunden nicht mehr zurückzahlen konnten, um 20 Prozent.

Die Finanzwelt fängt von ihren Rändern her an zu vibrieren und zu erzittern. So war das schon bei den vorangegangenen Krisen. Und so scheint es diesmal zu sein, wo sich der nächste große Vulkanausbruch ankündigt. Das sehen auch Ökonomen in Organisationen, die sonst gerne abwiegeln und die Ankündigung eines Crashs eilig ins Reich der Verschwörungstheorien verweisen. William White, der ehemalige Chefökonom der BIZ, sieht große Ähnlichkeiten bei den führenden Marktindikatoren mit den Werten, die vor der Finanzkrise gemessen wurden.[435] Das Weltwirtschaftsforum wies im Vorwort zu seinem *Global Risks Report* 2018 (Globalern Risikobericht 2018) darauf hin, dass sich die Immobilienpreise wieder ihrem Hoch vor Ausbruch der Finanzkrise nähern. Die OECD wies im Wirtschaftsausblick vom Mai 2018 schon in der Überschrift auf »große lauernde Risiken« hin. Der IWF sah im Globalen Finanzbericht vom April 2018 »eine holprige Straße voraus«. Damit sind auch wachsende politische Risiken gemeint. Denn die Chefin der Organisation, Christine Lagarde, warnt davor, dass die Welt »in eine protektionistische Spirale hineingezogen wird«.[436] Hinter all diesen Sorgen, Warnungen und Befürchtungen, die von Organisationen kommen, die sich sonst vorsichtiger äußern, stecken schwere geostrategische, wirtschaftliche und soziale Konflikte und Risiken, die die Notenbanken mit einer Flut von annähernd 20 Billionen Dollar seit 2008 zusätzlich aufgeheizt und verschärft haben.

Einige dieser Probleme stehen in Zusammenhang mit der massiven Migration, die Angela Merkel Deutschland ab dem Herbst 2015 zugemutet hat. Große globale Sprengkraft haben auch die ausgebrochenen

Handelskonflikte. Sie sind erste Zeichen für einen beginnenden Kampf führender Export- und Wirtschaftsnationen um den schrumpfenden Konsum auf dem Planeten. Viele Konsumenten verabschieden sich in den kommenden Jahren aus dem Arbeitsleben und senken ihren Verbrauch. Das lässt sich sogar schon in China beobachten, wo seit diesem Jahrzehnt das Heer der Erwerbsfähigen erstmals schrumpft. In China wird es bis zur Mitte des kommenden Jahrzehnts 19 Millionen weniger Menschen im erwerbsfähigen Alter geben, bis 2035 weitere 68 Millionen weniger. Die Zahl der Länder mit einer schrumpfenden Zahl erwerbsfähiger Menschen hat von neun am Ende der 80er-Jahre auf jetzt vierzig zugenommen.[437] Viele Volkswirtschaften müssen sich auf eine lange Stagnation einstellen. Wir sehen einen Planeten, der überall an seine Grenzen stößt: beim Wachstum, bei der sozialen Ungleichheit, bei der Umweltbelastung, bei der Ausbeutung der Ressourcen, bei der verfügbaren Agrarfläche – und vielem mehr.

In der Weltwirtschaft wie auch in Merkels Deutschland macht sich eine typische Endzeitstimmung breit: Die ersten ziehen die Köpfe ein, die letzten holen noch raus, was geht (Elite) – die schweigende Mehrheit steht staunend daneben und wartet auf den großen Knall. Lange wird der nicht mehr auf sich warten lassen. Das zeigen nicht nur die Vorbeben der nächsten Finanzkrise. Ein Rückblick auf die ersten Jahre des laufenden Jahrzehnts macht deutlich, dass sich seit Jahren eine neue Ära der Proteste anbahnt. Den ersten Höhepunkt markierte 2011 die Occupy-Bewegung in der Folge der Finanzkrise mit weltweiten Protesten gegen die schlimmen Auswüchse der Wall Street, die Macht der Banken und die wachsende soziale Spaltung auf der Welt. Nur Monate zuvor, im Dezember 2010, setzte in Tunesien eine lange Serie von Protesten, Aufständen und Revolutionen ein, die sich als »Arabischer Frühling« ins Gedächtnis eingeprägt hat und sich gegen autoritäre Regime, die Verletzung von Menschenrechten und beklagenswerte soziale Strukturen wandte. Der Arabische Frühling bekam seinen Namen in Anspielung auf den Prager Frühling 1968. Auch in Spanien starteten im Mai 2011 mit der Unterstützung von landesweit etwa 500 Initiativen die sogenannten »Indignados«, die Empörten, ihren Aufstand gegen politische, soziale und wirtschaftliche Missstände. Die Menschen fühlen sich von der herrschenden politischen Kaste nicht mehr repräsentiert. Korruption, hohe Arbeitslosigkeit und die übrigen Folgen der Finanzkrise sorgten für einen

großen Zulauf. Anfang 2014 entstand aus der Bewegung die Partei »Podemos«. In Griechenland organisierte sich um diese Zeit die »Oxi«-Bewegung gegen die Sparpolitik, mit der die Troika aus EU-Kommission, EZB und IWF die schwere Krise im Land drastisch verschärfte, mit extremer Arbeitslosigkeit und 30 Prozent der Bürger am Rande oder in der Armut.

Die Occupy-Bewegung hatte ihren Mittelpunkt auf dem besetzten Zuccotti-Platz in New York und konnte mit dem Slogan »Wir sind die 99 Prozent« in vielen Städten der USA Zehntausende von Menschen mobilisieren. Die ersten Aktivisten schlugen im Oktober 2011 ihre Zelte auch vor der EZB-Zentrale in Frankfurt auf. Viele Frankfurter fühlten sich an das Hüttendorf nahe der Startbahn West erinnert. »Es schien, als habe die Stadt auf das Camp gewartet«, schrieb die *Frankfurter Rundschau*, als sie im Oktober 2017 den Protest in einer Bilanz noch einmal aufgriff. Occupy Deutschland war aber schon im August 2012 die Luft ausgegangen, als die Polizei »die traurigen Überreste des Camps schließlich zwangsräumte«[438]. Occupy erreichte von New York aus die halbe Welt, löste sich dann aber scheinbar nach und nach auf. Ende Oktober 2011 hatte der Protest in Berlin, Frankfurt, Düsseldorf und Köln an einem Wochenende 10 000 Demonstranten auf die Straße gebracht. Doch richtig gestorben ist die Bewegung nie. Sie verteilte sich einfach auf andere Grassroots-Initiativen, wie es Vanessa Williams, die Expertin für Sozialpolitik, beim Thinktank Brookings beschreibt. Eine von den Notenbanken orchestrierte Scheinerholung nach der Großen Rezession, die in Wirklichkeit nie ganz aufhörte, ließ aus der Bewegung einen Teil der Luft ab. Ein Teil des Drucks entwich zudem durch die Gefolgschaft für neue Galionsfiguren, die gegen die Macht der Wall Street und die wachsende soziale Spaltung ankämpfen, Politiker wie Bernie Sanders und Elizabeth Warren in den USA oder Jeremy Corbyn, der 2015 Parteichef von Labour und Oppositionsführer im britischen Parlament wurde. In den USA entlud sich ein Teil der Wut auf die Hochfinanz und die volksferne Elite in der Präsidentenwahl 2016, die Donald Trump mit dem – wie wir inzwischen wissen – nicht eingelösten Versprechen gewann, den »Sumpf in Washington trockenzulegen«.

Die Wirtschaft in Europa und in den USA hat sich nie richtig von dem gewaltigen Einbruch der Großen Rezession erholt. Nur die Geldmengenvermehrung durch die Notenbanken sowie – im Falle der deutschen Konjunktur – ein schwacher Euro und einbrechende

Energiepreise konnten für eine Verschnaufpause sorgen. Doch seit dem Herbst 2015 treibt die Politik von Angela Merkel und ihrem linken Bündnis mit gezielter Masseneinwanderung und einem erheblichen Kontrollverlust die ideologische, soziale und kulturelle Spaltung in Deutschland auf die Spitze. Die Protestwelle, die sich seit Jahren aufbaut, erreicht neue Höhepunkte. In Berlin verdoppelte sich die Zahl der Demonstrationen von 2400 im Jahr 2010 auf 5000 im Jahr 2014. Kein Wunder, dass Politologen und Protestforscher eine neue Ära großer Proteste heraufziehen sehen. Mit Blick auf die Proteste zu Beginn des Jahrzehnts schrieb in der Ausgabe 25–26/2012 der Zeitschrift *Aus Politik und Zeitgeschichte* Sabine Kurtenbach, eine wissenschaftliche Mitarbeiterin am Leibniz-Institut für Globale und Regionale Fragen: »Allerdings sind diese Proteste nur die medial wahrgenommene Spitze des Eisbergs von jugendlichem Protestverhalten seit der Jahrtausendwende.«[439] In derselben Ausgabe schrieb der Politikwissenschaftler Roland Roth von der Hochschule Magdeburg-Stendal über die möglichen »Vorboten einer neuen Protestgeneration«.[440] Roth schloss die Überschrift zwar mit einem Fragezeichen ab, wagte dann aber die folgende Prognose: »Es spricht deshalb einiges für eine Fortsetzung der Konjunktur von transnational inspirierten Protesten, die demonstrativ angemessene politische Antworten auf Bankenkrisen und Staatsverschuldung, auf Jugendarbeitslosigkeit und entleerte demokratische Institutionen einfordern.« Roths Fazit: »Soziale Bewegungen haben sich weltweit als einflussreiche politische Akteure zurückgemeldet und sind zu einer Institution in der globalisierten Welt geworden.« Roth ist der Auffassung, dass sich »im politischen Raum neben und teilweise gegen die dominierenden Institutionen ein meist bunter Bewegungssektor etablieren konnte«. Eine Art Erwachen, wie es Imad Karim beobachtet, sieht wohl auch Knut Bergmann von der »Stiftung neue Verantwortung« in Berlin, wenn er ebenfalls in der genannten Ausgabe schreibt: »Das übliche parlamentarische Verfahren politischer Entscheidungsfindung scheint den Bürgern nicht mehr auszureichen.«[441] Seit diesen Einschätzungen kamen die Öffnung der Landesgrenzen und die massenhafte Migration hinzu, womit sich bei den Bürgern in Deutschland der Wutstau und das Protestbedürfnis noch einmal deutlich gesteigert haben.

Aufstände haben Tradition – Die Deutschen können auch anders

»Die Herren machen das selber, dass ihnen der arme Mann feind wird. Die Ursache des Aufruhrs wollen sie nicht wegtun. Wie kann es die Länge gut werden? So ich das sage, muss ich aufrührerisch sein.«

Thomas Müntzer

Wenn in Deutschland heutzutage Bürger ein Rathaus stürmen, dann als Narren in Karnevalskostümen. Zum Beispiel im württembergischen Rudersberg in der Mitte des Dreiecks Backnang, Waiblingen, Schwäbisch-Gmünd. Dort drangen in der närrischen Zeit 2018 Mitglieder der »Carnevalsfreunde Württemberg« (Motto: »furchtlos und treu«) zusammen mit den »Schella-Hexa« in das kommunale Verwaltungsgebäude ein. Ihre Maskengruppe hieß »Armer Konrad«. Die Namensgebung war freilich kein närrischer Spaß, sondern historischer Ernst. Sie lehnte sich an die erste Revolution in Württemberg 1514 an. Einer der Anführer des damaligen Bauernaufstands war der Remstalrebell Peter Gais, ein Tagelöhner, der lokale Bauern und Handwerker zur Rebellion gegen den verhassten Herzog Ulrich mobilisierte. Den Bauern waren zu diesem Zeitpunkt mehrere Ernten und viele Einnahmen ausgefallen, weil sie auf Anordnung des Herzogs die Schweine nicht mehr zur Eichelmast in den Wald treiben und Wildschweine nicht aus ihren Feldern verscheuchen durften. Die ausgefallenen Ernten führten zu weit verbreitetem Hunger. Doch der in obszönem Luxus schwelgende Herzog musste seine Schulden drosseln und hatte zu diesem Zweck gerade eine neue Steuer eingeführt. Er machte die offiziellen Gewichte 30 Prozent leichter (laut manchen Quellen 10 Prozent).[442] Im selben prozentualen Umfang wurde Fleisch auf einen Schlag teurer. Peter Gais, damals überall als »Gaispeter« bekannt und heute bis auf ein Denkmal vor dem Rathaus von Beutelsbach im Rems-Murr-Kreis fast völlig vergessen, ging in der Nacht auf den nahe gelegenen Kappelberg und läutete in der Nikolauskapelle zum Sturm. Hunderte von Menschen zogen mit Speeren und Mistgabeln bewaffnet ins nahe Schorndorf, um der Obrigkeit die Stirn zu bieten. Einen Sommer lang wurde das Herzogtum

vom Protest erschüttert. Doch am Ende unterdrückte der Herzog die Revolte. Er ließ die Anführer foltern und mehr als ein Dutzend von ihnen enthaupten. Ihre Köpfe wurden zur Abschreckung auf Spießen ausgestellt. Rund 1700 Teilnehmer des Aufstands mussten Abbitte leisten. Einigen von ihnen wurde mit glühenden Eisen die Hirschstangen des Wappens von Württemberg auf die Stirn gebrannt.[443] Ein Chronist stempelte Peter Gais später mit der Sichtweise des Herzogs pauschal und respektlos genau auf dieselbe Weise ab, wie es heute Journalisten in den abdankenden Mainstream-Medien mit Merkel-Kritikern, Pegida-Marschierern, AfD-Abgeordneten und den Organisatoren der Frauenmärsche machen. Gais war laut der zeitgenössischen Propaganda »ein unnüzer, verdorbner, übelhausender Tropf, der […] ein übelredende, böse, ufrürische Zungen im Maul gehabt«.

Wer sich auf eine Reise in die deutsche Geschichte begibt, findet eine lange Serie von Aufständen. In ihrer Gesamtheit erschüttern sie das Bild vom lahmen »Michel«, der sich teilnahmslos, faul und feige mit seiner aufgesetzten Schlafmütze in das unabwendbare Schicksal ergibt. In allen Jahrhunderten hat es hierzulande Aufstände und Rebellionen gegeben. Sie dokumentieren, dass die Deutschen durchaus das Herz und den nötigen Mut haben, wenn die herrschenden Eliten sie über die Maßen drangsalieren, ausbeuten oder vernachlässigen. Die Journalistin Karin Schneider-Ferber hat in ihrem Buch *Aufstand der Pfeffersäcke – Bürgerkämpfe im Mittelalter* eine Schätzung zitiert, wonach »es zwischen 1301 und 1550 in über 100 Städten des Reiches zu rund 210 Bürgerunruhen« kam.[444] Das war annähernd eine pro Jahr, zugegeben in sehr schwierigen und gefährlichen Zeiten mit Feudalherrschaft, Leibeigentum, Raub und Mord und ständigen Kriegen. Laut Schneider-Ferber war der mittelalterliche Stadtbürger »keine pflegeleichte Klientel für die Regierenden«. In ihrem Buch beschreibt sie unter anderem »Köln und seine rebellische Bürgerschaft«, Erfurts aufmüpfigen Handwerkerstand, die Kölner Weberschlacht und den »Kampf um religiöse Selbstbestimmung« am Beispiel der Täufer in Münster. Ihre Beschreibungen skizzieren eine Zeit, die zu unserer auffallende Parallelen zeigt: große Umbrüche, die Herausbildung einer neuen gesellschaftlichen Ordnung und Öffentlichkeit (das Internet mit seiner alternativen Öffentlichkeit), Herrscher, die es sich schamlos gutgehen ließen und das Volk mit drastischen Steuern ausquetschten, Bürger, die sich nicht repräsentiert sahen, und neue Strömungen wie den Protestantismus (heute

Digitalisierung, der Islam und die geostrategische Neuordnung der Welt, die sich in eine multipolare verwandelt).

Meist nahmen Proteste und Unruhen viele Jahre lang Anlauf, während sich geballte Wut aufstaute, die sich am Ende dank scheinbar unbedeutender Ereignisse oder Vorkommnisse explosionsartig entlud. Wenn man sich große Revolutionen wie die Französische, den DDR-Aufstand oder die Bauernaufstände anschaut, dann fällt auf, dass die Anlaufzeit manchmal Jahrzehnte betrug. Die Krise, in der wir uns heute befinden, baut sich seit den späten 70er-Jahren auf. Sie begann mit dem Vormarsch des Neoliberalismus und der beschleunigten Globalisierung, gefolgt von der verheerenden Agenda 2010 und der Finanzkrise im vergangenen Jahrzehnt, die eine erste größere Eruption darstellte. Derzeit sehen wir eine Fortsetzung in Form der Migrationskrise, wobei die Nebenwirkungen der Migration seit dem Herbst 2015 und die eskalierende soziale Ungleichheit aussehen wie der Anlauf zu einem explosiven Höhepunkt, der nicht weit entfernt und nicht mehr abwendbar erscheint. Und noch etwas ganz Entscheidendes haben 1789, 1989 und heute gemeinsam: Die Herrschenden und ihre Institutionen waren saft- und kraftlos geworden.

Geschichtlich noch weiter als Karin Schneider-Ferber spannt den Bogen der Kölner Historiker Alain Felkel in seinem Buch *Aufstand – Die Deutschen als rebellisches Volk.* Hier reicht die Schilderung von Arminius, der mit den Cheruskern gegen die römische Herrschaft kämpfte, über Widukind, der mit den Sachsen gegen Karl den Großen ins Feld zog, über Thomas Müntzer, der gegen die geistliche Obrigkeit und die ständische Vorherrschaft rebellierte, bis hin zu dem Lebkuchenbäcker Vinzenz Fettmilch, der zu Beginn des 17. Jahrhunderts mit einem »Bürgerausschuss« in Frankfurt gegen grassierende Misswirtschaft kämpfte und die Offenlegung von Privilegien, geringere Zinsen sowie die Einrichtung eines regelmäßigen Kornmarktes verlangte. Felkel beschreibt die Deutschen als ein rebellisches Volk, das sich nicht damit begnügt, nur über schlechte Zeiten und Zustände zu lamentieren, und das keineswegs zu faul ist, auf die Straße zu gehen. Für ihn sind die Deutschen ein Volk, das zu allen Zeiten seiner Geschichte den Aufstand probte, wenn es ihm zu viel wurde: von der Varusschlacht über den Weberaufstand bis hin zum Mauerfall. Das vorherrschende Klischee vom stiefelleckenden, buckelnden und sich leise meckernd in sein Schicksal ergebenden deutschen Michel hat Felkel zerstört. Auffallend ist übrigens an beiden Autoren, dass sie das

Thema Aufstand historisch bearbeiten und keinen ausgiebigen Blick auf die aktuelle Entwicklung im Land werfen. Vielleicht hat sich auch nur kein Verlag gefunden, der das Ergebnis einer solchen Arbeit gedruckt hätte.

Selbst eine flüchtige Google-Suche bringt viele weitere Beispiele für die rebellischen Qualitäten der Deutschen zum Vorschein, vom Aufstand der Müller in Heppenheim 1858 über den kursächsischen Bauernaufstand 1790 und die Zollunruhen in Oberhessen bis zur Landvolkbewegung in Schleswig-Holstein wie der Rebellion der Augsburger Zünfte in der Mitte des 14. Jahrhunderts. Auch eine Suche in meist regionalen Zeitungen liefert reichlich weitere Belege dafür, dass die Deutschen mutig und entschlossen auf die Barrikaden gehen, wenn es ihnen zu bunt wird. Darunter die »Fuchsmühler Holzschlacht« (Tirschenreuth) von 1894[445] oder der Frankfurter »Bierkrawall«, der 1873 nach einer Preiserhöhung um über 12 Prozent vor allem Arbeiter so auf die Palme brachte, dass sie Brauereien stürmten und verwüsteten, Geschäfte plünderten und mit Steinwürfen die örtliche Polizei so traktierten, dass diese ein Infanterieregiment anfordern musste. Mehrere Bataillone rückten an und schossen auf die Menge. Über die Stadt wurde Besatzungsrecht verhängt. In der Presse wurden linke kommunistische Ideen verantwortlich gemacht. Wie sehr sich doch die Reaktionen und Mechanismen im Journalismus ähneln. Damals waren es »Linke«, die pauschal beschuldigt wurden, heute sind es stets »Rechtspopulisten«, die für jegliche Kritik und jeden Protest gegen die Regierung verantwortlich gemacht oder als Strippenzieher im Hintergrund verdächtigt werden.

Dass die angeblich schlaffen deutschen Untertanen nicht aus dem Sofa kommen, wird auch durch eine deutlich wachsende Zahl von Demonstrationen seit der Öffnung der Grenzen durch Angela Merkel im Herbst 2015 widerlegt. Es gibt zudem genügend Beispiele in der jüngeren Geschichte unseres Landes. Das bei Weitem wichtigste und folgenschwerste lieferten am 9. Oktober 1989 rund 70 000 Bürger in Leipzig, als sie mit der entscheidenden Montagsdemo über das verhasste DDR-Regime triumphierten. Der SED-Staat kapitulierte vor Bürgern, die »Wir sind das Volk« skandierten und friedlich durch die Innenstadt zogen, um freie Wahlen zu fordern. Der gewaltfreie Aufstand, der aus den traditionellen Friedensgebeten in der Nikolaikirche hervorgegangen war, brachte die ostdeutsche »Partei- und Weltanschauungsdiktatur zum Einsturz«.[446]

In den 70er- und 80er-Jahren marschierten in Deutschland Hunderttausende gegen Atomkraft, den NATO-Doppelbeschluss, die Umweltzerstörung und die Startbahn West. Wie in unserem laufenden Jahrzehnt legten damals immer mehr Menschen ihre Angst ab und boten dem Staat die Stirn. Das Zentrum des Protests gegen die Startbahn West, der in Spitzenzeiten 100 000 Menschen mobilisierte, war das berühmte Hüttendorf im Flörsheimer Wald bei Frankfurt. Es war ein Symbol und Epizentrum des Widerstands, wie es auch 2011 in Frankfurt anlässlich der Occupy-Proteste errichtet wurde, damals als Zeltstadt. Die Außerparlamentarische Opposition der 60er-Jahre wurde bereits im Abschnitt über die Linken und ihre gefährlichen Verbündeten erwähnt. Aber wir reisen noch weiter in unsere Protest-Geschichte zurück. Hans und Sophie Scholl, die sich gegen Hitler und den Krieg der Nazis stellten, müssen erwähnt werden. Sie hatten als Mitglieder der Weißen Rose Flugblätter verteilt und darin zum Widerstand aufgerufen. Sie konnten leider keine Bewegung mobilisieren, haben aber unvergleichlichen Mut bewiesen. Auch der November-Aufstand von 1918 am Ende des Ersten Weltkrieges, bei dem Soldaten und Arbeiter rebellierten, muss erwähnt werden. Eine Massenbewegung stürzte den Kaiser und beendete den Krieg. Schon 70 Jahre zuvor – in der Revolution von 1848 – hatte das Volk aufbegehrt, weil es den Absolutismus und die Ständegesellschaft satt hatte und die Industrielle Revolution zu Arbeitslosigkeit, Verarmung und Tagelöhnertum führte. Das Ergebnis war eine drastische soziale Erosion, die ab 1846 durch Missernten und Hungerkrisen noch verschärft wurde.

Immer wieder taten sich auch einzelne Rebellen hervor, die gegen Behördenwillkür, Bevormundung durch den Staat und Korruption mutig zu Felde zogen. Ein Beispiel aus der jüngeren Geschichte ist der »Remstalrebell« Helmut Palmer, der Vater des Tübinger Oberbürgermeisters Boris Palmer. Der alte Palmer, ein fanatischer Obstbaumkundler und militanter Nonkonformist, machte mit seiner Teilnahme an über 250 Bürgermeisterwahlen in Baden-Württemberg gegen alles mobil, was ihn störte: von unnützen Verkehrsschildern über faule Beamte bis hin zur Atomkraft und zu korrupten Richtern. In Schwäbisch Hall hätte er es mit 40,1 Prozent der Stimmen im ersten Wahlgang fast geschafft, Bürgermeister zu werden. Doch dann begann in den Medien eine Hetzkampagne gegen den Rebellen, dem nach seinem Tod das Bühnenstück »Palmer – Zur Liebe verdammt fürs Schwabenland« gewidmet wurde.[447]

Cholerische Auftritte, Beleidigungen und Handgreiflichkeiten brachten Palmer mehr als siebzig Gerichtsverfahren und insgesamt mehr als 1 Jahr seines Lebens im Gefängnis ein. Für seine Anhänger war er ein Ausbund an Zivilcourage, ein Freiheitskämpfer und Bürgerrechtler. Für die anderen war er ein unverbesserlicher, starrköpfiger »Bruddler« und Querulant, der für mehr Bürgernähe und weniger Parteienherrschaft kämpfte. Oft riss ihm der Geduldsfaden: Einen Gerichtsbeamten konfrontierte er mit der Frage, welche Nazi-Muttermilch er wohl gesoffen habe. Über CDU und SPD schimpfte er einmal, Schwarz oder Rot zu wählen sei wie ein Rheumakranker, der sich von einer auf die andere Seite wälze. Wer weiß, wie viele Deutsche ihm da heute zustimmen würden? Medien bezeichnen Helmut Palmer gelegentlich als »Wiedergänger von Michael Kohlhaas und Götz von Berlichingen«. Heute schreiben Zeitungen zu irgendwelchen Jahrestagen regelmäßig Lobeshymnen[448] über den »Vater aller Wutbürger«.[449] Doch damals, zu seinen Lebzeiten, so der Palmer-Biograf Jan Knauer, der das Lebenswerk des Rebellen in einer Dissertation und in einem Buch aufarbeitete, sah das anders aus. Da wurde gegen den Wutbürger Palmer kräftig angeschrieben: »Die Redakteure der Lokal- und Regionalzeitungen machten es dem Wahlkämpfer Palmer sehr häufig nicht leicht. Neben vielen negativen Bewertungen seines Wirkens und seiner Person räumten sie oftmals Palmer schon von vornherein keine Siegchancen ein oder stellten ihn als nicht ernsthaften Kandidaten vor. Die Unterwürfigkeit der Lokalpresse gegenüber dem Amtsinhaber kam manches Mal erschwerend hinzu.«[450] Das erinnert sehr an heute, daran, wie unterwürfig viele Zeitungen über Angela Merkel schreiben und wie sich die linke Elite in Politik und Medien gegenüber der AfD verhält. Stets schwingt in den Mainstream-Medien die Befürchtung mit, die Wahrheit könne den »Falschen« helfen.

Knauer zitiert in seiner Dissertation über Helmut Palmer einen Redakteur der *Stuttgarter Zeitung*. Dieser schrieb über den Rebellen nach dessen erfolgreichem ersten Wahlgang in Vaihingen, wo Palmer in der Wählergunst auf Platz 2 landete, er »mobilisierte mit seiner lautstarken Behördenschelte die Unzufriedenen, die ihren Behördenverdruß [sic] nicht nur mit frischem Wind, sondern mit einem Gewittersturm im Rathaus vertreiben möchten« (S. 126). Das klingt ganz wie heute: Wenn es der AfD oder allgemein den Kritikern von Angela Merkel hilft, wird lieber nicht berichtet. Interessant an der wissenschaftlichen Analyse von Palmer-

Biograf Jan Knauer sind auch die Parallelen, die der Autor zwischen den 70er-Jahren und heute sieht: »Ab der zweiten Hälfte der 1970er-Jahre nahm das Misstrauen gegen die etablierten Politikakteure zu und ging einher mit dem Aufschwung von Bürgerinitiativen und Protestbewegungen.« Es sei eine Zeit gewesen, in der »der Frust über die Mächtigen, die Politiker, wuchs«. Ein kurzer Ausflug ins Internet beweist zuverlässig, wie sehr das auch in unseren Tagen zutrifft.

Dass das so ist, haben 2012 schon Swen Hutter und Simon Teune von der Bundeszentrale für Politische Bildung in ihrem Beitrag »Politik auf der Straße: Deutschlands Protestprofil im Wandel«[451] dargelegt. Schon in der Einleitung machten die beiden Autoren deutlich: »Die Deutschen, so eine weit verbreitete Annahme, sind protestfaul. Anders als die Menschen in Frankreich treibt sie Ungerechtigkeit nicht auf die Straße. Nach den wilden Zeiten der Studentenbewegung der 1960er-Jahre, den heftigen Auseinandersetzungen um den Bau von Atomanlagen und den Protesten gegen die Stationierung von Atomwaffen ist es ruhiger geworden auf den Straßen und Plätzen. Diese Wahrnehmung ist ins Wanken geraten.« Hutter und Teune haben seit den 50er-Jahren drei Protestwellen beobachtet: erstens in den 60er-Jahren einen »rapiden Anstieg« der Protestereignisse ohne eine »allgemeine gesellschaftliche Mobilisierung«, zweitens eine Welle »neuer sozialer Bewegungen« zu Beginn der 80er-Jahre und drittens die frühen 90er-Jahre nach einer »stark ansteigenden Zahl rassistischer Übergriffe«. Nach den Hochphasen, so die Beobachtung, habe sich das Protestvolumen jeweils auf einem höheren Niveau bewegt. Im Verlauf habe sich eine »ständig steigende Zahl der pro Jahrzehnt registrierten Protestanliegen« gezeigt. Kein Wunder, es gibt für die Bürger ja auch immer mehr zu beklagen. Jetzt haben wir mit den vielen gegen die Politik von Angela Merkel gerichteten Protesten eine vierte Welle. Sie fällt bisher durch die Breite der Themen und durch die vielen Veranstaltungsorte auf, noch nicht durch die Größe einzelner Demonstrationen. Aber hinter den Mutigen, die bereits auf die Straße gehen, stehen Millionen von Bürger, die die Schnauze voll haben von unkontrollierter Migration, wachsenden sozialen Spannungen, unsicherer Rente, maroder Infrastruktur und korrupten Institutionen sowie einer abgehobenen politischen und medialen Kaste, die sich um Bürger und Publikum nicht mehr schert.

Vor dem Abgrund – Schrille Warnsignale aus der Wirtschaft

Wie kann man präzise ermitteln, wann der Sturm losbricht? Eine genaue Antwort gibt es nicht. Aber man kann den zeitlichen Korridor einengen, denn es stehen viele konkrete Zeitangaben im Raum, die zeigen, dass wir derzeit und in sehr naher Zukunft in vielerlei Hinsicht an eherne Grenzen stoßen und dabei empfindliche Schmerzwerte erreichen, die das Fass zum Überlaufen bringen können. Am ehesten kommen dabei wirtschaftliche oder finanzielle Schockwellen infrage. In den Schwellenländern von Südamerika bis nach Südostasien hat Anfang 2018 wegen der steigenden Zinsen in den USA eine umfangreiche Kapitalflucht eingesetzt. Sie sorgt für stark einbrechende Wechselkurse der lokalen Währungen und erinnert an den Ausbruch der asiatischen Finanzkrise 1997, als der stärker werdende Dollar die Schwellenländer in Fernost aus der Bahn warf und den IWF auf den Plan rief. Unternehmen hatten sich stark in Dollar verschuldet. Die einbrechenden lokalen Währungen ließen die Dollarschulden explodieren – mit dem Unterschied, dass diesmal auch noch wachsende Handelskonflikte hinzukommen, die den exportorientierten Volkswirtschaften der Schwellenländer einen zusätzlichen Schlag versetzen. Die Asienkrise schwappte damals nach Europa über und sorgte hier für Beben an den Finanzmärkten. In der augenblicklichen Lage mit extrem überbewerteten Wertpapieren und Immobilien könnte das zu einem Erdrutsch an unseren Börsen führen und nach nur 10 Jahren die zweite schwere Rezession auslösen. In Verbindung mit der von der Migration aufgeheizten Lage wäre das genügend Explosivmaterial, um flächendeckende Proteste zu provozieren.

Der wirtschaftliche Schock muss aber nicht unbedingt von den Finanzmärkten ausgehen. Er kann auch von der Bevölkerungspyramide kommen. Denn 2019 wird ein weiterer brisanter Meilenstein erreicht. Es wird dann weniger Deutsche unter 30 Jahren geben als über-60-Jährige. Die Babyboomer werden durch weniger Konsum nicht nur die Konjunktur bremsen, sondern auch sozialen Sprengstoff darstellen, wenn die Bundesregierung endlich die Katze aus dem Sack lässt und entweder die Renten kürzt oder das Eintrittsalter stark auf 70 Jahre (oder höher)

hinaufsetzt. Ein Jahr danach wird ein weiterer Meilenstein erwartet, der zwar nicht so sichtbar, aber dafür umso konfliktgeladener sein wird. 2020 tritt die sogenannte Schuldenbremse in Kraft. Sie zwingt Bund und Länder, ihre Haushalte ohne Kreditaufnahme auszugleichen. Es wird kein Weg um drastische Sparmaßnahmen herumführen, was im Zusammenwirken mit der abgebremsten Weltkonjunktur eine schwere Rezession auslösen kann. Das Jahr 2020 stellt auch in anderer Perspektive ein brenzliges Datum dar. Der Unternehmensberater und Autor des Buches *Der Draghi-Crash,* Markus Krall, ist überzeugt, dass uns »spätestens in zwei Jahren« (von 2018 aus betrachtet) das Bankensystem um die Ohren fliegen wird, weil die Banken nicht besser dastehen als 2008 und nur das billige Geld der EZB sowie Beteiligungsverkäufe und niedrige Kreditausfälle die Kreditinstitute über Wasser gehalten haben.[452] Wenn die Zombie-Firmen, die nur dank billiger Kredite überleben können, reihenweise umfallen, werden sie auch Banken mitreißen und für eine erneute Systemkrise sorgen.

Im Jahr 2021 erreichen wir eine weitere Schmerzgrenze. Erstmals, so sagt es der Finanzbericht 2018 des Bundesfinanzministeriums vorher, wird dann der Bund jährlich die Rentenkasse aus dem Staatshaushalt mit mehr als 100 Milliarden Euro bezuschussen. Das Fass ohne Boden erreicht damit eine ganz neue Dimension. Wie brenzlig die Lage damit wird, verdeutlichen Prognosen, wonach es ab Mitte des kommenden Jahrzehnts zu deutlich steigenden Beitragssätzen in der Rentenversicherung kommen wird. Spätestens ab 2025 geht es »mit der Rente berg-ab«.[453] Immer mehr Rentner wollen dann Rente beziehen, finanziert durch Beitragszahlungen jener Kinder, die sie nie in die Welt gesetzt haben. Das geht nur über explodierende Zuschüsse aus dem strapazierten Bundeshaushalt, über stark erhöhte Beiträge oder über einen deutlich späteren Renteneintritt. Wie immer sich dann die künftige Bundesregierung entscheidet: Die Schocknachricht wird die größte Gruppe in unserer Bevölkerung betreffen.

Das ist aber nicht die einzige Gewitterwolke im heraufziehenden Sturm. Der Ökonom Max Otte rechnet damit, dass spätestens 2021 bei uns die Immobilienblase platzen wird. Den nächsten Crash erwartet Otte noch »in der ersten Amtszeit von Donald Trump«.[454] Er hat die Finanzkrise 2008 treffsicher vorhergesagt. Zu seinem Prognoseportfolio gehört die 2014 getätigte Feststellung, der klassische Sparer sei »am Arsch« und die Kaufkraft gehe unter Berücksichtigung der tatsächlichen Inflation wie der Minizinsen jährlich um 2 bis 3 Prozent zurück – was pro Jahrzehnt ein

Minus von 30 Prozent bedeutet.[455] Selbst bei der Hälfte solcher Verluste kann sich genügend Wutpotenzial aufbauen, um in Kombination mit einem anderen Schock eine landesweite Protestwelle in Gang zu bringen. Der Grund ist: Die schleichende Enteignung wird einer Mittelschicht zugemutet, die bereits unter extremen Steuern ächzt und in weiten Teilen Angst vor einem sozialen Abstieg hat. Die Leistungsträger in der Mitte unserer Gesellschaft werden das nicht mehr lange klaglos hinnehmen. Wer so etwas für eine »alarmistische Prognose« hält, sollte sich noch einmal den Bericht des McKinsey Global Institute vom Juli 2016 mit dem Titel »Ärmer als ihre Eltern – Stagnierende oder fallende Einkommen in den hoch entwickelten Volkswirtschaften« zur Hand nehmen.[456] Dort heißt es schon im Vorwort: »Wenn das schwache Wachstum der Jahre 2005 bis 2012 anhält, werden 70 bis 80 Prozent der Einkommenssegmente in den hoch entwickelten Volkswirtschaften Stagnation oder fallende Einkommen erleben.« (Übers. durch den Verf.) Das Wachstum ist trotz Anschub durch Minizinsen, billiges Öl und den schwachen Euro seit dieser Prognose mäßig geblieben. Und der Weltwirtschaft steht der nächste Abschwung bevor, mit einer Börse, die aussieht wie ein Vulkan vor dem nächsten Ausbruch. Im Klartext: Dem Portemonnaie und dem Lebensstandard der Deutschen droht ein saftiger Schnitt, der so viel Adrenalin freisetzen kann, dass es für einen weiten Sprung aus der Couch bis auf die Straße reicht.

Dazu passt ein CIA-Ausblick aus dem Jahr 2017, der das Fernglas zwar weit in die Zukunft bis auf 2035 richtet, aber schon kurzfristig enormen Druck im gesellschaftlichen Kessel vorhersagt: »In den nächsten fünf Jahren wird Europa sich mit der Möglichkeit auseinandersetzen müssen, dass sich das europäische Projekt auflöst, während die Nachkriegsordnung durch Zuwanderungsströme aus der instabilen, oft bedrohlichen Peripherie und durch die Zwänge einer globalisierten Wirtschaft, die die ökonomische Ungleichheit verstärken, zunehmend unter Druck gerät.«[457] An diesem Punkt sind wir meines Erachtens schon angelangt. Auffallend ist an all diesen Prognosen: Die Mehrzahl konzentriert sich deutlich auf die Zeit bis zur Mitte des nächsten Jahrzehnts. Warum das wichtig ist, werden wir später in diesem Kapitel noch sehen.

Zuvor aber ein Blick in die USA, die wegen ihres Gewichts in der Weltwirtschaft sowie der politischen Beben, die Donald Trump auslöst, und des Einflusses der Wall Street enormen Einfluss auf den Rest der Welt haben. In diesen USA mit ihren galoppierenden Staatsschulden, einer stark

überbewerteten Börse, eskalierenden Budgetdefiziten und einem gefährlich hohen Anteil von Unternehmen, die sich nur mit billigem Geld über Wasser halten können, zieht die Notenbank (Fed) nun die Zinszügel an. Sie begibt sich auf Kriegsfuß mit der Regierung Trump, die mit einer massiven Steuersenkung die Wirtschaft weiter anzukurbeln versucht. Der Finanzexperte Peter Schiff, der den Crash 2008 punktgenau vorhergesagt hatte, sieht den Dollar, der weltweit immer mehr Vertrauen verliert, kurz vor einer existenziellen Krise. Er prognostiziert, dass der »Tiefe Staat«, eine gut vernetzte Elite aus Finanzkreisen, Geheimdiensten und dem Militärkomplex, Donald Trump mit einer orchestrierten Krise loswerden will. Nicht wenige Ökonomen sehen angesichts steigender Zinsen und extremer Verschuldung ohnehin zwei Züge aufeinander zurasen, die sich zwischen dem Herbst 2018 und dem Beginn des kommenden Jahrzehnts mit großer Zerstörungskraft ineinanderbohren werden.

Dieser frontale Zusammenstoß trifft eine Wirtschaft, die krisenanfälliger ist als je zuvor. Die seit 10 Jahren mit billigem Geld angefachte »Erholung« ist bereits die zweitlängste seit dem Zweiten Weltkrieg und damit erkennbar altersmüde. Hinzu kommt, dass Zinsen und Inflation anziehen und das Volumen der auf Pump gekauften Wertpapiere an der Wall Street mit rund 650 Milliarden Dollar schon 60 Prozent größer ist als das Kasino, das 2008 die Börsen zum Einsturz brachte. Wenn die Wertpapierkurse zu sinken beginnen, werden massive und äußerst schnelle Verkäufe im dreistelligen Milliardenbereich von Unternehmen einsetzen, die ihre eigenen Aktien auf den Markt werfen. Das müssen sie, um die für ihre Aktienkäufe aufgenommenen Kredite zurückzahlen zu können. Hierfür müssen sie ihre Aktien blitzartig loswerden, bevor sie so wenig wert sind, dass die Erlöse aus dem eiligen Verkauf nicht mehr für die Tilgung der Kredite reichen. Hier haben wir einen klassischen Brandbeschleuniger, der nur auf seinen Zündfunken wartet.

Der einstige Asienchef von Morgan Stanley, Stephen Roach, fürchtet, dass die trügerische Ruhe an den Börsen, die im Frühjahr 2018 erstmals kräftig erschüttert wurde, sich spätestens 2019 in einen großen Sturm verwandeln wird. Tatsächlich haben die Notenbanken in den USA, Japan und in der EU die Geldmenge seit der Finanzkrise viermal so stark ausgedehnt, wie die Wirtschaftsleistung der jeweiligen Volkswirtschaften gewachsen ist. Jetzt zwingen sie mit dem Absaugen der Liquidität der auf Steroiden laufenden Weltkonjunktur eine brutale Entziehungskur auf. Diese

180-Grad-Wende errichtet vor den Finanzmärkten und der Konjunktur in Europa und den USA eine Mauer. Auf die werden wir innerhalb der nächsten 5 Jahre mit voller Wucht aufprallen. Ronald Reagans ehemaliger Budgetdirektor David Stockman spricht mit Blick auf die Börsen bereits von »zitternden Händen« und einem Zinsschock, der die Wertpapiermärkte »bis ins Mark erschüttern« wird. Auch Stockman hat seine Vorhersage mit einem Zeitstempel versehen. Bis zur nächsten Präsidentenwahl 2020, sagt er, wird es für eine Lösung des Schuldenproblems im Land »viel zu spät sein«. Im Klartext: Die USA fallen in den nächsten 2 Jahren über das Kliff.

Auch der ehemalige Chef der Fed, Ben Bernanke, sieht die US-Wirtschaft im Jahr 2020 wie »Wile E. Coyote« abstürzen. Das ist der Kojote, der in den Zeichentrickfilmen von Warner Bros. auf der Jagd nach dem Road Runner stets über die Klippe schießt und dann in den freien Fall übergeht. 2020 wird zudem das Jahr sein, in dem die Wirkung der Steuerreform von Donald Trump wieder nachlässt und die steigenden Zinsen spätestens ein für viele Unternehmen tödliches Niveau erreichen werden. Auch David Rosenberg, einer von Nordamerikas bekanntesten Prognosestrategen, rät, »wir sollten die nächsten 12 Monate besser genießen«, der aktuelle Konjunkturzyklus liege »in seinen letzten Zügen«. Binnen 12 Monaten ab dem Juni 2018 tritt nach seiner Erwartung eine Rezession in den USA ein, weil die Fed der Konjunktur »eine Kugel durch die Stirn schießt«.

Was es bedeutet, wenn die Zinsen steigen, das Haushaltsdefizit explodiert und die Wertpapierpreise astronomisch sind, das kann sich jeder ausmalen. Man kann es sich wie einen Urknall vorstellen. Verschiedene Banken haben bereits Anfang 2018 den Börsen einen Crash vorhergesagt, wenn die Rendite der 10-jährigen Staatsanleihen in den USA die Marke von 3 Prozent nach oben durchbricht. Diese Schallmauer hat sie schon im Frühjahr 2018 durchbrochen. Passiert ist zunächst nichts. Denn Trumps massives Steuergeschenk hat ein sofortiges Desaster verhindert. Doch selbst wenn die Börsen nicht umgehend auf den Zinsschock reagieren, werden es die Firmen auf jeden Fall tun. Sie haben tödliche Bleigewichte um ihren Hals. Denn 9 Prozent aller Unternehmen in Europa gelten laut der Bank of America als »Zombies«. Sie sind eigentlich insolvente Firmen, die bei hohen Verbindlichkeiten nur mit Minizinsen überleben und damit an dem geldpolitischen Beatmungsgerät hängen, das die Notenbanken gerade abschalten. Die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich veranschlagt

den Anteil der Zombie-Firmen in den USA sogar auf 20 Prozent. Und viele von ihnen sind bereits zu Beginn der Zinswende schwer angeschlagen. Schon jetzt hat der Finanzprofessor Baruch Lev von der Stern School of Business an der New York University eine Epidemie defizitärer Firmenbilanzen ermittelt. Der Prozentsatz der Publikumsfirmen, die in den USA Verluste berichten, hat nach seinen Erhebungen von 18 Prozent im Jahr 1980 auf 46 Prozent im Jahr 2016 zugenommen. Und das ohne den Zinshammer, den die Notenbanken jetzt schwingen. Wie ernst die Situation bereits ist, zeigt die geräuschlose Einsetzung eines Ausschusses durch den US-Kongress im März 2018. Er soll die Rettung von 200 durch jeweils mehrere Firmen gemeinsam getragene Rentenfonds in die Wege leiten. Das wäre jeder siebte der vom Boston College auf 1400 geschätzten Multi-Arbeitgeber-Fonds. Ein Viertel all dieser firmenübergreifenden Rentenkassen kann jetzt schon nicht mehr alle Zahlungsverpflichtungen durch Rücklagen decken und wird binnen weniger Jahre insolvent sein.

Kein Wunder also, dass die Prognosen für den nächsten und diesmal viel verheerenderen Crash der Wertpapiermärkte sich auf die nächsten 4 bis 5 Jahre konzentrieren. Der US-Starinvestor Jeff Gundlach sagt als Folge himmelhoher Aktienpreise, steigender Zinsen, eskalierender US-Schulden und des wachsenden Drucks auf den Dollar schon für 2019 »eine Explosion« vorher. Der wichtigste Grund: Fast zeitgleich mit dem Erscheinen dieses Buches im Oktober 2018 sind die großen Notenbanken der Welt in den hier bereits geschilderten kollektiven Umkehrschub übergegangen. In den kommenden Jahren werfen sie Staatsanleihen für mehrere Tausend Milliarden Dollar zurück auf den Markt. Verglichen mit dem Höhepunkt der künstlichen Geldvermehrung seit der Finanzkrise werden seit dem Herbst 2018 dem Geldkreislauf jährlich unter dem Strich 2 Billionen Dollar weniger Liquidität zugeführt. Gleichzeitig besorgen sich Schuldenländer wie die USA und Italien viele weitere Milliarden Dollar und Euro mit der Ausgabe frischer Anleihen. Im Klartext: Der komplette Anleihenmarkt wird in einem Tsunami von Schuldpapieren ertränkt. Als Folge brechen die Preise für Anleihen ein und die Renditen steigen, die Zinslast schießt in die Höhe. Dieser Schock wird eine Welt treffen, die noch nie so verschuldet war: global mit 318 Prozent des Bruttoinlandsprodukts, also 48 Prozentpunkte mehr als vor der Lehman-Krise, sowie einer seit 2008 fast verdoppelten Schuldenrate von 210 Prozent in den Schwellenländern. Allein für den Staatshaushalt der USA bedeutet bei 20

Billionen Dollar Schulden jeder Prozentpunkt höhere Zinsen eine jährliche Mehrbelastung von 200 Milliarden Dollar. Das entspricht dem BIP der Tschechischen Republik, die auf der Liste der weltgrößten Volkswirtschaften an 51. Stelle steht. Die USA werden außerdem laut einer IWF-Prognose bis zum Jahr 2023 Italien überholen, was die Verschuldung in Relation zur Wirtschaftsleistung angeht. Das ist ein schlimmes Omen für den riesigen Anleihenmarkt und den Dollar, der als Weltleitwährung ohnehin wackelt.

Zwei der führenden Banker, die sich in den USA auf die Rettung hoch verschuldeter Unternehmen spezialisiert haben[458], sehen sich bereits »ins Jahr 2007 zurückversetzt«, in die Monate vor Ausbruch der bis heute nicht verdauten Finanzkrise von 2008. Zum nächsten Kollaps sagen sie: »Er kommt, und er ist nicht weit weg.« Das Problem diesmal ist: Die Babyboomer, die in den kommenden Jahren in Rente gehen wollen und sich auf dem Höhepunkt ihres Sparzyklus für das Alter befinden, werden sich vom nächsten Crash an den Börsen nicht mehr erholen können. Sie haben kein Arbeitseinkommen mehr, von dem sie etwas zur Seite legen und ihre Ersparnisse neu aufstocken können. Ihr finanzieller Stoßdämpfer ist gebrochen. Die nächste Krise wird ihre Altersabsicherung pulverisieren und Millionen von ihnen den Lebensabend ruinieren. Viele Menschen werden dann nichts mehr zu verlieren und damit Grund genug haben, auf die Straße zu gehen, vor allem wenn sie von ihren Lebensversicherern blaue Briefe bekommen, aus denen hervorgeht, dass ihre Auszahlung »leider deutlich gekürzt werden musste«, oder ihr Versicherer ganz aus dem Markt ausgeschieden ist.

In den USA sind in den vergangenen Jahren zwei bemerkenswerte Bücher erschienen, die sich mit dem Zeitpunkt der nächsten großen Krise an den Börsen und in der Weltwirtschaft beschäftigen. Das eine – *Zero Hour* (deutscher Titel: *Stunde Null*) – von Bestsellerautor Harry S. Dent[459] schildert anhand zyklischer Bewegungen, die seit Jahrhunderten zu beobachten sind, dass wir »am Vorabend der größten politischen, kulturellen und sozialen Revolution« seit dem Aufstieg der Demokratie stehen. Die Revolution, von der Dent spricht, sieht er als eine »Gegenreaktion gegen die Globalisierung«. Donald Trump und der kommende Ausstieg der Briten aus der EU sind demnach lediglich der Anfang einer »monumentalen Bewegung«, deren Höhepunkt das Platzen einer gigantischen Blase spätestens Ende 2022 darstellen wird. Die gute

Nachricht: Nach der Überwindung der politischen, sozialen und wirtschaftlichen Spaltung, die in den USA und europäischen Staaten wie Deutschland derzeit bedrohlich zunimmt, soll es später in diesem Jahrhundert dann wieder zu einer wirtschaftlichen Aufbauphase kommen.

Dent schildert in seinem Buch drei starke Zyklen, die zuverlässig immer wieder große Verheerungen anrichten. Einen 250 Jahre dauernden »Revolutionszyklus«, dessen letzter großer Ausschlag die Amerikanische und Industrielle Revolution waren, dazu einen etwas über 80 Jahre dauernden »populistischen Zyklus«, in dessen Verlauf Hitler und Mussolini an die Macht kamen, sowie einen im Schnitt jeweils 28 Jahre dauernden »Finanzkrisen-Zyklus«. Die letzten beiden Male, als die beiden kürzeren Zyklen in die Krisenphase eintraten und sich zeitlich trafen, brachen die europäischen Revolutionen der 1840er-Jahre los, und die Nazis kamen an die Macht.

Die Krisenphase im revolutionären Zyklus, sagt Dent, begann 2016 mit dem Brexit-Referendum und der Wahl von Trump. Die krisenhafte Zuspitzung in der Endphase des populistischen Zyklus startete laut Dent mit der Finanzkrise 2008, als Millionen von Menschen Ersparnisse, Arbeit und viel Vertrauen in die Institutionen verloren und zusehen mussten, wie kriminelle Banker mit ihren Steuern gerettet wurden und das eine Prozent sich anschließend in der von Notenbanken angefachten Dauerrallye an den Börsen immens bereicherte. Die laufende Migrationskrise hat diese Entwicklung auf einen neuen Höhepunkt getrieben. Was die krisenhafte Verschärfung von wirtschaftlichen Problemen, sozialen Spannungen, regionalen Konflikten und der Migration noch weiter ankurbelt, ist laut Dent das Überschreiten der Höhepunkte bei einigen Entwicklungen, die dem Handel und der Weltwirtschaft bisher zuverlässig Rückenwind verliehen. Die Globalisierung läuft angesichts wachsender Handelskonflikte und steigender Zölle derzeit gegen eine Wand. Sie hatte 1912 einen ersten Höhepunkt erlebt, bevor sie durch die beiden Weltkriege jäh unterbrochen wurde. Die Ära der zivilen Luftfahrt fachte dann jedoch ab den 50er-Jahren einen neuen Boom an, der 2008 vor der Finanzkrise seinen vorläufig letzten Höhepunkt erlebte. Hinzu kommt: Die Mobilität, die ein modernes Leben ermöglicht, wird derzeit allerorten großflächig reduziert: durch einen wuchernden Dschungel an Regulierungen, durch den Kampf gegen die Mobilität (Diesel) und durch hohe Mieten in den Ballungsräumen, um nur wenige Beispiele zu nennen. Hinzu kommt die politische Polarisierung

zwischen linken und konservativen Strömungen, weil sich Weltanschauungen immer unversöhnlicher gegenüberstehen und der Raum für Kompromisse zunehmend schwindet. Das beste Beispiel dafür war bei uns der Streit zwischen den Schwesterparteien CDU und CSU über die Migrationspolitik im Sommer 2018.

Für Harry S. Dent kommen als Brandbeschleuniger in dem aufziehenden Flächenbrand noch die Wiederkehr der Inflation hinzu und das Überschreiten des Höhepunkts in dem enormen Konsumrausch, der mit den Babyboomern, dem billigen Geld der Minizins-Ära und dem Aufstieg Chinas einen globalen Höhepunkt erreicht hat. Jetzt tritt selbst in Chinas Märkten aufgrund großer Kreditprobleme und der sinkenden Zahl erwerbsfähiger Menschen eine Beruhigung ein, während weltweit die Zinsen anziehen und die Babyboomer in großer Zahl in Rente gehen, was der Ausgabenwut einer ganzen Generation einen empfindlichen Dämpfer versetzt. Auch ein 45 Jahre währender Innovationszyklus, der uns die PCs, das Internet und die mobile Kommunikation bescherte, hat seinen Sättigungsgrad erreicht. Er hat genauso seinen Höhepunkt erreicht wie damals der Bau der Eisenbahnen in den 1920er-Jahren und der Autoboom, der bei uns dafür sorgte, dass in den 60er-Jahren jeder Haushalt ein Fahrzeug hatte. Dent sieht Aufstände und Revolutionen als zyklische Ereignisse, die relativ strengen zeitlichen Mustern folgen. Jetzt sieht er die Welt vor dem Zusammentreffen der drei wichtigsten und einflussreichsten Entwicklungslinien, die hier beschrieben wurden. Sie schneiden sich irgendwann zwischen jetzt und dem Jahr 2023 und werden damit zu riesigen Umwälzungen führen.

Das zweite bemerkenswerte Buch, das in jüngster Zeit in den USA erschien und zyklische Entwicklungen hin zur nächsten Krise beleuchtet, stammt von William Strauss und Neil Howe: *The Fourth Turning: An American Prophecy – What the Cycles of History Tell Us About America's Next Rendezvous with Destiny* (auf Deutsch etwa: »Die vierte Wende: Eine amerikanische Prophezeiung – Was historische Zyklen uns über Amerikas nächste Begegnung mit dem Schicksal verraten«). Die beiden Autoren schlugen mit ihrem Buch schon 1997 – und damit 10 Jahre vor der Finanzkrise – hohe Wellen, als sie die Geschichte als Abfolge von Zyklen mit einer jeweiligen Dauer von etwa 80 bis 100 Jahren beschrieben und jeden Zyklus in vier Abschnitte (Wenden) einteilten, die man auch als Jahreszeiten sehen kann. Die erste Wende ist demnach ein Hoch, das einer

schweren Krise folgt, zum Beispiel der Nachkriegsboom in Deutschland: Die Institutionen werden stärker, der Individualismus geht zurück, eine neue Ordnung entsteht. In der zweiten Wende, dem »Erwachen«, wird das neue System zunehmend infrage gestellt, Proteste nehmen zu: Die letzte historische Episode, die dem zweiten Abschnitt entspricht, waren bei uns die Proteste der 68er. Die dritte »Wende« ist laut den Autoren der Zusammenbruch der Institutionen, die stark an Vertrauen verlieren, sowie der grassierende Individualismus und der Verfall der bestehenden zivilen Ordnung. Das ist das, was wir derzeit auch bei uns beobachten, inklusive Abkehr von der Demokratie, Zerstörung des Nationalstaates, Verfall der Rechtsordnung und wachsende politische wie soziale Spannungen. Die vierte Wende ist eine große Krise mit immensen Zerstörungen, wie zuletzt der Zweite Weltkrieg.

Im Vorwort ihres Buches schreiben Howe und Strauss: »Menschen in jedem Alter spüren, dass etwas Großes durch Amerika fegen muss, bevor die düstere Stimmung vergeht – aber das ist eine Erkenntnis, die wir unterdrücken. Als Nation verleugnen wir, was passiert […] wir fragen uns, ob wir uns auf einen Wasserfall zubewegen.« (Übers. durch den Verf.) Warum erinnert uns das bloß so stark an das Deutschland dieser Tage? Howe und Strauss gehen mehrere 100 Jahre in der Geschichte zurück, um jene Zeitabschnitte zu beschreiben, die den jeweiligen »Wenden« – oder Abschnitten – entsprechen. Eine dritte Wende (was wir derzeit bei uns sehen) gab es zum Beispiel in den späten 1840er- und frühen 1850er-Jahren in den USA, mit folgender Beschreibung: »In den Städten wurde das Leben gefährlich und die Politik war voller Hass. Die Migration nahm zu, die Finanzspekulation boomte, die Eisenbahnen und Baumwollexporte entfesselten mächtige neue Märkte, die die Kommunen destabilisierten. Weil sie keine Antworten mehr hatten, fielen die zwei großen Parteien in sich zusammen.« Die Parallelen zu heute sind kaum zu übersehen. Die Entwicklungen und Phänomene, die alle dritten Wenden vor der jeweiligen Krise gemeinsam hatten, skizzieren die beiden Autoren so: Moralischer Protest, Lifestyle-Experimente, Laissez-faire, raue Debatten, implodierendes Vertrauen in öffentliche Institutionen, nach Lust strebende Lebensweisen und zynische Entfremdung, die sich in grüblerischen Pessimismus verwandelt.[460] Die sich bereits entfaltende neue Krise beschreiben die Autoren so: »Es wird sich anfühlen, als ginge es um das Überleben der Nation. Irgendwann vor dem Jahr 2025 wird Amerika durch

ein großes Tor der Geschichte schreiten, das von der Bedeutung her so groß ist wie die Amerikanische Revolution, der Bürgerkrieg und das Doppelereignis aus Großer Depression und dem Zweiten Weltkrieg.« (Übers. durch den Verf.)

Heugabeln – Die politischen Schmerzgrenzen sind erreicht

Wann, ja wann endlich? In den sozialen Medien fragen sich Teilnehmer immer ungeduldiger, wann die Deutschen in größerer Zahl aufbegehren werden. »Wann endlich geht der Ruck durch Deutschland, der wachsenden Polarisierung und Zerstörung durch eine unverantwortliche Politik Einhalt zu gebieten? Wie lange schaut sich die überwiegende Zahl der Deutschen noch an, wie unser Land für eine weltfremde Ideologie verkauft und die Gesellschaft systematisch gespalten wird?« Das fragte in einem Kommentar am 13. Juni 2018 »Klaus Klöpper« unter einem Beitrag von *Focus.* Am 24. Juni 2018 schrieb »RB Heffernen« auf Facebook: »Ich frage mich, wann die Deutschen endlich geschlossen aufstehen und sich wehren [….] Es kann doch nicht sein, dass es akzeptiert wird, dass in unserem Land täglich gestochen, vergewaltigt und totgeschlagen wird.« Ebenso direkt, aber prägnanter, lautete die Frage von »Hadi Riedel« in einem Tweet vom 28. Januar 2018: »Wann endlich gehen die Deutschen auf die Straße?«

Fragen wie diese erleben eine Inflation. Die simple Antwort darauf lautet: Niemand kann das auf die Woche oder den Monat genau vorhersagen. Aber unbestreitbar sind an diesem Punkt zwei Dinge. Erstens: Was wir in der Folge der unkontrollierten Migration erleben, war absehbar. In einem Kommentar der *New York Times* mit der Überschrift »Deutschland an der Klippe«[461] schrieb schon im Januar 2016 Ross Douthat, dass eine so umfangreiche Migration vor allem junger Menschen nach Deutschland wie seit 2015 unter Bürgern und Neuankömmlingen wachsende Polarisierung und Spaltung heraufbeschwört: »Sie droht nicht nur mit einem sprunghaften

Anwachsen des Terrorismus einherzugehen, sondern mit einer Wiedergeburt politischer Gewalt wie in den 1930er-Jahren.« (Übers. durch den Verf.) Auch Patrick Calvar, der bis zum Mai 2017 Frankreichs Inlandsgeheimdienstchef war, gab vor einer parlamentarischen Kommission zu Protokoll: »Der Extremismus nimmt überall zu […] wir sind am Rande des Bürgerkrieges.« Das war nur 4 Tage, nachdem in Nizza der aus Tunesien stammende Terrorist Mohamed Lahouaiej Bouhlel auf der Promenade des Anglais mit einem Lkw Menschen niedermähte und dabei 86 seiner Opfer grausam tötete. 1 Jahr später wählte Frankreich Emmanuel Macron zum neuen Präsidenten, und die Proteste gegen seine Reformen nehmen seither stetig zu. Kommt es in Frankreich zu einem Bürgerkrieg, dann werden Stimmung und Gewalt auch auf Deutschland übergreifen.

Die flehentlichen Fragen im Internet sind aber auch – zweitens und viel wichtiger noch – der deutliche Ausdruck einer kollektiven Gemütslage, die man mit nur einem Wort umschreiben kann: Endzeitstimmung. Wir leben in einem Land, das in vielerlei Hinsicht an Grenzen stößt und auf ein Kliff zusteuert: bei den Ausgaben, beim Steueraufkommen, für das die Mittelschicht bis hin zu ohnmächtiger Wut ausgequetscht und erdrückt wird, bei der Verkehrsdichte, den Leistungen des Schulsystems, den Energiekosten, den sozialen Spannungen und den kaum noch erträglichen Mietpreisen. Wir werden regiert von Funktionären und anderen Entscheidungsträgern, die gleichzeitig ausgelaugt, machthungrig, ideologisch verbohrt und entscheidungsschwach sind und auf unsere großen Fragen keine Antworten finden – oder gar nicht erst suchen. Die herrschende Elite folgt ideologisch verblendet einer bunten Illusion, für die sie die deutsche Gesellschaft einem nie erlebten kulturellen Stresstest unterzieht, ja ihr sogar das Koordinatensystem unter dem Hintern wegzieht. Diese Elite lässt sich von ihrem Wahlvolk bei einer Lebenslüge nach der anderen erwischen: vom Wohlstandsgewinn und allseitigen Segen des Euro über die Vorteile für alle als Folge der Globalisierung, die bereichernden Effekte umfangreicher Migration, die positiven Wirkungen einer immer enger verzahnten EU sowie die angeblich vielen Vorteile der Energiewende und der Riester-Rente. Diese Elite verachtet ihr eigenes Wahlvolk. Sie gibt die Innere Sicherheit auf. Sie sabotiert die Wehrfähigkeit des Landes, dessen Grenzen sie auflöst, dessen Infrastruktur sie ruiniert, dessen Spaltung sie vorantreibt und dessen Wohlstand sie nicht mehrt, sondern zerstört. Die Kanzlerin in diesem Land droht ihrem Innenminister mit dem

Rauswurf aus der Regierung, weil er die Rückkehr zu Recht und Gesetz an den Landesgrenzen fordert. Geltendes Recht wird für das große Experiment mit einer bunten Gesellschaft skrupellos gebeugt und ausgehöhlt, teils durch Missachtung, teils indem man die Polizei mit einer Gewaltepidemie alleine lässt und Staatsanwaltschaften sowie Gerichte personell ausblutet. Das Vertrauen in unser Rechtssystem wird auch dadurch zerstört, dass flaschensammelnde Omas, auf Parkbänken nächtigende Wohnsitzlose und Temposünder rigoros verfolgt und bestraft werden, während der Leibwächter von Osama bin Laden jahrelang durchgefüttert, Tausende von Salafisten, radikale Imame, Terrorverdächtige und andere »Gefährder« im Land geduldet und Serienverbrecher lieber der eigenen Gesellschaft zugemutet als in ihre Heimat abgeschoben werden.

Diese Elite setzt ihr Wahlvolk einem ideologisch motivierten gesellschaftlichen Experiment aus, sie entmachtet das Parlament, setzt Menschenleben aufs Spiel, lässt Rentner verarmen, beschönigt ihr Versagen mit getürkten Statistiken und diskreditiert, zensiert oder verunglimpft Kritiker. Diese liefert sie auch noch dem linken Mob aus, weil der zuverlässig ihre Demonstrationen blockiert und ihre Familien attackiert. Es fehlt nur, dass dazu auch noch Beifall geklatscht wird. In den Medien ist das teilweise der Fall, zum Beispiel, wenn »Danke, liebe Antifa!« gejubelt wird.[462]

Dass sich in diesem Tollhaus friedliebende Bürger nicht nur ohnmächtig fühlen, sondern auch die Fäuste in den Taschen ballen, ist nachvollziehbar. Allerorten wird darüber nachgedacht, wie man dem Spuk von Kontrollverlust, Staatsversagen, Demontage der Demokratie, Auflösung des gesellschaftlichen Zusammenhalts, Reformstau und Perspektivlosigkeit ein Ende bereiten kann – und was passieren muss, bevor die Heugabeln herausgeholt werden. »Solange kein wütendes Volk vor dem Reichstag steht, passiert auch nichts«, lautet die Prognose auf einem Banner, das im Frühjahr 2018 auf Twitter fleißig herumgereicht wurde.

Tatsache ist: Der Aufstand hat längst begonnen. Er ist in seinen Anfängen jahrelang ein stiller Aufstand gewesen und deshalb weithin nicht gut sichtbar. Doch jetzt nehmen die Proteste und Demonstrationen deutlich zu. Der stille Protest äußerte sich bis zur jüngsten Bundestagswahl unter anderem in stetig sinkender Wahlbeteiligung, in einer wachsenden Zahl an Beschwerden bei Volksvertretern, in einer (mit inzwischen laut vernehmbaren Folgen) Abwanderung von den Altparteien und im

steigenden Interesse an kleinen Waffenscheinen, wo in manchen Gegenden Deutschlands[463] eine Verzehnfachung der Anträge registriert wird. Er äußert sich in grassierender Verweigerung gegen das Beitragsdiktat des Zwangsfernsehens öffentlich-rechtlicher Sender. Er äußert sich auch darin, dass jeder fünfte der mehr als 16 Millionen Riester-Verträge ruhend gestellt wurde, eine deutliche Quittung für einen der größten politischen Schwindel seit vielen Jahren, und das in einem Land, das inzwischen viel politischen Schwindel kennt. Der stille Aufstand äußert sich auch in Hunderten kleiner Protestgruppen im Internet, auf alternativen Nachrichtenseiten und in Foren alarmierter Eltern, die sich gegen die Frühsexualisierung ihrer Kinder oder die zunehmende Gewalt in den Schulen organisieren. Es sind oft kleine und daher für die Mehrheit im Land »unsichtbare« lokale Bürgerbündnisse oder größere Initiativen, die es im Blätterwald nur bis in die Lokal- und Regionalzeitungen schaffen. In der Summe kann man sie aber bereits als eine beginnende Bewegung verstehen.

Eine simple Google-Recherche mit dem Suchwort »Schmerzgrenze« zeigt, dass in einer erschreckend großen Zahl von Lebensbereichen die Hutschnur der Menschen zum Zerreißen gespannt ist: von den Kosten für die erneuerbaren Energien und den Mieten in den Großstädten über Diesel-Verbote und die Patientenversorgung in den Kliniken bis hin zu Angehörigen von Terroropfern, die verhöhnt werden, Demonstranten, die trotz ihres friedlichen Protests pauschal als »Nazis« verunglimpft werden, Fußballfans, die mit eskalierenden Bier- und Trikotpreisen ausgenommen werden, Immobilienbesitzern, die per Grundsteuer zunehmend ausgepresst werden, bis hin zu Sparern, denen Notenbanken Kaufkraftverluste zufügen und die Währung aushöhlen, sowie Verbrauchern, die mit irreführend etikettierten und vergifteten Lebensmitteln angeschmiert und ihrer Gesundheit beraubt werden. Nicht zu vergessen die Nachbarn von Wind- und Frackinganlagen oder die Anwohner von Erstaufnahmeeinrichtungen. Die Liste der Täuschungen, Zumutungen, Beleidigungen, Demütigungen und kalten Enteignungen ist so lang geworden, dass die nach oben offene Schmerzskala der Deutschen seit Jahren immer neue Höchstwerte anzeigen würde, wenn es sie gäbe. Selbst Mainstream-Blätter wie die *Zeit* müssen zähneknirschend zugeben: «Widerstand regt sich vielerorts.«[464]

Und so drängt sich der Eindruck auf, dass nur der berühmte Tropfen fehlt, der das Fass zum Überlaufen bringt. Die Brisanz des wachsenden Aufbegehrens ergibt sich dabei in den kommenden Jahren aus der Tatsache,

dass diesmal gleich mehrere – aber diesmal richtig große – Fässer überzulaufen drohen: Das Märchen von endlosem Wachstum, Konsum und Schulden nähert sich rasant seinem Ende; zahlreiche geostrategische Konfliktherde brodeln, während sich das Gleichgewicht auf der Welt weg von den USA und hin zu anderen Polen einer multipolaren Welt mit China als neuem Anker verschiebt; in Europa und insbesondere Deutschland steigt der Druck im gesellschaftlichen Kessel durch Polarisierung und Spaltung weiter an; neue Parteien und Bewegungen erhalten Zulauf gegen eine Globalisierung, von der ganz überwiegend große Unternehmen profitieren; die neuen Parteien wenden sich mit einer wachsenden Schar von Wählern gegen politische Eliten, die das Wahlvolk völlig aus dem Blick verloren haben, sowie gegen wachsende soziale Spannungen, die immer mehr Menschen an den Rand drängen. Wer hätte einmal gedacht, dass die AfD die SPD als Partei der Arbeiter ersetzt? Allerorten sehen wir Wendepunkte, gegen deren Erreichen oder Überschreiten sich die alte Ordnung heftig zur Wehr setzt, während der Widerstand gegen das »Weiter so« starken Zulauf und rasch wachsende Energie registriert. Die dünne Fassade scheinbarer Stabilität, die bisher mit Ausblenden, immer frischem Geld und Vertagung von Problemen in die Zukunft aufrechterhalten wurde, wird an den ersten Stellen durchbrochen. Der Brexit und Donald Trump sind der Anfang einer massiven Erhebung gegen das Establishment aus arroganten Parteienkartellen. Diese Erhebung richtet sich gegen die Auflösung von Nationalstaaten, gegen eine skrupellose Hochfinanz, eine kaum noch zu ertragende mediale Bevormundung und eine Migrationspolitik, die unsere gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Koordinaten mehr verschiebt, als es den Menschen akzeptabel erscheint. Die Massenproteste im Herbst 2015 gegen den unfairen Welthandel unter der Knute ausgemauschelter und gegen die Menschen gerichteter Abkommen wie TTIP und CETA mobilisierten allein in Berlin 250 000 Teilnehmer. Das waren mehr als bei jeder anderen Demonstration seit der Hochzeit der Friedensbewegung. Das lässt ahnen, wie schnell derzeit eine neue Bewegung entstehen kann.

Viele Menschen neigen dazu, selbst den Verlust persönlicher Freiheiten hinzunehmen, solange ihr sozialer Standard und ihr persönlicher Lebensstil nicht bedroht sind. Doch für immer mehr Menschen ist das nicht der Fall, wenn Altersarmut droht, für die Miete ein zweiter Job gesucht werden muss oder hohe Besteuerung, Abgaben und Energiepreise Millionen aus der einst

behaglichen Mittelschicht in eine Abwärtsspirale zu reißen drohen. Unserer politischen Kaste gelang es bisher trickreich und mit tatkräftiger Unterstützung der traditionellen Medien, die Illusion aufrechtzuerhalten, dass ein solcher Abstieg nicht zu befürchten steht, dass die »Rente sicher« ist und dass Frau Merkel »es« schon richten wird. Jetzt sind selbst Merkels Tage gezählt, während die Spaltung im Lande unaufhaltsam zunimmt, der Druck im Kessel weiter steigt und die großen Probleme nicht gelöst werden, sondern sich reihenweise verschärfen. Etablierte Parteien wie auch die Mainstream-Medien senden in dem aufziehenden Orkan keine Signale, die darauf hindeuten, dass sie sich wenigstens in ihrer existenziellen Krise wieder den Wählern und dem Publikum zuwenden wollen. Das lässt das Schlimmste befürchten.

Weiter so in den Abgrund – Das Szenario mit dem kochenden Frosch

Der Frosch wird bekanntlich gekocht, indem man die Temperatur im Topf ganz langsam anhebt. Unser Land würde in diesem Szenario im Zeitlupentempo an die Wand gefahren. Das Drehbuch hierfür leitet sich aus dem »Weiter-so«-Mantra ab. Die herrschende Elite kauft sich mit getürkten Statistiken, trickreicher Medienarbeit, wenig Transparenz und viel Geld, das auf die Probleme geschüttet wird, so viel Zeit wie möglich. Alle Register werden bemüht, damit die Sparer nicht mitbekommen, wie sie geplündert wurden, und damit die Steuerzahler nicht merken, wie viel von ihrem Geld bereits im EU-Feuer steht. Fiktionen und Propaganda wie sichere Renten, stabile Banken und ein Abflauen der Migration werden mühsam aufrechterhalten und Illusionen aufwendig gepflegt, damit die Bürger keinen Schock erleiden. Ohne schockartige internationale Einflüsse wie eine Weltwirtschaftskrise, einen globalen Börsencrash oder einen Krieg geht so etwas meist eine Weile lang gut, vielleicht sogar viele Jahre. Was das Zukleistern der Probleme angeht, sind wir in diesem Frosch-Szenario

jedoch bereits weit fortgeschritten. Das wird vor allem an der seit Jahren hektischen politischen Tarn- und Reparaturaktivität deutlich. In die Rentenkassen wird aus dem Bundeshaushalt immer mehr abgezweigt, während die klaffenden Finanzlöcher mit einer »schwarzen Null« getarnt werden; die Kanzlerin verspricht vollmundig neue Wohnungen durch ein Milliardenprogramm, das in Wirklichkeit nur ein paar 1000 Euro für jede Wohneinheit zur Verfügung stellt, aber medial überschwänglich gepriesen wird; und die Pulverisierung des Mittelstands wird nicht thematisiert. Schuldirektoren hängt man angesichts maroder und von Gewalt heimgesuchter Lehranstalten einfach Maulkörbe um. Und während dem Euro dank seiner Fehlkonstruktion und der Spaltung in der EU das Ende droht, berichten Mainstream-Medien fleißig über weitere Beitrittskandidaten wie Bulgarien, gerade so, als würden die nächsten Länder ungeduldig Schlange stehen. Die EZB produziert dazu die passende Begleitmusik in Form von Wirtschaftsberichten, die »aus Katastrophen Erfolgsstorys« machen, wie der Journalist Norbert Häring in seinem Blog am Beispiel der baltischen Staaten beschreibt.[465] Und bevor die Wahrheit über die Renten auf den Tisch kommt, werden die Auszahlungen noch ein paarmal angehoben, so wie im Juli 2018, als die Medien die »kräftigste Rentenerhöhung seit Langem« bejubelten.[466] Derweil wird das staatstragende Wirken der Hofberichterstatter in den öffentlich-rechtlichen Sendern mit steigenden GEZ-Gebühren vergoldet. Auch das wird nicht gemacht, ohne vorher mit einem »Streit« zwischen den Anstalten, der Politik und der Gebührenkommission den Eindruck zu erwecken, dass da hart gerungen wird und es sich niemand leicht macht. Während sich dieses Theater auf der großen Bühne in Berlin und auf vielen Nebenschauplätzen abspielt, »können wir in Ruhe und mit Kartoffelchips zusehen, wie ein ganzes Land gegen die Wand fährt«, so die Beschreibung des Bloggers Hadmut Danisch.[467]

Doch es gibt auch hier physische Grenzen, die niemand überwinden kann: Tarnen, täuschen und tricksen kann die Stunde der Wahrheit nicht verhindern, es kann sie nur aufschieben. Immer deutlicher wird, dass der Mittelstand sich auflöst und gleichzeitig zwischen den unteren Einkommensschichten und den Neubürgern ein gnadenloser Wettbewerb beginnt, was man in Berlin mit kleinen Anhebungen des Mindestlohns zu entschärfen und zu vertagen sucht. So werden Murren, Klagen und Jammern gedeckelt und gedämpft, bis die in diesem Kapitel bereits

beschriebenen Schmerzgrenzen so weit überschritten sind, dass die Hemmschwellen sich in Luft auflösen, wie zuvor die Ersparnisse der Deutschen.

Bleibt eine starke Ausdehnung der begonnenen Proteste noch eine Weile aus, fühlt sich die politische Elite ermuntert, die Schrauben immer weiter anzuziehen – bis es nicht mehr geht. Diesen Punkt kennt zwar niemand genau, doch er ist nicht mehr fern. Für ein Land mit rekordhohen Energiepreisen, Steuern und Abgaben sowie enormen sozialen Spannungen und eskalierender politischer wie kultureller Spaltung ist die berühmte Wand bedrohlich nah. Die meisten Körner in der politischen Sanduhr sind schon nach unten durchgerieselt. Doch weil sich die Akteure in ihrer Blase so weit vom Wahlvolk entfernt haben, wie in diesem Buch beschrieben, ahnen sie nicht, wie stark der Druck im Kessel schon ist. In den kollabierenden Altparteien weiß man an der Spitze nicht einmal mehr, wie die eigene Basis tickt.

Dem schwitzenden Frosch im Topf ist es aber schon längst nicht mehr behaglich. Er fragt sich, wieso um ihn herum immer größere Bläschen aufsteigen. Er ahnt, dass sich die Lebensumstände schon sehr bald, spätestens aber für seine Kinder, deutlich verschlechtern werden. Besonders im Mittelstand hat die Mehrheit verstanden, dass sie die letzte Gruppe in der Gesellschaft ist, bei der sich die Eliten bedienen können, um den Laden noch zusammenzuhalten. Gleichzeitig wird immer deutlicher, wie verzweifelt die politischen Entscheider versuchen, einen Rest von Stabilität zu wahren. Die Innere Sicherheit ist zu einem guten Teil zerstört, zumindest in der Wahrnehmung vieler Menschen. Das Justizsystem versagt so häufig, dass jeden Tag unappetitliche Meldungen über skandalöse Urteile auf uns hereinströmen. Viele Behörden sind unterbesetzt, überfordert und von der Politik geknebelt, wie man im Sommer 2018 am Beispiel des BAMF sehen konnte.

Im Klartext: Wir leben bereits am Anschlag, und die Zeit in diesem Szenario ist weitgehend abgelaufen. Das zeigen verzweifelte Gedankenspiele und Maßnahmen, von denen wir bis aus den USA hören. Der IWF hat schon in seinem »Fiscal Monitor« 2013 darüber nachgedacht, ob sich die Schuldenkrise in Europa durch eine einmalige Zwangsabgabe der Sparer von etwa 10 Prozent beenden ließe.[468] Der Bundesstaat Illinois erwägt angesichts schwindsüchtiger Pensionskassen, eine spezielle Immobilienabgabe von jeweils 1 Prozent des Marktwertes für eine Dauer

von 30 Jahren einzuführen. Auch hierzulande wird sich der Fiskus ausgiebig und dreist bei den Immobilienbesitzern bedienen. In Tegernsee zum Beispiel wurde die Zweitwohnungssteuer bereits saftig erhöht. Je stärker der Staat und seine behördlichen Ebenen die Zügel anziehen, um Löcher zu stopfen, desto größer wird der Widerstand, der sich im Falle von Tegernsee sofort organisierte. Hierzulande sind die verdeckten Rechnungen aber bereits so groß – und die Wut im Steuervolk so ausgeprägt –, dass die Phase der Gewöhnung längst in ihrem Endstadium angelangt ist. Genau das machen die vielen örtlich ausgebrochenen Demonstrationen und Proteste, die wir jetzt sehen, deutlich. Wir sind nur noch einen Biowaffen-Anschlag durch eingesickerte Terroristen oder einen weiteren Börsencrash davon entfernt, dass der Kulminationspunkt erreicht ist, der alarmierte Frosch aus dem Topf springt und der Schrecken doch ein Ende findet. Wie tief der Ärger der Deutschen über die politische Kaste in Berlin sitzt, das hat man zuletzt am Ergebnis der Bundestagswahl 2017 gesehen. Das erbärmliche politische Schauspiel der Union im Sommer 2018 und das jämmerliche Ausscheiden der deutschen Fußball-Nationalmannschaft bei der WM in Russland haben den Frust, die Wut und die Spaltung in Deutschland nur noch weiter verschärft.

Journalisten, die sich trauen, ohne Scheuklappen über die Zustände im Land und die Gemütslage im Wahlvolk zu schreiben, machen keinen Hehl daraus, wie schlecht die Stimmung inzwischen ist. Der Schriftsteller und Journalist Michael Klonovsky fühlt sich an den Herbst 1989 erinnert.[469] Mit Blick auf das wankende Regime von Angela Merkel schrieb er im Juni 2018: »Während Merkel das Land verkommen lässt, wieder gehen unbotmäßige Bürger gegen ideologisierte Bürokraten auf die Straße, wieder werden Bürgerrechtler von Schlägern verfolgt und von Bütteln denunziert, wieder findet in Betrieben eine Jagd auf Falschmeiner und Abweichler statt, wieder ist Oppositionsverleumdung die Hauptaufgabe der Medien, wieder ist Sachsen das Herz des Widerstandes, wieder zerbricht ein autoritärer transnationaler Pakt zuerst an den freiheitsliebenden Polen und Ungarn, wobei die Ungarn diesmal eben die Grenzen gegen eine gefährliche Flut schließen, statt sie einer befreienden zu öffnen. Zu den noch nicht ausreichend gewürdigten Pikanterien unserer Tage gehört dabei, dass eine den DDR-Mauerbauern als Jugendfunktionärin Dienstbare heute erklärt, Grenzen könnten keine Menschen aufhalten.«[470] Und Roger Letsch sah sich im August 2017 animiert, eine »Kleine Erinnerung an die ›Große

Furcht‹« von 1789 zu schreiben und die Parallelen zwischen der Französischen Revolution und dem Jahr 2018 in Deutschland aufzuzeigen: »Die Stimmung heute ist eine ähnliche und auch die Rollen aller Protagonisten sind besetzt. Da wäre zum einen eine dysfunktionale Regierung, deren Handeln sich auf mehr oder weniger sinnvolle Reaktionen auf große und kleine Katastrophen beschränkt – Ludwig XVI. handelte kaum anders. Dann ein ausgemachter Feind, dem man den Willen zur Vernichtung des Landes unterstellt (AfD), und selbst die Rolle des verpönten Adels, der auf Kosten von Leben und Gesundheit der Bevölkerung die Reichtümer des Landes verprasst, ist vergeben: Es sei der ›Kapitalismus‹ ganz allgemein und aktuell die Automobilindustrie im Besonderen, deren Vertreter man gern geteert und gefedert durch die Gassen treiben würde – Banker und Hedge-Fund-Manager sind da ja auch schon durchgekommen.«[471]

Wer das für einen weit hergeholten Vergleich hält, kann sich aktuelle Berichte aus Frankreich zu Gemüte führen. Dort beobachten deutsche Medien angesichts wütender Großproteste gegen Wirtschaftsreformen, Massenentlassungen und die Steuerlast seit Jahren »einen Hauch von Revolution«. Ein jüngeres Beispiel sind die »schweren Unruhen« in Nantes[472] vom Juli 2018 sowie die Unruhen, die gleich nach dem Finalsieg der französischen Fußballmannschaft ausbrachen. Wir sind in Deutschland von brennenden Reifenbarrieren und Massendemonstrationen nur einen Börsencrash und eine Rezession weit entfernt. Zwischen dem Aufstand und dem »Weiter so« liegt lediglich ein politischer oder wirtschaftlicher Schock der bereits beschriebenen Art.

Ende mit Schrecken – Das Schock-Szenario

»Lass den Himmel einstürzen. Wenn alles zerfällt, werden wir aufrecht dastehen und gemeinsam antreten.«

Adele, Skyfall

Der Machtkampf innerhalb der Union im Sommer 2018 hat gezeigt, dass sich das parteienübergreifende Lager in Berlin immer verzweifelter an die Macht klammert, koste es, was es wolle. Die CSU bleibt trotz anderweitiger Gedankenspiele und Drohungen im Lager von Angela Merkel und vermeidet den unionsinternen Bruch, weil sie sonst in die Bedeutungslosigkeit entschwinden würde. Die CDU setzt auf kosmetische und sprachliche Tricks, um zu verbergen, dass sie ihre Migrationspolitik unverändert fortsetzt. Angela Merkel will so viele Migranten wie möglich ins Land holen, bevor sie abgelöst wird. Um sie noch möglichst lange an der Macht zu halten, sie gegen die wachsenden parteiinternen Widerstände zu schützen und die Partei für die Zeit nach ihrer Ablösung so lange wie möglich auf ihre Linie festzulegen, haben die Merkel-Treuen eine »Union der Mitte« gebildet.

Doch die Widerstände gegen Merkels Politik nehmen vor allem außerhalb der Partei stark zu. Die Polarisierung im Land erreicht immer neue Höchststände. Denn neben der Migration sind derweil so gut wie alle großen Themen unseres Landes und seiner Gesellschaft an den Rand geraten und werden auf eine Weise vernachlässigt, die zusätzlicher Polarisierung und Spaltung Vorschub leistet. Die SPD verzichtete nach dem unionsinternen Drama im Sommer 2018 als dritter Koalitionspartner auf großen öffentlichen Streit und versuchte alles, um die GroKo nicht noch weiter zu belasten oder zu gefährden, denn Neuwahlen würden viele sozialdemokratische Abgeordnete ihren Sitz im Bundestag kosten. Ganz klar: Das Parteienkartell in Berlin klammert sich an die Macht und scheut dabei vor faulen Kompromissen, Verrat an eigenen Positionen, Blendgranaten und Wählertäuschung nicht zurück. Das beweist uns, dass sich ohne einen großen Krach – etwa ein gewaltiger Börsencrash mit Bankensterben, schwerer Rezession und verschärfter Schuldenkrise, vielleicht auch ein ausgedehnter Handelskrieg oder eine Staatspleite mit Bankenkollaps in Italien einschließlich dem Zerbrechen der EU – an der »Weiter so«-Politik in Deutschland nichts ändern wird.

Die Eliten, die die Krise des Rechtsstaates, die größten sozialen Spannungen seit Jahrzehnten, eine schroffe Entmachtung von Wahlvolk und Parlament sowie eine zu tiefer gesellschaftlicher Spaltung führende Migrationspolitik betreiben, kommen nicht für einen Neuanfang infrage. Sie sind das Problem, nicht die Lösung. Das bedeutet jedoch nicht, dass es automatisch zu einer Krise kommen muss, bloß weil sich immer mehr

Bürger hierzulande endlich wieder mehr Politik für die Menschen wünschen und ein wirklicher Neuanfang nur aus politischen und/oder wirtschaftlichen Ruinen nach einem schweren gesellschaftlichen Erdbeben möglich ist. Doch vieles spricht dafür, dass ein solches Beben im Anmarsch ist, dass wir 2019 oder spätestens im Jahr darauf in die nächste Wirtschaftskrise nach 2001 und 2008 geraten werden. Diese würde EU-kritischen Parteien, die Wut und Enttäuschung von Bürgern gegen das politische Establishment kanalisieren, noch viel stärker als bisher in die Hände spielen – oder gar neuen und wirklich radikalen Kräften wie der CasaPound in Italien schlagartig Auftrieb verleihen und Enttäuschung und Wut in der Mittelschicht aufgrund der dritten Krise in weniger als 2 Jahrzehnten mit wiederkehrenden Arbeitsplatz- und Vermögensverlusten zum Überschäumen bringen.

Im Finanz-Establishment grassiert die Angst, dass die Notenbanken die Zinswende aufgrund verstärkter Inflation übertreiben und die Kapitalmärkte überfordern werden. Der Regionalpräsident der US-Notenbank in Boston, Eric Rosengren, warnte im April 2018 davor, dass die Konjunktur als Folge davon rapide abstürzen könnte. Ein Zinsschock, wie er sich abzeichnet, würde nicht nur unter den erwähnten Zombie-Firmen mit mehr als 10 Prozent der weltweiten Produktion ein Massensterben auslösen, sondern auch hoch verschuldete Staaten wie Italien endgültig aus der Bahn werfen. Es ist entlarvend, dass in der EU derzeit wieder verstärkt auf eine üppigere Ausstattung diverser Rettungsmechanismen mit noch mehr Geld der Steuerzahler sowie auf eine Forcierung der Banken- und Haftungsunion gedrängt wird. Die EU-Kommission unternahm im Mai 2018 einen Vorstoß, um bei »asymmetrischen Schocks« Wackelstaaten in der Union einen Anspruch auf Kredite aus dem EU-Haushalt einzuräumen. In Brüssel, Berlin, Paris und in den zuständigen Behörden weiß man genau, dass wenig fehlt, um die EU in der jetzigen Krise endgültig und unwiderruflich auseinanderzureißen. Und die harsche Reaktion der Finanzmärkte auf Gerüchte aus Italien, wonach die neue Regierung einen Schuldenschnitt anstrebt, zeigt, wie ernst das Thema an den Börsen genommen wird.

Ein Zinsschock bei gleichzeitig steigenden Preisen und Ölnotierungen hat in einer Weltwirtschaft, die ohnehin in den Abschwung übergegangen ist, ausreichend Sprengkraft, um die aufgeladene gesellschaftliche Stimmung in den westlichen Staaten zur Explosion zu bringen. In einem solchen Abschwung mit steigender Arbeitslosigkeit würde sich das politische Klima

noch viel mehr vergiften, weil Verteilungskämpfe eskalieren würden und Migranten am Markt noch viel weniger Chancen hätten als jetzt schon aufgrund ihrer meist schwachen Qualifikation. Die Staatsverschuldung im Westen, insbesondere in den USA, beschleunigt sich just zu dieser Zeit gewaltig. Die USA nehmen allein im Haushaltsjahr 2019 laut David Stockman, dem ehemaligen Budgetdirektor von Ronald Reagan, mehr neue Schulden auf als unter den ersten 37 Präsidenten zusammen. Hinzu kommt der sich aufschaukelnde Handelskonflikt zwischen den USA und ihren großen Handelspartnern EU, China und Kanada. Der Protektionismus ist zu einer der größten geopolitischen Gefahren geworden. Angesichts von Kriegen und Spannungen vom Nahen Osten über das Südchinesische Meer bis nach Nordkorea will das etwas heißen. Höhere Zölle, wie sie bisher im Raum stehen, sind an sich zwar keine sofortige akute Gefahr für die Weltwirtschaft, erst wenn sie sich festsetzen. Aber wenn sich zeigt, dass die Gewinnerwartungen der Unternehmen in der Risikoanalyse der Börsianer nicht mehr die wachsenden Schulden- und Handelsrisiken ausgleichen können, steht eine Panikattacke an. Für viele Beobachter steht dieser Moment der Wahrheit unmittelbar bevor. Der Präsident der Fed-Filiale in New York, William Dudley, bezeichnete die ersten Kurseinbrüche an den Weltbörsen im Frühjahr und Sommer 2018 als »kleine Kartoffeln« gegen das, was noch kommt. Das lässt vermuten, womit man an der Spitze der Finanzpyramide rechnet. Aber nicht nur dort. Der ehemalige Kongressabgeordnete Ron Paul, ein harscher Kritiker des US-Establishments, rechnet mit einer Implosion der US-Wirtschaft: »Vor uns steht ein plötzlicher Kollaps nach Art jenes Kollapses, der mit dem sowjetischen System geschehen war. Unser Land wird natürlich nicht in einzelne Staaten zerfallen, aber ich bin mir dessen sicher, wir werden es uns nicht mehr leisten können, eine globale Macht zu sein.«[473] (Übers. durch den Verf.)

Der kommende Schock, egal ob von Zinsen, Inflation, Schulden oder politischen Spannungen ausgelöst, wird in Europa dazu führen, dass die Geduld der Sparer und Steuerzahler mit erneuten Rettungsmaßnahmen für Banken endgültig überstrapaziert wird und die Menschen erkennen, dass ihr Geld weg ist. Diese Erkenntnis, die sich bei genauem Hinsehen schon seit Jahren aufdrängt, wird sich dann explosionsartig in weiten Teilen der Bevölkerung Bahn brechen und eine Katastrophenstimmung auslösen. Ein solcher Stimmungsabsturz würde zu Panik, Sturm auf die Banken und weit

verbreiteten Notkäufen führen. Tumulte, wie sie sich im Januar 2018 in Frankreichs Supermärkten nach einer Rabattaktion von Nutella mit 70 Prozent Preisnachlass abspielten – und Händler von einem »richtigen Aufstand« sprechen ließen –, werden harmlos gegen das wirken, was wir dann erleben. Gibt es erst einmal einen Ansturm auf Supermärkte, Tankstellen, Geldautomaten und Banken, sind viele weitere Eskalationsstufen vorstellbar. Dass Europa von solchen Szenarien nicht mehr weit entfernt ist, haben die Unruhen in Nantes im Juli 2018 gezeigt, aber auch die Demonstration von 80 000 Menschen im Juni 2018 in Wien gegen ein neues Arbeitszeitgesetz. Es ist derzeit leichter als seit vielen Jahren, eine große Zahl von Menschen für ein politisches Anliegen oder eines der vielen ungelösten gesellschaftlichen Probleme zu mobilisieren. Denn überall auf dem Kontinent liegen die Nerven der Bürger blank, während sich um sie herum die Aussichten auf ein gutes Leben eintrüben.

Bis in die USA kann man studieren, was noch auf uns zukommt. Dort hat die politische Polarisierung des Landes im Juli 2018 in Portland (Oregon) zu schweren Auseinandersetzungen zwischen extremen Linken der Antifa und einer radikalen rechten Gruppierung mit dem Namen »Patriot Prayer« (Patriotisches Gebet) geführt. Mitglieder der Antifa griffen die Konservativen mit Eiern, Flaschen und Böllern an. Die Polizei konfiszierte chemische Sprays, Messer und Baseballschläger. Ähnliche Auseinandersetzungen gab es im August 2017 in Barcelona und im Oktober 2015 in Köln, als HoGeSa (»Hooligans gegen Salafisten«) und Linksautonome aufeinander losgingen. Wenn sich die soziale und politische Spaltung unserer Gesellschaft fortsetzt und verschärft, wonach es leider aussieht, dann wird es künftig öfter zu derartigen Konfrontationen kommen. Dabei werden Kräfte entstehen, vor denen wir uns dann wirklich fürchten müssen. Die größte Wahrscheinlichkeit ist jedoch, dass es zuerst zu einem wirtschaftlichen Orkan mit den geschilderten Folgen kommt. Wann und in welcher Zahl das Wahlvolk dann auf die Straße geht, ist schwer abzusehen. Doch der Anlauf zu einer Revolte ist seit Jahren zu beobachten. Und an Auslösern herrscht ganz bestimmt kein Mangel.

Nachwort

Späte Bekenntnisse, linker Konformitätsdruck und die Schweigespirale, die unser Land zu ersticken droht

Wer die öffentliche Debatte in Deutschland verfolgt, hat bisweilen den Eindruck, dass das Aussprechen der Wahrheit an die Auszahlung von Pensionen gekoppelt ist. Ständig schalten sich ehemalige Funktionäre, Parteichefs, Minister und einst hohe Richter mit offenen Worten oder schonungslosen Kommentaren, für die sie in ihrer aktiven Zeit nicht den Mut aufgebracht haben, in die Diskussion ein. Mit der Freiheit, die der Zusatz »Ex« mit sich bringt, reden sie viel zu spät Tacheles und benennen Probleme, die sie früher verschwiegen oder bestritten haben. Die plötzliche Offenheit lässt dann umso mehr erstaunen. Der ehemalige SPD-Chef und Ex-Außenminister Sigmar Gabriel kritisiert, wie weit sich die politische Kaste vom Alltag der Menschen entfernt hat, wie sie mit »Lebenslügen« (siehe Kapitel 1) das Vertrauen der Bürger zerstört und wie auch seine Partei die Augen vor den politischen Realitäten des Landes verschließt.[474] Der CDU-Politiker Wolfgang Bosbach, der lange Zeit stellvertretender Vorsitzender der Unionsfraktion im Bundestag war und aus gesundheitlichen Gründen nicht mehr zur Wahl 2017 antrat, äußert sich neuerdings ebenfalls sehr viel deutlicher, als man es von ihm aus aktiver Zeit kannte. Bosbach sprach bei *Markus Lanz* im Februar 2018 Klartext über die Migrationspolitik, als er warnte: »Wenn wir die Grenzen nicht kontrollieren können, geben wir unser Land auf.«[475] Über den BAMF-Skandal im Sommer 2018 sagte er, die Probleme und Pannen seien schon im Herbst 2015 absehbar gewesen: »Damals war allerdings Willkommenskultur angesagt, und wer Bedenken geäußert hat, fand sich schnell in der rechten Ecke wieder.«[476]

»Vom Eise des Amtes befreit«, wie es auf *Tichys Einblick* bezeichnet wurde,[477] fand im Februar 2018 auch der ehemalige Bundespräsident Joachim Gauck seinen Frieden mit der Wahrhaftigkeit. Während seiner Amtszeit hatte er noch zwischen Hell- und Dunkeldeutschland unterschieden und Kritiker der Migrationspolitik ausgegrenzt. Im Ruhestand erst nahm er sich die Freiheit, Multikulti die Leviten zu lesen und sich kritisch mit dem Islam auseinanderzusetzen. Während einer Rede an der Universität Düsseldorf über Heimat und das Fremde sagte er Anfang 2018: »Vielfalt galt als Wert an sich. Die Kulturen der Verschiedenen sollten gleichberechtigt nebeneinander existieren, für alle verbindlich westlich-liberale Wertvorstellungen wurden abgelehnt. Ich verstehe, dass es auf den ersten Blick tolerant und weltoffen anmuten mag, wenn Vielfalt derart akzeptiert und honoriert wird. Wohin ein solcher Multikulturalismus aber tatsächlich geführt hat, das hat mich doch erschreckt.«[478] Gauck warnte in derselben Rede die Vertreter des Weltbürgertums davor, durch Auflösung der Grenzen »die materiellen, territorialen und sozialen Möglichkeiten eines jeden Staates« und auch die »psychischen Möglichkeiten seiner Bürger« zu überfordern. So mancher Beobachter, darunter der Autor und Blogger Jürgen Fritz, war geneigt, die Rede von Gauck »als Markstein […] im Kampf um die Rückgewinnung der Realität« zu werten.[479] Während Gauck forderte, die Furcht, als Fremdenfeind abgestempelt zu werden, dürfe nicht zu falscher Rücksichtnahme führen, gestand der FDP-Politiker und ehemalige Bundeswirtschaftsminister Rainer Brüderle, er könne jetzt so reden, wie ihm der Schnabel gewachsen sei: »Das Raumschiff Berlin«, so Brüderle im ZDF, »kann die Leute nicht mehr erreichen. Und das sage ich als jemand, der jahrelang Teil des Systems war.«[480] Bei *Focus* wunderte man sich anschließend über den »Radikalen« Brüderle.

Auch bei ehemaligen Richtern und Juristen der ersten Garde kann sich offenbar erst nach der Pensionierung das Gewissen oder die bessere Einsicht gegen die berufliche Diplomatie, die während der akti- ven Zeit Vorfahrt hatte, durchsetzen. Ex-Verfassungsrechtler Michael Bertrams, bis 2013 Präsident des Verfassungsgerichtshofs von Nordrhein-Westfalen, übte im Januar 2016 harsche Kritik an Angela Merkel, als er ihr möglichen Verfassungsbruch und »selbstherrliche Kanzlerdemokratie« attestierte. Bertrams bescheinigte Merkel in der Migrationspolitik einen »Akt der Selbstermächtigung«.[481] Er beklagte die Zweckentfremdung des Asylrechts

durch eine fehlende Unterscheidung zwischen dem Schutz verfolgter Menschen und der freiwilligen Aufnahme von Migranten. Ein Beispiel für späte Einsichten oder späten Mut ist auch der CDU-Mann Erwin Teufel, bis 2005 Ministerpräsident von Baden-Württemberg. In einer Rede vor der Seniorenunion schimpfte er 2011: »Wie soll man von den Bürgern Rechtstreue verlangen, wenn sich ihre Staats- und Regierungschefs nicht an das Recht und an abgeschlossene Verträge halten?«[482] Das war reichlich 4 Jahre, bevor Merkel unter Missachtung des Grundgesetzes und des Dublin-Vertrages die Grenzen öffnete. Die späten Beichten oder Einlassungen sind keine Einzelfälle. Sie reichen vom ehemaligen Bundesinnenminister Gerhart Baum, der vor dem Überwachungsstaat warnt, über den früheren Münchner SPD-Oberbürgermeister Christian Ude, der in einem Buch (*Die Alternative oder: Macht endlich Politik!*) mit den »einschlägigen Parolen gutmeinender Repräsentanten der Willkommenskultur« abrechnet und die »trauten Runden moralischer Überlegenheit« geißelt,[483] bis hin zum verstorbenen Altbundeskanzler Helmut Schmidt, der Multikulti als schwer vereinbar mit einer demokratischen Gesellschaft bezeichnete.[484]

Man muss in den Mainstream-Medien lange suchen, um Erfahrungsberichte, Beichten und Analysen von Autoren zu finden, die ehrlich und prägnant das Klima schildern, das dafür sorgt, dass hierzulande Millionen ausgewachsener Menschen in führenden Positionen bis zum Ruhestand warten, bevor sie den Mund endlich aufmachen und Klartext reden. Natürlich neigen wir alle bis zu einem gewissen Grad dazu, unsere Einschätzungen und Urteile eher in diplomatische Wendungen zu kleiden, während wir noch beruflich abhängig sind. Doch Angst vor beruflichem Ungemach kann nicht in vollem Umfang die Schweigespirale erklären, die wir haben, wenn Zehntausende von Polizisten, Anwälten, Richtern, Politikern und anderen Mitgliedern der bekannten Berufsstände mit seltenen Ausnahmen zu aktiven Zeiten nichts von dem berichten, was sie in ihrem Alltag zu sehen und zu hören bekommen. Nur in den wenigsten Fällen schreiben Menschen ihre Beobachtungen über Korruption, Missbrauch, schwere institutionelle Fehler und skandalöses Gebaren von Vorgesetzten in ihrem beruflichen Alltag ohne Blatt vor dem Mund auf, wie etwa die Polizistin Tania Kambouri in ihrem Buch *Deutschland im Blaulicht,* der Polizeigewerkschafter Rainer Wendt in *Deutschland in Gefahr* oder der Richter Jens Gnisa in *Das Ende der Gerechtigkeit.*

Die Erklärung liegt auf der Hand. Für die Schweigespirale gibt es mehr Gründe als nur rein berufliche Befindlichkeiten und Ängste Einzelner. Sie hat vor allem zu tun mit der Repression und scharfen Ausgrenzung, die die grassierende politische Korrektheit hierzulande inzwischen allerorten ausübt, eine Repression, die in einigen Fällen bis hin zu beruflicher und wirtschaftlicher Eliminierung reicht. Beschrieben hat dieses Klima der systematischen Verhaltensbereinigung inklusive der Androhung von Ächtung zum Beispiel die ehemalige Linke Verena Friederike Hasel im April 2017 in der *Zeit*. Die Wochenzeitung stellte Hasel im Vorspann als eine Frau vor, die »sich politisch immer auf der richtigen Seite« wähnte und ihr ehemaliges Milieu inzwischen »als selbstgerecht, intolerant und realitätsfern« erlebt.[485] Hasel beschreibt in dem Beitrag, wie sie ihr Gefühl der Zugehörigkeit zum »linksliberalen Milieu« verlor, einem Milieu, in dem nur diejenigen auf Freispruch hoffen dürfen, »die über Unterdrückungserlebnisse berichten können«, ein Milieu aber auch, dessen schmaler Toleranzrahmen sich so skizzieren lässt: »Manchmal, habe ich festgestellt, ist die Stimmung auch unter denen, die prinzipiell für Vielfalt sind, nur so lange gut, wie alle einer Meinung sind.« Sobald ein Mensch linken Gesellschaftsentwürfen widerspreche, schreibt Hasel, »wird schnell diagnostiziert, er sei angstgesteuert«. In diesem Klima der Ausgrenzung, dessen Hohepriester keine Skrupel haben, Andersdenkenden krankhafte Beweggründe zu unterstellen, wird jegliche Diskussionsfreude vertrieben, wird jeglicher Aufschrei im Vorfeld unterbunden und werden Argumente der Kritiker des Mainstreams unterdrückt, weil sie angeblich gegenstandslos sind. Denn die Moral hat immer recht.

Die in diesem Buch beschriebenen Aufstände aller Art in unserem Land sind ein Zeichen dafür, dass das rigorose Regime des ideologischen Parteienkartells in Berlin mit seinem Bevormundungsapparat, seiner Ausgrenzung und Sprachbereinigung sowie Propaganda und zerstörerischen Kraft dem Ende entgegensieht. Im Internet haben sich mit den sozialen Medien Kanäle gebildet, die der Hofberichterstattung in Mainstream-Publikationen ein Nachrichten-Universum entgegensetzen, das die Realität der Menschen viel besser abbildet und dabei offenbart, welcher Druck sich im gesellschaftlichen Kessel aufgebaut hat. Weil sich die bedenklichen bis staatsgefährdenden Folgen falscher Politik immer schmerzhafter bemerkbar machen und den Deutschen die Hutschnur zu reißen droht, hat selbst in den Mainstream-Medien ein zaghaftes Umdenken begonnen. In Blättern wie der

Welt und der FAZ werden jetzt öfter die gravierenden Missstände und fehlenden Reformen in unserem Land beim Namen genannt, selbst wenn es noch viel zu viele Beispiele von Hofberichterstattung gibt. Kritische und unabhängige Plattformen im Internet treiben die etablierten Medien mittlerweile vor sich her, was die Beschreibung der Lebenswirklichkeit der Deutschen und die Fehler der politischen Elite angeht, die aktiv gegen die Bürger dieses Landes agiert.

Wie sich das Blatt langsam wendet, hat ein Essay deutlich gemacht, der im März 2018 aus der Feder des ehemaligen *Stern*-Redakteurs und Mitbegründers der *Achse des Guten,* Dirk Maxeiner, erschien.[486] Maxeiner beschreibt darin den grünen Tübinger Bürgermeister Boris Palmer, der sich unter dem Eindruck seiner kommunalen Vor-Ort-Erfahrungen immer wieder zu Wort meldet und sich dabei unerschrocken gegenüber den »Zurechtweisungen« des linken »Vatikans« zeigt. Maxeiner portraitiert Palmer als Renegat, als einen Menschen, der von den festgelegten Linien abweicht und keine Angst mehr vor dem »Du-bist-rechts-Geschrei« hat. Palmer erscheint dem Leser in diesem Artikel als der Vorreiter eines Wandels, der in unserem Land bald Mauern einreißen helfen könnte: »Jede soziale Bewegung bringt mit der Zeit Zweifler hervor. Zunächst fangen sie an, manche Methoden zu kritisieren, dann setzen sie sich nach und nach von den Dogmen ab, und schließlich stellen sie sogar die Ziele infrage. Daraufhin herrscht bei den Hütern der Lehre helle Aufregung. Die Ketzer werden verbrannt oder verbannt. Und bald darauf hat man die Hälfte ihrer Ideen übernommen.« Das wäre der »best case« in unserem Szenario, der rechtzeitige Wandel, bevor es ein großes Unglück gibt.

Es fragt sich aber, wie schnell sich dieser Wandel vollziehen wird, ob er vor dem drohenden gesellschaftlichen Sturm einen Punkt erreicht, an dem sich die Gemüter wieder beruhigen. Mein Gefühl und meine Beobachtungen sagen mir, dass sich aus dem gegenwärtigen System heraus keine Wende mit einem wirklichen Neuanfang vollziehen wird. Aus Berlin kommen keine Signale, die darauf schließen lassen, dass die politische Elite bald wieder die Menschen dieses Landes in den Mittelpunkt rückt und ihr verheerendes soziales Experiment aufgibt, oder sich an die Arbeit macht, die vielen ungelösten Reformaufgaben anzupacken. In den politischen Schaltzentralen sind die Funktionäre und Amtsinhaber inzwischen zu weit von der Realität der Menschen entrückt, um die Dringlichkeit für einen Wandel zu erkennen, und sie haben auch nicht den Mut oder den Willen, an

der selbst aufgestellten Fassade zu kratzen. Denn so manchem, der an der ideologischen Tapete kratzt, kommt am Ende »die ganze Wand entgegen«, wie Maxeiner es ausdrückt. Wer aber die Mauer, gegen die das Land zu prallen droht, nicht rechtzeitig einreißt, muss mit den Konsequenzen leben. Und die zeichnen sich in einem beginnenden Aufstand bereits ab.

Endnoten

1. *https://jungefreiheit.de/politik/deutschland/2018/guetersloh-will-stadt-multikulturell-durchmischen/*
2. *https://www.notebookcheck.com/Bundesjustizministerin-will-Pluralismus-Pflicht-fuer-soziale-Netzwerke.300502.0.html*
3. *http://www.bain.de/Images/BAIN_REPORT_Labor_2030.pdf*
4. *https://www.japantimes.co.jp/opinion/2016/11/12/commentary/age-anger-imperils-west-east/*
5. *https://www.stuttgarter-nachrichten.de/inhalt.badisches-landesmuseum-ruft-die-revolution-aus-bastelanleitung-fuer-eine-mini-guillotine.675c53be-5579-44b6-98a2-b59fe80280d3.html*
6. *http://www.landesmuseum.de/_website/_Deutsch/_Sonderausstellungen/_Aktuell/_Revolution__.htm*
7. *https://www.volksstimme.de/lokal/stendal/militaeruebung-in-aquilanien-eskaliert-die-lage*
8. *https://www.welt.de/politik/deutschland/plus174419347/Heiko-Maas-Europaeer-Sozialdemokrat-Aussenminister.html*
9. *https://www.ndr.de/nachrichten/hamburg/Hamburgs-Schulden-steigen-auf-31-Milliarden,schulden362.html*
10. *https://www.welt.de/deutschland/article172662371/Anhaltende-Pannen-Wehrbeauftragter-haelt-Bundeswehr-fuer-derzeit-nicht-einsetzbar.html*
11. *https://www.epochtimes.de/politik/deutschland/immigrantenverbaende-stellen-sich-hinter-essener-tafel-regierung-lenkt-mit-kritik-vom-eigenen-versagen-ab-a2363101.html*
12. *SVZ.de* vom 4.6.2018. »Schwerin: Der vergessene Stadtteil«. *https://www.svz.de/lokales/zeitung-fuer-die-landeshauptstadt/der-vergessene-stadtteil-id20019987.html*
13. *http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/mehr-wirtschaft/armut-in-deutschland-jeder-dritte-hat-nicht-mal-1000-euro-15553142.html*
14. *n-tv.de* am 18. Januar 2017

15. http://www.bundespraesident.de/SharedDocs/Reden/DE/Joachim-Gauck/Interviews/2016/160619-Bericht-aus-Berlin-Interview.html
16. https://www.bild.de/politik/inland/bundestagswahl2017/so-wuerde-deutschland-jetzt-waehlen-52632458.bild.html
17. https://www.zdf.de/nachrichten/heute-journal/heute-journal-vom-19-november-2017-100.html
18. http://www.spiegel.de/politik/deutschland/spd-fuer-grosse-koalition-alle-gerettet-ausser-sich-selbst-a-1196392.html
19. http://www.o-ton-arbeitsmarkt.de/o-ton-news/696-millionen-menschen-leben-von-arbeitslosengeld-oder-hartz-iv-leistungen
20. https://www.nachdenkseiten.de/?p=41541&output=pdf
21. http://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/mindestlohn-studie-millionen-bekommen-zu-wenig-1.3843810
22. http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/mehr-wirtschaft/ifo-institut-hebt-die-prognose-fuer-2018-deutlich-15340411.html
23. https://www.bz-berlin.de/deutschland/darum-geht-es-deutschlands-wirtschaft-so-gut
24. http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/deutschland-2017-drei-wirtschaftsraetsel-fuer-aschenbroedel-kolumne-a-1184588.html
25. http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/gert-wagner-im-interview-ueber-zufriedenheit-ungleichheit-und-co-15397868.html
26. https://www.welt.de/wirtschaft/article161126064/Durch-Niedrigzinsen-spart-Deutschland-240-Milliarden.html
27. https://www.welt.de/politik/deutschland/article173305287/Zuwanderung-Steuern-Die-Vereinbarungen-von-Union-und-SPD-im-Ueberblick.html
28. https://www.ndr.de/nachrichten/mecklenburg-vorpommern/Abgeordneter-verdient-an-leerer-Fluechtlingsunterkunft,heydorn102.html
29. https://www.welt.de/politik/deutschland/article175440604/Koeln-Wie-Andrea-Horitzky-CDU-von-der-Fluechtlingskrise-profitiert.html
30. http://www.achgut.com/artikel/deutschland_und_der_blitzkrieg_der_mitmenschlichkeit
31. https://www.nachdenkseiten.de/?p=41268#h01

32. https://www.focus.de/finanzen/news/schuldneratlas-2017-jeder-zehnte-ist-ueberschuldet-immer-mehr-alte-in-der-schuldenfalle_id_7822735.html
33. http://www.o-ton-arbeitsmarkt.de/o-ton-news/hartz-iv-empfaenger-mehr-als-ein-drittel-seit-ueber-vier-jahren-im-bezug
34. https://www.welt.de/politik/deutschland/article173987186/EU-weiter-Vergleich-Deutsche-Arbeitslose-sind-am-staerksten-von-Armut-bedroht.html
35. http://www.huffingtonpost.de/entry/zwei-klassen-justiz-rechtsanwaltin-erklart-vor-gericht-werden-arme-menschen-behandelt-wie-im-mittelalter_de_5a5e3fa5e4b0fcbc3a13fdd0
36. http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/wachsende-ungleichheit-wirtschaftsministerium-warnt-vor-schrumpfenden-loehnen-15162416.html
37. https://www.focus.de/finanzen/altersvorsorge/noch-vor-abzug-von-steuern-schockzahlen-der-regierung-zeigen-fast-jede-zweite-rente-in-deutschland-auf-armutsniveau_id_9243009.html
38. http://www.faz.net/aktuell/politik/inland/gewerkschaft-warnt-polizisten-koennen-sich-teure-staedte-oft-nicht-leisten-15285762.html
39. https://www.focus.de/finanzen/altersvorsorge/rente/vielen-droht-altersarmut-neue-studie-warnt-die-staatliche-rente-wird-massiv-sinken_id_8974016.html
40. http://www.deutschlandfunkkultur.de/dgb-vorsitzender-reiner-hoffmann-ueber-20-prozent-der.990.de.html?dram:article_id=368598
41. http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/oecd-vermoegen-in-deutschland-sind-besonders-ungleich-verteilt-a-1034911.html
42. http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/vermoegen-45-superreiche-besitzen-so-viel-wie-die-halbe-deutsche-bevoelkerung-a-1189111.html
43. https://www.tagesspiegel.de/weltspiegel/sonntag/arbeitsmarkt-europas-neue-reservearmee/20301470.html
44. http://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/thomas-piketty-was-in-der-neuen-studie-des-star-oekonomen-steht/20708734.html
45. https://www.welt.de/debatte/kommentare/article171895271/Fluechtli

ngskrise-Bis-wohin-reicht-der-Segen-und-wann-beginnt-der-Fluch.html

46. http://www.zeit.de/politik/deutschland/2018-03/koalitionsvertrag-pressekonferenz-angela-merkel-olaf-scholz-horst-seehofer-grosse-koalition
47. http://www.zeit.de/arbeit/2018-02/krankenhaus-pflege-fachkraeftemangel-bezahlung-mangel
48. http://www.sueddeutsche.de/politik/pflege-notstand-in-deutschland-alarm-am-lebensabend-1.3849668
49. http://www.spiegel.de/wirtschaft/unternehmen/deutschland-pflegekraefte-in-krankenhaeusern-kaempfen-mit-streiks-fuer-mehr-personal-a-1191190.html
50. https://www.express.de/koeln/ohne-heizung--toilette--dusche-obdachloses-koelner-paar-lebt-seit-monaten-im-wald-29778574
51. https://jungefreiheit.de/politik/deutschland/2016/renten-kosten-fuer-grundsicherung-steigen-drastisch/
52. https://www.stern.de/politik/deutschland/historiker-andreas-roedder-im-stern---unser-land-ist-aus-der-balance-geraten--8121948.html
53. https://www.diw.de/sixcms/detail.php?id=550890
54. https://www.achgut.com/artikel/spd_ein_hartnaeckiger_fall_von_politischer_schwerhoerigkeit
55. http://www.sueddeutsche.de/muenchen/prozess-flaschensammler-angeklagt-wegen-euro-pfand-1.3526007
56. https://www.nachdenkseiten.de/?p=42027
57. https://www.zerohedge.com/news/2018-07-08/could-super-suits-baby-boomers-defuse-demographic-time-bomb
58. https://www.realclearworld.com/articles/2017/10/24/the_fourth_great_shattering_112600.html
59. https://www.zdf.de/gesellschaft/markus-lanz/markus-lanz-vom-15-maerz-2018-100.html
60. http://www.faz.net/aktuell/politik/inland/mehrheit-der-deutschen-gegen-weitere-angela-merkel-amtszeit-14225181.html
61. https://www.cicero.de/innenpolitik/angela-merkel-kanzlerin-vierte-amtszeit-umfrage-zustimmung
62. https://www.n-tv.de/ticker/Umfrage-Deutsche-lehnen-weitere-Vertiefung-der-EU-ab-article18094811.html

63. http://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/umfrage-mehrheit-gegen-familiennachzug-von-fluechtlingen/20799786.html
64. https://www.welt.de/debatte/kommentare/article175656602/SPD-Seit-Gerhard-Schroeder-nur-noch-Anbiederung-an-Neoliberalismus.html
65. https://bazonline.ch/ausland/europa/die-stunde-der-wahrheit/story/19431852
66. https://www.welt.de/wirtschaft/article3509603/Josef-Ackermann-hat-Angst-vor-sozialen-Unruhen.html
67. https://www.focus.de/digital/internet/auftritt-bei-dld-konferenz-ich-habe-es-satt-telekom-chef-rechnet-knallhart-mit-politikern-ab_id_8338144.html
68. http://www.spiegel.de/politik/deutschland/fluechtlinge-sigmar-gabriel-fordert-solidaritaetsprojekt-fuer-deutsche-a-1079392.html
69. http://www.handelsblatt.com/politik/international/schaeuble-zur-fluechtlingskrise-die-situation-in-deutschland-ist-nervoes-und-fragil/12414258-2.html
70. https://www.wiwo.de/politik/europa/kurt-biedenkopf-der-westen-ist-nicht-mehr-weit-vom-chaos-entfernt/12999954.html
71. http://www.handelsblatt.com/politik/international/global-risk-report-2018-alarmstufe-rot/20856178.html
72. . https://www.focus.de/finanzen/boerse/der-crash-kommt-die-tuerkei-macht-mir-grosse-sorgen_id_8463151.html
73. https://www.handelsblatt.com/unternehmen/industrie/siemens-aufsichtsratschef-gerhard-cromme-der-kampf-ist-existenziell-geworden/20652220.html?ticket=ST-2715108-mNaUxZR4lFUfkd3UjFfi-ap6
74. http://www.krone.at/593243
75. https://www.epochtimes.de/politik/welt/imad-karim-in-kandel-ich-sehe-hier-deutsche-russen-tuerken-kurden-iraner-und-wir-riskieren-hier-alles-a2367757.html
76. https://www.thetimes.co.uk/article/angela-merkel-is-about-to-pay-for-the-mutti-of-all-blunders-v558dw6xh
77. https://www.welt.de/politik/ausland/plus170507246/Die-Wut-der-Buerger-weiter-zu-ignorieren-das-ist-die-groesste-Gefahr.html
78. http://www.spiegel.de/panorama/justiz/darmstadt-80-festnahmen-nach-schlossgrabenfest-a-1210917.html

79. *https://www.welt.de/regionales/baden-wuerttemberg/article174152562/Baden-Wuerttemberg-17-Jaehrige-niedergestochen-Geniesse-den-Anblick-wie-sie-stirbt.html*
80. *https://juergenfritz.com/2018/03/04/muehlacker-mord/*
81. *https://www.tagesspiegel.de/berlin/statistik-ueber-berliner-polizei-angriffe-auf-polizisten-nehmen-deutlich-zu/21104994.html*
82. *https://www.welt.de/politik/deutschland/article154172308/Die-IS-Propaganda-nennt-auch-deutsche-Staedte.html*
83. *http://www.faz.net/aktuell/feuilleton/debatten/integration/rassismus-das-schweigen-der-schulen-ueber-deutschenfeindlichkeit-11056390.html*
84. *https://www.bild.de/regional/berlin/cottbus/jugendliche-greifen-ehepaar-mit-messer-an-54467738.bild.html*
85. *https://www.morgenpost.de/politik/article212851693/Lehrer-beklagen-in-Brandbrief-Gewalt-und-Respektlosigkeit.html*
86. *https://www.berliner-zeitung.de/berlin/religioeses-mobbing-zweitklaesslerin-von-mitschueler-mit-dem-tode-bedroht-29916888*
87. *https://www.nzz.ch/international/wenn-das-biologiebuch-haram-ist-ld.1399984*
88. *https://www.focus.de/familie/alltag-an-der-schule-realitaetsferne-vorschriften-schueler-bespuckt-lehrerin-und-ruft-ihr-koennt-mir-nix_id_8745597.html*
89. *http://www.spiegel.de/politik/deutschland/zuwanderung-und-kriminalitaet-pass-verlegt-aufenthalt-garantiert-a-1177180.html*
90. *https://www.tag24.de/nachrichten/leipzig-messerstecher-hauptbahnhof-taeter-intensivtaeter-leipzigerin-attacke-polizei-haft-310558*
91. *https://www.bild.de/news/inland/messer/messer-angst-in-deutschland-55137456.bild.html*
92. *https://faktenfinder.tagesschau.de/inland/kriminalitaet-deutschland-101.html*
93. *http://reports.weforum.org/travel-and-tourism-competitiveness-report-2017/ranking/#series=TTCI.A.02*
94. *http://www.rp-online.de/nrw/staedte/rommerskirchen/rommerskirchen-elfkoepfige-fluechtlingsfamilie-wuetet-im-sozialamt-aid-1.6984334*

95. https://www.focus.de/politik/deutschland/in-jobcentern-oder-migrations-aemtern-schlaege-und-beleidigungen-gewalt-gegen-behoerden-mitarbeiter-steigt-staedte-reagieren_id_8503731.html
96. https://www.focus.de/politik/deutschland/nach-gewalttaetigen-zusammenstoessen-das-werden-wir-nicht-dulden-cottbusser-ob-erklaert-wie-integration-gelingen-soll_id_8481884.html
97. https://www.suedkurier.de/region/linzgau-zollern-alb/sigmaringen/Gruppe-von-Fluechtlingen-sorgt-in-Sigmaringen-fuer-AErger-Buergermeister-fordert-schaerfere-Sanktionsmoeglichkeiten;art372574,9616595
98. https://www.bz-berlin.de/berlin/25-mal-pro-woche-werden-unsere-retter-opfer-von-uebergriffen
99. https://www.berliner-zeitung.de/berlin/polizei/angriff-auf-rettungskraefte--ich-schlachte-dich-gleich-wie-ein-lamm--29517940?dmcid=sm_fb_p
100. https://www.welt.de/politik/deutschland/article171175498/Minderjaehrige-Straftaeter-Mannheimer-OB-sieht-Staatsversagen.html
101. https://www.focus.de/politik/deutschland/randalierte-in-der-stadt-aggressiver-asylbewerber-wird-fuer-tuttlingen-zum-problem-behoerden-ringen-um-loesung_id_8980738.html
102. https://www.focus.de/panorama/welt/vergewaltigungen-im-ruhrgebiet-so-lockten-die-taeter-ihre-opfer-in-die-falle_id_8625955.html
103. https://www.bz-berlin.de/berlin/mehr-sexuelle-uebergriffe-in-bussen-und-bahnen
104. https://www.focus.de/politik/deutschland/wie-sicher-fuehlen-sich-frauen-in-deutschland-entsetzt-schob-ich-die-haende-weg-dieses-bild-hat-sich-eingebrannt_id_6462730.html
105. http://www.danisch.de/blog/2018/02/04/voellig-uninteressant-mann-aus-schwulenhass-verpruegelt/
106. http://www.spiegel.de/spiegel/was-muslimischer-hass-auf-juden-in-deren-alltag-bedeutet-a-1183879.html
107. https://www.bz-berlin.de/berlin/neukoelln/schwules-paar-in-neukoelln-mit-obstkiste-attackiert
108. http://www.dw.com/de/wenzel-michalski-er-wurde-als-jude-beschimpft/av-41438739

109. *http://www.radiobochum.de/ bochum/ lokalnachrichten/ lokalnachrichten/ archive/ 2017/11/16/ article/-0739954e89.html*
110. *https://web.archive.org/web/20180203113011/https://www.augsburger-allgemeine.de/politik/Historiker-Der-deutsche-Staat-macht-sich-immer-oefter-laecherlich-id44060531-amp.html*
111. *https://www.focus.de/politik/deutschland/ralph-ghadban-islam-experte-ueber-kriminelle-clans-gehen-zum-offenen-angriff-auf-unsere-rechtsordnung-ueber_id_8732177.html*
112. *https://www.berliner-zeitung.de/berlin/demo-am-brandenburger-tor-palaestinenser-verbrennen-israelische-fahnen-29265612*
113. *https://www.bild.de/regional/hannover/hannover/angst-dass-das-erst-der-anfang-war-55135008.bild.html*
114. https://www.bild.de/regional/hannover/gewalt/dieser-hass-macht-angst-55615574.bild.html?wtmc=fb.shr
115. https://www.merkur.de/bayern/donauwoerth-widerstand-bei-abschiebung-grosseinsatz-in-asyl-erstaufnahme-9696126.html
116. http://www.blaulicht-giessen.de/acht-streifenwagen-waren-notwendig-fuenfkoepfige-gruppe-griff-besatzung-eines-streifenwagens-an/
117. https://www.bz-berlin.de/berlin/kolumne/sogar-eltern-vor-der-grundschule-gehen-auf-polizeibeamte-los
118. https://deutsche-wirtschafts-nachrichten.de/2018/06/13/polizei-bayern-nach-attacken-das-fass-ist-laengst-uebergelaufen/
119. https://www.volksfreund.de/nachrichten/themen-des-tages/jede-halbe-stunde-wird-ein-polizist-im-dienst-attackiert_aid-7952307
120. https://www.welt.de/vermischtes/article176525896/Niedersachsen-60-Vermummte-stuermen-Privatgrundstueck-eines-Polizisten.html
121. https://www.derwesten.de/staedte/bochum/fitnessstudio-messerstecher-17-geht-in-bochum-wieder-zur-schule-mitschueler-in-angst-id213597191.html
122. http://www.spiegel.de/panorama/justiz/kriminalstatistik-zahl-der-straftaten-2017-deutlich-gesunken-a-1206707.html
123. http://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2018-02/anis-amri-fehler-polizei-untersuchungsausschuss-berlin-nordrhein-westfalen

124. http://www.zeit.de/politik/deutschland/2018-01/amri-untersuchungsausschuss-bundestag-fragen
125. http://www.zeit.de/gesellschaft/2018-01/anschlag-breitscheidplatz-anis-amri-landeskriminalamt-berlin-befoerderungen
126. https://www.bild.de/news/inland/mord/sie-koennten-noch-leben-55810714.bild.html
127. https://diepresse.com/home/politik/aussenpolitik/4937521/Nato-bestaetigt_ISKaempfer-mischen-sich-unter-Fluechtlinge
128. https://www.focus.de/politik/deutschland/weniger-toetungsdelikte-mehr-drogenkriminalitaet-wie-kriminell-sind-zuwanderer-interner-bka-bericht-zeigt-genaue-statistik_id_8169713.html
129. https://www.focus.de/politik/deutschland/kriminalstatistik-2016-straftaten-bei-fluechtlingen-um-die-haelfte-gestiegen_id_7021347.html
130. http://www.anonymousnews.ru/2017/09/24/bka-statistik-manipuliert-merkel-regime-vertuscht-straftaten-von-600-000-fluechtlingen/
131. https://www.welt.de/regionales/duesseldorf/article114003255/Wie-die-Polizei-Statistik-Verbrechen-verheimlicht.html
132. https://www.stern.de/politik/deutschland/fluechtlinge-und-kriminalitaet--deutsche-maenner-sind-genauso-gefaehrlich--8132196.html
133. https://jungefreiheit.de/debatte/kommentar/2018/nrw-innenminister-erklaert-buerger-zu-freiwild/
134. http://www.deutschlandfunk.de/spd-innenpolitiker-veit-auch-straftaeter-sind-traeger-von.694.de.html?dram:article_id=395826
135. https://www.focus.de/politik/videos/cdu-politiker-fordert-dienstpflicht-aufreger-vorschlag-jugendliche-sollen-wegen-fluechtlingen-zwangsarbeit-leisten_id_5058826.html
136. http://archive.is/Zixgu
137. https://bazonline.ch/ausland/europa/das-panikorchester/story/24251438
138. https://www.cicero.de/kultur/politik-und-glaube-willkommen-in-der-merkelkirche

139. https://www.tichyseinblick.de/meinungen/der-betriebsausflug-des-cdu-fraktionsteils-auf-der-titanic/
140. https://www.welt.de/politik/deutschland/plus169240083/Die-Lebensdepression-des-ostdeutschen-Mannes.html
141. https://www.nzz.ch/meinung/kommentare/die-fluechtlingskosten-sind-ein-deutsches-tabuthema-ld.1316333
142. https://www.rheingold-marktforschung.de/veroeffentlichungen/artikel/Gebremste_Wut_der_Waehler_-_Eigenstudie_zur_Bundestagswahl_2017.html
143. http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/populismus-babyboomer-im-psycho-tief-kolumne-a-1185257.html
144. http://www.faz.net/aktuell/feuilleton/debatten/merkel-bashing-die-hilflose-kritik-an-der-kanzlerin-14437389.html
145. https://www.tagesspiegel.de/politik/wutbuerger-und-besorgte-buerger-wovor-habt-ihr-eigentlich-angst/13525548.html
146. http://www.spiegel.de/politik/ausland/brexit-abstimmung-droht-die-diktatur-der-frustierten-a-1099165.html
147. *http://www.achgut.com/artikel/das_lesen_der_anderen*
148. *https://www.zerohedge.com/news/2018-05-29/italians-outraged-after-eus-oettinger-says-markets-will-teach-them-not-vote*
149. ebd.
150. *https://www.zdf.de/politik/maybrit-illner/der-unfassbare-praesident-was-hat-trump-veraendert-sendung-vom-9-november-2017-100.html*
151. *https://www.epochtimes.de/politik/deutschland/bahnchef-stuttgart-21-mit-heutigem-wissen-nicht-gebaut-ueber-2-milliarden-euro-verlust-a2405469.html*
152. *http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/weltwirtschaftsforum/vor-dem-wef-umfragen-zeigen-niedriges-vertrauen-in-eliten-14670396.html*
153. *http://vera-lengsfeld.de/2018/01/28/wir-werden-nicht-mehr-kriechen-grusswort-fuer-die-frauendemo-in-kandel/*
154. *https://www.welt.de/politik/video157913087/Die-Kanzlerin-ist-eine-tragische-Figur.html?wtrid=crossdevice.n24.mediathek*
155. *https://cms.edelman.com/sites/default/files/2018-01/2018%20Edelman%20Trust%20Barometer%20Executive%20Summary.pdf* siehe hierzu auch:

https://cms.edelman.com/sites/default/files/2018-01/2018%20Edelman%20Trust%20Barometer%20Global%20Report.pdf

156. *http://www.zeit.de/news/2017-12/26/gesellschaft-unzufriedenheitsparadox-mehr-sorgen-trotz-mehr-wohlstand-26102403*

157. *https://www.bild.de/politik/inland/politik-inland/groko-start-sondierung-54396306.bild.html*

158. *https://www.stuttgarter-nachrichten.de/inhalt.leitartikel-zur-fluechtlingskrise-liebe-deinen-uebernaechsten.ef6e2003-3a3e-466a-bed8-d601ebf88cb6.html*

159. siehe Endnote 154.

160. *https://www.welt.de/politik/deutschland/article176679515/Goettingen-Ueber-100-Linke-blockieren-Abschiebung-von-Afrikaner.html?wtmc=socialmedia.twitter.shared.web*

161. *https://www.welt.de/politik/deutschland/article176623392/Fluechtlingskrise-Viele-Behoerden-koennen-keine-Fingerabdruecke-ueberpruefen.html*

162. *https://www.bz-berlin.de/berlin/kolumne/gruene-senat-soll-private-gebaeude-und-grundstuecke-beschlagnahmen*

163. *https://www.morgenpost.de/politik/article212796493/Thomas-de-Maiziere-Deutschland-ist-sicherer-geworden.html*

164. *https://rp-online.de/nrw/panorama/lka-mehr-als-4500-straftaeter-in-nrw-auf-freiem-fuss_aid-23098429*

165. *http://www.spiegel.de/politik/deutschland/uebergangsregierung-genehmigte-ruestungsexporte-in-milliardenhoehe-a-1197349.html*

166. *http://www.fr.de/politik/armut-arme-familien-werden-reicher-gerechnet-a-1442896*

167. *https://www.tagesspiegel.de/politik/nach-dem-scheitern-von-jamaika-lindners-plan/20609082.html*

168. *http://www.taz.de/!541437/*

169. *https://www.focus.de/politik/deutschland/integration-wenn-belastungen-zu-gross-sind-staedtebund-raet-zu-zuzugsstopp-fuer-fluechtlinge_id_8666106.html*

170. *http://www.tagesschau.de/inland/asylsuchende-statistik-101~_origin-07fd73fb-4e3c-4a96-926f-e0401787992c.html*
171. *http://www.tagesschau.de/inland/asylbewerber-deutschland-103.html*
172. *https://www.iom.int/global-compact-migration*
173. *http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P8-TA-2018-0118+0+DOC+XML+V0//DE*
174. *https://www.tagesspiegel.de/politik/martenstein-ueber-versaeumte-abschiebungen-so-verliert-der-staat-seine-glaubwuerdigkeit/20456282.html*
175. *http://www.spiegel.de/wirtschaft/unternehmen/porsche-andreas-scheuer-blockiert-aufklaerung-in-diesel-affaere-a-1203476.html*
176. *http://www.faz.net/aktuell/gesellschaft/kriminalitaet/urteil-des-bundesgerichtshofs-vergewaltiger-karl-d-bleibt-auf-freiem-fuss-1908764.html*
177. *https://www.stuttgarter-nachrichten.de/inhalt.sexueller-uebergriff-in-gladbach-fanzug-verdaechtiger-war-schon-als-vergewaltiger-verurteilt.d64722be-2771-4ace-b033-e2a279a69ad1.html*
178. *http://www.spiegel.de/panorama/justiz/minden-frau-mit-saeure-uebergossen-a-1200340.html*
179. *https://www.merkur.de/politik/richter-rechnet-ab-darum-wird-vertrauen-in-justiz-immer-weniger-9479499.html*
180. *https://www.t-online.de/nachrichten/deutschland/innenpolitik/id_83768414/umfrage-vertrauen-der-deutschen-in-den-rechtsstaat-schwindet-massiv.html*
181. *http://www.spiegel.de/forum/panorama/g20-chaos-natuerlich-ist-vertrauen-die-polizei-verloren-gegangen-thread-682655-1.html*
182. *http://www.spiegel.de/panorama/justiz/g20-chaos-gewerkschafts-vize-sieht-verlorenes-vertrauen-in-die-polizei-a-1180145.html*
183. *https://www.svz.de/regionales/mecklenburg-vorpommern/schuss-bei-fluechtlingsheim-horst-polizei-schwieg-id18286046.html*
184. *https://www.tichyseinblick.de/kolumnen/agente-provocatrice/zensur-in-polizeiberichten-das-misstrauen-waechst/*
185. *https://www.journalistenwatch.com/2018/01/29/kripo-beamter-packt-aus-wir-muessen-einbruchsanzeigen-kaputt-schreiben/*

186. http://www.spiegel.de/politik/deutschland/bundespolizei-zahlenchaos-bei-der-fluechtlingszaehlung-a-1055292.html
187. http://www.rp-online.de/wirtschaft/unternehmen/andreas-scheuer-kritisiert-millionen-abfindung-an-ex-bahn-chef-ruediger-grube-aid-1.7466529
188. https://bazonline.ch/schweiz/standard/drittweltland-deutschland/story/17089785
189. https://www.focus.de/finanzen/banken/die-unfaehigste-firma-auf-der-fuehrungskraeftetagung-der-deutschen-bank-herrscht-untergangsstimmung_id_8667263.html
190. http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/unternehmen/deutsche-bank-ist-die-unfaehigste-firma-in-der-ich-je-gearbeitet-habe-15511040.html
191. http://www.spiegel.de/forum/wirtschaft/ex-vw-chef-winterkorn-anspruch-auf-mindestens-28-millionen-euro-pension-thread-358485-1.html
192. https://www.bild.de/bild-plus/politik/inland/apotheker/gutachten-apotheker-kassieren-zu-viel-54028054,view=conversionToLogin.bild.html
193. http://www.businessinsider.de/deutsche-gruenden-so-wenig-wie-seit-2002-nicht-mehr-aber-es-gibt-hoffnung-2016-6
194. http://magazin.spiegel.de/EpubDelivery/spiegel/pdf/8848840
195. http://www.faz.net/aktuell/politik/inland/welt-chef-im-gottesdienst-muss-das-theologische-dominieren-15372355.html
196. https://www.tichyseinblick.de/daili-es-sentials/cdu-vize-julia-kloeckner-kritisiert-politisierende-kirchen/
197. https://www.cicero.de/kultur/kirchen-gegen-afd-die-einfalt-der-vielfaltsapostel
198. http://www.zeit.de/2018/11/bistum-eichstaett-finanzskandal-spekulation-verantwortung
199. http://www.sueddeutsche.de/panorama/limburg-vatikan-schont-tebartz-van-elst-1.2640570
200. https://www.stuttgarter-nachrichten.de/inhalt.merkels-fluechtlingspolitik-ist-gescheitert-moralischer-uebermut.be4f2733-9c41-4492-9636-f4d441518b5f.html
201. http://plus.faz.net/feuilleton/2017-11-16/d5637e1d071d2d6c6afa36c6091d3fcc/?GEPC=s3

202. https://www.welt.de/debatte/kommentare/article170728821/Der-Beginn-der-Unterwerfung.html
203. https://www.welt.de/politik/deutschland/plus172672565/Deutsche-Fluechtlingspolitik-Ausgeblendete-Realitaeten.html
204. https://www.welt.de/politik/ausland/article174796884/Millionen-Fluechtlinge-aus-Afrika-Zweite-Phase-der-Migration-hat-laengst-begonnen.html
205. http://www.taz.de/!5511382/
206. https://www.schwarzwaelder-bote.de/inhalt.rottenburg-briefwechsel-zwischen-palmer-und-neher-im-wortlaut.a2f957f9-dcb6-41ba-890b-ad7148005ac4.html
207. http://www.spiegel.de/politik/deutschland/armin-laschet-der-markenkern-der-cdu-ist-nicht-das-konservative-a-1194097.html
208. https://www.focus.de/politik/deutschland/ehemaliger-aussenminister-der-gruenen-joshka-fischer-haelt-lobeshymne-auf-merkel-sie-ist-ein-glueck-fuer-das-land_id_8825282.html
209. http://www.sueddeutsche.de/news/politik/parteien-waehler-sehen-cdu-erstmals-links-der-mitte-dpa.urn-newsml-dpa-com-20090101-151204-99-105940
210. http://www.spiegel.de/politik/deutschland/mauerfall-biermann-nennt-linke-drachenbrut-a-1001556.html
211. http://www.faz.net/aktuell/feuilleton/buergerliche-werte-ich-beginne-zu-glauben-dass-die-linke-recht-hat-11106162/globalisierung-bedeutet-nur-11120420.html
212. https://www.welt.de/politik/deutschland/article176178762/GroKo-Kabinettsvorlage-Familiennachzug-soll-im-Ausnahmefall-auch-fuer-Gefaehrder-gelten.html
213. https://de.wikipedia.org/wiki/Gef%C3%A4hrder
214. https://www.tichyseinblick.de/feuilleton/medien/die-zeit-ueber-gerechtfertigten-judenhass/
215. https://www.welt.de/print-wams/article122357/Lufthoheit-ueber-Kinderbetten.html
216. http://www.zeit.de/2016/43/babyboomer-generation-gruen-kampfgeist-politisierung-hegemon
217. http://www.zeit.de/2016/40/opposition-gruene-afd-wahl

218. http://www.achgut.com/artikel/die_anonyme_ideologie
219. https://jungefreiheit.de/debatte/kommentar/2018/theorie-ohne-wissenschaft/
220. http://www.faz.net/aktuell/gesellschaft/menschen/echo-2018-provokation-im-rap-muss-grenzen-haben-15539696.html
221. https://www.focus.de/politik/deutschland/skandal-gruener-zeigt-sympathie-fuer-abschiebzentren-boris-palmer-will-asylbewerber-in-ankerzentren-schicken-wenn-sie-sich-nicht-benehmen_id_9092537.html
222. https://www.tichyseinblick.de/daili-es-sentials/boris-palmer-die-nazikeule-zieht-nicht-mehr/
223. http://www.taz.de/Unterkunft-fuer-Gefluechtete/!5490250/
224. https://www.op-online.de/region/dreieich/dreieich-hartmut-honka-aerger-afd-tweet-6018369.html
225. http://www.spiegel.de/panorama/gesellschaft/sarah-rambatz-so-habe-ich-den-shitstorm-erlebt-a-1188522.html
226. https://twitter.com/jouwatch/status/998828387320975360
227. http://www.taz.de/!5453932/
228. http://www.rp-online.de/nrw/panorama/schoeffenwahl-wie-die-staedte-in-nrw-rechte-laien-richter-verhindern-wollen-aid-1.7431429
229. https://www.ndr.de/nachrichten/Rechtspopulisten-wollen-Betriebsraete-erobern,gewerkschaften132.html
230. https://www.uni-tuebingen.de/en/faculties/catholic-theology/lehrstuehle/gastprofessur-zum-thema-neurechtes-christentum.html
231. Im Jahr 2017 liegt das Volumen der realen Investitionen im Bereich der Schulen um ein Viertel unter dem Wert des Jahres 1998 – und um gut 14 Prozent unter dem Durchschnittswert der letzten 20 Jahre.
232. http://www.danisch.de/blog/2018/02/12/panzert-man-ein-ein-linkes-bundesverfassungsgericht-gerade-gegen-wechselnde-mehrheiten/
233. https://www.lto.de/recht/hintergruende/h/grundgesetz-krisen-schutz-verfassung/
234. https://www.streit-fem.de/prof-dr-susanne-baer.html
235. http://www.taz.de/!5489446/

236. https://www.welt.de/debatte/kommentare/article176157875/Linke-Mitte-Die-gruene-Volkspartei-hat-Angst-vor-dem-Volk.html?wtrid=socialmedia.socialflow….socialflow_twitter
237. https://www.focus.de/auto/news/messstationen-in-der-kritik-aufregung-um-schlechte-luft-misst-deutschland-ueberhaupt-an-den-richtigen-stellen_id_8696903.html
238. https://www.gesetze-im-internet.de/bimschv_39/anlage_3.html
239. https://www.morgenpost.de/berlin/article213858169/Berliner-Senat-will-Tegel-Volksentscheid-nicht-umsetzen.html
240. https://www.morgenpost.de/bezirke/spandau/article214623267/Marode-Carlo-Schmid-Oberschule-Journalisten-unerwuenscht.html
241. https://www.tagesspiegel.de/berlin/schulpolitik-in-berlin-scheeres-verpasst-schulleitern-einen-maulkorb/20543834.html
242. https://www.tagesspiegel.de/berlin/brandbrief-aus-dem-berliner-landgericht-wir-sind-am-ende-wir-koennen-nicht-mehr/20482300.html
243. http://www.danisch.de/blog/2017/10/15/wenn-linke-politik-staedte-zershreddert/
244. https://www.morgenpost.de/meinung/article212442431/Wenn-Behoerden-versagen.html
245. https://www.tagesspiegel.de/berlin/buergeraemter-und-alleinerziehende-die-schmerzgrenze-der-berliner-ist-erreicht/20658980.html
246. http://www.spiegel.de/politik/deutschland/berlin-chefermittler-im-fall-anis-amri-hatte-offenbar-zeit-fuer-nebenjobs-a-1194591.html
247. https://www.stern.de/politik/deutschland/wolfgang-schaeuble-warnt-vor-fluechtlings-lawine-6550942.html
248. https://www.huffingtonpost.de/2014/06/11/10-lebensmittelkonzerne-entscheiden_n_5478275.html
249. https://www.welt.de/debatte/kommentare/article174315361/Handelskrieg-Rettet-die-Globalisierung-solange-es-noch-geht.html
250. https://makronom.de/dani-rodrik-die-grosse-globalisierungsluege-24731

251. http://www.un.org/esa/population/publications/migration/migration.htm
252. http://www3.weforum.org/docs/GAC/2013/WEF_GAC_Migration_BusinessCase_Report_2013.pdf
253. https://www.tagesstimme.com/2018/04/04/un-behoerde-haelt-migration-fuer-unvermeidlich-und-wuenschenswert/
254. https://www.greenpeace.de/files/publications/s01841_web_greenpeace_schwarzbuch_autolobby_04_16.pdf
255. https://www.bz-berlin.de/berlin/berliner-linke-will-nicht-einmal-terroristen-abschieben
256. http://www.achgut.com/artikel/die_linke_schanzt_den_euro_eliten_macht_und_vemoegen_zu
257. https://www.focus.de/finanzen/altersvorsorge/betriebsrente/zinstief-erschwert-geschaeft-finanzaufsicht-bafin-alarmiert-mini-zinsen-sind-grosse-gefahr-fuer-betriebsrenten_id_8872147.html
258. https://www.focus.de/politik/deutschland/kopftuch-debatte-spaltet-partei-spd-sollte-nicht-reaktionaere-muslime-hofieren-yueksel-kritisiert-eigene-partei-scharf_id_8764339.html
259. https://de.wikipedia.org/wiki/Kairoer_Erkl%C3%A4rung_der_Menschenrechte_im_Islam
260. http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-50990508.html
261. http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13491885.html
262. http://www.trafoberlin.de/pdf-dateien/Bernard%20Lewis%20Islamisches%20Europa%20Juli%202004.pdf
263. https://bazonline.ch/ausland/europa/wenn-europa-so-weitermacht-wird-es-zu-eurabia/story/20258524
264. https://www.dissentmagazine.org/article/islamism-and-the-left
265. Samuel Schirmbeck, *Der islamische Kreuzzug und der ratlose Westen*, Verlag orell füssli, 2016, S. 213
266. http://www.breitbart.com/big-journalism/2010/05/31/ten-questions-about-the-grand-jihad-for-author-andrew-mccarthy/
267. https://www.focus.de/politik/deutschland/umstrittenes-wohnungsaufsichtsgesetz-magdeburg-will-wohnungen-von-osteuropaeern-in-problemvierteln-kontrollieren_id_8804835.html

268. http://www.planet-interview.de/interviews/peter-schaar/49846/

269. http://www.faz.net/aktuell/politik/25-jahre-deutsche-einheit/verfassungsrichter-huber-warnt-deutschland-ist-in-der-sinnkrise-13832186.html

270. https://www.youtube.com/watch?v=EkpKDXcGo3w&feature=youtu.be

271. https://www.ksta.de/politik/-merkel-bertrams-sote-kanzlerin-23448180

272. http://www.landesrecht.rlp.de/jportal/portal/t/7qe/page/bsrlpprod.psml?pid=Dokumentenanzeige&showdoccase=1&doc.id=KORE242742017&doc.part=L

273. http://www.deutschlandfunkkultur.de/amtsrichter-in-passau-im-ausnahmezustand.2165.de.html?dram:article_id=352543

274. https://www.bundestag.de/blob/408768/e5632bc349bdd5722303c06481316d7f/wd-2-002-16-pdf-data.pdf

275. https://www.welt.de/politik/deutschland/article175482343/Kriminelle-Zuwanderer-Fast-alle-Straftaeter-bleiben-im-Land.html

276. https://www.focus.de/familie/schule/memmingen-polizei-kontrolliert-schulschwaenzer-am-allgaeu-airport-zehn-anzeigen-gegen-eltern_id_8959885.html

277. siehe hierzu auch: https://www.heise.de/tp/news/Versteht-der-Bundesjustizminister-sein-Netzwerkdurchsetzungsgesetz-3827502.html

278. https://www.bmjv.de/SharedDocs/Gesetzgebungsverfahren/Stellungnahmen/2017/Downloads/03282017_Stellungnahme_Uni_Leipzig_RefE_NetzDG.pdf?__blob=publicationFile&v=2

279. https://www.weltwoche.ch/ausgaben/2018-2/artikel/schnelljustiz-die-weltwoche-ausgabe-22018.html

280. https://www.bundestag.de/blob/510514/eefb7cf92dee88ec74ce8e796e9bc25c/wd-10-037-17-pdf-data.pdf

281. https://www.welt.de/politik/deutschland/article150236737/Schueler-

zaehlten-falsch-nun-ein-Sitz-mehr-fuer-die-AfD.html
282. *https://www.tagesspiegel.de/politik/berlins-neutralitaetsgesetz-ein-aufstand-saekularer-fundamentalisten/20853496.html*
283. *http://www.spiegel.de/politik/deutschland/johanna-wanka-bundes*verfassungsgericht-zur-roten-karte-fuer-afd-a-1195585.html
284. *https://www.tichyseinblick.de/daili-es-sentials/eu-will-die-nationalen-regierungen-bei-asyl-und-einwanderung-entmuendigen/*
285. *https://elpais.com/elpais/2017/10/18/opinion/1508350287_407710.html*
286. *http://www.lemonde.fr/idees/article/2017/04/15/presidentielle-crise-de-nerfs-nationale_5111781_3232.html*
287. *https://www.bild.de/regional/chemnitz/straferlass/skandal-urteil-im-landgericht-55501530.bild.html*
288. *https://www.focus.de/politik/experten/gastbeitrag-von-sebastian-fiedler-kriminalpolizist-mahnt-seehofer-muss-deutschlands-groesstes-sicherheitsproblem-loesen_id_8650450.html*
289. *https://www.bz-berlin.de/berlin/warum-fordert-die-polizei-bei-mehr-gewalt-weniger-ueberwachungsbilder-an*
290. *http://www.faz.net/aktuell/politik/inland/linksextreme-werden-von-kommunen-finanziert-f-a-s-exklusiv-15181122.html*
291. *https://de.indymedia.org/node/19247*
292. *https://www.morgenpost.de/berlin/article214016697/Linksextreme-rufen-zu-Angriffen-auf-die-Berliner-Polizei-auf.html*
293. *https://de.indymedia.org/node/19953*
294. *https://www.schwarzwaelder-bote.de/inhalt.balingen-rechtsstaat-wird-tag-fuer-tag-vorgefuehrt.7f60c4d3-4135-4637-9b6d-e73ca690d995.html*
295. *https://www.tagesspiegel.de/berlin/brandbrief-aus-dem-berliner-landgericht-wir-sind-am-ende-wir-koennen-nicht-mehr/20482300.html*
296. *https://www.tagesspiegel.de/berlin/fluechtlinge-in-deutschland-angela-merkel-fuehrt-uns-hilflos-ins-chaos/12761342.html*
297. *https://www.welt.de/vermischtes/article175031390/Hamburg-Justiz-laesst-Vergewaltiger-wegen-starker-Ueberlastung-frei.html*

298. *https://www.weser-kurier.de/bremen/bremen-stadt_artikel,-10000-unerledigte-ermittlungsverfahren-bei-der-kripo-bremen-_arid,1713517.html*
299. *http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/deutsche-justiz-braucht-190-tage-fuer-ein-urteil-14966669.html*
300. *https://www.tagesspiegel.de/berlin/kriminalitaet-diebstahl-wird-in-berlin-kaum-noch-verfolgt/20679408.html*
301. *https://www.morgenpost.de/berlin/article214210787/Grossteil-von-Ermittlungsverfahren-in-Berlin-eingestellt.html*
302. *http://www.sueddeutsche.de/bayern/meinung-am-mittag-ellwangenund-kirchenasyl-haerte-und-sensibilitaet-des-rechtsstaats-1.3965860*
303. *https://www.morgenweb.de/mannheimer-morgen_artikel,-laender-Ueberlastung-der-justiz-_arid,1198746.html*
304. *https://www.hasepost.de/richterbund-rechtsstaat-ohne-weitere-stellen-ernsthaft-in-gefahr-71705/*
305. *https://www.wochenblatt.de/boulevard/altoetting/artikel/217462/asylbewerber-belaestigt-15-jaehrige-im-bus-sie-nimmt-es-auf-video-auf*
306. *http://www.spiegel.de/panorama/justiz/hamburg-barmbeker-messerstecher-ahmad-a-zu-lebenslanger-haft-verurteilt-a-1195984.html*
307. *https://www.nzz.ch/meinung/messer-attacke-in-hamburg-der-deutsche-schwaecheanfall-ld.1308808*
308. *http://www.achgut.com/artikel/Der_staat_als_gegner_seiner_buerger*
309. *http://www.spiegel.de/politik/deutschland/zu-dumm-fuer-die-demokratie-kolumne-von-jan-fleischhauer-a-1054099.html*
310. *https://www.n-tv.de/politik/Merkel-darf-Lobbyisten-verschweigen-article20024692.html*
311. *http://www.medrum.de/content/blamabel-bundestagsvizepraesidentin-roth-kennt-grundgesetz-nicht*
312. *http://www.spiegel.de/politik/deutschland/angela-merkel-lehnt-beschluss-des-cdu-parteitags-zum-doppelpass-ab-a-1124856.html*
313. *https://www.welt.de/politik/deutschland/article156325051/So-heckt-Merkel-Deals-mit-ihrer-Nebenregierung-aus.html*

314. https://www.tagesschau.de/inland/ergebnis-sondierungen-101.pdf
315. http://www.spiegel.de/politik/deutschland/jamaika-debakel-der-traum-von-einem-parlament-a-1180052.html
316. http://www.handelsblatt.com/my/politik/deutschland/sinn-thiele-und-gauweiler-im-interview-merkel-leidet-an-realitaetsverlust/20742312.html?ticket=ST-638098-uM4SiIXaNJtuVd0LcikK-ap2
317. https://www.blick.ch/news/politik/scharfer-angriff-auf-angela-merkel-diese-frau-braucht-keine-partei-id7648613.html
318. https://www.swr.de/swraktuell/bw/nabu-pestizidbericht-fuer-baden-wuerttemberg/-/id=1622/did=21383280/nid=1622/pv26jl/index.html
319. http://www.achgut.com/artikel/die_politik_immunisiert_sich_gegen_die_waehler
320. http://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/studie-60-prozent-der-deutschen-zweifeln-an-demokratie/11412198.html
321. http://www.spiegel.de/politik/deutschland/berlin-parteienfinanzierungist-durch-den-bundestag-a-1213120.html
322. http://www.finanztreff.de/news/herber-schlag-fuer-online-shopper-bgh-schwaecht-paypal-kaeuferschutz/12593678
323. https://www.focus.de/finanzen/news/gewinner-der-niedrigzinspolitik-krise-hat-deutschen-haushalt-saniert-eu-laender-sparen-dank-ezb-1-1-billionen-euro-zinsen_id_8818069.html
324. http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/forscher-warnen-vor-unbezahlbaren-rentenversprechen-der-groko-a-1204426.html
325. https://www.focus.de/finanzen/altersvorsorge/rente/unternehmen-rentenexperten-nennen-plaene-der-bundesregierung-unbezahlbar_id_8817502.html
326. https://www.nzz.ch/meinung/kommentare/die-fluechtlingskosten-sind-ein-deutsches-tabuthema-ld.1316333
327. http://www.manager-magazin.de/politik/deutschland/wie-euro-ezb-und-politik-deutschland-ruinieren-a-1182020.html
328. http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/eu-kommission-denkt-ueber-europaeische-plastiksteuer-nach-15384372.html

329. https://www.focus.de/finanzen/news/erstmals-konkrete-zahl-genannt-iwf-chefin-lagarde-fordert-114-rettungs-milliarden-von-deutschland_id_8670199.html
330. https://www.focus.de/finanzen/versicherungen/lebensversicherung/puffer-und-niedrigzinsen-druecken-ausgezahlte-leistungen-19-lebensversicherer-wirtschaften-schon-jetzt-ins-minus-hier-sind-ihre-garantien-in-gefahr_id_9042356.html
331. siehe Endnote 72
332. https://bazonline.ch/schweiz/standard/drittweltland-deutschland/story/17089785
333. https://www.focus.de/politik/deutschland/anfrage-der-gruenen-zu-wenig-flugstunden-bundeswehr-piloten-verlieren-lizenzen_id_8867298.html
334. https://www.focus.de/politik/deutschland/gefaehrdung-der-aeusseren-sicherheit-bundeswehrkommandeur-nennt-plaene-zur-modernisierung-des-heeres-ungeeignet_id_8701957.html
335. http://www.welt.de/politik/interaktiv/bruecken/deutschlands-bruecken-wettlauf-gegen-den-verfall.html
336. https://www.facebook.com/FreieMedien.2.0/posts/300049040406105
337. https://www.wiwo.de/erfolg/hochschule/bildungskatastrophe-deutschland-so-laecherlich-sind-mathe-pruefungen-in-nrw/13329884.html
338. https://www.bz-berlin.de/berlin/sind-in-berlin-die-gefaengnisse-besser-ausgestattet-als-die-schulen
339. https://jungefreiheit.de/politik/deutschland/2018/cdu-politikerin-kassiert-zehntausende-euro-fuer-fluechtlings-hotel/
340. http://www.spiegel.de/lebenundlernen/schule/thueringen-fehlende-noten-auf-schulzeugnissen-a-1201254.html
341. https://www.huffingtonpost.de/entry/der-brandbrief-eines-munchner-grundschullehrers-an-die-politik_de_5a7aeeebe4b06505b4e9e6a7
342. https://www.op-online.de/offenbach/offenbacher-lehrern-reichts-beschwerde-beim-kultusministerium-9562129.html
343. http://www.spiegel.de/politik/deutschland/olaf-scholz-schwoert-bundesregierung-auf-sparkurs-ein-a-1202831.html

344. http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/wirtschaftspolitik/kanzlerin-angela-merkel-sucht-verhaltensforscher-13118345.html
345. https://www.amazon.de/Myth-Rational-Voter-Democracies-Policies/dp/0691138737/ref=sr_1_2?ie=UTF8&qid=1533345877&sr=8-2&keywords=bryan+caplan
346. https://www.bild.de/politik/inland/jamaika-koalition/beichtstuhlverfahren-jamaika-verhandlungen-53882576.bild.html
347. Vgl. https://books.google.de/books?id=cCReDwAAQBAJ&pg=PT282&lpg=PT282&dq=%22schlarmann%22+%22Moralisieren+als+Mittel+der+Politik%22&source=bl&ots=5LnMFBG6sa&sig=mOCKQ-s96JI452SFh_ZMxU4OinE&hl=de&sa=X&ved=2ahUKEwiF1picp9LcAhWOyKQKHYbyB4cQ6AEwAHoECAAQAQ#v=onepage&q=%22schlarmann%22%20%22Moralisieren%20als%20Mittel%20der%20Politik%22&f=false; vgl. hierzu auch: https://www.dr-schlarmann-mittelstand.de/news/48/1/0/politischer-paternalismus
348. http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13497598.html
349. http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13498768.html
350. https://www.welt.de/debatte/article13315630/Der-Islam-hat-zivilisatorisch-vollkommen-versagt.html
351. https://www.achgut.com/artikel/medien_als_paedagogik_und_die_pflicht_zur_toleranz
352. http://www.faz.net/aktuell/politik/inland/bundesverfassungsrichter-vosskuhle-und-sein-rezept-gegen-populismus-15304961.html
353. https://causa.tagesspiegel.de/politik/haben-wir-es-mit-der-politischen-korrektheit-uebertrieben/politische-korrektheit-fuehrt-zur-geistigen-knechtschaft.html
354. https://www.rubikon.news/artikel/wem-gehort-die-demokratie
355. https://www.heise.de/tp/features/Ist-Fotografie-grundsaetzlich-rassistisch-3830367.html
356. https://www.tichyseinblick.de/gastbeitrag/politisch-korrekt-frisierte-statistiken/

357. *https://www.nzz.ch/international/netzwerkdurchsetzungsgesetz-kann-man-hass-verbieten-ld.1343453*
358. *https://www.tagesanzeiger.ch/ausland/europa/vergewaltigung-erst-nicht-angezeigt-aus-angst-rassismusdiskussion-anzuheizen/story/13352738?track*
359. siehe Endnote 201
360. *https://www.tichyseinblick.de/feuilleton/medien/anschlag-auf-die-boesen-tatort-oeffentlich-rechtlicher-rundfunk/*
361. *http://blog.tagesschau.de/2017/12/28/kandel-wie-die-tagesschau-damit-umgeht/*
362. *https://www.welt.de/debatte/kommentare/article170323915/Migration-hat-Deutschland-weltoffener-und-moderner-gemacht.html*
363. *http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/italien-schafft-staerkstes-wachstum-seit-2010-a-1196024.html*
364. *https://www.wsj.com/articles/the-real-italian-job-make-the-economy-more-productive-1519756469*
365. *https://www.washingtonpost.com/world/as-italys-populists-take-power-europe-is-on-edge/2018/06/01/d8fb501a-6521-11e8-81ca-bb14593acaa6_story.html?noredirect=on&utm_term=.81fb1aea4fae*
366. *https://www.nytimes.com/2018/02/27/business/italy-economy-election.html*
367. *https://www.welt.de/politik/deutschland/plus169191037/Reservate-fuer-Radikale-darf-es-nicht-mehr-geben.html*
368. Vgl. *http://blauerbote.com/2018/02/28/freiwillige-nachrichtensperre-der-medien-zu-giftgas-dementi-der-usa/*
369. *https://twitter.com/ndrrecherche/status/927971676712853504*
370. *https://www.sueddeutsche.de/leben/familientrio-was-tun-wenn-andere-eltern-afd-positionen-vertreten-1.3767435*
371. *http://www.faz.net/aktuell/feuilleton/domina-luder-amazone-die-sexualisierung-von-rechten-frauen-15354764.html*
372. *http://www.faz.net/aktuell/feuilleton/debatten/die-weisse-scharia-faschismus-und-maennlichkeit-15365778.html*
373. *http://www.bento.de/style/thor-steinar-consdaple-troublemaker-was-sich-hinter-den-nazi-marken-verbirgt-1992544/*

374. *http://www.spiegel.de/politik/deutschland/spd-parteitag-angela-merkel-kann-auf-die-grosse-koalition-hoffen-a-1189018.html*
375. *https://www.tagesspiegel.de/berlin/protest-in-berlin-kreuzberg-rechter-frauenmarsch-wegen-blockade-abgebrochen/20974772.html*
376. *https://www.tagesspiegel.de/berlin/uebergriffe-bei-demo-in-cottbus-rechte-beschimpfen-und-attackieren-journalisten/20870410.html*
377. *https://www.welt.de/finanzen/article155661507/Populisten-fuegen-Europa-einen-Milliarden-Schaden-zu.html*
378. *http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/armut-paritaetischer-wohlfahrtsverband-spielt-mit-dem-feuer-a-1078831.html*
379. *http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/olympia-referendum-in-hamburg-die-mutlosen-deutschen-kommentar-a-1065266.html*
380. Vgl. hierzu u. a. *https://www.achgut.com/artikel/nach_dem_brexit_es_fehlt_nur_noch_eine_reisewarnung_des_auswaertigen_amtes/P3*
381. *http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/ttip-bei-der-demo-marschieren-rechte-mit-kommentar-a-1057131.html*
382. siehe u. a. *https://www.welt.de/vermischtes/article174779306/Talk-zu-Trump-und-Putin-Wir-steuern-auf-eine-ernsthafte-Kriegsgefahr-zu.html*
383. *https://www.bild.de/bild-plus/politik/inland/jusos/juso-chef-kuehnert-will-kanzlerin-stuerzen-54497988,view=conversionToLogin.bild.html*
384. *https://www.welt.de/politik/deutschland/plus167325933/Der-Politrebell-und-sein-spezielles-Fluechtlingsproblem.html*
385. *https://www.focus.de/kultur/kino_tv/helene-fischer-ihre-tv-show-zeigt-wo-es-mit-deutschlands-groesstem-schlagerstar-hingeht_id_8112554.html*
386. *https://www.welt.de/wirtschaft/article137453475/Die-Deutschen-sind-ein-Fall-fuer-den-Psychoanalytiker.html*
387. *https://www.cicero.de/innenpolitik/cicero-januar-medienkrise-journalismus-fluechtlinge*
388. *https://swprs.org/bericht-eines-journalisten/*
389. *https://www.stern.de/politik/deutschland/luegenpresse--kommentar-zu-einem-schlimmen-vorwurf-6527912.html*

390. Kostenloser Download der Studie unter: *https://www.ivr-heidelberg.de/studie/*
391. Siehe hierzu u. a. *http://www.faz.net/aktuell/feuilleton/debatten/was-oeffentlich-rechtliche-sender-und-politik-verbindet-14033898.html*
392. *http://www.faz.net/aktuell/feuilleton/merkel-in-der-fluechtlingskrise-willkommens-journalismus-bis-zum-abwinken-13896405.html*
393. *https://www.welt.de/kultur/medien/plus174103680/Roger-Koeppel-Wir-brauchen-kein-staatlich-finanziertes-Medienmonopol.html*
394. *https://www.welt.de/debatte/kommentare/article147647953/Fluechtlingskrise-der-Netz-Mob-kaempft-um-Lufthoheit.html*
395. *http://www.faz.net/aktuell/politik/inland/luegen-im-internet-spannen-ein-netz-der-verwirrung-14052436.html*
396. *https://www.wiwo.de/technologie/digitale-welt/tauchsieder-das-gift-der-asozialen-medien/20999416.html*
397. siehe Endnote 155
398. *https://meedia.de/2018/03/08/richtlinie-zur-herkunftsnennung-warum-der-pressekodex-zu-spannungen-zwischen-polizei-und-journalismus-fuehren-kann/*
399. *http://www.oberauer.com/ download/ Infos+ Anmeldung_PRRTour__NewsroomKonzept.pdf*
400. *https://www.pro-medienmagazin.de/medien/journalismus/elon-musk-will-portal-fuer-journalisten-bewertung-gruenden/*
401. *http://www.waz-online.de/Nachrichten/Wirtschaft/Kurierfahrer-wollen-Betriebsrat-gruenden*
402. *https://www.rbb24.de/politik/beitrag/2018/05/berlin-demonstration-alleinerziehende.html*
403. *https://www.bz-berlin.de/berlin/mitte/am-27-mai-gibt-es-den-grossen-aufstand-der-kita-eltern*
404. *https://tinyurl.com/y932meb6*
405. *http://www.sueddeutsche.de/bayern/flaechenverbrauch-ungewoehnlicher-bauernaufstand-gegen-gewerbegebiet-1.3897443*
406. *https://www.jungewelt.de/loginFailed.php?ref=/artikel/323468.parlament-der-wohnungslosen.html*

407. *https://www.berliner-kurier.de/berlin/kiez---stadt/berliner-kaempfen-gegen-zwangsraeumungen-liane-g--ist-eine-von-ihnen-25178010*
408. *http://www.allgemeine-zeitung.de/lokales/rhein-main/demonstration-in-frankfurt-rettungskraefte-beklagen-massive-gewalt-bei-einsaetzen_18547955.htm*
409. *https://www.ksta.de/koeln/brandbrief-aufstand-der-lungenaerzte-in-koeln---mediziner-kritisieren-kuerzungen-29934394*
410. *https://www.stuttgarter-zeitung.de/inhalt.verkehrspolitik-in-stuttgart-taxifahrer-gruenden-neue-partei.687d59b4-2964-4472-9cc1-5825c18b199a.html*
411. *https://www.abendblatt.de/hamburg/article214103437/Aufstand-gegen-das-Praesidium-der-HafenCity-Universitaet.html*
412. *http://www.spiegel.de/forum/lebenundlernen/neue-protestbewegung-unis-aufstand-den-lernfabriken-thread-595288-1.html*
413. *http://www.fr.de/politik/katholische-kirche-aufstand-der-bischoefe-a-1480628*
414. *https://www.tagesspiegel.de/berlin/afd-pegida-identitaere-bewegung-ist-cottbus-das-neue-dresden/20925890.html*
415. *https://www.rbb24.de/politik/beitrag/2017/12/mehr-als-5000-demos-2017-berlin.html*
416. *https://www.zdf.de/nachrichten/heute/alt-68er-perfekter-naehrboden-fuer-den-aufstand-100.html*
417. *http://www.spiegel.de/panorama/gesellschaft/muttertag-christine-finke-alleinerziehend-ruft-zum-protest-a-1207287.html*
418. *https://www.welt.de/debatte/kommentare/article174271490/Integration-Der-Goodwill-der-Deutschen-ist-aufgebraucht.html*
419. *https://www.bild.de/politik/2010/durchsuchen-zuege-polizei-in-bereitschaft-14704640.bild.html*
420. *https://static.onleihe.de/content/spiegel/20170908/sp1737/vsp1737.SP_2017_37.pdf*
421. *http://www.faz.net/aktuell/politik/inland/interview-mit-sozialforscher-die-spaltung-wird-groesser-15618171.html*

422. https://www.rwe.com/web/cms/mediablob/de/1716208/data/1701408/4/rwe/verantwortung/verantwortungsvolle-unternehmensfuehrung/akzeptanzstudie/Akzeptanzstudie-als-PDF-herunterladen.pdf
423. https://www.wifa.uni-leipzig.de/fileadmin/user_upload/KOZE/Downloads/Optionen_moderner_Bu%CC%88rgerbeteiligungen_bei_Infrastrukturprojekten_.pdf
424. siehe Endnote 416
425. http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/wirtschaftspolitik/f-a-s-exklusiv-schaeuble-bekraeftigt-vergleich-von-fluechtlingen-mit-lawine-15025291.html
426. http://www.allgemeine-zeitung.de/lokales/mainz/nachrichten-mainz/reaktion-auf-zunehmende-proteste-mainzer-polizei-geht-mit-demofibel-in-die-offensive_18718888.htm
427. http://www.diskurs-zeitschrift.de/die-neosoziale-regierung-des-protests-praeventionismus-aktivierung-und-das-ende-der-kritik/
428. https://www.epochtimes.de/politik/welt/imad-karim-in-kandel-ich-sehe-hier-deutsche-russen-tuerken-kurden-iraner-und-wir-riskieren-hier-alles-a2367757.html?text=1
429. http://www.mmnews.de/wirtschaft/68016-154-oekonomen-warnen-vor-haftungsunion
430. https://www.berliner-zeitung.de/der-soziologe-klaus-doerre-warnt-vor-einem-wutstau--der-in-deutschland-ausbrechen-koennte--radikale-stimmung-unter-den-arbeitslosen--15570068
431. https://www.epochtimes.de/politik/deutschland/wissenschaftler-ueber-cottbus-der-wandel-zu-einer-einwanderungsgesellschaft-holt-uns-ein-a2339686.html?text=1
432. https://www.theguardian.com/world/2018/apr/07/the-spirit-of-1968-rises-again-can-french-students-and-workers-triumph
433. https://www.lemonde.fr/societe/live/2018/05/26/marees-populaires-suivez-en-direct-les-manifestations-contre-la-politique-d-emmanuel-macron_5305102_3224.html
434. https://deutsche-wirtschafts-nachrichten.de/2018/03/19/spaniens-rentner-proben-den-aufstand-gegen-rajoy/
435. https://www.smh.com.au/business/the-economy/perfect-storm-global-financial-system-showing-danger-signs-says-senior-oecd-

economist-20180123-p4yyr2.html

436. https://www.bloomberg.com/news/articles/2018-04-11/trade-threats-clouding-bright-world-growth-outlook-lagarde-says

437. https://www.mercatornet.com/demography/view/the-shrinking-working-aged-population/21286

438. http://www.fr.de/frankfurt/occupy-camp-in-frankfurt-ein-protest-auf-den-die-stadt-zu-warten-schien-a-1326337

439. http://www.bpb.de/apuz/138290/jugendproteste-blockierte-statuspassagen-als-einigendes-band?p=all

440. http://www.bpb.de/apuz/138286/vorboten-einer-neuen-protestgeneration

441. http://www.bpb.de/apuz/138279/zum-verhaeltnis-von-parlamentarismus-und-protest

442. http://www.schule-bw.de/faecher-und-schularten/gesellschaftswissenschaftliche-und-philosophische-faecher/landeskunde-landesgeschichte/module/epochen/neuzeit/bauernkrieg/volksaufstand-in-wuerttemberg_peter-gais-und-der-arme-konrad/ab4.pdf

443. https://www.stuttgarter-zeitung.de/inhalt.bauernaufstand-armer-konrad-blutiger-sommer.0553739d-d986-4f21-8c84-b2a1d0af4911.html

444. Karin Schneider-Ferber, *Aufstand der Pfeffersäcke – Bürgerkämpfe im Mittelalter*, Konrad Theiss Verlag 2014, S. 8

445. https://www.bayerische-staatszeitung.de/staatszeitung/unser-bayern/detailansicht-unser-bayern/artikel/wir-hauen-unser-recht.html

446. https://www.bundestag.de/blob/333106/8ad3401f5216bbe1cf58c22d98a53fbb/montagsdemonstrationen-data.pdf

447. https://www.nachtkritik.de/index.php?option=com_content&view=article&id=10565:2015-02-14-08-16-44&catid=38:die-nachtkritik&Itemid=40

448. https://www.swp.de/suedwesten/landespolitik/faszinosum-_remstal-rebell_-18192675.html

449. https://www.welt.de/kultur/literarischewelt/article128279990/Helmut-Palmer-der-Vater-aller-Wutbuerger.html

450. *https://publikationen.uni-tuebingen.de/xmlui/bitstream/handle/10900/46938/pdf/Knauer_Dissertation.pdf?sequence=1&isAllowed=y*
451. *http://www.bpb.de/apuz/138276/deutschlands-protestprofil-im-wandel?p=all*
452. *https://www.focus.de/finanzen/boerse/interview-mit-autor-des-draghi-crashs-banken-insider-warnt-in-zwei-jahren-fliegt-uns-das-system-um-die-ohren_id_8570527.html*
453. *https://www.focus.de/finanzen/altersvorsorge/rentenbericht-der-bundesregierung-nur-noch-sieben-gute-jahre-ab-2025-geht-es-mit-der-rente-bergab_id_7881566.html*
454. *https://finanzmarktwelt.de/max-otte-unser-finanzsystem-kollabiert-in-der-ersten-amtszeit-von-donald-trump-80771/*
455. *https://www.focus.de/finanzen/geldanlage/kaum-zinsen-schleichende-enteignung-topoekonom-erklaert-das-sollten-sparer-jetzt-mit-ihrem-vermoegen-machen_id_4277357.html*
456. *https://www.mckinsey.com/featured-insights/employment-and-growth/poorer-than-their-parents-a-new-perspective-on-income-inequality*
457. *https://www.focus.de/politik/experten/jaeger/ausblick-bis-2035-migration-nationalismus-klimawandel-cia-buch-gibt-duestere-prognose-fuer-europa-ab_id_7895127.html*
458. *https://www.zerohedge.com/news/2018-05-26/top-restructuring-banker-were-all-feeling-where-we-were-back-2007*
459. Dent, Harry S.: *Zero Hour*, New York, Portfolio/Penguin, 2017.
460. Strauss, William; Howe, Neil: *The Fourth Turning*, New York, Broadway Books 1997.
461. *https://www.nytimes.com/2016/01/10/opinion/sunday/germany-on-the-brink.html*
462. *https://www.tagesspiegel.de/berlin/chaoten-oder-heilsbringer-danke-liebe-antifa/9382378.html*
463. *https://www.saarbruecker-zeitung.de/saarland/saarbruecken/interesse-am-kleinen-waffenschein-bleibt-gross_aid-7026411*
464. *https://www.zeit.de/2010/49/Infrastruktur-Buergerprotest*
465. *http://norberthaering.de/de/27-german/news/870-ezb-lettland-litauen*

466. https://www.br.de/nachrichten/die-kraeftigste-rentenerhoehung-seit-langem-100.html
467. http://www.danisch.de/blog/2017/12/29/schweden-und-die-realitaet/
468. https://www.focus.de/finanzen/banken/tid-34506/sparguthaben-fuer-schuldenabbau-ein-zehntel-zwangsabgabe-das-denken-top-oekonomen-ueber-die-iwf-idee_aid_1149349.html
469. https://ef-magazin.de/2018/06/15/12992-parallelen-der-ddr-endzeit-mit-der-heutigen-brd-angela-es-geht-nicht-mehr
470. https://www.theeuropean.de/michael-klonovsky/14230-das-politische-berlin-wankt
471. http://www.achgut.com/artikel/kleiner_erinnerung_an_die_grosse_furcht
472. http://www.faz.net/aktuell/gesellschaft/menschen/unruhen-in-nantes-franzoesische-polizei-erschiesst-jungen-mann-15673675.html?GEPC=s3
473. https://www.rt.com/usa/414931-ron-paul-america-meltdown/
474. https://www.focus.de/politik/deutschland/duerfen-nicht-laenger-wegsehen-ex-spd-chef-gabriel-fordert-asyllager-in-afrika-und-geht-eigene-partei-scharf-an_id_9109418.html
475. https://www.focus.de/kultur/kino_tv/focus-fernsehclub/tv-kritik-markus-lanz-bosbach-spricht-klartext-bei-fluechtlingsthema-dann-geben-wir-unser-land-auf_id_8426218.html
476. https://www.epochtimes.de/politik/deutschland/bosbach-zum-bamf-skandal-wer-2015-bedenken-aeusserte-fand-sich-in-der-rechten-ecke-wieder-a2455227.html
477. https://www.tichyseinblick.de/daili-es-sentials/joachim-gauck-mich-erschreckt-der-multikulturalismus/
478. https://rp-online.de/nrw/staedte/duesseldorf/joachim-gauck-an-heinrich-heine-uni-duesseldorf-mich-erschreckt-der-multikulturalismus_aid-17821655
479. https://juergenfritz.com/2018/02/08/gauck-multikulturalismus/
480. https://www.focus.de/kultur/kino_tv/focus-fernsehclub/tv-kolumne-markus-lanz-bruederle-laestert-ueber-quasselbude-in-bruessel-kann-man-nicht-ernst-nehmen_id_9087108.html

481. *https://www.ksta.de/politik/-merkel-bertrams-sote-kanzlerin-23448180*

482. *https://www.stern.de/politik/deutschland/ex-cdu-ministerpraesident-erwin-teufel--teuflische--abrechnung-mit-kanzlerin-merkel-3782668.html*

483. Vgl. hierzu u. a. auch: *https://www.sueddeutsche.de/muenchen/fluechtlingspolitik-muenchens-alt-ob-ude-rechnet-mit-merkelianern-und-willkommenskultur-ab-1.3568683*

484. *https://www.abendblatt.de/politik/deutschland/article106931344/Schmidt-Multikulti-ist-kaum-moeglich.html*

485. *https://www.zeit.de/2017/17/politische-korrektheit-links-intoleranz-afd*

486. *https://www.achgut.com/artikel/boris_palmer_vom_werden_eines_renegaten*





Jost Bauch: Abschied von Deutschland

gebunden • 255 Seiten • ISBN 978-3-86445-600-8 • 19,99 €

e-Book • ISBN 978-3-86445-620-6 • 17,99 €

»Ja, man muss dem Deutschen Volk sagen, dass es den Tod gewählt hat, und dass der Tod des großen und intelligenten Deutschen Volkes der Tod Europas ist und das Unglück der Welt.«

Prof. Pierre Chaunu, französischer Historiker

Deutschland als Nation stirbt – jeden Tag ein bisschen mehr!

Deutschland verschwindet. Es wird Zeit, sich von dem Land, so wie wir es kennen, zu verabschieden. Denn zum einen werden die »Biodeutschen« durch sinkende Geburtenraten immer weniger. Zum anderen verändert die weiterhin ungebremste Migration Deutschland grundlegend. Wie konnte es zu dieser Entwicklung kommen und warum kämpft niemand dagegen an? Diese Fragen stellt der Soziologe Jost Bauch in seinem neuen Buch – und liefert Antworten von bestechender Logik.

Die Demografie des Verschwindens

Der Autor belegt faktenreich, wie die anhaltenden Zuwanderungswellen zu einem gigantischen Bevölkerungsaustausch führen. Der Bestand an »Biodeutschen« wird rapide zurückgehen, aber es werden »reservatsfähige« Restbestände existent bleiben, die dann von der neuen internationalisierten Bevölkerung in Freilichtmuseen besichtigt werden können.

Jost Bauch zeigt eindrücklich,

- wie besessen die herrschende Elite die Politik der De-Nationalisierung bereits betreibt,
- mit welch perfiden Methoden die deutsche Nation »abgeschafft« werden soll,
- wie schnell die Evolution zu einem despotischen Weltstaat voranschreitet,
- welche unglaublichen Legitimationsfloskeln zur Zuwanderung und Migration verbreitet werden,
- wie hoch die Zahl der »Nicht-Biodeutschen« in Wirklichkeit ist.

Er zeigt aber auch, wohin die Multikulti-Gesellschaft führen wird: zu einem nicht konsensfähigen, unregierbaren Nebeneinander von

Parallelgesellschaften, bei dem schwere Konflikte zwischen den Ethnien vorprogrammiert sind.
Gleichzeitig räumt er mit moralischen Kampfbegriffen auf, die gegen die Einwanderungsgegner verwendet werden und führt sie ad absurdum. So z. B.: »Fremdenfeindlichkeit«, »menschenverachtend«, »islamophob«, »rechts/links« und »Populismus«.
Bauch plädiert eindringlich für einen Nationalstaat und erläutert faktenreich, warum dieser unverzichtbar ist. Er zeigt zudem eindrucksvoll, was die »deutsche Identität« ausmacht und aus welchen nationalen Besonderheiten sie eigentlich besteht.

Die Deutschen, ein Volk von Aufständischen? Angesichts der berühmten großen Revolutionen in Frankreich und den USA wirkt dieser Gedanke fast bizarr. Die Deutschen – das sind doch die Braven, die Angepassten, die zwar viel über ihr vermeintliches Elend lamentieren, aber nur selten auf der Straße für ihre Rechte kämpfen. Nicht umsonst trägt der deutsche Michel eine Schlafmütze, wirkt schlaff und energielos.

Alain Felkel zeigt, dass dieses Bild falsch ist. Anhand zahlreicher bekannter und neu zu entdeckender Beispiele belegt er: Die Deutschen sind ein Volk von Rebellen und Revolutionären, waren es schon immer, zu allen Zeiten, in allen Regionen, gegen mancherlei Herrschaft.

Alain Felkel bringt das rebellische Herz der Deutschen zum Vorschein – allgemein verständlich, erfrischend, eingängig.

Arminius führte die Cherusker gegen die römische Herrschaft in die Schlacht. Widukind kämpfte mit den Sachsen gegen Karl den Großen, Thomas Müntzer und seine Anhänger gegen geistliche Obrigkeit und ständische Ordnung. Vinzenz Fettmilch schließlich protestierte gegen die Misswirtschaft des Frankfurter Stadtrates. Wie viele vor und nach ihnen kämpften diese Rebellen gegen ihre Unterdrücker, für ihre Rechte. Sie standen auf und wehrten sich – wenn auch bisweilen nicht mit dem gewünschten Erfolg.

Anhand zahlreicher Beispiele belegt der Kölner Historiker Alain Felkel, dass es in sämtlichen Epochen Aufstände und Rebellionen gab: von der Varusschlacht über den Weberaufstand bis hin zur Novemberrevolution und zum Mauerfall. Was er zum Vorschein bringt, sind spannende Episoden verdrängter deutscher Geschichte, Erzählungen von Heldentum und Verrat – packend und populärwissenschaftlich geschildert. Das Ergebnis: mitreißende Geschichte, lebendig und immer dicht an den historischen Protagonisten.

»Die Welt möge begreifen, […] dass die Deutschen ein Volk sind, das den Wert der Freiheit kennt, und dass die Deutschen ein Volk sind, das für die Freiheit sich einsetzt.« Der Berliner Bürgermeister Ernst Reuter am 18. Juni 1953, nur einen Tag nach dem Volksaufstand in der DDR

»Welches Land kann sich seine Freiheit erhalten, wenn die Herrscher nicht von Zeit zu Zeit gewarnt werden, dass ihr Volk sich den Widerstandsgeist bewahrt hat?« Thomas Jefferson, US-amerikanischer Präsident 1801–1809

»Wer eine friedliche Revolution unmöglich macht, macht eine gewaltsame unvermeidbar.« John F. Kennedy





Stefan Schubert: Die Destabilisierung Deutschlands • gebunden

336 Seiten • ISBN 978-3-86445-590-2 • 22,99 €

e-Book • ISBN 978-3-86445-615-2 • 19,99 €

Der Abstieg ins Chaos
Wie öffentliche Sicherheit, Recht und
Ordnung in Deutschland vorsätzlich

zerstört werden – und wer ein Interesse daran hat

In diesem Buch lesen Sie, was Politik und Machtelite gerne vor Ihnen verborgen hätten. Es ist die wohl erschreckendste Chronologie über den Verlust der inneren und äußeren Sicherheit in Deutschland. Hier lesen Sie aber auch, was Ihnen die deutschen Massenmedien verschweigen. Fakten, die Ihnen den Atem stocken lassen – in einer Fülle, die erdrückend ist.

Die CIA, Anis Amri und die Bundesregierung

Die geheimdienstlichen Verstrickungen um Anis Amri, den islamistischen Terroristen vom Breitscheidplatz in Berlin, sind ein staatspolitischer Skandal ohnegleichen. Die Spuren Amris führen direkt ins Kanzleramt von Angela Merkel. Terrorermittler aus Nordrhein-Westfalen beantragten bereits im Juni 2016, ein halbes Jahr vor dem Attentat auf den Weihnachtsmarkt, beim Generalbundesanwalt einen umfangreich begründeten Haftbefehl gegen Amri. Auf Druck der CIA, die europaweit eine Geheimdienstoperation durchführte, verhinderte die Bundesregierung die Vollstreckung des Haftbefehls. Der folgenschwerste islamistische Terroranschlag auf deutschem Boden kostete zwölf Menschen das Leben, siebzig wurden zum Teil schwer verletzt.

Bei seinen umfangreichen Recherchen nutzte der ehemalige Polizist Stefan Schubert seine Kontakte zu Sicherheitsorganen und sah Polizei- und Geheimdienstakten ein. Wussten Sie zum Beispiel, dass …

- in Deutschland derzeit 150 000 Haftbefehle gegen Menschen, die eigentlich im Gefängnis sitzen müssten, nicht vollstreckt sind?
- das BKA die Straftaten von 600 000 Flüchtlingen vertuscht hat?
- es für Polizisten gefährlich wird, die Wahrheit zu sagen? Hier packt ein Kripobeamter aus.
- die Justiz nicht unabhängig ist, sondern von der Politik kontrolliert wird?





Michael Grandt: GEZ • gebunden

236 Seiten • ISBN 978-3-86445-565-0 • 19,99 €

e-Book • ISBN 978-3-86445-576-6 • 17,99 €

Ärgern Sie sich auch jeden Monat über Ihre GEZ-Gebühr?

Dann sollten Sie dieses Buch lesen!

Die bittere Wahrheit in Deutschland: Sie haben kaum mehr eine Chance, dem staatlichen »Propagandafernsehen« und seinen Handlangern zu entkommen. Und auch die Politik hält nach wie vor ihre schützende Hand über die Öffentlich-Rechtlichen, alimentiert mit Ihren Zwangsgebühren.

Doch die Bürger sind mündiger geworden und wollen sich nicht mehr gängeln lassen. Der Widerstand gegen die GEZ wächst.

In diesem Buch erfahren Sie alles, was Sie über unsere zwangsfinanzierten Staatsmedien wissen müssen. Es bringt Licht in das Dunkel des GEZ-Systems und räumt mit Mythen und Halbwahrheiten endgültig auf.

Der investigative Erfolgsautor Michael Grandt belegt zudem, dass der Begriff »Lügenpresse« nicht vom Himmel gefallen ist, und entlarvt die größten Propagandalügen, die illustrieren, warum immer mehr Menschen den Mainstream-Medien zu Recht nicht mehr vertrauen.

Erfahren Sie:

- wer und was wirklich hinter der GEZ steckt,
- mit welchen unglaublichen Tricks die GEZ-Fahnder arbeiten,
- warum Sie Meinungsvielfalt vergessen können und wie die Zensur über mediale »Sagbarkeitsregeln« stattfindet,
- wie unverschämt Ihre Gebührengelder verschwendet werden,
- warum die Intendanten mehr verdienen als die Bundeskanzlerin,
- wie dreist Ihre privaten Daten abgegriffen werden.

Der Autor enthüllt viele skandalöse Fälle. Doch wehe, wenn Sie gegen das System aufbegehren! Dann werden Sie wie ein Schwerverbrecher behandelt, in Handschellen abgeführt, Ihre Wohnung wird aufgebrochen und Ihnen droht sogar Gefängnis! So weit ist es in unserem Land schon gekommen, dass es von einer Landesrundfunkanstalt abhängig ist, ob Sie verhaftet werden oder nicht!

Erfahren Sie außerdem:

- welche Rechte Sie überhaupt noch haben,
- auf welche Anti-GEZ-Tricks Sie nicht hereinfallen sollten,
- welche einzig legalen Möglichkeiten es für Sie gibt, sich aus den Klauen der Zwangsgebühr zu befreien,
- welche gerichtlichen Klagen aktuell gegen das GEZ-System anhängig sind und welche Erfolgsaussichten diese haben.

Der Autor plädiert dafür, dass der Einfluss der zwangsfinanzierten »Staatspropaganda« auf unsere Meinungsbildung und die politisch-mediale Zensur endlich aufhören müssen.

Michael Grandt macht klar: Die GEZ-Zwangsgebühr muss weg – und zwar jetzt! Dazu braucht er Ihre Unterstützung!





Thorsten Schulte: Kontrollverlust • gebunden

288 Seiten • zahlreiche Abbildungen • ISBN 978-3-86445-492-9 • 19,99 €

e-Book • ISBN 978-3-86445-504-9 • 17,99 €

SOS Kontrollverlust!

Freiheit in Gefahr!





Karl Albrecht Schachtschneider: Die nationale Option

gebunden • 459 Seiten • ISBN 978-3-86445-479-0 • 22,99 €

e-Book • ISBN 978-3-86445-482-0 • 19,99 €

Die Zerstörung des deutschen Nationalstaats – eine Chronik der Rechtsverstöße

Karl Albrecht Schachtschneider zeigt in diesem Buch, wie der deutsche Nationalstaat als Garant für Frieden und Freiheit einer Europäisierung und Globalisierung geopfert wird.
Schachtschneider sieht zwei Triebfedern, die für die fortschreitende Internationalisierung verantwortlich sind: das kapitalistische Geschäft und sozialistische Ideologien. Er zeigt, wie die Elite das Recht beugt, um ihre Ziele zu erreichen. Dabei bringt er in aller Deutlichkeit zum Ausdruck: Setzt sich die aktuelle Entwicklung fort, ist die Demokratie in höchstem Maße gefährdet.

Die Demontage des Rechtsstaates durch Kapitalisten und Sozialisten

Karl Albrecht Schachtschneider macht den Leser zunächst mit den Elementen vertraut, die für den demokratischen Rechtsstaat charakteristisch sind. Und er erläutert nachvollziehbar, warum diese Prinzipien seit jeher ein Garant für Frieden, Gerechtigkeit und freie Entfaltung des Bürgers sind.
Schachtschneider zeigt dann, wie die kapitalistisch und sozialistisch geprägte Elite diese Prinzipien verrät und wo sie klare Rechtsbrüche begangen hat. Schwerpunkte sind unter anderem:

- die Maxime des »Einwanderungslands Deutschland«, die mit der Souveränität Deutschlands unvereinbar ist;
- der nicht rechtmäßige Beitritt Deutschlands zur Europäischen Union;
- die Arbeit der nicht demokratisch legitimierten Institutionen des EU-Parlaments und des Europäischen Gerichtshofs;
- die illegitimen Maßnahmen der Europäischen Zentralbank;
- der »Freihandel« und die Öffnung der europäischen Märkte für multinationale Konzerne, die jeglichen rechtsstaatlichen Regelungen widersprechen.

Der Autor demonstriert aber auch, wie Parteien und Politiker unseres Landes ihre Vertretungsbefugnis missbrauchen. Dass die »Volksvertreter« nicht mehr bereit sind, den Willen der Bürgerschaft umzusetzen, führt uns der Autor mit Beispielen wie diesen vor Augen:

- Die Parteien verhindern Volksabstimmungen, wie sie zum Beispiel bei der Einführung des Euro nötig gewesen wären.
- Gemeinsam mit den Medien setzen sie Entscheidungen durch, die mit der öffentlichen Meinung nicht übereinstimmen.
- Sie kontrollieren soziale Medien und setzen sich damit über Meinungsfreiheit und Zensurverbot hinweg.
- Sie bekämpfen die freie Rede mit allen Mitteln der sanften Despotie. Diffamierung ist ein erfolgreiches Herrschaftsinstrument.